

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung – 17. Legislaturperiode –

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Vorbemerkung	3
2 Zusammenfassung	3
3 Rahmenbedingungen von Bildung für eine nachhaltige Entwicklung	4
3.1 Internationale Ebene	4
3.2 Nationale Ebene	5
4 Aktivitäten der Bundesregierung	8
4.1 Übergreifende Maßnahmen	8
4.2 Auswärtiges Amt	8
4.3 Bundesministerium für Arbeit und Soziales	9
4.4 Bundesministerium für Bildung und Forschung	11
4.5 Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	15
4.6 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	18
4.7 Bundesministerium der Finanzen	22
4.8 Bundesministerium für Gesundheit	23
4.9 Bundesministerium des Innern	24

	Seite
4.10 Bundesministerium der Justiz	25
4.11 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktor- sicherheit	26
4.12 Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	30
4.13 Bundesministerium der Verteidigung	31
4.14 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	31
4.15 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	35
4.16 Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen	35
4.17 Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien	35
5 Aktivitäten der Länder	37

1 Vorbemerkung

Auf der Grundlage des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 29. Juni 2000 (Bundestagsdrucksache 14/3319) legt die Bundesregierung einmal pro Legislaturperiode den Bericht zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BNE) vor. Der vorliegende Bericht befasst sich mit dem Stand und der Entwicklung von BNE in Deutschland für den Zeitraum Mitte 2009 bis Anfang 2013. Er führt die Berichte der Bundesregierung zu diesem Thema von Januar 2002 (Bundestagsdrucksache 14/7971), Oktober 2005 (Bundestagsdrucksache 15/6012) sowie Juli 2009 (Bundestagsdrucksache 16/138009) und den diesen ergänzenden Bericht von Dezember 2011 (Bundestagsdrucksache 17/8099) fort. Die Fortschritte der Verankerung von BNE in Bildungsprozesse werden vor dem Hintergrund dieses Auftrags dargestellt und Beiträge der Bundesressorts und der Länder zusammengeführt.

Nachhaltigkeit ist Leitprinzip der Politik der Bundesregierung. Sie betrifft alle Politikfelder, national wie international. Es geht um eine Politik und Art des Wirtschaftens, die Zukunftsfähigkeit zum Maßstab heutiger Entscheidungen macht und Kurzfristdenken zugunsten einer langfristig angelegten, übergreifenden Verantwortungspolitik überwindet und dauerhaft tragfähig macht. Dabei geht es um das Erreichen von Zusammenhalt, Lebensqualität und Chancengleichheit, um Gerechtigkeit zwischen den Generationen genauso wie um Gerechtigkeit zwischen den verschiedenen Weltregionen, Nationen und Kulturen. Das Leitprinzip der Nachhaltigkeit soll als Ziel und Maßstab des Regierungshandelns auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene in sämtlichen Politikbereichen im Vordergrund stehen. Diese Festlegung findet sich im dritten Fortschrittsbericht 2012¹ zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Dort ist auch das Ziel der Implementierung des Leitbildes „BNE“ in allen gesellschaftlichen Ebenen festgelegt.

2 Zusammenfassung

Für die Schaffung nachhaltiger Strukturen kommt BNE eine besondere Bedeutung zu. Sie stellt den Gestaltungsgedanken in den Vordergrund und bedeutet mehr als Bildung im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung. BNE steht für ein zukunftsfähiges Verständnis von Bildung, die Menschen Kompetenzen vermitteln soll, mit denen sie die Herausforderungen einer globalisierten Welt vorausschauend, interdisziplinär sowie in partizipativen Prozessen und somit auf eine nachhaltige Art und Weise lösen können. Diese Fähigkeiten lassen sich unter dem Begriff „Gestaltungskompetenz“ zusammenfassen. Gestaltungskompetenz bedeutet, Wissen über nachhaltige Entwicklung anwenden zu können. Der Anspruch an BNE ist jedoch auch, dass BNE einen substanziellen Beitrag für die

Qualität von Bildung und Bildungsprozessen insgesamt leistet.

Aufgrund der föderalen Struktur liegen wesentliche Zuständigkeiten im Bildungsbereich bei den Ländern. Sie haben während des Berichtszeitraumes wesentlich zur Umsetzung von BNE in Deutschland beigetragen. Insgesamt sind die Vorhaben, Maßnahmen und Initiativen sehr vielfältig und betreffen alle Bildungsbereiche.

Einen wichtigen Beitrag zur Verbreitung von BNE in Deutschland leistet die bis Ende 2014 laufende UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Im Kontext der Dekade gibt es eine große Anzahl an Aktivitäten von Bund, Ländern und Kommunen sowie Akteuren aus der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft. Die Aktivitäten werden durch die vom BMBF geförderten Gremien, hervorzuheben sind insbesondere das Nationalkomitee und der Runde Tisch, unterstützt.

Für den Berichtszeitraum ist festzustellen, dass die Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung sowohl national, als auch international deutliche Fortschritte gemacht hat. Gleichzeitig ist jedoch zu konstatieren, dass das Konzept von BNE weiterhin nur in einer Fachöffentlichkeit breit bekannt ist und dass trotz aller Fortschritte weiterer Handlungsbedarf besteht.

Vor diesem Hintergrund sind mit Blick auf die verbleibenden gut eineinhalb Jahre der UN-Dekade und auf die Zeit danach aus Sicht der Bundesregierung folgende Punkte von besonderer Bedeutung:

- Die in Deutschland gemachten Erfahrungen und Ergebnisse bei der Umsetzung der UN-Dekade sind zusammenzuführen und zu sichern. Das BMBF wird deshalb gemeinsam mit der Deutschen UNESCO-Kommission (DUK) im zweiten Halbjahr 2014 eine nationale Abschlusskonferenz durchführen. Diese Konferenz wird den unterschiedlichen Akteuren von Bildung für nachhaltige Entwicklung insbesondere aus dem Kontext der UN-Dekade einen intensiven Austausch ermöglichen. Es gilt Stärken und Schwächen der Umsetzung der UN-Dekade zu identifizieren, Bilanz zu ziehen und auf diesen Erfahrungen aufbauend Perspektiven für die Zeit ab 2015 zu entwickeln.
- Auch international wird die Dekade mit einer Konferenz abgeschlossen, die voraussichtlich im November 2014 in Japan stattfinden wird. Hier sollen die Ergebnisse der nationalen Abschlusskonferenz eingebracht und im Austausch mit anderen Staaten neue Perspektiven aufgezeigt werden.
- Der 190. Exekutivrat der UNESCO hat sich dafür ausgesprochen, dass im Anschluss an die Dekade von der Generalversammlung der Vereinten Nationen auf ihrer Sitzung im Herbst 2014 ein Weltaktionsprogramm für BNE ausgerufen wird. Im Vergleich zu Dekaden sind Aktionsprogramme inhaltlich fokussierter. Die Bundesregierung unterstützt das Anliegen des Exekutivrats und spricht sich für eine aktive Beteiligung Deutschlands bei der Konkretisierung des Programms aus. Aus Sicht der Bundesregierung sind die Förde-

¹ Bundesregierung (2012): Nationale Nachhaltigkeitsstrategie, Fortschrittsbericht (http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/Nachhaltigkeit-wiederhergestellt/2012-05-21-fortschrittsbericht-2012-barrierefrei.pdf?__blob=publicationFile).

rung von lokalen und regionalen Bündnissen für BNE sowie die Aus- und Weiterbildung von Ausbilderinnen und Ausbildern, Lehrerinnen und Lehrern und anderen Multiplikatoren wichtige Handlungsfelder.

- Ein Weltaktionsprogramm sollte in Deutschland mit neuen Strukturen, die Form und Handlungsfelder des Weltaktionsprogramms widerspiegeln, ausgestaltet werden. Dabei soll auf die positiven Erfahrungen bei der Umsetzung der UN-Dekade zurückgegriffen werden.
- Unabhängig von den internationalen Aktivitäten gilt es, BNE in Deutschland weiterzuentwickeln und ihre Implementierung fortzusetzen. Dabei wird es zukünftig von großer Bedeutung sein, verlässliche Aussagen über den Erfolg von BNE machen zu können. Für ein solches Monitoring sollten solide Indikatoren entwickelt und in entsprechenden Berichten berücksichtigt werden.
- Aus der Sicht der Bundesregierung wird es entscheidend für den weiteren Erfolg sein, dass es gelingt, den Anschluss an relevante Diskurse im Bildungsbereich zu erhalten und zu stärken. Dabei muss gezeigt werden, dass BNE die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt und einen substanziellen Beitrag für die Qualität von Bildung und Bildungsprozessen insgesamt leistet.
- Die Bundesregierung sieht auch die Vorbildwirkung des Bundes für die breite Implementierung von BNE. So hat der Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung auf seiner Sitzung am 21. Januar 2013 angeregt, dass BNE auch bei der Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ministerien berücksichtigt wird, und die Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BAkÖV) gebeten zu prüfen, ob nachhaltige Entwicklung als Querschnittsthema in den Weiterbildungsangeboten der BAkÖV ausreichend berücksichtigt wird.

3 Rahmenbedingungen von Bildung für eine nachhaltige Entwicklung

3.1 Internationale Ebene

United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO)

Die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005 bis 2014) ist eine weltweite Bildungsinitiative unter Federführung der UNESCO. Sie koordiniert die verschiedenen UN-Programmbereiche und Organisationen in diesem Prozess. Insgesamt ist die Sichtbarkeit von BNE auf internationaler Ebene in den letzten Jahren angestiegen. Ein Meilenstein war die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanzierte UNESCO-Halbzeitkonferenz 2009. Ihr Abschlussdokument („Bonner Erklärung“) sendet ein deutliches Signal an die Gesellschaft, die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ weiter intensiv umzusetzen und war Grundlage für die Entwicklung der Strategie für die zweite Hälfte der Dekade.

Auch in den „Bonner Empfehlungen“, die im Februar 2012 während des internationalen Workshops „Horizont 2015“ von den teilnehmenden Expertinnen und Experten verabschiedet wurden, wird für die Fortsetzung von BNE- Aktivitäten auch nach Abschluss der Dekade 2014 unter Federführung der UNESCO plädiert. Der Workshop wurde von der DUK in Zusammenarbeit mit dem Land Nordrhein-Westfalen, der Stadt Bonn und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband ausgerichtet.

Im Juni 2012 wurde in der Abschlusserklärung der Konferenz der Vereinten Nationen zu Nachhaltigkeit, Entwicklung und Umwelt „Rio+20“ die Bedeutung von BNE für eine nachhaltige Entwicklung festgehalten. Mehrere Abschnitte im Abschlussdokument, das den Rahmen für zukünftige Aktivitäten festlegt, sind dem Bildungsbereich und explizit auch BNE gewidmet. Zudem wurde in Rio die „Higher Education Sustainability Initiative“ gestartet, die von über 250 Hochschulen aus aller Welt getragen wurde. Ziel der Initiative ist es, weitere Hochschulen zu freiwilligen Zusagen zu einer nachhaltigen Ausrichtung von Management, Lehre und Forschung zu motivieren.

Im September 2012 hat der UN-Generalsekretär die auf fünf Jahre angelegte Initiative „Education First“ gestartet. Sie umfasst die Bereiche „Schulbildung für alle“, „Qualität der Bildung“ und „Global Citizenship“ und beinhaltet damit auch BNE. Die Initiative soll die UN-Programme „Bildung für Alle“, das 2015 ausläuft, und die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, die 2014 beendet sein wird, unterstützen.

Commission on Sustainable Development (CSD)

Auf der Rio-Konferenz 1992 wurde die Kommission für nachhaltige Entwicklung gegründet, um einen wirksamen Folgeprozess der Konferenz zu gewährleisten. Ihre wichtigste Aufgabe besteht darin, die nationale und internationale Umsetzung der Rio-Beschlüsse, insbesondere des umwelt- und entwicklungspolitischen Aktionsprogramms Agenda 21, zu überwachen. Dies erfolgt in Schwerpunktthemen, die alle zwei Jahre wechseln (2010/2011: Transport, Chemikalien, Müllmanagement, Erarbeitung eines 10-Jahres Programms über nachhaltigen Konsum und Produktionsmuster; 2012/2013: Wälder, Biodiversität, Biotechnologien, Tourismus, Gebirge als Ökosysteme und Ursprung für Wasser, Energie, Biodiversität und Rohstoffquellen). Im Rahmen von „Rio+20“ wurde 2012 beschlossen, dass die CSD schrittweise von einem „hochrangigen politischen Forum“ für nachhaltige Entwicklung abgelöst werden soll, dem alle 193 Mitglieder der UN angehören sollen. Damit wird angestrebt, die Umsetzung der Beschlüsse der Konferenzen von Rio (1992 und 2012) und Johannesburg (2002) weiter voranzutreiben. Das erste Treffen des hochrangigen Forums ist im Vorfeld der UN-Generalversammlung 2013 geplant.

United Nations Economic Commission for Europe (UNECE)

Die UNECE wurde 1947 als eine von fünf regionalen Kommissionen vom Wirtschafts- und Sozialrat der Ver-

einten Nationen (Economic and Social Council, ECOSOC) einberufen. Mitglieder sind die Staaten der UN-Region Europa/Nordamerika. Bei einer Konferenz der Umwelt- und Bildungsminister im März 2005 wurde eine gemeinsame UNECE Strategy for Education for Sustainable Development beschlossen. Für die zukünftige Ausrichtung wurden 2012 drei prioritäre Bereiche festgelegt: die Verankerung von BNE in die Schulcurricula, in die Lehrerbildung sowie in die berufliche Aus- und Weiterbildung. Im März 2013 erfolgte über die UNECE auch die Regionalkonsultation zur Ausgestaltung von Dekade-Folgeaktivitäten. Die Mitgliedstaaten hatten hier Gelegenheit, ihre Vorstellungen in ein mögliches BNE-Weltaktionsprogramm nach Auslaufen der UN-Dekade im Jahr 2014 einzubringen.

Regional Centres of Expertise (RCE)

Die United Nations University (UNU) hat 2005 in Nagoya, Japan die RCEs ins Leben gerufen. Zielsetzung dieser regionalen Netzwerke ist es, BNE über die Vernetzung von Gruppen, Institutionen und Personen aus den verschiedenen Bildungsbereichen, der Wissenschaft, der Wirtschaft und den Nichtregierungsorganisationen (NRO) in der formalen und nonformalen Bildung zu verankern. Jedes regionale Netzwerk definiert konkrete Ziele und Visionen mit Blick auf die regionalen Herausforderungen in den Bereichen Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt. Die regionalen Netzwerke tauschen ihre Erfahrungen untereinander aus. Koordiniert werden sie von dem „Institute of Advanced Studies“ der United Nations University (UNU-IAS) mit Sitz in Yokohama. Die Arbeit der RCEs wird alle zwei Jahre evaluiert. Dem Netzwerk gehören 100 RCEs in Europa, Asien, Amerika, Afrika und Australien an. Davon arbeiten mit den Standorten Hamburg, München, Nürnberg, Oldenburger Münsterland und Rhein-Maas fünf in Deutschland (Stand 2012).

Europäische Union (EU)

In den vergangenen Jahren hat die Europäische Union das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung in zahlreiche politische Strategien aufgenommen. Vor dem Hintergrund der Lissabon-Strategie des Jahres 2000 hat sie die „Strategie der Europäischen Union für die nachhaltige Entwicklung“ entworfen, die 2006 und 2009 vom Europäischen Rat in einer erneuerten Version verabschiedet wurde. Weiter betont der Europäische Rat in seinen Schlussfolgerungen vom 19. November 2010 zum Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung (2010/C 327/05) die Notwendigkeit der Kooperation mit Institutionen wie UNESCO und UNECE auf dem Feld der BNE. Er stellt fest, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung mit Blick auf die Idee des lebenslangen Lernens essentiell für das Erreichen einer nachhaltigen Gesellschaft ist und bezieht sich damit auf die Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zu den Schlüsselkompetenzen für Lebenslanges Lernen. BNE sei auf allen Ebenen von Schul- und Ausbildung ebenso wie im außerschulischen und informellen Lernen notwendig und wünschenswert.² Die Bundesregierung setzt sich ak-

tiv für die Weiterentwicklung der EU-Nachhaltigkeitsstrategie bis spätestens 2014 ein.

3.2 Nationale Ebene

UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005 bis 2014)

Auf der Grundlage eines einstimmigen Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 1. Juli 2004 (Bundestagsdrucksache 15/3472) hat die Bundesregierung die DUK mit der organisatorischen Ausgestaltung der UN-Dekade beauftragt. Das BMBF unterstützt die Umsetzung der Dekade in Deutschland finanziell (vgl. auch Kapitel 2.4.4.). Im Bundestagsbeschluss vom 26. April 2012 (Bundestagsdrucksache 17/9186) bekräftigt der Bundestag seine Unterstützung für die Dekade-Aktivitäten und fordert die Bundesregierung auf, sich in Deutschland und weltweit für BNE-Aktivitäten auch über das Ende der Dekade hinaus einzusetzen.³ Die Schirmherrschaft der Dekade in Deutschland liegt seit Beginn beim Bundespräsidenten.

Gremien

Zur Umsetzung der Dekade wurden verschiedene Gremien eingerichtet. Dabei handelt es sich um eine Kombination von Top-Down- und Bottom-Up-Ansatz: Während das Nationalkomitee als zentrales Abstimmungs- und Steuerungsgremium fungiert, stellt der Runde Tisch die Partizipation der Zivilgesellschaft sicher. Dem von der DUK in Abstimmung mit der Bundesregierung berufenen Nationalkomitee gehören dreißig Vertreterinnen und Vertreter aus Bundes- und Landesministerien, NRO, Medien, Privatwirtschaft und Wissenschaft sowie Landesschülervertreter an. Durch die Heterogenität seiner Mitglieder fördert das Nationalkomitee die Abstimmung zwischen Politik und Zivilgesellschaft. Es tagt zweimal jährlich.

Vom Nationalkomitee wurden rund 130 Akteure an einen Runde Tisch berufen. Die 16 Länder sind vertreten. Die Sitzungen finden jährlich in verschiedenen Ländern auf Einladung der bzw. des jeweiligen Ministerpräsidentin bzw. -präsidenten statt.

Darüber hinaus werden das Nationalkomitee und der Runde Tisch von Arbeitsgruppen begleitet. Diese sind themen- bzw. bildungsspezifisch ausgerichtet und stehen allen Interessierten offen. Die Arbeitsgruppen bieten die Möglichkeit, weitere Fachleute in die vorhandenen Netzwerke zu integrieren. Es gibt Arbeitsgruppen zu folgenden Bereichen: Elementarbildung, schulische Bildung, Hochschule, berufliche Aus- und Weiterbildung, außerschulische Bildung und Weiterbildung, informelles Lernen, Biodiversität, Kommunen und BNE, Ökonomie und Konsum. Vom Nationalkomitee vereinbarte Jahresthemen

² Europäischer Rat (2010): Council conclusions on education for sustainable development, 18 and 19 November 2010 (http://consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/educ/117855.pdf).

³ Deutscher Bundestag (2012): Bildung für nachhaltige Entwicklung dauerhaft sichern – Folgeaktivitäten zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ermöglichen (<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/091/1709186.pdf>).

(2010: Geld, 2011: Stadt, 2012: Ernährung, 2013: Mobilität) erlauben eine jährlich wechselnde inhaltliche Schwerpunktsetzung.

Nationaler Aktionsplan (NAP)

Neben dem Beschluss des Deutschen Bundestages ist der vom Nationalkomitee erarbeitete Nationale Aktionsplan Grundlage für die deutsche Umsetzung. Die Ziele der Dekade wurden hier im Jahr 2005 erstmals zusammen- sowie in den Jahren 2008 und 2011 neugefasst. Die übergreifenden vier strategischen Ziele der UN-Dekade in Deutschland sind: Weiterentwicklung und Bündelung der Aktivitäten sowie Transfer guter Praxis in die Breite, Vernetzung der Akteure der BNE, Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung von BNE und Verstärkung internationaler Kooperationen. Der NAP enthält Maßnahmen der UN-Dekade. Das Nationalkomitee wählt darüber hinaus die „Offiziellen Deutschen Dekade-Maßnahmen“ aus, die einen strukturellen Beitrag zur systematischen Verankerung von BNE im deutschen Bildungswesen bzw. im internationalen Kontext leisten und somit eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der genannten Ziele des NAP für Deutschland spielen.

Auszeichnungen

Eine zentrale Rolle für die Umsetzung von BNE spielen darüber hinaus vor allem die vielfältigen Initiativen vor Ort. Die „Offiziellen Projekte der UN-Dekade“ werden vom Nationalkomitee ausgewählt und stehen beispielhaft für gute, modellhafte und innovative Praxis der BNE. Mehr als 1 500 ausgezeichnete UN-Dekade-Projekte in ganz Deutschland tragen das Anliegen in die breite Öffentlichkeit und vermitteln nachhaltiges Denken und Handeln. Von den Dekade-Projekten widmen sich rund 60 dem Elementarbereich, 400 dem Schulbereich, 160 der betrieblichen Aus- und Weiterbildung und mehr als 150 Projekte sind hochschulbezogen. Über 700 Projekte oder 47 Prozent fallen in den Bereich der außerschulischen Bildung.

Seit 2007 gibt es auch für Städte, Gemeinden oder Landkreise die Möglichkeit, sich um die Auszeichnung als offizielle Kommune der UN-Dekade zu bewerben. Die Kommunen müssen bei ihrer Bewerbung zeigen, dass sie einen deutlichen Schwerpunkt auf BNE legen und BNE in das Leitbild ihrer Entwicklungskonzeption integrieren. Bisher wurden die Städte und Gemeinden Alheim, Aalen, Bad Honnef, Bonn, Dresden, Erfurt, Frankfurt a. M., Freiburg i. Br., Gelsenkirchen, Hamburg, Heidelberg, Hellenthal, Minden, München, Neumarkt i. d. Oberpfalz als offizielle Kommunen der UN-Dekade ausgezeichnet.

Als Einzelbeiträge können auch Veranstaltungen oder Publikationen zu BNE angemeldet werden. Darüber hinaus finden einmal jährlich seit September 2008 bundesweite Aktionstage statt, um die vielfältigen Beiträge allen Interessierten präsentieren zu können.

Öffentlichkeitsarbeit und BNE-Portal

Das Angebot des BNE-Portals (www.bne-portal.de) erweitert sich seit 2009 stetig und ist zur zentralen deutschen Einstiegsseite zu Bildung für nachhaltige Entwicklung geworden. Das zeigen konstant wachsende Zugriffszahlen (2010: 300 000, 2011: 360 000, 2012: 380 000 Besuche pro Jahr). Das Portal informiert über Aktivitäten und Möglichkeiten im Rahmen der UN-Dekade, stellt Lehr- und Lernmaterialien zu BNE zur Verfügung und trägt zur weiteren Vernetzung der Akteure bei. Ein Newsletter zur UN-Dekade erscheint vierteljährlich.

Ausblick

Die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ wird im Jahr 2014 beendet sein. Auf der 192. UNESCO-Exekutivratssitzung im Oktober 2012 haben die Mitgliedsstaaten sich dafür ausgesprochen, zur Fortführung der Dekade unmittelbar im Anschluss ab Januar 2015 ein Weltaktionsprogramm zu BNE auszurufen, das alle Bildungsbereiche umfassen soll. Der Antrag wird in die 37. UNESCO-Generalkonferenz 2013 eingehen und, vorbehaltlich einer Zustimmung, von dort weiter in die 69. UN-Generalversammlung 2014 getragen. Dies wird sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene mit neuen Anforderungen verbunden sein.

Weitere gesellschaftliche Akteure

Rat für nachhaltige Entwicklung (RNE)

Der RNE berät die Bundesregierung in allen Fragen der nachhaltigen Entwicklung. Seine 15 Mitglieder werden von der Bundeskanzlerin bzw. vom Bundeskanzler jeweils für drei Jahre ernannt. Zu den Aufgaben des Rates gehören die Entwicklung von Beiträgen für die Umsetzung und Fortentwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, Stellungnahmen zu konkreten Handlungsfeldern sowie der Dialog zur nachhaltigen Entwicklung, um den Gedanken der Nachhaltigkeit wirksam in der Gesellschaft und Wirtschaft zu verankern. Der RNE beteiligt sich mit einer Vielzahl von Projekten und Wettbewerben und nicht zuletzt mit seiner Jahreskonferenz an der Vermittlung des Konzeptes nachhaltiger Entwicklung. Der Rat ist zudem auf europäischer und globaler Ebene vernetzt, beispielsweise ist er Mitglied im Netzwerk Europäischer Umwelt- und Nachhaltigkeitsräte (EEAC). Die Geschäftsstelle des RNE wurde zunächst vom BMBF finanziert, seit 2012 liegt die Finanzierung beim Bundeskanzleramt.

Im Januar 2010 hat der RNE eine Empfehlung zur Bildungspolitik verabschiedet. Sie wurde auf der Grundlage wissenschaftlicher Befassung, einer Anfrage des Rates an die Länder zu getroffenen Maßnahmen zur Qualitätssteigerung im Schulwesen in der 2. Jahreshälfte 2007 und einer Expertenanhörung im November 2008 entwickelt. Die unter Leitung von Frau Prof. Dr. Ute Klammer erarbeitete Empfehlung thematisiert das Bildungssystem insgesamt und zeigt hierzu Verbesserungs- und Entwicklungsmöglichkeiten auf.

Im Jahr 2012 hat der RNE gemeinsam mit dem BMBF den „Wettbewerb zur Förderung von lokalen Bildungs- und Kompetenznetzwerken für Nachhaltigkeit“ ausgerichtet, bei dem innovative Ansätze von Bildung für nachhaltige Entwicklung auf lokaler Ebene gefördert werden. Darüber hinaus hat der RNE 2012 seinen erstmals 2003 zusammengestellten Einkaufsführer „Der nachhaltige Warenkorb“ abermals überarbeitet und neu aufgelegt. Er gibt Verbraucherinnen und Verbrauchern konkrete, praxisnahe Hinweise, wie sie nachhaltig konsumieren können.

Neben der notwendigen Verankerung von BNE in Bildungseinrichtungen bedarf es der Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements, das die Bürgerinnen und Bürger zur Mitwirkung befähigt und nachhaltiges Denken und Handeln fördert. In 2010 hat der RNE daher den Wettbewerb um das Qualitätssiegel „Werkstatt N“ ins Leben gerufen. Mit der seit 2010 jährlich an 100 Projekte verliehenen Auszeichnung macht der Nachhaltigkeitsrat das vielfältige zivilgesellschaftliche Engagement für eine nachhaltige Gestaltung unserer Gesellschaft öffentlich sichtbar und ermutigt damit andere, sich selbst zu engagieren. Im Juni 2012 hat der Nachhaltigkeitsrat zudem anlässlich der UN-Konferenz „Rio+20“ gemeinsam mit zahlreichen Unterstützern erstmalig einen „Deutschen Aktionstag Nachhaltigkeit“ initiiert. Am Aktionstag beteiligten sich über 270 Projekte aus dem ganzen Bundesgebiet mit zahlreichen Aktivitäten und Veranstaltungen für eine stärkere nachhaltige Entwicklung in Deutschland.

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung (PBNE)

Der Beirat wurde im Frühjahr 2004 erstmals vom 15. Deutschen Bundestag eingerichtet. Er soll die nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung sowie die europäische Nachhaltigkeitsstrategie parlamentarisch begleiten. Der Beirat unterbreitet u. a. Vorschläge zur Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie und gibt Stellungnahmen zu einzelnen nachhaltigkeitsrelevanten Themenbereichen ab. Zudem bewertet der Beirat die Nachhaltigkeitsprüfung der Bundesregierung in der Gesetzesfolgenabschätzung und kann auch im Rahmen der Selbstbefassung Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen an den federführenden Ausschuss des Bundestages abgeben. Zu den Aufgaben des parlamentarischen Beirats zählt auch die Organisation eines Dialoges über nachhaltige Entwicklung mit gesellschaftlichen Gruppen. Hierzu veranstaltet das Gremium öffentliche Anhörungen.

In seinem Beitrag zum Fortschrittsbericht 2012 hat der Beirat u. a. hervorgehoben, dass Bildung Chancen auf Veränderung eröffnet. Er sieht im Lernen von Notwendigkeiten und Möglichkeiten auf allen Ebenen – von der Kindertagesbetreuung bis zur Berufs- und Hochschulbildung – eine wichtige Basis für eine nachhaltigere Wirtschafts- und Lebensweise. Zudem verweist der Beirat auf seine Entschließung zur Bildung für nachhaltige Entwick-

lung vom Oktober 2010 (Bundestagsdrucksache 17/ 3158) und den darin enthaltenen Appell an die Länder, BNE ganzheitlich und dauerhaft in den Unterricht der Schulen sowie in die berufliche Aus- und Weiterbildung zu integrieren.

Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderung (WBGU)

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen weist seit 1992 auf neue Problemfelder hin und berät nationale und internationale Politiken zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung. Durch Öffentlichkeitsarbeit soll das Bewusstsein für die Probleme des globalen Wandels geschärft werden. Als unabhängiges wissenschaftliches Beratungsgremium eingerichtet, wird der WBGU gemeinsam vom BMBF und dem BMU finanziert. Primäres Ziel ist die Beobachtung und Begutachtung von globalen Umwelt- und Entwicklungsproblemen.

Die Hauptgutachten, die jährlich erscheinen, leisten einen wichtigen Beitrag zur Untersuchung der Wechselwirkungen zwischen den großen Themenfeldern der nachhaltigen Entwicklung. In seinem Hauptgutachten von 2011 „Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“⁴ begründet der WBGU die dringende Notwendigkeit einer post-fossilen Wirtschaftsweise. Unter „Großer Transformation“ versteht der WBGU eine umfassende Gesellschaftstransformation, die maßgeblich von sogenannten „Change Agents“ („Pioniere des Wandels“) vorangebracht wird und zu einem nachhaltigen Lebensstil führen soll.

Nichtregierungsorganisationen (NRO)

Neben den nationalen und internationalen politischen Strukturen tragen verschiedene gesellschaftliche Gruppierungen einen wichtigen Teil zur Verankerung von BNE in Deutschland bei. Nichtregierungsorganisationen sind prinzipiell alle Verbände oder Vereinigungen, die nicht von Regierungen oder staatlichen Stellen abhängig sind, gemeinsame Interessen vertreten, ohne dabei kommerzielle Ziele zu verfolgen oder Regierungsämter anstreben. Ihre Arbeit basiert auf dem freiwilligen Engagement ihrer Mitglieder.

Viele dieser auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene organisierten zivilgesellschaftlichen Akteure beschäftigen sich mit Themen der nachhaltigen Entwicklung. Auch im Rahmen der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ wird ihre Bedeutung hoch eingeschätzt. Sie können als „Change Agents“ mit Vorbildfunktion in Dekade-Projekten, Dekade-Kommunen und darüber hinaus zu einem Umsteuern in Richtung nachhaltiger Lebensweise beitragen.

⁴ WBGU (2012): Forschung und Bildung für die Transformation (http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/factsheets/fs5/wbgu_fs5.pdf).

4 Aktivitäten der Bundesregierung

4.1 Übergreifende Maßnahmen

Das Leitprinzip der Nachhaltigkeit prägt die Politik der Bundesregierung. Dies wird auf Basis der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie umgesetzt. Die Strategie wurde erstmals 2002 zum Weltgipfel der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg vorgelegt und seitdem regelmäßig weiterentwickelt. Sie umfasst Leitlinien, Managementregeln, Indikatoren und Ziele sowie Prozesse und die institutionelle Verankerung von Nachhaltigkeit. Die Zuständigkeit für die Nachhaltigkeitsstrategie liegt beim Bundeskanzleramt.

Am 15. Februar 2012 hat das Bundeskabinett den Fortschrittsbericht 2012 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen, der vom Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung erarbeitet wurde. Mit diesem Bericht ist die nationale Nachhaltigkeitsstrategie weiterentwickelt worden. Vor dem Hintergrund der UN-Konferenz zur nachhaltigen Entwicklung in Rio de Janeiro im Juni 2012 wurden „nachhaltiges Wirtschaften“, „Klima und Energie“ sowie „nachhaltige Wasserpolitik“ als Schwerpunktthemen des Fortschrittsberichts gewählt. Darüber hinaus wird die Bedeutung von Nachhaltigkeit als Leitbild sowie die Entwicklung in den verschiedenen Fachbereichen dargestellt. Dazu gehören Themen wie biologische Vielfalt, Verkehr, Gesundheit oder Forschung und Entwicklung genauso wie die allgemeine und berufliche Bildung. Der Bericht informiert ferner über die Umsetzung des Nachhaltigkeitsmanagements sowie die seit 2009 in der Geschäftsordnung der Bundesregierung verankerte Nachhaltigkeitsprüfung in der Gesetzesfolgenabschätzung.

Bildung als Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung wird im Fortschrittsbericht 2012 hervorgehoben. Zudem wird unterstrichen, dass BNE in den letzten Jahren sowohl in Deutschland als auch international an Bedeutung gewonnen hat. Einen wichtigen Beitrag leistet dazu die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.

Seit 2006 informiert das Statistische Bundesamt alle zwei Jahre über den Stand der Entwicklung bei den Nachhaltigkeitsindikatoren und Zielen. Die Nachhaltigkeitsstrategie enthält Indikatoren in 21 Schlüsselbereichen, die mit konkreten Zielen versehen sind, u. a. drei Indikatoren im Bereich Bildung. Diese wurden mit dem Fortschrittsbericht 2012 an die Ziele der „Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ (EU 2020-Strategie) angepasst. So soll der Anteil der 18- bis 24-Jährigen, die keinen Abschluss der Sekundarstufe II haben und sich nicht in Bildung oder Ausbildung befinden, bis 2020 unter 10 Prozent sinken und der Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit tertiärem oder postsekundärem nicht-tertiärem Abschluss soll bis 2020 auf 42 Prozent steigen. Diese an die EU 2020-Strategie angepassten Ziele werden in Deutschland unter der Annahme gleichbleibender durchschnittlicher Entwicklung erreicht. Eine Bildungspolitik, die möglichst vielen jungen Menschen eine qualifizierte Ausbildung ermöglicht, ist Voraussetzung dafür, dass unsere Gesellschaft den künftigen Herausforderungen ge-

wachsen ist. Daher sollte bis 2010 der Anteil der Studienanfänger auf 40 Prozent erhöht und in den Folgejahren auf hohem Niveau weiter ausgebaut und stabilisiert werden. In Deutschland lag die Studienanfängerquote 2010 bereits bei 42,5 Prozent.

Grundlage für den Fortschrittsbericht 2012 war eine umfangreiche Konsultation der Öffentlichkeit. Im Herbst 2010 startete die Bundeskanzlerin die erste Konsultationsrunde zum Fortschrittsbericht der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger waren aufgerufen, sich mit Anregungen und Vorschlägen an der Fortschreibung zu beteiligen. Das im Rahmen des Bürgerdialogs mit Abstand am meisten diskutierte Thema war in der ersten Konsultationsrunde „Klima/Energie“ und in der zweiten Runde „Mobilität“, gefolgt von „Nachhaltigkeit“, „Bildung“ und „Konsum“. In Umsetzung des Fortschrittsberichts wurde erstmals im August 2012 ein Leuchtturmprojekt „Entwicklung einer Kraftstoff- und Mobilitätsstrategie“ ausgewählt. Damit soll u. a. der praktischen Umsetzung von Nachhaltigkeit stärkere Sichtbarkeit verliehen werden.

Am 21. Januar 2013 wurde das Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung unter Einbindung von Expertinnen und Experten im Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung behandelt. Der Ausschuss betonte die Bedeutung von BNE, um den Herausforderungen von Globalisierung und demografischem Wandel mit kreativen Lösungen begegnen zu können. Der Ausschuss regte zudem an, zu prüfen, ob nachhaltige Entwicklung als Querschnittsthema in den Weiterbildungsangeboten der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BAköV) ausreichend berücksichtigt werde.

Der Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung schreibt die nationale Nachhaltigkeitsstrategie inhaltlich fort, überprüft regelmäßig die Entwicklung der Nachhaltigkeitsindikatoren, fungiert als Ansprechpartner für den PBNE, Länder und kommunale Spitzenverbände und berät über aktuelle Themen mit Nachhaltigkeitsbezug aus der Arbeit der Bundesregierung. In die Beratung werden Expertinnen und Experten aus Verbänden, Wissenschaft und Politik einbezogen. Ergebnisse finden sich u. a. im Fortschrittsbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie 2012.⁵ In den Jahren 2012 und 2013 beschäftigt sich der Ausschuss auch verstärkt mit den Themen „Nachhaltige Stadt“ und „Nachhaltigkeit in der Europäischen Union“.

4.2 Auswärtiges Amt

Das Auswärtige Amt (AA) fördert die DUK als Mittlerorganisation der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik und unterstützt darüber hinaus die Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ u. a. durch Förderung des von der DUK betreuten Netzwerks der UNESCO-Projektschulen in Deutschland, durch För-

⁵ Bundesregierung (2012): Nationale Nachhaltigkeitsstrategie, Fortschrittsbericht (http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/Nachhaltigkeit-wiederhergestellt/2012-05-21-fortschrittsbericht-2012-barrierefrei.pdf?__blob=publicationFile).

derung des Freiwilligendienstes „kulturweit“ der DUK, durch die Arbeit der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der UNESCO in Paris und durch die Arbeit der Nationalkomitees für die Wissenschaftsprogramme der UNESCO. Darüber hinaus informiert das AA durch das Netz seiner Auslandsvertretungen weltweit über die neusten Entwicklungen in diesem Bereich. Das AA ist in der Bundesregierung federführend für die EU-Nachhaltigkeitsstrategie zuständig und setzt sich für die Weiterentwicklung der Strategie bis spätestens 2014 ein.

„kulturweit“ – der Freiwilligendienst des Auswärtigen Amtes in Kooperation mit der DUK hat seit dem Jahr 2011 BNE als Querschnittsthema für alle jährlich 400 Teilnehmenden verankert. Bei den Seminaren, die die jungen Freiwilligen auf ihren Einsatz in einem anderen Land vorbereiten, werden Workshops zur theoretischen Auseinandersetzung und zu Möglichkeiten des Engagements im Bereich BNE angeboten. Hierauf aufbauend setzen die Freiwilligen in ihren jeweiligen Einsatzländern eigenständig Projekte auch in diesem Bereich um. Sie lernen hierdurch nicht nur selbst die Notwendigkeit des Themas kennen, sondern werden auch als BNE-Multiplikatorinnen und -multiplikatoren in einem kulturübergreifenden Kontext geschult.

Die Schwerpunkte und Leitziele des Netzwerkes der UNESCO-Projektschulen (www.ups-schulen.de) zeigen eindeutig die Bedeutung von BNE. Der Rahmen internationaler Seminare für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer und ebenfalls die Organisation von Projekttagen bieten umfassende und vielfältige Kooperationen mit europäischen und außereuropäischen Schulen auch außerhalb des Netzwerkes. Die UNESCO-Projektschulen geben ihre Ideen und Unterrichtskonzepte und -materialien, die den Zielen „Menschenrechtserziehung“, „Nachhaltigkeit lernen“, „Interkulturell und Global lernen“ dienen, wiederum an andere Bildungseinrichtungen weiter. In diesem Sinne arbeiten sie auch verstärkt mit Universitäten (Lehrerbildung) und Lehrerbildungsinstitutionen zusammen.

Ein Pilotprojekt der deutschen UNESCO-Projektschulen ist die jährliche internationale Internet Konferenz „Agenda 21 NOW!“. Hier diskutieren Schülerinnen und Schüler aus über 50 Staaten online über Themen und Aspekte der Nachhaltigkeit. Ein weiteres Projekt ist der euro-arabische Dialog, der auf das Thema „Wie gestalten wir, ausgehend von individueller Vergangenheit, unsere Zukunft auf dem Fundament unterschiedlicher Kulturen?“ eingeht. Die Begegnung von jungen Menschen im Schüleralter mit ihren Lehrerinnen und Lehrern sind jeweils die Botschafter ihrer nationalen Herkunft. Weitere Projekte, jeweils Länder übergreifend und verbindend, sind: Euro-afrikanischer Dialog, eine Programmentwicklung für qualifizierte Lehrerbildung und Unterrichtskonzepte, aufbauend auf der Erfahrung des interkulturellen Dialoges. Das Baltic Sea Project (www.b-s-p.org) verbindet alle Ostsee-Anrainer-Staaten, es gestaltet jeweils ein Land wechselnde Sommercamps unter ökologischen und gesamtgesellschaftlichen Arbeitsschwerpunkten. Gleiches gilt für das Blaue Donau Fluss Konzept für die süd-

ost-europäischen Anrainerländer (www.ups-bayern.de). Auf Schulebene, begegnen sich junge Menschen, lernen miteinander und voneinander, auch unter Förderung durch die EU und COMENIUS Mittel.

Das vom AA geförderte Nationalkomitee für die Wasserprogramme der UNESCO und der Weltmeteorologieorganisation WMO organisiert seit 2007 mit der Universität Bochum jährliche Sommerschulen für Studierende aus Entwicklungsländern, 2011 und 2012 über ländliches Wassermanagement. Workshops und Sommerschulen zum UNESCO-Wasserprogramm wurden u. a. in Äthiopien und Russland unterstützt. Unterstützt wird ebenfalls seit Jahren der Aufbau eines E-Learning Portals für nachhaltige Wassernutzung (www.iwrm-education.de). Zusammen mit der DUK und UNWater wurden über 60 Entscheidungsträgerinnen und -träger aus Ministerien der Nahost-Staaten und Nordafrikas in drei einwöchigen Trainingskursen zu nachhaltigem Wassermanagement weitergebildet. Das AA hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit u. a. durch die Arbeit der DUK dabei unterstützt, die beispielgebende Arbeit der 15 deutschen UNESCO-Biosphärenreservate national und international vorzustellen und insbesondere Personal aus afrikanischen Biosphärenreservaten weiterzubilden. Die Konferenz zum 40-jährigen Jubiläum des entsprechenden UNESCO-Programms fand 2011 in Deutschland statt. Auch die vom AA geförderten Einrichtungen Deutsche IOC-Sektion (Zwischenstaatliche Ozeanographische Kommission) und das deutsche Nationalkomitee für das Internationale Geowissenschaftliche Programm der UNESCO agieren an der Schnittstelle von Forschung und Ausbildung. Sie tragen dazu bei, dass aktuelle Ergebnisse der Umweltforschung in Bildungsprozesse einfließen. Das AA begleitet eng eine Initiative der DUK und des Vereins Deutscher Ingenieure, nachhaltige Entwicklung weltweit besser in der Ausbildung von Ingenieuren zu verankern.

4.3 Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Bildung ermöglicht die Teilhabe am Arbeitsleben, verbessert die Chancen für sozialen Aufstieg und schützt vor Armutsrisiken. Indem sie Beschäftigung fördert, ist Bildung ein Schlüsselfaktor für die nachhaltige Sicherung einer qualifizierten Fachkräftebasis und für die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Dies gilt besonders vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung von wissensintensiven Tätigkeiten, die ein hohes Maß an Bildung und den wiederholten Erwerb von neuem Wissen verlangen. Dementsprechend gestaltet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) eine lebensphasenübergreifende und gezielte Aus- und Weiterbildungspolitik.

Die zentrale Bedeutung von Bildung spiegelt sich in dem im Juni 2011 beschlossenen „Fachkräftekonzept“ der Bundesregierung. Zwei der fünf Sicherungspfade berücksichtigen den Beitrag von Bildung zur Sicherung der Fachkräftebasis. Einer umfasst die Bildungschancen in jungen Lebensjahren einschließlich der Bildungs- und

Teilhabeleistungen zur Sicherung des spezifischen sozio-kulturellen Existenzminimums von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Ein weiterer Sicherungspfad umfasst die weitere Qualifizierung durch Aus- und Weiterbildung. Insbesondere junge Menschen müssen durch das Erreichen eines beruflichen Abschlusses als zukünftige Fachkräfte gewonnen werden.

Besonders wichtig ist der Übergang von der Schule in den Beruf, auf den das „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ zielt. Die Berufseinstiegsbegleitung soll perspektivisch als zentrales Begleitinstrument am Übergang von der Schule in eine Berufsausbildung etabliert werden. Sie wurde in den letzten Jahren in rund 1 000 ausgewählten Haupt-, Förder- oder vergleichbaren Schulen praktiziert. Mehr als 50 000 Schülerinnen und Schüler waren involviert. Die Bundesregierung hat sie zum 1. April 2012 als Regelmaßnahme dauerhaft ins Arbeitsförderungsrecht übernommen.

Gerade auch bei jungen Menschen mit Behinderungen ist die berufliche Orientierung rechtzeitig vor der Schulentlassung wesentliche Grundlage, um sie entsprechend ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten in den Arbeitsmarkt eingliedern zu können. Das BMAS stellt für die Förderung von entsprechenden Maßnahmen, die in den Schuljahren 2011/2012 und 2012/2013 beginnen, im Rahmen der Initiative Inklusion insgesamt 40 Mio. Euro aus Mitteln des Ausgleichsfonds zur Verfügung. Damit sollen in den nächsten Jahren bis zu 20 000 schwerbehinderte Schülerinnen und Schüler, insbesondere mit sonderpädagogischem Förderbedarf, auf den Übergang in das Berufsleben vorbereitet werden. Die geförderten Berufsorientierungsmaßnahmen sollen nach Auslaufen des Programms in eine Regelförderung durch Bund und Länder übergehen.

Die Fähigkeit und die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen sind ein Schlüssel für eine erfolgreiche Positionierung unserer Gesellschaft im internationalen Wettbewerb. Die Weiterbildungsbeteiligung insbesondere von Geringqualifizierten, Frauen, ausländischen Arbeitskräften und zum Teil auch Älteren muss daher weiter steigen. Dies liegt im Eigeninteresse der Unternehmen und zählt auch in erster Linie zu ihren Aufgaben. Die „Initiative Neue Qualität der Arbeit“ (INQA) der Bundesregierung bietet Arbeitgebern und Beschäftigten vielfältige Anregungen für das Handlungsfeld Wissen und Kompetenz. Die Initiative bündelt vorhandenes Wissen, bereitet es für verschiedene Bereiche der Arbeitswelt auf und entwickelt zielgruppengerechte, praxisnahe Handlungshilfen.

Die Bundesregierung flankiert die Maßnahmen der Unternehmen. Das BMAS fördert in seinem Zuständigkeitsbereich insbesondere eine qualifizierte berufliche Aus- und Weiterbildung sowie Angebote des lebenslangen Lernens. Dies erfolgt mit Hilfe arbeitsmarktpolitischer Instrumente und Initiativen schwerpunktmäßig durch die Träger der Arbeitsförderung und die Träger der Grundversicherung für Arbeitssuchende.

Mit der im Jahr 2010 von der Bundesagentur für Arbeit (BA) aufgelegten „Initiative zur Flankierung des Struk-

turwandels“ (IFLAS) zur Umschulung von arbeitslosen Arbeitnehmerinnen und -nehmern in am Arbeitsmarkt nachgefragten Berufen wird ein Beitrag zur arbeitsmarktpolitischen Flankierung des Strukturwandels geleistet. Ziel ist es, beruflich nicht oder gering qualifizierten Personen einen Berufsabschluss oder zumindest eine Teilqualifikation zu ermöglichen. Das Programm wird 2012 mit einem gegenüber 2011 aufgestockten Budget von 400 Mio. Euro fortgeführt.

Das Sonderprogramm der BA zur „Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter Älterer in Unternehmen“ (WeGebAU), das im Jahr 2006 gestartet wurde, kann die Unternehmen bei den Weiterbildungsangeboten für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezielt unterstützen. Im Jahr 2012 wird das Programm mit einem gegenüber 2011 aufgestockten Mittelansatz von 280 Mio. Euro weitergeführt und stärker auf die Förderung Geringqualifizierter ausgerichtet mit dem Ziel des Erwerbs eines Berufsabschlusses. Mit dem neuen Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt wurde die Weiterbildungsförderung von älteren Beschäftigten in kleinen und mittleren Unternehmen entfristet und hinsichtlich des Förderumfangs flexibilisiert. Außerdem ist die Förderung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in kleineren und mittleren Unternehmen auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter 45 Jahren (befristet bis Ende 2014) ausgeweitet worden.

Bis zum 31. März 2012 konnten im Rahmen eines Sonderprogramms die Kosten für Qualifizierungsmaßnahmen während der Kurzarbeit bezuschusst werden. Von 2009 bis 2011 wurden über dieses Programm die Qualifizierung von über 170 000 Personen gefördert. Für Bezieherinnen und Bezieher von Transferkurzarbeitergeld steht bis Ende 2013 ein Sonderprogramm zur Verfügung, über welches Qualifizierungsmaßnahmen bezuschusst werden können. Hier wurden im Zeitraum von 2008 bis 2011 über 28 600 Personen gefördert.

Menschen mit Migrationshintergrund können an Maßnahmen der Sprachförderung – kombiniert mit Elementen beruflicher Qualifizierung – teilnehmen, um so ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Hierfür wurde das aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds mitfinanzierte „Programm zur berufsbezogenen Sprachförderung für Personen mit Migrationshintergrund im Bereich des Bundes“ (ESF-BAMF-Programm) eingerichtet. Von 2009 bis August 2012 wurden über dieses Programm rund 65 000 Personen gefördert.

Auch im Rahmen der ESF-Richtlinie „weiter bilden“ fördert das BMAS die berufliche Weiterbildung von Beschäftigten. Ziel des aus dem Europäischen Sozialfonds geförderten Weiterbildungsprogramms für Beschäftigte ist die Sicherung eines hohen Qualifikationsniveaus und die kontinuierliche Anpassung der beruflichen Fähigkeiten an die sich wandelnden Arbeitsplatzanforderungen. Die Sozialpartner sind hierbei wesentliche Akteure und haben das Thema Qualifizierung in verschiedenen Bereichen zum Gegenstand gemeinsamer Vereinbarungen, Initiativen und Qualifizierungstarifverträgen gemacht. Um den demografischen Wandel in Deutschland zu meistern,

wurde vom BMAS die ESF-Richtlinie „rückenwind – Für die Beschäftigten in der Sozialwirtschaft“ aufgelegt, die eine erfolgreiche Weiterentwicklung ihrer Bildungskarrieren ermöglicht.

Auf internationaler Ebene setzt sich das BMAS im Rahmen des G20- und ASEM-Prozesses für Nachhaltigkeit im Bereich der Fachkräftesicherung ein und engagiert sich für die Erleichterung des Ausbaus von beruflichen Fähigkeiten junger Menschen und die Förderung der beruflichen Bildung. Auf dieser Grundlage können hochwertige Arbeitsplätze unter Einhaltung der Arbeitsrechte, der sozialen Sicherung und angemessener Einkommen erreicht werden und so auch ein hohes Maß an grundlegender sozialer Sicherung in den G20/ASEM Ländern insgesamt. Das trägt zu einem stabilen Wachstum, zu sozialer Inklusion und zur Verringerung der Armut in diesen Ländern bei.

4.4 Bundesministerium für Bildung und Forschung

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat im Berichtszeitraum mit einer Vielzahl von innovativen und zielgerichteten Programmen, Projekten, Initiativen und anderen Aktivitäten in den verschiedenen Bildungsbereichen sowie im Forschungsbereich dazu beigetragen, Bildung für nachhaltige Entwicklung auf den verschiedensten Ebenen zu implementieren.

Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“

Das BMBF fördert die DUK mit jährlich ca. 450 000 Euro, damit diese eine Plattform für die Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in Deutschland bereitstellt. Seit Beginn der UN-Dekade konnte so eine „Organisationsstruktur“ (Nationalkomitee, Runder Tisch, Arbeitsgruppen) fest etabliert werden. Die Struktur dient nicht nur der Vernetzung und Zusammenarbeit der vielfältigen aktiven Akteure aus Politik und Zivilgesellschaft untereinander, sondern sie wird auch genutzt, um neue Akteure zu gewinnen und so die Basis für die Umsetzung von BNE zu verbreitern. Zur Umsetzung dieser Ziele wird vom BMBF darüber hinaus ein Internetportal (<http://www.bne-portal.de>) gefördert. Die Vertretung der deutschen Aktivitäten zur UN-Dekade bei der UNECE wurde in Abstimmung mit dem AA umgesetzt.

Forschungsprojekte zu Bildung für nachhaltige Entwicklung

Um belastbare Aussagen zur Verbreitung und den Erfolgen von BNE in den verschiedenen Bildungsbereichen zu erhalten, hat das BMBF die Förderung verschiedener Forschungsprojekte fortgeführt, die im Kern einen evaluierenden Charakter hatten. Untersucht wurden die Effekte des BLK-Programms „Transfer 21“ auf der Lehrer-, Schul- und Systemebene sowie auf die Unterrichtsgestaltung und die kognitiven Merkmale der Schülerinnen und Schüler. Die Ergebnisse zeigen, dass das Programm „Transfer 21“ positive Effekte auf der Ebene der Schulen,

auf der Ebene der Unterrichtspraxis und bei den Schülerinnen und Schüler hatte. Das Programm „Transfer 21“ kann insgesamt als erfolgreich bewertet werden. Weiter wurde in einem interdisziplinären Projekt gemeinsam mit Österreich und der Schweiz an der Entwicklung von Indikatoren für Bildung für nachhaltige Entwicklung gearbeitet. Es wurde ein BNE-Indikatorenset entwickelt und Empfehlungen für die Nutzung der Indikatoren erarbeitet. Schließlich wurde in einem weiteren Projekt der Beitrag der UN-Dekade für die Verbreitung von BNE untersucht. Im Ergebnis zeigt sich, dass die UN-Dekade mit ihren Gremien einen wichtigen Beitrag hierzu leistet. Für diese in der 17. Legislatur abgeschlossenen Projekte stellte das BMBF insgesamt rund 660 000 Euro zur Verfügung.

Seit 2010 fördert das BMBF darüber hinaus ein Projekt mit insgesamt rund 740 000 Euro, in dem durch Moderation, Begleitforschung und Qualifizierungsmodule Bildung für nachhaltige Entwicklung in lokalen Entwicklungsprozessen gestärkt werden soll. Dabei wird ein besonderer Fokus auf die Vernetzung relevanter Akteure in ausgewählten Dekade-Kommunen gelegt. Ziel ist es, Kommunikationsabläufe zu verbessern, Wirkungen sichtbar zu machen und lokale Entwicklungsprozesse zu begleiten und in ihrer Initiationsphase zu unterstützen.

Ausführlich werden die Ergebnisse dieser Projekte im Band 39 der Reihe Bildungsforschung, die vom BMBF herausgegeben wird, unter dem Titel „Bildung für nachhaltige Entwicklung – Beiträge der Bildungsforschung“ präsentiert. Der Band ist im November 2012 erschienen. Ein weiteres Projekt mit einem Fördervolumen von ca. 60 000 Euro, mit dem die Entwicklung der Dekade-Projekte evaluiert werden soll, wurde Ende 2012 begonnen.

Damit BNE stärker als bisher an relevante Diskurse im Bildungsbereich und an die bildungswissenschaftliche Forschung angebunden und so zur besseren Sichtbarkeit der deutschen BNE-Forschung im internationalen Raum beigetragen wird, hat das BMBF seine Forschungsförderung im Bereich BNE im November 2010 neu ausgerichtet und Richtlinien zur Förderung von Forschungspotenzialen im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung veröffentlicht. Durch dieses Forschungsprogramm werden seit 2011 nach Abschluss eines gutachterlichen Verfahrens vier Forschungsverbände mit Projektpartnern an neun Hochschulen und Forschungsinstituten mit jährlich insgesamt ca. 500 000 Euro gefördert.

Themen der Forschungsverbände sind v. a. Netzwerkbildung im Kontext von BNE, da bislang nur wenige theoretische und empirische Forschungsarbeiten über derartige Netzwerke vorliegen, ihre Erfolgsbedingungen und ihre Transferpotenziale. Des Weiteren werden typische Governance-Regime des BNE-Transfers, Kompetenzmodelle in verschiedenen BNE-Kontexten und die Gestaltung von Lernprozessen zum Erwerb von Kompetenzen im Rahmen von BNE untersucht. Bei der Auswahl der Verbände wurde besonderer Wert auf die Qualifizierung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern gelegt.

Lokale Bildungs- und Kompetenznetzwerke für nachhaltige Entwicklung

Die Bedeutung von lokalen Bildungsbündnissen für eine erfolgreiche Umsetzung von Maßnahmen ist in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus gerückt. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass durch Netzwerkbildung inhaltlich deutliche Qualitätsverbesserungen erreicht und Initiativen verstetigt werden können. Vor diesem Hintergrund hat auf Initiative des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung im Deutschen Bundestag das BMBF gemeinsam mit dem RNE einen Wettbewerb zur Förderung von lokalen Bildungs- und Kompetenznetzwerken für Nachhaltigkeit durchgeführt.

Durch den Wettbewerb sollen lokale Aktivitäten weiterentwickelt und gebündelt und Synergien und ein Transfer guter Praxis in die Breite gefördert werden. Somit soll die Qualität von Initiativen für Nachhaltigkeit durch BNE gesteigert werden. Auch soll der Wettbewerb die öffentliche Wahrnehmung von BNE stärken und die Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement verbessern. Seit September 2012 werden 31 Gewinner für ein Jahr mit bis zu 35 000 Euro gefördert. Das Gesamtfördervolumen liegt bei gut 1 Mio. Euro.

Thematisch umfassen die Bündnisse eine große Bandbreite, die hier anhand von drei Netzwerken exemplarisch aufgezeigt wird: In Flensburg soll ein regionales Netzwerks im Umfeld der beruflichen Fortbildung zur staatlich geprüften Technikerin/Techniker der Fachrichtung Gebäudesystemtechnik ausgebaut werden, indem die bestehende Kooperation mit lokalen Partnern inhaltlich stärker im Hinblick auf Nachhaltigkeit im Bauwesen und Gebäudemanagement orientiert wird. Ziel eines Berliner Projektes ist die Etablierung eines Lastenrad-Netzwerks für nachhaltige Entwicklung, das die Verbreitung von Produktionswissen und -fertigkeiten zur Herstellung von Lastenrädern fördert. Ein Netzwerk in Erfurt hat sich zum Ziel gesetzt, von der projektorientierten Zusammenarbeit zu einer strukturell verankerten Erfurter Bildungslandschaft für Bildung für nachhaltige Entwicklung zu gelangen. Im Rahmen des Projektes soll über den Aufbau eines Themenschwerpunkts Wirtschaft und Technologie eine qualitative Weiterentwicklung der Netzwerkbeziehungen, eine Optimierung der Sichtbarkeit und die Verstetigung des Netzwerks erreicht werden.

Allgemeine Bildung

Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB)

Bildung für nachhaltige Entwicklung benötigt ausreichend Zeit, um ihre Potenziale ideal entfalten zu können. Ganztagschulen sind daher ein im besonderen Maße geeigneter Lernort. In ihnen kommen Fragen der Nachhaltigkeit auf vielen Ebenen zum Tragen:

- bei der Planung und Gestaltung von Schulgebäuden und Außenanlagen ebenso wie bei der Innenausstattung der Lernräume, Mensen oder Bibliotheken,

- im Bereich der Gesundheitsprävention durch die Rhythmisierung des Schultages mit Lern- und Entspannungszeiten, die Organisation eines gesunden Schulfrühstücks und Mittagessens sowie die Schaffung umfangreicher Spiel-, Sport- und Bewegungsangebote,
- im Unterricht und in außerunterrichtlichen Angeboten durch die Aneignung von Wissen, Kompetenzen und Werten, aber auch Verhaltensweisen und Lebensstilen, die für die Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaft erforderlich sind, beispielsweise in Schlüsselthemen wie Energiewende, nachhaltiger Konsum, Mobilität, biologische Vielfalt.
- im Bereich des sozialen Lernens und der schulischen Partizipation, indem Kinder und Jugendliche lernen, ihre Interessen zu vertreten und aktive Mitgestalter einer zukunftsfähigen Schule zu sein,
- durch die Kooperation mit außerschulischen Partnern aus der Umweltbildung wie dem Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) und insbesondere der BUND-Jugend, die sich aktiv bei der Mitgestaltung von Ganztagsangeboten engagieren.

Im Kontext der Ganztagschulen spielt daher BNE eine große Rolle: So veranstaltete 2012 die Deutsche Bundesstiftung Umwelt die Tagung „Ganztagschule nachhaltig gestalten – Chancen und Herausforderungen für die pädagogische Praxis“, berichtet das Ganztagsschulportal www.ganztagschulen.org über Themen und Veranstaltungen zu BNE und gibt die Broschüre „Zukunft gestalten lernen. Ganztagschule lebensnah gestalten durch Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ viele praktische Anregungen.

Die Bundesregierung hat die Länder im Rahmen des Investitionsprogramms „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB) von 2003 bis 2009 mit insgesamt 4 Mrd. Euro beim Auf- und Ausbau von Ganztagschulen unterstützt. Über 8 200 Schulen wurden mit Bundesmitteln gefördert. Inzwischen stellt jede zweite allgemeinbildende Schule im Primarbereich und in der Sekundarstufe I Ganztagsangebote zur Verfügung.

Naturwissenschaftliche Grundbildung

Einen besonderen Stellenwert für BNE hat eine naturwissenschaftliche Grundbildung, die den Erwerb anwendungsbezogenen naturwissenschaftlichen Wissens, das in einen gesellschaftlichen Bewertungskontext gestellt werden kann, zum Ziel hat. Das „Haus der kleinen Forscher“ verankert die alltägliche Begegnung mit Naturphänomenen, Technik und Mathematik nachhaltig im Alltag von Bildungseinrichtungen für Kinder. Das BMBF hat die Initiative mit insgesamt 3,8 Mio. Euro im Zeitraum 2008 bis 2010 gefördert. Mit Unterstützung vieler anderer Akteure wurden bundesweit Netzwerke aufgebaut und Erzieherinnen und Erzieher fortgebildet. Derzeit erreicht die Initiative in 227 lokalen Netzwerken insgesamt 24 813 Krippen, Kitas, Horte und Grundschulen. In mehreren Ländern werden die Workshops für Erzieherinnen und Erzieher bereits flächendeckend angeboten. Rund

3 300 Kitas konnten bereits durch ihr kontinuierliches wissenschaftliches Engagement mit der Plakette „Haus der kleinen Forscher“ ausgezeichnet werden. Ziel ist es, in den kommenden Jahren mindestens 80 Prozent aller Kindertageseinrichtungen in Deutschland vom Angebot des „Hauses der kleinen Forscher“ partizipieren zu lassen. Der Bund stellt auch weiterhin über die Helmholtz-Forschungsgemeinschaft umfangreiche Finanzhilfen dafür zur Verfügung. Seit September 2011 wird die Initiative „Haus der kleinen Forscher“ auf die Altersgruppe der sechs- bis zehnjährigen Kinder ausgeweitet. Das BMBF stellt dafür in den Jahren 2011 bis 2014 insgesamt 8 Mio. Euro zur Verfügung.

Wettbewerbe

Wettbewerbe schaffen neue Lernkontexte und fördern das eigenständige Lernen und Handeln der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Je nach thematischer Ausrichtung fördern sie somit auch BNE. Exemplarisch sind im Folgenden drei vom BMBF geförderte Wettbewerbe aufgeführt:

BundesUmweltWettbewerb (BUW)

Ziel des Wettbewerbs ist die Förderung des Umweltwissens der Teilnehmenden sowie von Selbstständigkeit, Kreativität und Engagement zur Problemlösung im Umweltbereich. Gemäß dem Wettbewerbsmotto „Vom Wissen zum nachhaltigen Handeln“ sollen die umweltinteressierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer Ursachen und Zusammenhänge von Umweltproblemen erkennen, nachhaltige Problemlösungen finden und diese im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch in die Tat umsetzen. Aufgefordert zur Wettbewerbsteilnahme sind Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 13 bis 21 Jahren. Die Umweltprobleme und entsprechende Lösungsansätze, sollen Bezug zum Lebens- und Erfahrungsbereich der Teilnehmenden aufweisen. Ökologische, ökonomische, soziale, kulturelle und technische Zusammenhänge der Umweltprobleme sollen in der Arbeit dargestellt und Problemlösungen im Sinne eines gesellschaftlich verantwortlichen und nachhaltigen Handelns entwickelt werden. Es werden jährlich Geld- und Sachwerte für die verschiedenen Haupt-, Sonder-, Förder- sowie Anerkennungspreise im Gesamtwert von 25 000 Euro aus Mitteln des BMBF sowie aus Sponsorengeldern zur Verfügung gestellt. Die prämierten Wettbewerbsbeiträge aus den Bereichen Naturschutz und Ökologie, Technik, Wirtschaft, Politik und Kultur zeigen facetten- und ideenreiche Lösungsansätze für aktuelle Umweltprobleme. Der Wettbewerb wird vom Leibniz Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik an der Universität Kiel (IPN) seit 1990 jährlich durchgeführt.

Jugend forscht

Angesichts der vielfältigen Herausforderungen im 21. Jahrhundert – etwa durch Bevölkerungswachstum, Klimawandel oder Globalisierung – ist es ein Ziel von „Jugend forscht“, talentierte junge Menschen zu finden und zu fördern, die Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen und ihren Beitrag für eine nachhaltige und

umweltgerechte Entwicklung leisten. Projekte zu Themen wie Umwelttechnik, Klimawandel und Naturschutz, die sich auch mit den Aspekten einer nachhaltigen Entwicklung befassen, bilden bei „Jugend forscht“ einen inhaltlichen Schwerpunkt. So widmeten sich beim Bundesfinale 2012 fächerübergreifend rund 20 Prozent der Projekte derartigen Fragestellungen. Der europaweit bekannteste Nachwuchswettbewerb im Bereich von Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik wird seit 1965 jährlich ausgerichtet. Er wendet sich an junge Menschen bis 21 Jahre. Das BMBF beteiligt sich an den laufenden Kosten und vergibt Sonderpreise. Steigende Anmeldezahlen – in 2013 haben sich mehr als 11 000 Jugendliche angemeldet – und die hohe Qualität der eingereichten Arbeiten belegen die große Akzeptanz bei Schulen und Jugendlichen.

Wettbewerb „Demokratisch Handeln“

Ziel des jährlichen durchgeführten Wettbewerbs „Demokratisch Handeln“ ist es, Wissen und Urteilsfähigkeit sowie die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, zu fördern und damit sowohl zu einer Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements beizutragen als auch Demokratie durch Engagement frühzeitig und kontinuierlich in der Schule zu lernen. Wettbewerbsbeiträge können im Unterricht behandelte Themen und Projekte, das Schulleben oder das Zusammenwirken mit außerschulischen Partnern betreffen. Der Wettbewerb hat zur dauerhaften Verankerung von Demokratiepädagogik und demokratischem Erfahrungslernen im Diskurs zur Nachhaltigkeit und zur zivilgesellschaftlich fundierten Schulentwicklung maßgeblich beigetragen. Eine Projektdatenbank ist im Internet zugänglich (<http://www.demokratisch-handeln.de/dhdata/index.php>).

Hochschulen

Nachwuchsförderung an den Hochschulen

Für das BMBF ist die Nachwuchsförderung eine zentrale Aufgabe. Im Rahmen von Ausschreibungen und Förderbekanntmachungen werden Nachwuchsgruppen explizit zur Antragstellung aufgefordert. Das BMBF fördert besonders inter- und transdisziplinäre Forschungsprojekte. Dadurch wird ein systemischer Ansatz möglich, mit dem Nachhaltigkeitsfragen umsetzungs- und lösungsorientiert bearbeitet werden können. Dieser Aspekt wird insbesondere in der (Aus-)Bildung der neuen Generation von Forscherinnen und Forschern durch die Förderung von so genannten Nachwuchsgruppen aufgegriffen. Nachwuchsgruppen werden beispielsweise in der Energieforschung gefördert. In den durch das BMBF geförderten Projekten werden die Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler so ausgebildet, dass sie das Funktionieren des Gesamtsystems der Energieversorgung aus Sicht der Wirtschaft und der Verbraucher in den Blick nehmen. Nachwuchsgruppen gibt es ferner in der Sozialökologischen Forschung und in der Forschung zum Landmanagement. Das BMBF hat mit dem Pakt für Forschung und Innovation sowie der Exzellenzinitiative die Weichen für eine exzellente Nachwuchsförderung gestellt. Ein exzel-

lentes Beispiel ist die „KIT School of Energy“, die Studierenden, Promovierenden und Berufstätigen die Möglichkeit gibt, Probleme einer nachhaltigen und zukunftsfähigen weltweiten Energieversorgung zu identifizieren, zu verstehen und zu lösen.

Berufliche Aus- und Weiterbildung

Modellversuchsförderschwerpunkt „Berufliche Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“

Für die zweite Hälfte der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ wurde der aus Mitteln des BMBF finanzierte und vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) geförderte Modellversuchsförderschwerpunkt „Berufliche Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ mit insgesamt 6 Vorhaben bis Ende 2013 bewilligt. Er baut auf Ende 2009 ausgelaufenen Modellversuchen auf.

So konnte beispielsweise das Netzwerk der Kompetenzzentren Bau und Energie entsprechende Lernmodule zu nachhaltigkeitsrelevanten Inhalten im Umfang ein- bis zweitägiger Schulungen entwickeln und einsetzen. Darüber hinaus besteht eine enge Verbindung mit dem Regional Center of Expertise on Education for sustainable Development (RCE) Hamburg und Region. Die erfolgreiche Zusammenarbeit des Modellversuchs „Nachhaltigkeitsorientiertes Rahmencurriculum für die Ernährungs- und Hauswirtschaftsberufe“ mit dem vom BMBF geförderten Projekt „Globale-Welt-Hotel“ der Universitäten Hamburg und Lüneburg zur nachhaltigen Entwicklung im Hotel- und Gaststättengewerbe soll durch die Gründung einer Bundesarbeitsgemeinschaft Ernährung und Hauswirtschaft im Frühjahr 2013 verstetigt werden.

Berufsbildung für eine nachhaltige Entwicklung in der Wald- und Holzwirtschaft

Eingebettet in das Rahmenprogramm Forschung für Nachhaltigkeit (FONA) des BMBF wurde zum Förderschwerpunkt „Nachhaltige Waldwirtschaft“ das Querschnittsprojekt „Berufsbildung für eine nachhaltige Entwicklung in der Wald- und Holzwirtschaft – BI-FONA-Wald“ vom BiBB durchgeführt. Qualifizierungsbedarfe entlang der Wald-Holz-Wertschöpfungskette sowie Handlungsempfehlungen wurden ermittelt und formuliert, berufsbildungsrelevante Ergebnisse aus den Forschungsverbänden aufbereitet, exemplarisch implementiert, die Erkenntnisse in die Berufsbildungspraxis transferiert und Akteure im Bereich beruflicher Bildung vernetzt. Die Dimensionen der Nachhaltigkeit wurden auf die gesamte Wertschöpfungskette bezogen und sowohl in globale als auch regionale Zusammenhänge eingebettet. Im Rahmen der Praxiserprobung in einer Modellregion („Berliner Wald und Holz“) sind didaktisch-methodische Konzepte der Aus- und Fortbildung, neue Formen der Kooperation von Lernorten sowie innovative Kommunikations- und Präsentationsformen entlang der Wertschöpfungskette Wald-Holz entwickelt und erprobt worden. Das Projekt wurde 2010 abgeschlossen. Die Ergebnisse finden weiterhin Eingang in die Ausbildung in der Modellregion Berliner Wald.

Weitere Beispiele aus der Projektförderung im Bereich der beruflichen Bildung

Im Rahmen des Förderprogramms „Digitale Medien in der beruflichen Bildung“ werden vom BMBF auch Projekte in solchen Berufsfeldern gefördert, welche mittel- oder unmittelbar zur Nachhaltigkeit des Handelns beitragen. Beispielhaft soll angesichts der Energiediskussion auf den Einsatz energieeffizienter Technik und Technologien im Umfeld von Smart Home („intelligentes“ Wohnen), Smart Meter („intelligenter“ Zähler) und Smart Grid („intelligentes“ Stromnetz) verwiesen werden. Diese stellen einen interessanten Wachstumsmarkt für Unternehmen der Elektro- und Informationstechnik dar. Sie sind allerdings nicht nur äußerst innovativ, sondern auch schnelllebig und erfordern daher neben technologischem Wissen eine individuelle Beratungsleistung. Um diesen Anforderungen gerecht werden zu können, sollen z. B. im Rahmen des 2011 gestarteten Projekts „SMARTMOBILE – Mobile Learning für Smart Home und Smart Grid“ mobile Lerneinheiten bereitgestellt werden, die Know How im Bereich der Energieeffizienz für Gebäudetechnik vermitteln. Das im Jahr 2012 begonnene Projekt „MOLEM – Mobiles Lernen für Elektromobilität“ wiederum entwickelt und erprobt neue Formen des Lernens für die Qualifizierung von Beschäftigten im Bereich der Elektromobilität.

Allgemeine Weiterbildung, lebenslanges Lernen

Das Wissenschaftsjahr 2012 – Zukunftsprojekt Erde

Das Wissenschaftsjahr 2012 widmete sich anlässlich der Rio+20-Konferenz dem Thema Nachhaltigkeit. Unter dem Motto „Zukunftsprojekt Erde“ standen drei zentrale Fragen im Mittelpunkt:

- Wie wollen wir leben?
- Wie müssen wir wirtschaften?
- Wie können wir unsere Umwelt bewahren?

Insgesamt engagierten sich über 800 Partner aus Wissenschaft, Bildung, Wirtschaft und Gesellschaft mit mehr als 1 000 Veranstaltungen. Über 100 000 Besucherinnen und Besucher nahmen an den Veranstaltungen teil. Eine zentrale Zielgruppe waren Kinder und Jugendliche, die mit vielfältigen Aktionen einbezogen wurden. Ziel der Aktionen und Projekte war es, nicht nur Diskussion über Nachhaltigkeit, sondern auch eigene Aktivität und Engagement zu ermöglichen, z. B.:

- Die Rohstoffexpedition zielte auf Jugendliche ab 14 Jahren und wurde gemeinsam mit den vier großen deutschen Netzanbietern und wissenschaftlichen Partnern durchgeführt. Am Beispiel des Mobiltelefons wurden Schülerinnen und Schüler für die Themen Knappheit von Rohstoffen, effiziente Rückgewinnung von Rohstoffen und nachhaltiger Konsum sensibilisiert. U. a. wurden Materialien für den Schulunterricht bereitgestellt. Über 1 500 Schulen beteiligten sich an der Aktion, bei der 65 000 alte Handys gesammelt und der Wiederverwertung zugeführt wurden.

- Das Thema Biodiversität stand im Mittelpunkt des Wildbienenprojekts, bei dem Kinder und Jugendliche sich mit der Problematik seltener Tierarten und ihrer wichtigen Rolle in Ökosystemen auseinandersetzen. Wildbienen wurden bewusst als Beispiel gewählt, weil von den rund 560 einheimischen Wildbienenarten wertvolle Ökosystem-Dienstleistungen erbracht werden.
- Für Kinder zwischen 8 und 12 Jahren wurden zwei Ausgaben des „forscher Magazins“ herausgegeben. Die Themen der Hefte waren „So wollen wir leben – neue Ideen für unsere Stadt“ (Auflage 178 000) und „Alles Müll oder was? – Von A wie Abfall bis Z wie Zauberei“ (Auflage 170 000).
- Schulklassen hatten die Möglichkeit, über die Forschungsbörse eine Wissenschaftlerin oder einen Wissenschaftler aus der Nachhaltigkeitsforschung in den Unterricht einzuladen. 130 Nachhaltigkeitsexpertinnen und -experten standen den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung.
- Während der Schulkinowochen hatten 75 000 Schülerinnen und Schüler die Gelegenheit, Kinofilme zu Nachhaltigkeitsthemen zu sehen und teilweise mit Forschern über die Inhalte zu diskutieren.

Forschungsförderung

Rahmenprogramm „Forschung für nachhaltige Entwicklungen – FONA“

Den Herausforderungen der Nachhaltigkeit stellt sich das BMBF auch mit den Rahmenprogrammen „Forschung für nachhaltige Entwicklungen“ – FONA I (2005 bis 2009) und FONA II (2010 bis 2014), für das zwischen 2010 und 2014 mehr als 2 Mrd. Euro Fördermittel bereitgestellt werden (www.fona.de).

Bildung spielt hierbei eine zentrale Rolle und hat eine Scharnierfunktion. Es geht darum:

- junge Menschen auf Nachhaltigkeitsfragen aufmerksam zu machen,
- Bürgerinnen und Bürger als Konsumenten in die Lage zu versetzen, selbstbestimmt verantwortliche Entscheidungen zu treffen, sowie
- Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler auszubilden und zu fördern, die sich des Themas der Transformation zur nachhaltigen Gesellschaft in ihren Forschungsprojekten annehmen.

Sozial-ökologische Forschung

Der nachhaltige Umbau unserer Gesellschaft findet an der Schnittstelle zwischen technologischer Entwicklung und gesellschaftlicher Beteiligung und Akzeptanz statt. Diese steht im Mittelpunkt der sozial-ökologischen Forschung (<http://www.sozial-oekologische-forschung.org>). Sie erweitert den naturwissenschaftlichen Ansatz der Umweltforschung um die gesellschaftliche Dimension. Im Dialog mit gesellschaftlichen Akteuren wie den Verbraucherin-

nen und Verbrauchern, Kommunen, Unternehmen und der Zivilgesellschaft werden die Ziele der Forschung bestimmt. Bereits dieser Dialog löst umfassende Lernprozesse aus.

Ein Themenschwerpunkt der sozial-ökologischen Forschung ist nachhaltiger Konsum. Mit angepassten Bildungsmodulen soll die Konsumkompetenz sowie das konsumbezogene Verhalten vor allem junger Menschen in Richtung Nachhaltigkeit verändert werden. Ein anderes Projekt widmet sich der Beeinflussung umweltbezogener Einstellungen unter Migrantinnen und Migranten. Bei dieser Bevölkerungsgruppe sind das Umweltwissen und das Engagement für den Umwelt- und Klimaschutz in der Regel weniger ausgeprägt. Mit dem Wissen aus einer Erhebung unter 1 600 Migrantinnen und Migranten zu ihren umweltbezogenen Einstellungen, sollen Bildungskonzepte entwickelt werden, die ihr Klimaschutzengagement stärken. Auf der Grundlage dieses Wissens wurden vier zielgruppen- und problemspezifische Modellprojekte entwickelt.

In einer Nachwuchsgruppe junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wird Bildung für nachhaltiges Wassermanagement gefördert. Die Nachwuchsgruppe arbeitet zu nachhaltigen Problemlösungen im Wassersektor und zum Potenzial so genannter „Social Entrepreneurs“, also Unternehmer, die sich einen langfristigen Wandel zur Nachhaltigkeit zum Ziel gesetzt haben. Die Gruppe bietet Bildungsangebote zu Social Entrepreneurship und gesellschaftlichem Wandel an. Teil davon ist ein Wettbewerb für Schulen zur Wasserver- und -entsorgung. Extra konzipierte Unterrichtsmaterialien bringen das Thema auch auf den Lehrplan.

4.5 Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Die Land- und Ernährungswirtschaft leistet vielfältige Beiträge zur sicheren Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln hoher Qualität, zur Gestaltung der Kulturlandschaft und zur Bewahrung der natürlichen Grundlagen, zur Entwicklung der Lebensqualität und Wirtschaftskraft in den ländlichen Räumen sowie zur Energieversorgung der Volkswirtschaft und zur stofflichen Verwendung von nachwachsenden Rohstoffen. Daher fühlt sich das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) der stetigen Weiterentwicklung der Aus- und Fortbildung und der Beratung im gesamten Agrarbereich in besonderem Maße verpflichtet.

Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft (BÖLN)

Das Bundesprogramm Ökologischer Landbau wurde in 2002 aufgelegt und Ende 2010 um den Bereich „andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft“ erweitert. Mit dem Ziel, weiterhin die Rahmenbedingungen für die ökologische und nachhaltige Erzeugung und Verarbeitung von Lebensmitteln in Deutschland zu verbessern, wurde im Programm, aufbauend auf der Identifikation von Proble-

men und Entwicklungspotenzialen, ein Bündel von Maßnahmen initiiert, um gezielt Wachstums- und Entwicklungshemmnisse abzubauen. Zentrale Bausteine sind dabei bildungspolitische Aspekte wie Aufklärungs- und Informationsmaßnahmen, Wissenstransfer sowie Forschungs- und Entwicklungsvorhaben. In den Jahren 2008 und 2010 wurde das Bundesprogramm als Maßnahme in den Nationalen Aktionsplan der UN-Dekade aufgenommen. Folgende Maßnahmen tragen in besonderem Maße zur Bildung für nachhaltige Entwicklung bei:

Es wurden eine Vielzahl von methodisch aufbereiteten Informationsmaterialien über Bio-Produkte für den Einsatz in allgemein bildenden Schulen, in einschlägigen Berufs- und Fachschulen sowie in der Weiterbildung entwickelt und den Bildungseinrichtungen u. a. über das Internet zur Verfügung gestellt (www.oekolandbau.de/lehrer). Für alle Schulformen steht im Öko-Schulportal eine Vielzahl an Unterrichtsmaterialien zu verschiedensten Themen zur Verfügung. Die Materialien umfassen sowohl methodisch-didaktische Hinweise für die Lehrkräfte als auch Arbeitsmaterialien für Schülerinnen und Schüler. Hinzu kommen Vorschläge für Projekte und außerschulische Lernorte.

Seit 2003 hatten Schülerinnen und Schüler der Klassen 3 bis 10 aller Schularten die Möglichkeit, am jährlichen Schülerwettbewerb „Bio find ich kuh-l“ teilzunehmen. Seit Beginn haben sich rund 33 000 Schülerinnen und Schüler am Wettbewerb beteiligt. Er fand in dieser Form im Schuljahr 2011/2012 zum letzten Mal statt. Er wurde durch den neuen erweiterten Wettbewerb „ECHT KUH'L!“ abgelöst (www.ECHTKUH-L.de). Dieser Schülerwettbewerb beschäftigt sich grundsätzlich mit nachhaltiger Landwirtschaft und Ernährung sowie dem Ökolandbau, setzt jedoch auch thematische Schwerpunkte. Im Schuljahr 2012/2013 steht die Wertschätzung von Lebensmitteln im Mittelpunkt.

In speziellen Veranstaltungen und Workshops erhalten Verpflegungsverantwortliche, insbesondere in Kindertagesstätten und Ganztagschulen, die Möglichkeit, sich mit Fragen der gesunden Ernährung sowie den Möglichkeiten zur Integration von Bio-Produkten und anderen besonders nachhaltig erzeugten Lebensmitteln in die Speiseplanung auseinanderzusetzen. Seit 2002 wurden bislang unter dem Logo „Bio kann jeder – nachhaltig essen in Kita und Schule!“ (www.biokannjeder.de) bundesweit insgesamt über 700 Informationsveranstaltungen durchgeführt und mehr als 14 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreicht.

Außerdem wurden spezielle Informationsmaßnahmen entwickelt, in denen Landwirte und Verarbeiter des Ernährungsgewerbes in ein- oder mehrtägigen Veranstaltungen über Möglichkeiten einer nachhaltigen Ausrichtung ihrer Produktion bzw. Verarbeitung informiert werden.

Die Demonstrationbetriebe Ökologischer Landbau sind ebenfalls als wichtiger Lernort für Schülerinnen und Schüler, Verbraucherinnen und Verbraucher sowie für Landwirte zu nennen (<http://www.oekolandbau.de/verbraucher/demonstrationbetriebe/>). Daneben wird derzeit

ein neues Netzwerk „Nachhaltigkeitshöfe“ aufgebaut. Darüber hinaus werden die Ergebnisse der Forschungsprojekte zum ökologischen Landbau und anderen Formen nachhaltiger Landwirtschaft durch zahlreiche Wissenstransferveranstaltungen der Praxis vorgestellt.

Agrarische Berufsbildung

Die Hauptaktivitäten des BMELV im Bereich Bildung für eine nachhaltige Entwicklung liegen im Bereich der Agrarbildung und in der Verbraucheraufklärung. Sie umfassen für den Berichtszeitraum die Schwerpunkte agrarische Aus-, Fort- und Weiterbildung, Informationsmaßnahmen sowie Modellvorhaben.

Vor dem Hintergrund geänderter gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen sowie des demografischen Wandels sind Fragen der beruflichen Bildung auch für den Agrarbereich eine entscheidende Zukunftsinvestition zur Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung. Zur Unterstützung der steigenden Aktivitäten für die Nachwuchssicherung der Agrarwirtschaft sieht das BMELV eine Verantwortung in der Schaffung der entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen.

Im Rahmen der kontinuierlichen Modernisierung und Anpassung von Regelungen zur landwirtschaftlichen Aus- und Fortbildung wird besonderer Wert darauf gelegt, dass neben den Umweltaspekten auch die weiter gehenden Nachhaltigkeitsaspekte in diese Regelungen integriert werden. Die Ausbildungsberufe des Agrarbereichs schreiben bereits seit Jahren in ihrem Berufsbild konkrete, im Sinne eines nachhaltigen Wirtschaftens erforderliche Qualifikationsanforderungen verbindlich fest. So wurde in die Ausbildungsordnungen eine Berufsbildposition eingeführt, die sich auf die zielgerichtete Vermittlung von Sozialkompetenzen in der betrieblichen Erstausbildung orientiert. Mit der konsequenten Umsetzung komplexer, ganzheitlicher Prüfungsmethoden in den agrarischen Aus- und Fortbildungsordnungen wurde der Aspekt des Erwerbs und des Nachweises von Schlüsselqualifikationen im Sinne nachhaltigen Handelns erheblich verstärkt. Die Umsetzung des Nachhaltigkeitsgedankens in die Ausbildungspraxis im Sinne der Agenda 21 bedarf allerdings noch weiterer Anstrengungen, insbesondere auch bei der Weiterbildung der betrieblichen Ausbilderinnen und Ausbilder sowie der Ausbildungsberaterinnen und -berater.

Informationsveranstaltungen und Modellvorhaben

Das BMELV fördert bundeszentrale Informationsveranstaltungen, die von Organisationen des ländlichen Raums (u. a. Landjugend- und Landfrauenverbände) durchgeführt werden. Themen mit Bezug zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung bilden dabei einen wesentlichen Schwerpunkt. Die Veranstaltungen sind nicht nur auf die unmittelbar im landwirtschaftlichen Bereich Tätigen zugeschnitten, sondern richten sich in erheblichem Umfang an die Gesamtheit der im ländlichen Raum lebenden Menschen. Auch die zahlreichen Träger im Bereich der agrarischen Weiterbildung bieten vielfältige

Maßnahmen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums an und führen Projekte durch.

Die mit Förderung des BMELV durchgeführten Wettbewerbe für Nachwuchskräfte des Agrarbereichs sind in den letzten Jahren kontinuierlich unter dem Aspekt eines Verantwortungsbewussten und nachhaltigen Wirtschaftens inhaltlich weiterentwickelt worden. Außerdem hat sich erwiesen, dass die Teilnahme an den Wettbewerben zu einem nachweisbar hohen gesellschaftlichen Engagement der Jugendlichen in ihrem späteren beruflichen Leben führt.

Im Berichtszeitraum hat das BMELV ein Modellvorhaben durchgeführt, das auf die Erprobung von Möglichkeiten der Inklusion behinderter Menschen im Agrarbereich ausgerichtet war. Mit diesem Modellvorhaben wurden vielfältige Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung unter dem Einschluss von Qualifizierungsangeboten für behinderte Menschen praxisnah erprobt. Die durchweg positiven Erfahrungen des Modellvorhabens sollten den Anstoß für weitere Inklusionsangebote für behinderte Menschen im Agrarbereich geben.

Bildung und Information über Ernährung, Bewegung und Gesundheit

Gesunde Ernährung und ausreichende Bewegung sind die Voraussetzungen für Wohlbefinden und Lebensqualität und legen die Grundlage für eine aktive und leistungsfähige Gesellschaft. Zielgruppenspezifische und praxisbezogene Ernährungsbildung ist ein wichtiger Beitrag zu einer nachhaltigen Lebensweise. Sie trägt zum Schutz der persönlichen wie der gesellschaftlichen Ressourcen bei und ist gerade auch mit Blick auf den demografischen Wandel und die Stabilität des Generationenvertrages eine wichtige Investition in die Zukunft.

Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung am 25. Juni 2008 den Nationalen Aktionsplan „IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“ beschlossen. Er wird vom BMELV und dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) getragen. Ziel ist es, bis zum Jahr 2020 das Ernährungs- und Bewegungsverhalten in der gesamten Bevölkerung nachhaltig zu verbessern. Zwei Ansätze bilden dabei die Grundpfeiler von „IN FORM“: Zum einen Information und Motivation der Bevölkerung zu einem gesunden Lebensstil (Verhaltensprävention), zum anderen die Schaffung von Strukturen in allen Lebensbereichen, die gesunde Ernährung und ausreichend Bewegung erleichtern sollen (Verhältnisprävention).

Zur Umsetzung werden die bereits vorhandenen vielfältigen Initiativen gebündelt und verstetigt. Zudem werden verschiedene bundesweite Maßnahmen und Modellprojekte durch den Bund gefördert. So wurden im Bereich Ernährungsbildung in Schulen der aid-Ernährungsführerschein für Grundschülerinnen und Grundschüler, das Unterrichtskonzept SchMExperten für die Klassen 5 bis 8 und die Ess-Kult-Tour für die Sekundarstufen I und II konzipiert. Die Bildungsangebote vermitteln praktische und theoretische Kenntnisse und legen somit den Grund-

stein für langfristige Auswirkungen auf das eigene Ernährungsverhalten und das nachfolgender Generationen. Da die prägende Phase für einen gesunden Lebensstil sehr früh beginnt, ist gerade das Ansetzen bei den Jüngsten von entscheidender Bedeutung. Deshalb wurde im Rahmen von „IN FORM“ das Netzwerk „Gesund ins Leben“ gegründet, das jungen Familien Orientierung mit einheitlichen und verständlichen Informationen gibt. Bei all diesen Ansätzen ist es wichtig, Vernetzung zu schaffen und mit den jeweiligen relevanten Praxisakteuren zusammenzuarbeiten. So wurden zur Sicherstellung der Weitergabe von Wissen und zum Aufbau eines Informations- und Kommunikationsnetzwerkes z. B. die Vernetzungsstellen Schulverpflegung eingerichtet. Um Praxisakteuren und Multiplikatoren einheitliche Informationen über eine gesundheitsförderliche Gemeinschaftsverpflegung zu geben, entwickelte die DGE im Auftrag des BMELV für alle Lebenswelten Qualitätsstandards für die Gemeinschaftsverpflegung. Sie thematisieren neben einer ausgewogenen Lebensmittelauswahl und Umsetzungstipps auch Rahmenbedingungen wie Raumgestaltung sowie ökologische Aspekte wie Herkunft der Lebensmittel oder energiesparende Verarbeitung und bieten damit ein ganzheitliches Konzept. Bei der Bereitstellung von Informationen hört „IN FORM“ aber nicht auf, sondern bietet gezielt Schulungen und Fortbildungen zu den unterschiedlichen Themen in den jeweiligen Lebenswelten für Multiplikatoren an. Besondere Bedeutung hat dies u. a. im Hinblick auf unsere alternde Gesellschaft und die Weiterbildung von Pflegepersonal. Auch hier wurden im Rahmen von „IN FORM“ mit „Fit im Alter“ und „Station Ernährung“ vielfältige Informationen entwickelt. Alle Materialien stehen kostenlos zum Download auf der Website www.in-form.de zur Verfügung.

Im Rahmen der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ hat sich das BMELV im Jahr 2012 an dem UNESCO-Zwiesgespräch „Ich, meine Ernährung und die Welt“ beteiligt. Darüber hinaus wurden „IN FORM“-Aktivitäten wie das Ernährungsbildungskonzept „Ess-Kult-Tour“ und die „Bundesweiten Tage der Schulverpflegung“ als offizielle Dekade-Projekte ausgezeichnet.

Bildungsmaßnahmen zur Ernährungssicherung im Rahmen des bilateralen Fonds mit der Welternährungsorganisation

Bildungsmaßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung sind wiederholt integraler Bestandteil der vom BMELV im Rahmen eines bilateralen Treuhandfonds unterstützten Projekte der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) zur Bekämpfung des Hungers in den ärmsten Regionen der Welt. Sie setzen auf drei Ebenen an. Auf der Produzentenebene werden Wissen und Kenntnisse zu nachhaltigen Produktionsmethoden vermittelt. Dies geschieht häufig über das Instrument von Farmer Field Schools, einem praktischen Ansatz zur Vermittlung von Wissen und Fähigkeiten an Kleinbauern (z. B. in einem Saatgutprojekt in Sierra Leone).

Auf der Konsumentenebene sind Ernährungsprobleme häufig durch eine ungenügende Verwendung und Verwer-

tung von Nahrungsmitteln bedingt. Wissen und Fähigkeiten um richtige Ernährung spielen eine wichtige Rolle. In diesem Kontext wird einmal das Bildungsangebot für Ernährungserziehung für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren (z. B. Studenten, Erzieher, Hebammen oder Agrarfachleute) durch die Entwicklung von Curricula und Materialien sowie die Förderung von Bildungsinstitutionen verbessert. Außerdem wenden sich Projekte direkt an die Konsumenten z. B. durch einen speziell auf Frauen ausgerichteten Beratungsdienst, der aktuell in Afghanistan aufgebaut wird.

Auf der Ebene der Politik sollen die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Ernährungssicherheit durch Einflussnahme auf die Etablierung von Strategien und die Umsetzung von Politiken verbessert werden (z. B. Durchsetzung des Menschenrechts auf Nahrung). Auch zu den im Mai 2012 verabschiedeten „Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern“ wird derzeit ein E-Learning Tool entwickelt, welches die Verbreitung der Leitlinien sinnvoll ergänzt und zu ihrer Implementierung beitragen soll. Zugangsrechte zu Land und anderen produktiven Ressourcen sind für die Menschen in ländlichen Gebieten überlebenswichtig und ein Schlüsselfaktor zur Umsetzung des Menschenrechts auf Nahrung.

Im Rahmen von Projekten zu Bioenergie und Ernährungssicherung wurden Studien in Pilotländern durchgeführt und Materialien zur besseren Entscheidungsfindung erstellt (z. B. Leitfaden zur Risikobewertung, best-practices, Online-Anwendung).

Teilbereich Verbraucherbildung und -information

In den letzten Jahren hat die Verbraucherinformation und -bildung verstärkt die ökologische, ökonomische und soziale Dimension des Nachhaltigkeitsansatzes aufgenommen. Auch ist ein verstärktes Interesse von Verbraucherinnen und Verbrauchern an nachhaltiger Produktion und nachhaltigem Konsum zu konstatieren, denen auch eine wichtige marktbezogene Anreiz- und Lenkungsfunktion zukommen. Bewusstseinsbildung und Handlungsmöglichkeiten hierzu können durch ein entsprechendes Informations- und Bildungsangebot unterstützt werden. Diesem Ziel dienen eine Reihe von Maßnahmen und Projekten, die den Verbraucher sowohl als Waren kaufenden „Konsumenten“ als auch als die Unternehmen beurteilenden, die Entwicklung reflektierenden Verbraucherbürger ansprechen und fördern. Die persönlichen Lebensvorstellungen und -umstände des Verbrauchers und die Umwelt- und Arbeitsbedingungen stehen in einem gegenseitigen Zusammenhang. Verbraucheraufklärung muss dabei mit der Beobachtung der sozialen, wirtschaftlichen Gesamtentwicklung einhergehen und auch neue Entwicklungen aufgreifen, um Nachhaltigkeit verankern zu können.

Ein wichtiger Schwerpunkt der Verbraucherinformation der Bundesregierung lag deshalb im Bereich „Corporate Social Responsibility (CSR) und Verbraucherinformation“. Mit der Fortführung des Projektes „MitVerantwor-

tung – sozial und ökologisch handeln“ der Stiftung Jugend und Bildung, das vom BMELV gefördert wird, konnten gezielt Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Schulstufen und Schultypen erreicht und thematisch sensibilisiert werden. Inzwischen liegen über das umfangreiche, weiter aktualisierte Materialangebot auf der Internetseite hinaus Unterrichtsmaterialien einschließlich Videos für die Berufsschulen, die Sekundarstufe I und die Sekundarstufen II vor. Aufgrund der großen Nachfrage ist eine Fortführung mit neuen Ansätzen geplant. Das Projekt ist mit dem Comenius-EduMedia-Siegel ausgezeichnet worden. Es wurde zudem als offizielles Projekt der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ anerkannt und ausgezeichnet.

In Ergänzung dazu wurde aufgrund der hohen Nachfrage die Broschüre „Youth X Change – training kit on responsible consumption“ der Vereinten Nationen (UNEP/UNESCO) in deutscher Sprache neu aufgelegt. Mit dieser Broschüre wird speziell jungen Menschen verdeutlicht, dass Nachhaltigkeit eine weltweite Herausforderung darstellt und nachhaltige Lebensstile auch vor dem Hintergrund unterschiedlicher Kulturen und Wirtschaftsweisen sinnvoll und notwendig sind.

In Planung ist auch ein neuer Verbraucherleitfaden für den Bereich „Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen“ (CSR), der die neuen Entwicklungen aufgreift auf der Basis der Nationalen CSR-Strategie der Bundesregierung. Weitere Projekte befassen sich mit der Frage von Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit der Kennzeichen von Produkten/Labels, die auf nachhaltige Produkte aufmerksam machen und nachhaltigen Konsum ermöglichen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Frage, ob sich über die CSR-Informationen von Unternehmen neue Wege für das verantwortungsbewusste, nachhaltige Handeln für Konsumenten ergeben. Erste Ergebnisse eines entsprechenden Forschungsprojektes zeigen, dass solche Strategien anscheinend vor allem über Verhaltenstipps in den realen Alltagssituationen Erfolg zeigen, während die „Key Points“ nachhaltigen Verhaltens im Konsumbereich eher bereits sensibilisierte Gruppen erreichen. Hier bedarf es der genauen verbraucherpolitischen Beobachtung der Entwicklung, um gezielt Verbraucherinnen und Verbraucher zu informieren und aktuell bezogene Bildungsprozesse für eine nachhaltige Entwicklung in Gang setzen zu können.

4.6 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Für die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft ist besonders wichtig, den Menschen durch lebenslanges Lernen und die Weitergabe von Erlerntem zu ermöglichen, etwas für sich und für andere zu erreichen. Das ist nicht nur entscheidend, um Wachstum und Wohlstand zu wahren, sondern auch und insbesondere im Hinblick auf Gerechtigkeit und Zusammenhalt.

Mit der Förderung von Aktivitäten für Bildung und Teilhabe, insbesondere im Bereich der non-formalen und informellen Bildung, leistet das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) wichtige

Beiträge zur Vermittlung von Gestaltungskompetenz, um Wissen über nachhaltige Entwicklung anzuwenden und zum Maßstab des eigenen Handelns zu machen.

Förderung in der Kindheit und Jugend

Nationaler Aktionsplan „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005 bis 2010“

Mit diesem Nationalen Aktionsplan hat die Bundesregierung wichtige Impulse für mehr Kindergerechtigkeit in Deutschland gesetzt und einen nachhaltigen gesellschaftlichen Prozess angestoßen, an dem sich alle politischen Ebenen, Nichtregierungsorganisationen, Verbände, Vertreter der Wissenschaft sowie Kinder und Jugendliche beteiligen. Eine vom Deutschen Jugendinstitut 2012 vorgelegte Expertise belegt, dass die mit dem NAP angestoßene Entwicklung über seine formale Laufzeit hinaus nachhaltige Wirkung entfaltet. In den untersuchten Handlungsfeldern Beteiligung, Bildung und Gesundheit kann eine Vielzahl positiver Entwicklungen festgestellt werden. Dies gilt etwa hinsichtlich gesetzlicher Neuregelungen, z. B. der gesetzlichen Pflicht für ein Beschwerdemanagement in stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, als auch für die Weiterentwicklung der Fachdiskurse und der Praxis, was sich insbesondere bei den Themen Inklusion und Gesundheitsförderung zeigt. Damit ist eine gute Ausgangsbasis erreicht, auf der weiteren Herausforderungen begegnet werden kann.

Außerschulische Jugendbildung

Das BMFSFJ fördert durch vielfältige Unterstützungsmaßnahmen nach dem Kinder- und Jugendplan des Bundes die bundeszentralen Infrastrukturen der außerschulischen politischen und kulturellen Bildung und unterstützt Vorhaben vor allem im Bereich der Partizipation von Kindern und Jugendlichen sowie im Rahmen der Gleichstellungsförderung. Im Rahmen der UN-Dekade ist dieser Bildungsbereich in der Arbeitsgruppe „Außerschulische Bildung“ mit einer Vielzahl an Trägern vertreten. Auch bei den Dekade-Projekten sind Träger der außerschulischen Jugendbildung vertreten.

Seit 2009 besteht bei der Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland (IJAB) der trägerübergreifende Arbeitskreis zu BNE in der internationalen Jugendarbeit. Der Arbeitskreis erarbeitete ein Konzept zur Implementierung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in die internationale Jugendarbeit als Angebot außerschulischer Jugendbildung. Zur Qualifizierung der Träger der internationalen Jugendarbeit wurde in 2011 ein Trainingsseminar durchgeführt. In 2012 fand zur Förderung der internationalen Vernetzung und des Fachaustausches eine internationale Fachtagung zu BNE in der außerschulischen und internationalen Jugendarbeit statt. Geplant sind weitere Fachveranstaltungen zum Schwerpunkt BNE. Ziel ist die Sichtbarmachung des Beitrags der non-formalen Bildung und der internationalen Jugendarbeit im Besonderen zur Umsetzung der UN-Dekade.

Der zweite Zukunftskongress „Jugend global 2020“ im Jahr 2010 beschäftigte sich mit der langfristigen Zielperspektive von BNE in der internationalen Jugendarbeit als Angebot außerschulischer Jugendbildung. Auf Grundlage der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen dieser Veranstaltung sind seither weitere konkrete Schritte zur Implementierung vorangebracht worden.

Eigenständige Jugendpolitik

Das BMFSFJ hat im Jahr 2011 mit der Entwicklung einer „Eigenständigen Jugendpolitik“ begonnen. Hiermit ist vorgesehen, dass Jugendpolitik noch stärker als bisher alles dafür tut, jungen Menschen bestmögliche Bedingungen in der vielfältigen und sich laufend verändernden Jugendphase zu gewähren. Jungen Menschen sollen dadurch faire Startchancen auf ein selbstverantwortliches und selbstbestimmtes Leben eröffnet werden und es soll ein gesellschaftliches Klima der Anerkennung und des Respekts vor den Leistungen und dem Einsatz von Jugendlichen gefördert werden.

Im Mittelpunkt der „Eigenständigen Jugendpolitik“ stehen die zentralen aktuellen Herausforderungen:

- faire Chancen für Jugendliche,
- gelungene Ressourcenaufteilung von Zeiten und Räumen,
- Perspektiven und Zuversicht für ein Leben in der Zukunft.

In der Entwicklungsphase sollen in drei wichtigen Anwendungsfeldern Lösungswege gefunden werden und gemeinsame Positionen erarbeitet werden. Die Anwendungsfelder sind:

- schulische und außerschulische Lern- und Bildungsorte,
- Übergangsgestaltung von der Schule in den Arbeitsmarkt,
- Beteiligungschancen und -anlässe im politischen und öffentlichen Raum.

In der Entwicklungsphase (2011 bis 2014) werden die Leitlinien einer „Eigenständigen Jugendpolitik“ in Kooperation mit den Trägern und Verbänden entwickelt und ein weitest möglicher Konsens zwischen den Akteuren der Kinder- und Jugendpolitik über die Inhalte und die Reichweite einer solchen Politik hergestellt. Im Jahr 2014 soll eine gesellschaftsübergreifende „Allianz für Jugend“ gegründet werden, um Jugendpolitik als gesellschaftliche Zukunftspolitik zu verankern und zu gestalten.

Bildungs- und Teilhabepaket

Die Bundesregierung hat sich aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2012, in dem die bis dahin geltenden Regelleistungen nach dem Zweiten Buch des Sozialgesetzbuchs für unvereinbar mit dem nach Artikel 1 Grundgesetz gebotenen Schutz der Menschenwürde in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip gem. Artikel 20 Grundgesetz erklärt wurde, entschieden,

ein Bildungs- und Teilhabeleistungspaket einzufügen. Vorrangiges Ziel des Bildungspakets ist es, Kindern einkommensschwacher Familien die Möglichkeit zu geben, Lern- und Freizeitangebote in Anspruch zu nehmen, und ihnen somit bessere Bildungs- und Entwicklungschancen zu eröffnen. Bildung und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben sind erforderlich, um die materielle Basis für Chancengleichheit herzustellen. Insbesondere der Bildung kommt bei der nachhaltigen Überwindung von Hilfebedürftigkeit und zukünftigen Lebenschancen eine Schlüsselfunktion zu.

Frühkindliche Bildung

Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege sind erste außerfamiliäre Bildungsorte. Ergänzend zur elterlichen Erziehung werden hier Kinder von Anfang an aktiv unterstützt, sich in spielerischer Form die Welt anzueignen und wichtige soziale und personale Schlüsselkompetenzen als Grundlage für aktive Teilhabe und Partizipation zu erwerben. Insbesondere für Kinder aus sozial benachteiligten Familien kann frühzeitige ganzheitliche Bildung beitragen, die späteren Bildungswege erfolgreicher zu meistern. Ausreichende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsangebote – insbesondere für Kinder unter drei Jahren – sind daher der Schlüssel für bessere Startchancen aller Kinder und für mehr Bildungsgerechtigkeit.

Mit diesem Ziel sowie zur Unterstützung junger Menschen bei einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt die Bundesregierung die Länder und Kommunen beim bedarfsgerechten Ausbau von Betreuungsangeboten und hat mit dem Kinderfördergesetz von 2008 – beginnend zum 1. August 2013 – den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab vollendetem ersten Lebensjahr gesetzlich verankert. Bis zu diesem Zeitpunkt wollen Bund, Länder und Kommunen bundesweit 780 000 Betreuungsplätze schaffen, um dem durch Elternbefragungen erhobenen Bedarf einer bundesweiten Betreuungsquote von 39 Prozent zu entsprechen. Wenngleich die Schaffung von Betreuungsangeboten eine verfassungsmäßige Aufgabe der Länder und Kommunen ist, beteiligt sich die Bundesregierung mit 4,6 Mrd. Euro zu einem Drittel an den Kosten des Betreuungsaubaus. Ab 2014 wird sie dauerhaft jährlich 845 Mio. Euro zur Deckung der Betriebskosten zur Verfügung stellen. Parallel zum quantitativen Betreuungsausbau ist die Weiterentwicklung der Bildungsqualität in der Kindertagesbetreuung von besonderer Bedeutung. Sie wird daher von der Bundesregierung in erheblichem finanziellem Umfang unterstützt.

Im Zentrum der Offensive Frühe Chancen steht der Ausbau von bundesweit 4 000 Kitas in Regionen mit Erneuerungsbedarf bzw. mit einem besonders hohen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund zu Schwerpunkt-Kitas Sprache und Integration. Ziel ist es, die systematische alltagsintegrierte Sprachbildung für alle Kinder von Anfang zu stärken, denn der frühzeitige Erwerb sprachlicher Kompetenzen entscheidet maßgeblich über den weiteren

Bildungsweg. Die Bundesregierung investiert für das Programm 400 Mio. Euro.

Mit dem Aktionsprogramm Kindertagespflege wird sowohl der quantitative Ausbau dieser besonders familien-nahen Betreuungsausform, die Gewinnung von Tagespflegepersonen und die Aufwertung und Wertschätzung der Tagespflege Tätigkeit als auch die bundesweite Qualifizierung von Tagespflegepersonen nach einheitlichen qualitativen Standards gefördert. Daneben erhalten Tagespflegepersonen Zuschüsse, wenn sie tätigkeitsbegleitend einen einschlägigen pädagogischen Berufsabschluss erwerben.

Das Serviceprogramm „Anschwung für frühe Chancen“ soll bundesweit bis zu 600 lokale Initiativen unterstützen, die sich vor Ort für die Schaffung bedarfsgerechter Betreuungsangebote und für deren qualitative Verbesserung einsetzen. Eltern, interessierte Bürgerinnen und Bürger, Fachkräfte aus Kitas und Grundschulen sowie Vertreterinnen und Vertreter von Jugendämtern und sozialen Einrichtungen wirken darin mit.

Die Gewinnung und Qualifizierung von dringend benötigten zusätzlichen Fachkräften ist ein weiterer Schlüsselfaktor für die Qualitätsentwicklung in der Praxis. Daher fördert das BMFSFJ die Werbe- und Imagekampagne der Gewerkschaften, Berufsfachverbände und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege „Profis für die Kita“. Im Rahmen ihres 10-Punkte-Programms „Bedarfsgerechte Kinderbetreuung 2013“ hat es darüber hinaus eine Expertengruppe unter Beteiligung des Bundes, der Länder, der Kommunalen Spitzenverbände und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, der Gewerkschaften, der Fachschulverbände und der BA einberufen, die Vorschläge erarbeitet, wie der Fachkräftebedarf in der Kindertagesbetreuung gesichert werden kann.

Initiative JUGEND STÄRKEN

Die Initiative JUGEND STÄRKEN fördert an aktuell circa 800 Standorten bundesweit die schulische, berufliche und soziale Integration individuell beeinträchtigter und/oder sozial benachteiligter junger Menschen mit und ohne Migrationshintergrund auf Grundlage von § 13 SGB VIII. Die vier Programme „Schulverweigerung – Die 2. Chance“, „Kompetenzagenturen“, „JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region“ und „Jugendmigrationsdienste“ bieten den jungen Menschen individuelle sozialpädagogische Beratung, Begleitung und Unterstützung am Übergang Schule-Beruf.

Bürgerschaftliches Engagement und Zusammenhalt der Generationen

Bürgerschaftliches Engagement ist eine tragende Säule jedes freiheitlichen, demokratischen und sozialen Gemeinwesens. Die nachhaltige Stärkung dieser Säule durch altersangemessene und altersübergreifende Bildungsangebote wie z. B. ServiceLearning und die Möglichkeiten des lebenslangen Lernens ist entscheidend für die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft. Deshalb müs-

sen wir die Bereitschaft der Menschen, Wissen weiterzugeben und andere an ihren Erfahrungen teilhaben zu lassen und auch so Verantwortung füreinander zu übernehmen, fördern und in nachhaltige politische Antworten auf gesellschaftlichen Herausforderungen wie den demografischen Wandel einbeziehen.

Aufbau und Ausbau der Freiwilligendienste

Seit dem 1. Juli 2011 können sich Frauen und Männer jeden Alters nach Vollendung der Vollzeitschulpflicht im Bundesfreiwilligendienst (BFD) für das Allgemeinwohl insbesondere im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich sowie im Bereich des Sports, der Integration und des Zivil- und Katastrophenschutzes engagieren. Der Bundesfreiwilligendienst hat nach § 1 BFDG die Aufgabe, lebenslanges Lernen zu fördern. Im Rahmen der unterschiedlichsten Einsatzbereiche sollen die Freiwilligen durch eine praxisorientierte Begleitung in der Einsatzstelle sowie durch entsprechende Seminartage soziale, ökologische, kulturelle und interkulturelle Kompetenzen erlernen.

Freiwilligen unter 27 Jahren bietet der BFD die Möglichkeit, neben der Persönlichkeitsentwicklung und Ausbildung und Stärkung sozialer Kompetenzen, sich beruflich zu orientieren und erste Erfahrungen auf dem Gebiet der Arbeitswelt zu sammeln. Älteren Freiwilligen über 27 Jahren bietet der BFD die Chance, bereits vorhandene Kompetenzen und Lebens- und Berufserfahrungen einzubringen, weiterzugeben und aufgeschlossen an neue Aufgaben und die eigene Kompetenzerweiterung heranzugehen.

Im Rahmen der pädagogischen Begleitung des BFD sind insgesamt 25 Seminartage vorgeschrieben, davon eine Woche politische Bildung. Zur Durchführung der Seminartage stehen die 17 Bildungszentren des Bundes zur Verfügung, die über die gesamte Republik verteilt sind. Die Seminare zur politischen Bildung finden ausschließlich dort statt. Die Bildungszentren des Bundes haben sowohl bei der Unterbringung und Verpflegung als auch bei der inhaltlichen Gestaltung der Seminare den Fokus speziell auf das Thema Nachhaltigkeit gerichtet.

In einer Doppelstrategie ist neben dem Aufbau des BFD der Ausbau der Jugendfreiwilligendienste, Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) getreten. FSJ und FÖJ sind gestärkt aus den Veränderungen in der Freiwilligendienstlandschaft hervorgegangen. Junge Menschen nach Vollendung der Vollzeitschulpflicht bis zum Alter von 27 Jahren haben die Chance, im Rahmen einer freiwillig vereinbarten Vollzeitbeschäftigung Kompetenzen im sozialen und ökologischen Bereich zu erwerben, ihre Persönlichkeit zu entwickeln und Verantwortung gegenüber Menschen, Natur und Umwelt zu übernehmen. Während des Dienstes werden die jungen Freiwilligen pädagogisch begleitet.

Zum 1. Januar 2011 ist der Internationale Jugendfreiwilligendienst (IJFD) als weiterer gesetzlich geregelter Freiwilligendienst des BMFSFJ gestartet. Er bietet jungen Menschen nach Vollendung der Vollzeitschulpflicht bis

zum Alter von 27 Jahren die Möglichkeit, sich im Ausland zu engagieren. Der IJFD ist ein Lern- und Bildungsdienst mit hohen Qualitätsanforderungen. Sein Schwerpunkt liegt im Erwerb sozialer und interkultureller Kompetenzen in sozialen und ökologischen Einsatzfeldern sowie in der Friedens- und Versöhnungsarbeit. Die Freiwilligen werden während des gesamten Dienstes durch Fachkräfte pädagogisch begleitet.

Insgesamt haben Auf- und Ausbau der Freiwilligendienste zu einer enorm hohen Beteiligung (mehr als 50 000 junge Menschen im FSJ, FÖJ und IJFD und mehr als 35 000 im BFD) geführt. Die Zahlen dokumentieren auch die Bereitschaft vieler Menschen, nach Erfüllung der Schulpflicht oder im fortgeschrittenen Erwachsenenalter in einem gemeinwohlorientierten Einsatz Kompetenzen zu erwerben.

Freiwilligendienste aller Generationen

Von Anfang 2009 bis Ende 2011 hat das BMFSFJ die bundesweite Etablierung der verbindlich organisierten unentgeltlichen Freiwilligendienste aller Generationen mit insgesamt rund 16 Mio. Euro unterstützt. Rund 8 400 Freiwillige mit unterschiedlichem kulturellem oder sozialem Hintergrund haben sich ehrenamtlich beteiligt. Auffallend große Resonanz haben die Freiwilligendienste aller Generationen bei Menschen zwischen 45 und 69 Jahren gefunden. Alle Länder sowie zahlreiche Landkreise, Städte, Gemeinden, Verbände und Organisationen haben die Freiwilligendienste aller Generationen als eine Chance erkannt, in klar definierten Aufgabenbereichen nachhaltig strategisch Engagement zu fördern und die Daseinsvorsorge vor Ort zu stärken. Besonders bewährt hat sich das Dienstformat in den Bereichen Quartiers- und Sozialraumentwicklung, Familien- und Bildungspatenschaften, Hilfs- und Unterstützungsangebote für ältere Menschen. Die Qualifizierung der Freiwilligen (Fort- und Weiterbildung im Mindestumfang von durchschnittlich 60 Stunden pro Jahr) und der sie anleitenden Fachkräfte sorgt für nachhaltige Qualität.

„Aktion zusammen wachsen“

Die gelingende Integration von Migrantinnen und Migranten und der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft sind zentrale Elemente für eine nachhaltige Entwicklung. Die „Aktion zusammen wachsen“ schafft durch regionale und bundesweite Angebote langfristig nachhaltige Unterstützungsstrukturen für bürgerschaftliches Engagement. Ziel der Bundesinitiative ist es, allen Kindern und Jugendlichen die gleichen Bildungschancen zu ermöglichen und so die Integration von Zuwandererfamilien in Deutschland zu fördern. Das Programm wurde im Jahr 2008 von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration gestartet und am 1. Januar 2011 vom BMFSFJ übernommen.

Patenschaften sind das Fundament der „Aktion zusammen wachsen“. Sie bieten jungen Menschen mit Migrationshintergrund die Chance auf individuelle und begleitende Förderung. Die Patinnen und Paten engagieren sich

ehrenamtlich in den Projekten. Da sowohl Patinnen und Paten als auch Patenschaftsprojekte Unterstützungsbedarf haben, will die Aktion daran mitwirken, Akteure für Patenschaften zusammen zu bringen und den Wissenstransfer zwischen den Projekten zu intensivieren.

Der Umsetzung dient eine bundesweit agierende Servicestelle im Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA). Die Bundesservicestelle hat ihren Schwerpunkt neben der Koordination, in der Entwicklung von Handlungsempfehlungen und Handreichungen für Qualitätsstandards, von Qualifizierungsmodulen und Anerkennungsmodellen, bei der Öffentlichkeitsarbeit für Patenschaftsprogramme, der Organisation von Workshops und Kongressen, der Einrichtung eines Expertenpools und insgesamt der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Zusätzlich unterstützt die „Aktion zusammen wachsen“ die Bildungspatenschaften mit einer Homepage und einer angegliederten bundesweiten Datenbank. Mit einem jährlichen Aktionstag macht das Bundesfamilienministerium gemeinsam mit der Integrationsbeauftragten auf das wichtige Engagement von Patinnen und Paten aufmerksam und würdigt den ehrenamtlichen Einsatz von zahlreichen Projekten.

Mehrgenerationenhäuser – Aktionsprogramm 2

Alle Mehrgenerationenhäuser bieten Betreuungs- und Unterstützungsangebote für Kinder- und Jugendliche an. Dazu gehören z. B. Hausaufgabenhilfen, Lesepatenschaften oder Mentorenprogramme. Gerade im Übergang von der Schule zur Ausbildung, ins Studium oder ins Berufsleben können Mehrgenerationenhäuser junge Menschen individuell unterstützen. Seniorinnen und Senioren können gleichzeitig eine Menge von Jüngeren lernen. Ein gutes Beispiel dafür sind Computerkurse von Jung für Alt, die in vielen Häusern angeboten werden. Die Bildungsangebote der Mehrgenerationenhäuser sind für Menschen aller Generationen, mit oder ohne Migrationshintergrund, gewinnbringend. Gemeinsames Lernen und gegenseitiger Austausch bereichern die Menschen und motivieren sie so zur gesellschaftlichen Teilhabe. Die Häuser bieten Menschen mit Migrationshintergrund spezielle und auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Aktivitäten und laden sie zur Gestaltung eigener Angebote ein. Dazu gehören Sprachkurse, Beratungsangebote, aber auch Hilfe und Unterstützung bei Behördengängen oder Fragen des alltäglichen Lebens. Menschen mit Migrationshintergrund bringen dabei eigene Ideen ein und bereichern die Häuser mit neuen Impulsen für das Angebotsspektrum. So werden die gegenseitige Verständigung in den Häusern und die interkulturelle Öffnung gefördert.

4.7 Bundesministerium der Finanzen

Für das Bundesministerium der Finanzen (BMF) ist die Bildung junger Menschen ein besonderes Anliegen. In verschiedenen Maßnahmen wurden daher entsprechende Angebote für diese Zielgruppe geschaffen. So gibt das BMF regelmäßige Unterrichtsmaterialien („Finanzen & Steuern“) heraus, die an weiterführenden Schulen für den Unterricht wichtige Themen aus dem Bereich des BMF

aufbereiten. Neben dem jährlich erscheinenden Schüler- und Lehrerheft, in dem grundsätzliche Themen dargestellt werden, erscheinen in dieser Reihe zusätzlich monatlich Arbeitsblätter, in denen Themen der Hefte vertieft werden bzw. auf aktuelle Themen (z. B. ESM) eingegangen wird. Als weiteres regelmäßiges Angebot unterhält das BMF die Website www.finanzforscher.de. Hier werden für eine noch etwas jüngere Zielgruppe in leicht verständlicher und unterhaltsamer Weise Inhalte aus dem Themenspektrum des BMF angeboten.

Als moderne Finanz-, Wirtschafts- und Sicherheitsverwaltung nutzt die Zollverwaltung die modernen Medien für eine umfassende und nachhaltige Information von Bürgerinnen und Bürgern sowie Wirtschaftsunternehmen. Neben einer App für mobile Endgeräte sowie den klassischen Informationsinstrumenten wie Broschüren, Messen und Ausstellungen stehen auf den Internetseiten www.bundesfinanzministerium.de sowie www.zoll.de umfassende Informationen zu Aufgaben und Erfolgen des Zolls bereit.

Das BMF verfügt für seinen Geschäftsbereich über ein eigenes Bildungs- und Wissenschaftszentrum, das sich in erster Linie der Aus- und Fortbildung der Beamtinnen und Beamten des mittleren und gehobenen nichttechnischen Dienstes in der Zollverwaltung widmet. Der umfangreiche Zuständigkeitsbereich der Zollverwaltung mit Bezug zu wesentlichen Nachhaltigkeitsinitiativen wird auch in der Laufbahnausbildung abgebildet. Hier ist insbesondere die Vermittlung von Kenntnissen im Bereich „Verbote und Beschränkungen für den grenzüberschreitenden Warenverkehr“ hervorzuheben. Dabei werden normspezifische Fragestellungen erörtert und Handlungs- und Eingriffsbefugnisse der Zollverwaltung z. B. zum Schutz von Tier- und Pflanzenwelt (Artenschutz, sanitärer Pflanzenschutz sowie Saatgutverkehr, Tierschutz einschließlich des Schutzes der Fischereibestände), der Wirtschaft (Schutz des geistigen Eigentums bzw. gewerblicher Rechtsschutz), der menschlichen Gesundheit (Produktsicherheit, Arzneimittel, Lebensmittel), von Kulturgütern, der Umwelt (Immissions- und Emissionsschutz, Strahlenschutz, Umweltschutzprotokoll zum Antarktisvertrag, illegale Abfallverbringung, Chemikaliensicherheit, Schutz der Ozonschicht) und der Bevölkerung vermittelt.

Über die fachliche Aus- und Fortbildung hinaus trägt insbesondere auch die systematische Führungskräfteentwicklung der Zollverwaltung zur Entwicklung einer nachhaltigen, gemeinsamen Führungskultur und eines gemeinsamen Führungsverständnisses bei. Sie orientiert sich an den Zielfeldern des Leitbildes der Zollverwaltung und fokussiert dabei primär die Aspekte „Führung und Steuerung“, „Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ und „Wirtschaftlichkeit“. Der ganzheitliche Ansatz der systematischen Führungskräfteentwicklung der Zollverwaltung beinhaltet Module zur Förderung der Fachkompetenz, Methodenkompetenz, Sozialkompetenz und personalen Kompetenz der Führungskräfte mit dem Ziel eines sozial und wirtschaftlich verantwortlichen Zusammenwirkens innerhalb der Verwaltung.

Auch im Bereich der öffentlichen Beschaffung gewinnt die Integration von Nachhaltigkeitskriterien in den Vergabeprozess zunehmend an Bedeutung. Die Möglichkeiten der Berücksichtigung umweltbezogener oder sozialer Kriterien sind Gegenstand interner Workshops der Zentralen Beschaffungsstelle der Zollverwaltung.

Die Bundesfinanzakademie als Teil des BMF vermittelt den Berufsanfängerinnen und Berufsanfängern im höheren Dienst der Steuerverwaltung Wissen und Fähigkeiten zu einer selbstgesteuerten und nachhaltigen Entwicklung ihrer eigenen Führungskompetenz, die möglichst auch im außerberuflichem Umfeld soziales Engagement und verantwortungsvolles Handeln entfaltet. Sie fördert durch internationale Gemeinschaftsseminare das Verständnis für gesellschaftliche Entwicklungen in anderen Staaten sowie in der EU. Durch ein interaktiv gestaltetes Steuermuseum und die Finanzgeschichtliche Sammlung sensibilisiert sie eine breitere Öffentlichkeit (Schulen, in- und ausländische Besuchergruppen, historische Forschung) für das Thema „Steuern und Steuergerechtigkeit“ und entwickelt aus der Historie Perspektiven für eine facettenreiche Wahrnehmung und kritische Reflexion der Themenfelder „Finanzen“ und „Gesellschaft“.

4.8 Bundesministerium für Gesundheit

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) unterstützt als Fachbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) und in dessen Auftrag eine nachhaltige gesundheitliche Entwicklung in der Bevölkerung.

So hat die BZgA z. B. einen nationalen Kooperationsverbund „Gesundheitliche Chancengleichheit“ initiiert, der im Konsens gesellschaftlicher Akteure insbesondere ein gesundes Aufwachsen für alle Kinder und Jugendlichen ermöglichen soll. Auf der Basis abgestimmter Handlungsempfehlungen werden in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden die Kommunen in Deutschland im Aufbau integrierter Konzepte „Gesund aufwachsen für alle“ unterstützt. Sowohl durch direkten Austausch über Ländernetzwerke (regionale Knoten) als auch mit Unterstützung moderner Kommunikationswege (web 2.0 www.gesundheitliche-chancengleichheit.de) sind Kommunen seit 2011 in einen Prozess des Voneinanderlernens eingetreten. Diesen Prozess unterstützt die BZgA zusätzlich durch die zur Verfügungstellung von Fachinformationen. Ziel ist es, Menschen durch den verbesserten Kenntnisstand zu gesundheitsorientiertem Verhalten zu befähigen.

Im Kindes- und Jugendalter bilden sich wesentliche gesundheitsrelevante Verhaltensweisen heraus, die für das Erwachsenenalter bestimmend sind. Deshalb ist es wichtig, so früh wie möglich vor allem die Kompetenz der Eltern zu stärken, die gesundheitliche Entwicklung des Kindes zu fördern. Hierzu stellt die BZgA Eltern, ehren- und hauptamtlichen Betreuungspersonen sowie Kindern und Jugendlichen zahlreiche Medien zur Verfügung, um ihre Kenntnisse und Einstellungen für ein gesundes Leben zu stärken. Für die direkte Ansprache von Kindern und Jugendlichen werden zusätzlich Konzepte der personalen

Kommunikation (Jugendfilmtage, Mitmach-Parcours etc.) entwickelt, modellhaft durchgeführt und Ländern und Kommunen zur Verfügung gestellt. Durch Kooperation mit dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ ist es möglich, gezielt sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche, ihre Eltern und weitere Betreuungspersonen mit den genannten Konzepten der BZgA zu erreichen, indem diese Maßnahmen bevorzugt in sozialen Brennpunkten angeboten werden.

Daneben stellt die Schule einen wichtigen Ort für präventive Maßnahmen dar. Auch ist sie aufgrund ihres Erziehungs- und Bildungsauftrages verpflichtet, an der Gesundheitserziehung mitzuwirken. Die BZgA entwickelt und veröffentlicht seit 1975 Unterrichtsmaterialien zu Basisthemen der schulischen Gesundheitserziehung und -förderung. Es handelt sich um baukastenartige Angebote, die von Lehrerinnen und Lehrern aller Schularten zur Durchführung von gesundheitsrelevantem Unterricht genutzt werden können. Diese Unterrichtsmaterialien sind Bestandteil von Aufklärungskampagnen, wie AIDS-Aufklärung, Suchtprävention, Ernährungs- und Bewegungsaufklärung sowie Sexualaufklärung.

Mit der „Strategie zur Förderung der Kindergesundheit“ verfolgt die Bundesregierung das Ziel, die gesundheitlichen Chancen im Kindesalter zu verbessern. Sie führt hierzu wesentliche Aktivitäten der Bundesregierung zur Kindergesundheit zusammen. Ein wichtiger Ansatzpunkt besteht darin, die Gesundheitskompetenzen der Eltern wie auch der Kinder zu stärken. Um Eltern dabei zu helfen, dass ihre Kinder zu ausgeglichenen, psychisch starken Kindern heranwachsen, hat beispielsweise der Deutsche Kinderschutzbund im Auftrag des BMG spezielle Elternkurse entwickelt und in sein bundesweites Elternbildungsprogramm aufgenommen. Ergänzend dazu werden Maßnahmen der psychischen Gesundheitsförderung an Ganztagschulen erprobt. Für Kinder mit weniger häufigen chronischen Erkrankungen wird ein modulares, krankheitsübergreifendes Schulungsprogramm („ModuS“) entwickelt und erprobt, um betroffenen Kindern und Eltern zu helfen, die Krankheit besser zu verstehen, Unsicherheiten im Umgang damit abzubauen und die Motivation für und das Wissen über die Behandlung zu steigern. Weitere Initiativen betreffen Maßnahmen zur Verbesserung der Inanspruchnahme der Kinderuntersuchungen, zur Steigerung der Durchimpfungsraten bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, zur Förderung von gesunder Ernährung und Bewegung, zur Alkohol-, Tabak- und Cannabisprävention und zur Unfallprävention. Dieser Ansatz wird durch die Arbeit der BZgA unterstützt.

Das BMG, das BMU und das BMELV sowie die zuständigen Bundesoberbehörden kooperieren im Rahmen des gemeinsamen Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit – kurz APUG (www.apug.de). Ziel ist es, Gesundheitsrisiken aus der Umwelt möglichst frühzeitig entgegenzuwirken, die Öffentlichkeit über Zusammenhänge zu informieren und eigenverantwortliches, gesundheits- und umweltgerechtes Handeln des Einzelnen zu fördern. Durch die Integration umwelt-, gesundheits- und verbraucher-

cherschutzbezogener Aspekte bei den Informationsangeboten wird zu einer Bildung für nachhaltige Entwicklung beigetragen. APUG ist in den internationalen Prozess eingebunden. Auf der 5. WHO-Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit im März 2010 in Parma (Italien) hat Deutschland zugestimmt, den Schutz von Kindern vor gesundheitlichen Umweltbelastungen weiterhin zu verfolgen sowie klimabedingten Gesundheitsgefahren und den sozialen Ungleichheiten bei Umwelt und Gesundheit gezielt entgegenzuwirken.

Die Bundesregierung will mit dem Nationalen Aktionsplan „IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“, der gemeinsam vom BMG und BMELV durchgeführt wird, insgesamt erreichen, dass Kinder gesünder aufwachsen, Erwachsene gesünder leben und dass alle von einer höheren Lebensqualität und einer gesteigerten Leistungsfähigkeit profitieren. Dazu wurden von 2008 bis 2011 eine Vielzahl von Maßnahmen und Projekten durch das BMG unterstützt wie die „Aktionsbündnisse für gesunde Lebensstile und Lebenswelten“, die „Zentren für Bewegungsförderung“ in den 16 Ländern und verschiedene Modellprojekten zu spezifischen Fragestellungen u. a. Zielgruppenerreichung, Zugangswege und Qualitätssicherung. Nachdem die Projekte Ende 2011 planmäßig ausgelaufen sind, bilden seit 2012 die Verstetigung von Maßnahmen, die Verbreitung der gewonnenen Erkenntnisse und Ergebnisse sowie die Förderung der Vernetzung und des Austausches der Akteure den Schwerpunkt der Aktivitäten des Nationalen Aktionsplans. So wurde beispielsweise ein Internetangebot zur Qualitätsentwicklung konzipiert, um gute und praxistaugliche Gesundheits- und Präventionsangebote zu gewährleisten. Damit ist auch eine Voraussetzung gegeben, Menschen bei einem gesundheitsförderlichen, nachhaltigen Lebensstil zu unterstützen.

4.9 Bundesministerium des Innern

Das Bundesministerium des Innern (BMI) verantwortet die Ausbildung der Beamtinnen und Beamten des mittleren und gehobenen nichttechnischen Dienstes der allgemeinen und inneren Verwaltung des Bundes sowie der Verwaltungsfachangestellten, Fachrichtung Bundesverwaltung, und der Fachangestellten für Bürokommunikation. Daneben bilden das BMI und sein Geschäftsbereich in weiteren Berufen des dualen Ausbildungssystems aus, darunter z. B. Fachinformatikerinnen und Fachinformatiker. Das BMI ist zudem für die dienstliche Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesverwaltung zuständig. Weiterhin fallen in seine Verantwortung die Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung sowie die Förderung der Stiftungen der politischen Parteien.

Ausbildung

Das Bundesverwaltungsamt und die Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (FH Bund) bilden in den genannten Verwaltungslaufbahnen und Ausbildungsberufen aus. In Angleichung an die in den Ausbildungsordnungen für die Berufe des dualen Ausbildungssystems bestehenden Standardlernziele zum Umweltschutz wer-

den ökologische Lerninhalte auch in den Ausbildungsgängen der Verwaltungslaufbahnen vermittelt. So ist in der Laufbahnausbildung für den mittleren Dienst der Umweltschutz Teil der Lehrveranstaltungen. Umweltrelevante Fragestellungen werden auch in anderen Fächern, z. B. Haushalts- und Beschaffungsrecht, aufgegriffen und bei allen Ausbildungsgängen in die Evaluierung von Lehrinhalten einbezogen.

Die FH Bund fördert Bildung für nachhaltige Entwicklung in Anlehnung an den Umsetzungsplan der UNESCO (2005) in den strategischen Bereichen Studium und Lehre, Ausbildung und Verwaltung. Auch wird das Leitprinzip einer nachhaltigen Entwicklung in allen Belangen der Beschaffung und des Verwaltungshandels gemäß Maßnahmenprogramm Nachhaltigkeit (Beschluss des Staatssekretärsausschusses vom 6. Dezember 2010; vgl. Kapitel 4.1) umgesetzt. Im Rahmen der Ausbildung ist die Vermittlung eines Umweltbewusstseins im Sinne einer Sensibilisierung für den rationalen und sparsamen Umgang mit Ressourcen in der Verwaltung sowie einer Sensibilisierung für ökonomische, ökologische und soziale Prozesse integraler Bestandteil der theoretischen und praktischen Ausbildung am Arbeitsplatz.

Zur Integration von BNE baut die FH Bund derzeit ein Konzept zur Förderung von Gestaltungskompetenzen im Bereich der Nachhaltigkeit und Diversität auf, das sich sowohl an Studierende als auch an Lehrende richtet. Diese Kompetenzen sollen unmittelbar im Studium, in Verzahnung mit den Inhalten und Methoden der jeweiligen Studienfächer, trainiert werden. Ziel ist es, die Studierenden für nachhaltige Entscheidungen in ökologischen, ökonomischen und sozialen Prozessen zu sensibilisieren und vorzubereiten. Im Zuge der Bologna-Reform werden somit auch, zusätzlich zu den jeweiligen Fachinhalten, berufsübergreifende Schlüsselkompetenzen trainiert. Parallel dazu werden Weiterbildungsmöglichkeiten für alle Lehrenden aufgebaut, um einerseits das Bewusstsein für Bildung für nachhaltige Entwicklung weiter zu fördern und andererseits die Lehrenden bei der entsprechenden Weiterentwicklung ihrer Lehre zu beraten.

Vor diesem Hintergrund strebt die FH Bund den Aufbau und die Kooperation mit Akteuren der Bildung für nachhaltige Entwicklung an. In Kooperation mit dem Netzwerk Hochschuldidaktik NRW (Kooperation der hochschuldidaktischen Einrichtungen der Universitäten in NRW) bietet sie hochschuldidaktische Weiterbildungsveranstaltungen für alle Lehrenden an. Des Weiteren unterhält die FH Bund einen regelmäßigen Austausch mit dem Zentrum für Kompetenzentwicklung für Diversity Management in Studium und Lehre an Hochschulen in NRW (Projekt der Universität Duisburg-Essen und der FH Köln in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung und Förderung durch das BMBF) sowie dem Netzwerk Wissenschaftscoaching. In gemeinsamer Arbeit sollen Konsequenzen und Maßnahmen im Rahmen der Bildung für nachhaltige Entwicklung für Studium und Lehre sowie Verwaltung an der FH Bund abgeleitet werden, um so zukünftig alle internen Personal- und Organisationsberei-

che für Weiterentwicklungsmaßnahmen informieren und beraten zu können.

Fortbildung

Die Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BAkÖV) wirkt als zentrale Fortbildungseinrichtung des Bundes im Rahmen der fach- und funktionsbezogenen Fortbildung an der Umsetzung des Konzepts der Nachhaltigkeit mit. So fließen Aspekte von BNE in die Seminare zur Gesetzesfolgenabschätzung inklusive der Ermittlung von Bürokratiekosten sowie zum Erfüllungsaufwand ein. Aber auch Seminare zum Zuwendungsrecht und öffentlichen Auftragswesen und zur Organisation tragen dem Leitgedanken der Nachhaltigkeit Rechnung. In der Vermittlung der Grundlagen der Volkswirtschaftslehre als Rahmenbedingungen des Verwaltungshandelns nehmen Aspekte der Globalisierung einen wichtigen Raum ein.

Als neue Veranstaltungsreihe wurden die „Brühler Fachgespräche“ eingeführt. Diese greifen anlassbezogen aktuelle Fragen auf, um den Beschäftigten der Bundesverwaltung Grundlagenwissen zu Themen anzubieten, deren Zusammenhänge und gegenseitige Interdependenzen vielschichtig sind. Dabei werden Aspekte der Nachhaltigkeit besonders berücksichtigt. Wissenschaftliche Lehrkräfte aus dem Universitätsbereich oder vergleichbare Personen aus Wirtschaft und Verbänden bereiten die Themen allgemeinverständlich auf, geben den Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen vertieften Einblick in die Problemstellungen und zeigen Lösungsmöglichkeiten auf. Die eintägigen Veranstaltungen richten sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die an der Aufarbeitung komplexer Themen und deren Zusammenhängen interessiert sind.

Nicht zuletzt bildet die verstärkte Einbeziehung und Durchführung von Erfahrungsaustauschen in den Fachveranstaltungen die Grundlage der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Aufgaben im internationalen Bereich wahrnehmen, sollen den Zusammenhang zwischen ökonomischer Entwicklung, entwicklungspolitischer und ökologischer Sichtweise sowie sozialer Verpflichtung beachten. Auch in den Veranstaltungen zu aktuellen Fragen der internationalen Beziehungen werden entwicklungspolitische Aspekte behandelt. Ferner nehmen Seminare zur interkulturellen Kommunikation den Nachhaltigkeitsaspekt auf.

Mit Bildung für eine nachhaltige Entwicklung verbindet sich die Chance zur gesellschaftlichen Modernisierung und Gestaltung. Die BAkÖV unterstützt deshalb auch den Modernisierungsprozess der Verwaltung, der auf eine wirtschaftlichere Arbeitsweise und höhere Qualität und Flexibilität des Verwaltungshandelns sowie auf größere Transparenz und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zielt und damit ebenfalls dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung entspricht.

Politische Bildung

Die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) unterstützt alle interessierten Bürgerinnen und Bürger dabei,

sich mit Politik zu befassen. Sie engagiert sich für politische Bildung überparteilich und arbeitet mit Bildungseinrichtungen und -trägern sowie den Landeszentralen zusammen. Im Zentrum ihrer Arbeit stehen die Förderung des demokratischen Bewusstseins und die Bereitschaft zu politischer Partizipation. Um diese Ziele zu erreichen, entwickelt die BpB Bildungs- und Diskussionsangebote, mit denen Kenntnisse, Einblick und Verständnis in geschichtliche und gesellschaftliche Zusammenhänge politischer, sozialer, kultureller, ökonomischer und ökologischer Prozesse vermittelt werden. Sie greift aktuelle Themen auf, stellt Informationen und Foren zur Verfügung. Hierbei bedient sie sich neben den klassischen auch der modernen Medien und erreicht dadurch interessierte Bürgerinnen und Bürger. Mit den Angeboten sollen nachhaltige Bildungsprozesse initiiert werden, um die Werte unserer Gesellschaft zu stärken, die sich auf Toleranz, Pluralismus und Friedfertigkeit gründen, und die Identifikation mit unserer freiheitlich verfassten Demokratie zu fördern.

4.10 Bundesministerium der Justiz

Das Bundesministerium der Justiz (BMJ) ist sich des Wertes einer nachhaltigen Entwicklung bewusst und fördert in seinem Bereich Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Die Themen Ökologie, Ökonomie und internationale Gerechtigkeit sind Bestandteil des Bildungsangebots der „Deutschen Richterakademie“, der von Bund und Ländern getragenen bundesweiten Fortbildungseinrichtung für Richterinnen und Richter sowie für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Es wurden u. a. fächübergreifende Seminare zu den Themen „Immisionsschutz in der verwaltungsgerichtlichen Praxis“, „Richterliche Ethik – Grundlagen, Perspektiven, weltweiter Vergleich richterlicher Verhaltensstandards“ und „Effektives Verhandeln und Kommunikationsanalyse für Zivil- und Strafrichter“ sowie Deutsch-Türkische, Deutsch-Japanische und Deutsch-Chinesische Tagungen veranstaltet. Daneben werden zahlreiche Seminare mit europarechtlichem Bezug angeboten. Die Seminare vermitteln ökologischen Sachverstand, Kenntnisse über eine nachhaltige Wahrnehmung der richterlichen Tätigkeit und das Bewusstsein internationaler Verantwortung.

Daneben unterstützt das BMJ auch internationale Projekte wie das Europäische Justizielle Fortbildungsnetzwerk (EJTN), in dem auch die Deutsche Richterakademie aktiv eingebunden ist, und die Europäische Rechtsakademie in Trier, die ebenfalls Seminare zu europarechtlichen Themen anbietet. Auch hier ist die Vermittlung von Wissen zu Nachhaltigkeit ein wichtiges Thema, z. B. in Seminaren zum Umweltschutz. So fanden im Jahr 2012 Tagungen zum europäischen Abfallwirtschafts- und Wasserwirtschaftsrecht statt.

Auf dem Weltgipfel der Vereinten Nationen im September 2005 wurde die Bedeutung von Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit in einem breiten politischen Konsens als Voraussetzung sowohl für eine freie und selbstbestimmte persönliche Entwicklung als auch für die Herausbildung von Demokratie und für sozialen Frieden

herausgestellt. Deutschland engagiert sich für die Verbreitung des Rechtsstaates in der Welt. Das BMJ unterstützt deshalb Transformations- und Schwellenländer bei der Gesetzgebung und dem Aufbau ihrer Justiz. Die „Deutsche Stiftung für Internationale Rechtliche Zusammenarbeit e. V.“ ist seit 1992 für die operative Zusammenarbeit bei der Rechtsstaatsentwicklung zuständig. Außerdem fördert das BMJ die internationale rechtliche Zusammenarbeit durch Austausch von Expertinnen und Experten, Unterstützung bei der Gesetzgebung, Fortbildungen und Hospitanzen für ausländische Juristinnen und Juristen in Deutschland. In diesem Rahmen koordiniert das BMJ die Rechtsstaatsdialoge mit China und Vietnam.

Im August 2011 wurde zum Tag der offenen Tür im BMJ die Fotoausstellung „Europa der Menschenrechte – 60 Jahre Europäische Menschenrechtskonvention“ gezeigt, die auf großes Interesse bei den Besucherinnen und Besuchern stieß. Die Ausstellung bestand aus großformatigen Schautafeln, die verschiedene von der Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) garantierte Rechte veranschaulichten sowie über den Europarat und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte informierten.

4.11 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Ziel der Bildungsaktivitäten im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) ist es, qualitativ hochwertig, wissenschaftlich aktuell, variabel einsetzbar und ansprechend gestaltet Wissen zum Umwelt- und Naturschutz zu vermitteln. Die vielfältigen umweltpolitischen Themen werden so aufbereitet, dass sie in unterschiedlichen Lernumgebungen möglichst selbsterklärend und ohne zusätzlichen Aufwand eingesetzt werden können.

Die serviceorientierten Bildungsangebote bewegen sich sowohl fachlich als auch methodisch-didaktisch auf hohem Niveau. Die Bildungsarbeit des BMU orientiert sich am aktuellen Stand der Bildungsforschung; Konzeptentwicklung, Projekte und Materialien orientieren sich an den Erkenntnissen der Bildung für nachhaltige Entwicklung und binden den Sachverstand von Bildungsfachleuten ein. Grundsätzlich gilt für alle Bildungsaktivitäten das Kontroversitätsprinzip: Was in der Gesellschaft umstritten ist und kontrovers diskutiert wird, muss auch entsprechend dargestellt werden.

BMU Bildungsservice

Kernaktivität im Bereich BNE ist der BMU-Bildungsservice. Mit ihm erhalten die Bildungsaktivitäten des BMU ein gemeinsames Dach, das auch für die Qualität der Produkte steht. Die Qualitätssicherung und Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen und den nachgeordneten Behörden wird durch das gemeinsame Bildungskonzept für den Geschäftsbereich des BMU gewährleistet. Der Bildungsservice ist von Beginn an kontinuierlich als Maßnahme der UN-Dekade ausgezeichnet worden und hat 2010 das Comenius Edu Media Siegel erhalten. Er deckt

mit seinen Materialien den Bildungsbereich der Grundschule sowie der Sekundarstufen I und II ab, die Lehrmittel sind durch ihre modulare Konzeption aber grundsätzlich für alle Schulformen der Primar- und Sekundarbildung geeignet. Die Angebote richten sich an Lehrkräfte und Multiplikatoren der schulischen und außerschulischen Bildung, an Lehrkräfte im Rahmen der Fort- und Weiterbildung und schließen Hilfen für Fach- und Führungskräfte im Umweltschutz sowie in der beruflichen Bildung für die Zusammenarbeit mit Ausbildungsbetrieben ein.

Seit Start des Bildungsservice 2008 haben sich zusätzliche Angebote wie ein monatlicher Newsletter, Tipp und Zahl der Woche, Onlinequiz, E-Learning-Angebote und Umweltfilm-Lizenzen für Medienzentren etabliert. 2011 wurde ergänzend – basierend auf der Evaluation der gedruckten Unterrichtsmaterialien und dem dort artikulierten Wunsch der Lehrkräfte nach Materialien mit aktuellem Bezug – das Onlineportal www.umwelt-im-unterricht.de entwickelt. Dort stehen seit September 2011 wöchentlich, seit November 2012 zweiwöchentlich Unterrichtsvorschläge zu aktuellen Umweltthemen für die Grund- und Sekundarstufe zur Verfügung.

Den Bereich der beruflichen Bildung, insbesondere zu den Berufsfeldern der erneuerbaren Energien sowie Klima- und Ressourcenschutz, unterstützt das BMU durch Projektförderungen und Informationsmaterialien. Ein wichtiges Projekt ist hier der aus der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) geförderte „GreenDay“ – ein Berufs- und Studienorientierungstag für Jugendliche, die beruflich für den Klimaschutz arbeiten möchten. Er hat am 12. November 2012 zum ersten Mal stattgefunden.

Ebenfalls aus Mitteln der NKI gefördert, befindet sich ein interaktives Informationsportal im Aufbau zum europäischen Angebot für Studien im Bereich erneuerbare Energien. Das Portal richtet sich an die Zielgruppen Studieninteressierte, Hochschulen und Unternehmen. Die Datenbank ist ab dem zweiten Halbjahr 2013 zugänglich. Auch das Projekt „Klimaschutz in Jugendwerkstätten und Produktionsschule“, das Energiebildung für benachteiligte Jugendliche in der beruflichen Bildung und Energieeffizienzberatung für gemeinnützige Einrichtungen anbietet, wird bis 2014 aus der NKI unterstützt.

Basisdaten für BNE im Umweltschutz

Grundlage für alle Bildungsprojekte sind zuverlässige und wissenschaftlich fundierte Informationen über den Zustand der Umwelt und die zu beobachtenden Entwicklungstrends. In den vom Umweltbundesamt (UBA) ausgebauten Internet-Informationsportalen wie den Daten zur Umwelt (<http://www.umweltbundesamt-daten-zur-umwelt.de>), zum Klimaschutz (www.klimaschuetzen.de) oder zur Klimafolgenanpassung (www.anpassung.net) steht ein systematisch aufbereitetes Angebot zur Verfügung, das sich auch in Bildungsveranstaltungen gut einsetzen lässt und oft genutzt wird.

Beiträge zu Partizipation und Empowerment

Da erfolgreiche Umweltpolitik eine aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger voraussetzt, geben BMU und UBA seit Anfang der 90er Jahre regelmäßige Repräsentativumfragen in Auftrag, die einen Überblick (www.umweltbundesamt.de/umweltbewusstsein/umweltbewusstsein) über den Stand des Umweltbewusstseins, das Umweltverhalten der Menschen im Alltag sowie die Akzeptanz der Umweltpolitik erarbeiten.

Die dabei erzielten Erkenntnisse lassen sich nutzen, um mittels zielgruppengenaue Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen den Menschen eine wirkungsvollere Teilhabe an der notwendigen (Um-) Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft im Sinne des Nachhaltigkeitsleitbildes zu ermöglichen (Empowerment). Wichtiger Beitrag zur Entwicklung von Gestaltungskompetenz im schulischen Bereich sind die seit 2012 laufenden und aus der NKI geförderten Partizipationsprojekte SoKo Klima und Aktion Klima! mobil, in denen die Themenfelder Klimaschutz und Beteiligung miteinander verknüpft werden.

Ein weiterer Ansatz sind Projekte, die die Umweltpolitik mit konkreter Sozialpolitik verbinden, indem sie Haushalte sozial schwächerer Schichten bei den Energiesparmöglichkeiten im Alltag beraten. Aktuelles Beispiel dafür ist das im Rahmen der NKI vom BMU geförderte Projekt StromsparCheck des Deutschen Caritasverbandes und des Bundesverbandes der Energie- und Klimaschutzagenturen Deutschlands (www.stromspar-check.de). Durch die kostenlose Überlassung von Stromsparerpaketen können die beratenen Haushalte recht schnell spürbare Ersparnisse erzielen. Darüber hinaus wird soziales Vertrauen aufgebaut und das Thema Klimaschutz in der Gesellschaft verankert.

Empowerment für das Umweltengagement der Bürgerinnen und Bürger wird in der Regel im Rahmen von Umweltverbänden ausgeübt, die damit eine wichtige Aufgabe für das Funktionieren der Zivilgesellschaft erfüllen. BMU und UBA unterstützen seit vielen Jahren Umwelt- und Naturschutzverbände sowohl finanziell als auch durch gezielte Studien und Vorhaben. Denn es gibt eine erhebliche Diskrepanz zwischen dem potenziellen und dem heute tatsächlich realisierten bürgerschaftlichen Engagement. Zwar hat sich der Anteil der Umweltengagierten zwischen 2008 und 2010 von 4 Prozent bereits auf 9 Prozent der Befragten mehr als verdoppelt, aber es sind 35 Prozent, die sich ein Engagement im Umweltschutz vorstellen können (Umweltbewusstseinsumfrage 2010). Daher haben BMU und UBA Forschungsprojekte zu den Fragen gefördert, wie das Engagement der Bevölkerung für Umweltthemen stärker gefördert werden kann und wie eine bessere Zusammenarbeit zwischen Umweltbildungszentren und Nachhaltigkeitsinitiativen zu ermöglichen ist. Darüber hinaus unterstützt das BMU die Umweltverbände beim Aufbau der notwendigen Strukturen für ein Engagement im Umwelt- und Naturschutz im Rahmen des seit dem 1. Juli 2011 bestehenden Bundesfreiwilligendienstes (BFD) sowie eine Ausrichtung der

verpflichtenden Bildungsanteile des gesamten BFD an den Kriterien einer Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Weiterhin ist die Qualifizierung von Verbraucherinnen und Verbrauchern im Hinblick auf Möglichkeiten des umweltbewussten Konsums eine wichtige Bildungsaufgabe. Als Umweltkennzeichen mit hohen Glaubwürdigkeitswerten informiert der Blaue Engel über umweltfreundliche Produktalternativen. Durch die neu eingeführten themenbezogenen Kategorien (Klima, Gesundheit, Wasser, Ressourcen) soll er zukünftig zu einem besseren Problemverständnis beitragen. Die Aktion „Schulstart für den Blauen Engel – 100 Prozent für unsere Umwelt“ soll Eltern sowie Schülerinnen und Schüler für einen nachhaltigen Konsum sensibilisieren. Mit den für alle Schulformen und Jahrgangsstufen geeigneten Unterrichtsmaterialien „Der Blaue Engel macht Schule“ lernen die Schülerinnen und Schüler das Umweltzeichen kennen, erfahren, wie dadurch die Umwelt geschützt wird, und erhalten Anregungen, was sie mit dem Blauen Engel für die Umwelt tun können (www.blauer-engel.de).

Im Kontext Empowerment steht nicht zuletzt der seit 2007 jährlich stattfindende bundesweite „Netzwerk21 Kongress“ (ein prämiertes UN-Dekade-Projekt), der die Akteure zum Erfahrungsaustausch anregt, sie in ihrer Motivation bestärken und damit zu ihrer Professionalisierung beitragen soll. Beleuchtet wird eine große Bandbreite von Sachthemen, wie Klimaschutz, nachhaltige Stadtentwicklung, regionale Wirtschaftskreisläufe, kinder- und familienfreundliche Kommunen, aber auch methodische Fragen wie die Einbindung wichtiger Akteure oder die Förderung von Bürgerengagement. Im Rahmen des Kongresses wird außerdem der Deutsche Lokale Nachhaltigkeitspreis „Zeitzeichen“ in mehreren Kategorien verliehen, um Verdienste um nachhaltige Entwicklung auf der lokalen Ebene anzuerkennen und sichtbar zu machen. Der Kongress wird durch das BMU und UBA finanziell gefördert sowie durch Sponsoren aus der Wirtschaft unterstützt. Weitere Partner sind die Kommunalen Spitzenverbände, der Rat für Nachhaltige Entwicklung und die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Zu jedem Kongress wird ein konkreter Handlungsleitfaden für die Akteure erstellt.

Umweltgerechtigkeit

Das Spannungsfeld zwischen Umwelt und Gerechtigkeit gewinnt für die Umweltpolitik zunehmend an Bedeutung. Daher haben BMU und UBA mehrere Studien in Auftrag gegeben und Fachgespräche sowie Konferenzen zu diesem Thema gefördert. Ziel ist, beispielhaft die Schnittstellen zwischen Umwelt-, Gesundheits- und Sozialpolitik herauszuarbeiten und sowohl (latente) Konflikte als auch (mögliche) Synergien zu verdeutlichen. Dabei stellen sich zwei Grundfragen: Welche Bevölkerungsgruppen sind durch Umweltprobleme besonders belastet – und können folglich mittels Umweltpolitik am stärksten entlastet werden? Und: Wie sind umweltpolitische Maßnahmen sozialverträglich zu gestalten, so dass nicht die gesellschaftlichen und kulturellen Teilhabechancen der

sozial schwächeren Menschen dadurch geschmälert werden?

Kulturelle Aspekte der Nachhaltigkeitsbildung

Seit Mitte der 80er Jahre pflegt das UBA den Dialog mit Kunschtchaffenden, die ihre Arbeit umweltbezogen verstehen. Welche Antworten hat die Kunst auf globale Herausforderungen wie den Klimawandel, die Endlichkeit der Energiereserven und das Schwinden der Biodiversität? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der Ausstellung „Zur Nachahmung empfohlen. Expeditionen in Ästhetik und Nachhaltigkeit“, die im Frühjahr 2011 im UBA und im Bauhaus Dessau gezeigt wurde. An der Schau nahmen über 40 Kreative aus dem In- und Ausland teil. Für die Ausstellung entwickelten sie Modelle, Handlungsansätze, Erfindungen, Prototypen und Werkstoffe, in denen sich künstlerische mit technischer Innovation verbindet.

Die künstlerischen Arbeiten von Kindern und Jugendlichen sind ein weiterer Aspekt der Ausstellungsreihe des UBA „Kunst und Umwelt“. Im Herbst 2009 organisierte das Amt den Jugendwettbewerb „Kunst und Klima“. Dessauer Schülerinnen und Schüler waren aufgerufen, ihre Sicht, Sorgen und Befürchtungen zu diesem Umweltproblem darzustellen. Gefragt waren aber auch Ideen, was jeder Einzelne zum Klimaschutz beitragen kann. Eine Auswahl der phantasievollen Arbeiten wurde gezeigt.

BNE in internationalen Aktivitäten

Ziel der Bildungsaktivitäten im Bereich Antarktis ist es, dass alle in die Antarktis reisenden Deutschen, wie Forscher, Touristen, Journalisten oder Künstler über ausreichende Kenntnisse hinsichtlich des Umweltschutzes und der nationalen Gesetzes verfügen. Dazu hat das UBA Schulungs- und Informationsmaterialien – wie den Leitfaden für Besucher der Antarktis – erarbeitet und stellt diese zusammen mit anderen relevanten Informationen der interessierten Öffentlichkeit auf ihrer Internetseite zur Verfügung.

Im Rahmen der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) fördert das BMU viele Projekte, in denen insbesondere politische Entscheidungsträger und Fachkräfte aus Entwicklungs- und Schwellenländern in den Bereichen Klimapolitik, Emissionsminderung (erneuerbare Energien, Energieeffizienz, REDD+) und Anpassung an den Klimawandel ausgebildet werden. So sind die Sensibilisierung unterschiedlicher Zielgruppen in den Partnerländern für Umweltprobleme und die Vermittlung von Wissen und Fähigkeiten („capacity building“) zu deren Lösung oftmals wichtige Komponenten.

Einige Projekte sind Ausbildungsprojekte. Beispielsweise organisierte die Renewables Academy (RENAC) Seminare in Partnerländern oder Berlin sowie Fernlehrgänge zu den Themen erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Multiplikatoren aus den Partnerländern erhalten umfassende Informationen rund um die Entwicklung, Einführung und Anwendung von entsprechenden Technologien. Die TREE-Community Internetseite verbreitet zudem Informationsmaterialien, fördert die Netzwerk-

bildung sowie den internationalen Dialog und Erfahrungsaustausch.

Das ebenfalls durch die IKI geförderte Stipendienprogramm für Internationalen Klimaschutz der Alexander von Humboldt-Stiftung richtet sich an Nachwuchsführungskräfte aus Wissenschaft, Wirtschaft sowie aus staatlichen oder nichtstaatlichen Organisationen und fördert den Austausch von Wissen, Methoden und Techniken im Bereich Klima- und Ressourcenschutz. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten führen ein selbst gewähltes Forschungsprojekt im Themenbereich an einer Gasteinrichtung in Deutschland durch, nehmen an Fortbildungen teil und absolvieren Praktika in Unternehmen, der öffentlichen Verwaltung oder anderen Einrichtungen.

In einem weiteren Projekt entsendet das Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) hochqualifizierte deutsche und europäische Fachkräfte in Partnerinstitutionen weltweit, die vor Ort Wissen zu klimarelevanten Themen aufbauen. Die Fachkräfte arbeiten direkt mit den lokalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zusammen, bilden sie fort und geben ihr Fach- und Methodenwissen sowie ihre Kontakte zu internationalen Akteuren weiter.

Fortgeführt wurde das seit 1977 vom UBA betreute internationale UNEP/UNESCO/BMU-Trainingsprogramm „Umweltmanagement für Teilnehmer aus Entwicklungs- und Schwellenländern“. An dem jährlichen Programm sowie den einmonatigen Kursen z. B. in den Bereichen Wassermanagement, Umweltgovernance, Biodiversität oder Abfall, nehmen jährlich ca. 80 Postgraduierte aus Asien, Afrika, Südamerika und aus Ländern Mittel- und Osteuropas teil. Das Programm und die Kurse tragen zum Kapazitätsaufbau für eine nachhaltige Entwicklung in diesen Ländern bei.

Um weltweit die Fort- und Weiterbildung für erneuerbare Energien voranzubringen, hat das BMU gemeinsam mit der Internationalen Organisation für Erneuerbare Energien (IRENA) und anderen Akteuren die IRENA-Lernpartnerschaft „IRELP“ entwickelt, eine Transparenzplattform zu Angebot und Nachfrage für Ausbildung im Bereich erneuerbare Energien (www.irelp.org).

Bilaterale Umweltkooperation in Mittel- und Osteuropa

Auch im Rahmen der bilateralen Umweltkooperation mit Mittel- und Osteuropa ist der Bereich Umweltbildung von Bedeutung. In der Zusammenarbeit des BMU mit der Gebietsregierung Kaliningrad spielt das Thema in den vergangenen Jahren eine herausragende Rolle. Ein Umweltbildungsseminar in 2009 und die „Deutsch-Russischen Umwelttage im Gebiet Kaliningrad“ im Oktober 2011 haben insbesondere das Thema der nachhaltigen Entwicklung aufgegriffen. Im Kaliningrader Gebiet wird das Konzept „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ erst seit jüngerer Zeit im Austausch mit Einrichtungen aus Deutschland vermittelt. Das von deutschen und russischen Partnern gemeinsam entwickelte und von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) geförderte Projekt

„Lernlandschaften für Nachhaltigkeit in den Regionen Lüneburg und Kaliningrad“ wurde 2010 und 2011 durchgeführt. Die inzwischen etablierten Beziehungen zwischen deutschen und russischen Partnern einrichtungen bestehen fort.

Auch im Rahmen des unter Leitung des BMU durchgeführten Leuchtturmprojekts „EcoRegion“ der Expertengruppe für nachhaltige Entwicklung des Ostseerats (Baltic 21) wurde Umweltbildung als wichtige Maßnahme identifiziert. Sie soll in Zukunft durch den Fokus auf lokale Nachhaltigkeitsprobleme sowie die Zusammenarbeit mit anderen relevanten Stakeholdergruppen ausgebaut werden.

Darüber hinaus hat sich das BMU am so genannten Green Pack beteiligt: Dabei soll ein erprobtes Modell zur Entwicklung von Materialien der Umweltbildung und Schulung von Lehrern in Mittel- und Lehrerinnen und Osteuropa gefördert werden. BMU hat dabei in 2011 eine Machbarkeitsstudie in Kroatien unterstützt.

Mit Tschechien wurde im Jahr 2011 ein Projekt zur Förderung von Umweltbildung in Kindergärten durchgeführt. Dabei fand ein Erfahrungsaustausch zu verschiedenen Ansätzen und pädagogischen Konzepten für die Umsetzung von Umweltbildungsmaßnahmen statt.

In Armenien wird derzeit ein Projekt zum Kompetenzaufbau zu industrieller Sicherheit an Universitäten gefördert, das das Thema stärker in die dortigen Lehrpläne verankern und die Ingenieursausbildung nachhaltig ergänzen soll.

BNE im Naturschutz

Das BMU und das Bundesamt für Naturschutz (BfN) unterstützen die Umsetzung der UN-Dekade seit 2005 durch aktive Mitwirkung im Nationalkomitee, am Runden Tisch sowie in der mitinitiierten Arbeitsgruppe Biologische Vielfalt. Die AG hat 2010 unter der Herausgeberschaft der DUK eine Broschüre „Biologische Vielfalt und Bildung für nachhaltige Entwicklung – Schlüsselthemen und Zugänge für Bildungsangebote“ in deutscher und englischer Sprache vorgelegt. Hier werden aktuelle Naturschutzthemen mit BNE verknüpft. Dabei werden, einem modernen Naturschutzverständnis entsprechend, Natur und Kultur nicht als getrennte oder gegensätzliche Bereiche gesehen. Schönheit und vielfältige Funktionen von Natur werden im Zusammenhang mit ihren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Nutzungsmöglichkeiten betrachtet. Zu den übergeordneten und aktuell relevanten Schlüsselthemen zählen die Themen Vielfalt der Lebensräume, Leistungen der Natur, Klimawandel sowie Konsum und biologische Vielfalt.

Dass Bildungsaspekte auch im allgemeinen Naturschutzverständnis der Bevölkerung eine wichtige Rolle spielen, bestätigen die Umfragen zum Naturbewusstsein in Deutschland 2009 und 2011: Gefragt nach konkreten Maßnahmen zum Schutz der Natur, die vorrangig eingesetzt werden sollen, antworteten jeweils rund 90 Prozent der Befragten, dass sie die Ausweitung der Natur- und

Umweltbildung an Schulen für sehr wichtig bzw. eher wichtig halten.

Das BMU und das BfN fördern verschiedene Maßnahmen, um moderne Bildungskonzepte im Naturschutz weiterzuentwickeln bzw. auch zu erproben. Hierzu zählt seit 2011 auch die jährliche Vergabe des Deutschen Naturschutzpreises, bei welchem BNE-Aspekte als wichtiges Qualitäts- und Bewertungskriterium eingesetzt werden.

Beispielhafte Förderprojekte im Naturschutz

Ziel des FuE-Vorhabens „Berufliche Bildung – Fokus: Grüne Berufe“ (2011 bis 2013) ist die konzeptionelle Vorarbeit, um hier die Thematik „Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt“ zu integrieren. Im Rahmen des Projektes werden der Dialog mit den relevanten Akteuren für die berufliche Bildung gesucht und strategische Allianzen geknüpft. Die konzeptionellen Grundlagen einer BNE werden dabei berücksichtigt. Geplante Produkte sind Unterrichtsreihen und -materialien.

Im Frühjahr 2011 fand unter dem Titel „Jugend – Zukunft – Vielfalt“ erstmals ein bundesweiter Jugendkongress zum Thema Biodiversität statt. Gemeinsame Veranstalter waren das BMU/BfN und die DBU. Die rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Praxis über Biodiversitätsthemen wie Ehrenamt, Ökonomie, Nachhaltigkeit, Biotop- und Artenschutz, Klimawandel, Meeresschutz, Tourismus und gerechter Vorteilsausgleich (www.jugend-zukunft-vielfalt.de). Im Nachgang zum Jugendkongress 2011 wurden drei Workshops mit spezifischen, von den Jugendlichen selbst gewählten Schwerpunkten durchgeführt (Öffentlichkeitsarbeit, Mittelakquise/Vereinsrecht, Kommunikation/Rhetorik). Die Erfahrungen und Erkenntnisse hieraus sollen sie als Multiplikatoren an andere Jugendliche weitergeben.

Die Zusammenarbeit mit jugendlichen Zielgruppen wird im Rahmen der Umsetzung der UN-Dekade Biologische Vielfalt (2011 bis 2020) weiter ausgebaut. Der 2012 gestartete Einsatz engagierter Jugendbotschafterinnen und -botschafter sowie die Auszeichnung von Dekade-Projekten sind auch hier vorbildliche Maßnahmen für die Kompetenzentwicklung der beteiligten Akteure im Sinne einer BNE (www.un-dekade-biologische-vielfalt.de).

Das Verbändeprojekt „The Global Youth Biodiversity Network“ (2012 bis 2013) ermöglichte die aktive Beteiligung von Jugendvertreterinnen und -vertretern an der 11. Convention on Biological Diversity-Vertragsstaatenkonferenz im Herbst 2012 in Indien. Projektziele waren die Förderung des Engagements junger Menschen durch den Aufbau eines internationalen Jugend-Biodiversitäts-Netzwerkes (www.naju.de/jugendbereich/gybn/) und die Stärkung der Jugendpartizipation im CBD-Prozess.

Im Rahmen des Verbändeprojektes „WebRanger“ (2010 bis 2012) sollen junge Menschen über eine interaktive Bildungsplattform zum intensiven Nachdenken über die Nationalen Naturlandschaften in Deutschland angeregt werden. Junior-Ranger-Web unterstützt sowohl jene, die gerade ein Naturgebiet besucht haben und sich eingehen-

der informieren möchten, als auch jene, die sich auf einen zukünftigen Besuch vorbereiten (www.junior-ranger.de/web/).

Bei dem Verbändeprojekt „Wettbewerb ‚Auf die Plätze, fertig, Vielfalt‘“ (2011 bis 2012) wurden Aktionen und Projekte ausgezeichnet, die auf Sportanlagen und in deren Umgebung Beiträge zum Schutz der biologischen Vielfalt leisten. Zielgruppen waren insbesondere Kinder und Jugendliche, die über den Wettbewerb für Themen des Naturschutzes in ihrem Alltagsumfeld sensibilisiert werden sollen (www.sportplatzdschungel.de).

Die Entwicklung und Erstellung eines Handbuchs inklusive DVD mit insgesamt 100 Projektideen zur Naturpädagogik im Kindergarten standen im Zentrum des Verbändeprojektes „Handbuch ‚Naturpädagogik im Kindergarten – Projekte aus der Praxis für die Praxis‘“ (2009 bis 2011). Die Projektideen dienen als Arbeitshilfen, um einen „Naturkindergarten“ zu qualifizieren. Mit der DVD werden Erzieherinnen und Erzieher wertvolle Hilfen für die eigene Weiterbildung im Kontext Nachhaltigkeit, aber auch für die Nachhaltigkeitsbildung der Kinder im Elementarbereich zur Verfügung gestellt.

Mit der BfN-Internetplattform „Naturdetektive“ (<http://www.naturdetektive.de/>) steht seit über zehn Jahren eine interaktive und multimediale Mitmach-Plattform zur Verfügung, bei der Naturbeobachtung, Kommunikation, Initiative und Erfahrungsaustausch gefördert werden. Neben abwechslungsreichen Natur- und Umweltschutzthemen mit Artensteckbriefen, Arbeitsaufträgen, Aktionstipps und weiteren Informationen, können in eigene Reporterseiten Bilder, Texte und Audio-Dateien eingefügt und Beobachtungen in interaktiven Karten – europaweit – online eingetragen werden. Dabei werden auch sozioökonomische und globale Fragen einbezogen. Das Projekt wendet sich an Kinder, Jugendliche und Erwachsene und stellt für Pädagoginnen und Pädagogen unterrichtsbegleitende Materialien zur Verfügung.

Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU)

Als größte Umweltstiftung Europas nimmt die DBU auch bei der Förderung von Bildung für eine nachhaltige Entwicklung eine zentrale Rolle ein. Die Gründung der Stiftung geht auf eine Initiative der Bundesregierung im Jahr 1989 und ein Errichtungsgesetz zurück, durch das sie mit einem Stiftungsvermögen aus Bundesmitteln ausgestattet wurde. Die DBU ist Teil der mittelbaren Bundesverwaltung; die Bundesregierung ist im Kuratorium der Stiftung durch das BMU und BMF, der Deutsche Bundestag durch Abgeordnete der Fraktionen vertreten.

Zu den zentralen Anliegen der DBU zählen die Förderung des Umweltbewusstseins der Menschen durch Umweltbildung, die Entwicklung und Nutzung neuer die Umwelt entlastender Technologien und Produkte im Sinne eines vorsorgenden Umweltschutzes, die Umweltforschung und die Bewahrung bzw. Wiederherstellung des Nationalen Naturerbes. Der Förderung von Umweltkommunikation in der mittelständischen Wirtschaft kommt eine besondere Bedeutung zu. Das Themenfeld Umweltkom-

munikation, das im Sinne der Agenda 21 auf das Ziel einer integrativen, nachhaltigen Entwicklung ausgerichtet ist, wird in den Förderbereichen Umweltinformationsvermittlung und Umweltbildung besonders aufgegriffen. Im Berichtszeitraum wurden in den beiden Förderbereichen mehr als 450 Projekte mit einer Gesamtfördersumme von ca. 58 Mio. Euro unterstützt, von denen rund 200 Vorhaben explizit auf Bildung für nachhaltige Entwicklung bei einem Gesamtfördervolumen von rund 27 Mio. Euro ausgerichtet waren. Viele weitere Projekte greifen Teilelemente von BNE auf.

Im Förderbereich Umweltbildung zur „Bildung für Nachhaltigkeit“ wurde ein Förderkriterium aufgenommen, wonach naturschutzbezogene Fragestellungen der Agenda 21 unter Berücksichtigung internationaler Bezüge für Bildungszusammenhänge aufgegriffen werden sollen. Bezogen auf Mittel- und Osteuropa verfolgt die DBU die Zielsetzung, angesichts bestehender Defizite dort den Ansatz einer Bildung für nachhaltige Entwicklung zu stärken und setzt insbesondere auf die Kooperation mit Nichtregierungsorganisationen und Zivilgesellschaft.

Ein Schwerpunkt in der Projektförderung lag bei der Implementierung von Schlüsselthemen der Bildung für nachhaltige Entwicklung, so zu den Bereichen Energie, nachhaltiger Konsum oder Bewahrung der biologischen Vielfalt. Die Modellvorhaben reichten vom Einsatz mobiler Geo-Medien über die Qualifizierung von BNE-Expertinnen und -experten für den Einsatz an Ganztagschulen und Qualifizierungsmaßnahmen zum Betrieb nachhaltiger Schülerfirmen bis hin zu neuen Kommunikationsansätzen im non-formalen Bildungsbereich. Zu den aktuellen Förderprogrammen zählt das Programm „Nachhaltiger Konsum“ im Bereich der Umweltbildung, das das Verbraucherverhalten und die Lebensstilt thematik in den Mittelpunkt rückt.

Im Berichtszeitraum unterstützte die DBU im Kontext der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ u. a. die AG „Biologische Vielfalt“, förderte Evaluationsprojekte zur Wirksamkeit und Implementierung der UN-Dekade und brachte sich über die Auslobung von Wettbewerben unmittelbar in die Umsetzung der Dekade ein. Zur Stärkung der UN-Dekade wurden neue Kommunikationsinstrumente wie die Initiative „Tu’sDay“ gefördert. Perspektivisch wird die DBU die UN-Dekade bis zu ihrem Abschluss aktiv mitgestalten und sie setzt sich für einen tragfähigen Anschlussprozess ein.

4.12 Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Die in den KfW-Programmen zum energieeffizienten Bauen und Sanieren durchgeführte Qualitätssicherung leistet durch hohe Anforderungen sowie stichprobenhafte Überprüfungen der Unterlagen und Vor-Ort-Kontrollen einen wichtigen Anstoß zur Weiterbildung bei Architekten und Ingenieuren. Sowohl Zuschüsse als auch Tilgungszuschüsse werden erst gewährt, nachdem der Sachverständige die ordnungsgemäße Durchführung der beantragten Maßnahmen auf dem Verwendungsnachweis

bestätigt hat. Bereits heute sind bei einem KfW-Effizienzhaus 55/40 Planung und Baubegleitung durch einen besonders qualifizierten Sachverständigen verbindlich nachzuweisen. Die Baubegleitungszuschüsse sind zum 1. Januar 2012 auf bis zu 4 000 Euro erhöht worden. Die Qualitätssicherung im Rahmen der bundeseinheitlichen Liste von Sachverständigen u. a. zur Überprüfung der erbrachten Beratungs- und Planungsleistungen wird derzeit aufgebaut.

Mit den Erlassen vom 3. März 2011 und 14. Mai 2012 hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) den vollständig überarbeitete Leitfaden Nachhaltiges Bauen verbindlich für den Bundesbau eingeführt und den Anwendungsbereich ausgeweitet. Einführungsbegleitend wurde für die Bundesbauverwaltung Schulungsveranstaltungen zum „Kurator Nachhaltiges Bauen“ durchgeführt. Inhaltlich sind die Schulungsschwerpunkte auf ein Bewertungssystem abgestimmt, das die Nachhaltigkeit eines Gebäudes nach ganzheitlicher Befassung transparent und nachvollziehbar ausweist. Die dazu entwickelten Schulungseinheiten und -materialien sind für baufachlich Interessierte frei zugänglich und können über das Informationsportal www.nachhaltiges-bauen.de kostenfrei abgerufen werden. Für Architektinnen und Architekten sowie Ingenieurinnen und Ingenieure werden Fortbildungsmaßnahmen u. a. von der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen e.V., dem Öko-Institut NRW, dem Steinbeis-Transfer-Institut Bau- und Immobilienwirtschaft und berufsständischen Vertretungen der Architekten und Planer in den Ländern angeboten und mit zunehmender Nachfrage belegt.

4.13 Bundesministerium der Verteidigung

Das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) implementiert Bildung für eine nachhaltige Entwicklung sowohl in den militärischen als auch zivilen Ausbildungsprozessen.

Die Ausbildung in den Streitkräften, die streitkräftegemeinsame Ausbildung und der Anteil der bundeswehrgemeinsamen Ausbildung in den Streitkräften berücksichtigen in Verantwortung ihres Auftrages als eine Armee im Einsatz die Nachhaltigkeit von Ausbildung. Soldatinnen und Soldaten erhalten schon in der Grundausbildung eine praxisbezogene Unterrichtung im Umweltschutz. In der allgemeinen militärfachlichen Ausbildung ist Umweltschutz integrierter Bestandteil der Lehre. Unteroffizieren und Offizieren wird Umweltschutz auch in ihrer Laufbahn- und Verwendungsausbildung vermittelt.

Die Ausbildung von zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundeswehr erfolgt in Laufbahnausbildungen und Berufsausbildungen. Im dualen System der Berufsausbildung gehört der Umweltschutz zu den Standardlernzielen in den Ausbildungsordnungen.

So sieht in den Laufbahnausbildungen beispielsweise der Studienplan der Fachhochschule des Bundes für öffentli-

che Verwaltung – Fachbereich Bundeswehrverwaltung – für das Studium der Beamtinnen und Beamten des gehobenen nichttechnischen Dienstes das Thema „Umweltschutz“ fächerübergreifend vor. Umweltrelevante Fragestellungen werden in Studienfächern wie „Beschaffung“ und „Facility Management“ sowie „Verwaltungsrecht“ aufgegriffen. Bei der Ausbildung der übrigen Laufbahnen des nichttechnischen und technischen Dienstes an den Lehrinrichtungen der Bundeswehr ist der „Umweltschutz“ ebenfalls Lehrinhalt. Darüber hinaus finden jährlich Fortbildungsveranstaltungen für die mit Umweltschutzaufgaben betrauten zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundeswehr an dem Bildungszentrum der Bundeswehr (BiZBw) statt.

Bestandteil dieser Aus- und Fortbildungen ist die Sensibilisierung für einen sparsamen Ressourceneinsatz, die Förderung des Verständnisses von globalen Zusammenhängen und Herausforderungen sowie der nachhaltigen Wahrnehmung von Umweltschutzaufgaben. Im Rahmen der fach- und funktionsbezogenen Fortbildung fließt in die Fortbildungskonzepte der Nachhaltigkeitsgedanke übergreifend ein. Hier werden Kompetenzen wie vorausschauendes Denken, Aneignung interdisziplinären Wissens sowie eigenverantwortliches Handeln vermittelt.

4.14 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) definiert Entwicklungspolitik als Zukunftspolitik für eine globale nachhaltige Entwicklung. Bildung für nachhaltige Entwicklung ist somit auch der Leitgedanke der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit. Das BMZ hat sich in der laufenden Legislaturperiode zum Ziel gesetzt, die Breitenwirksamkeit seiner Informations- und Bildungsarbeit zu erhöhen und neue Zielgruppen zu erschließen. Ziel ist, die Herausforderung globaler Themen einer breiten Öffentlichkeit nahezubringen und konkrete Auswirkungen auf den Einzelnen sowie Möglichkeiten des persönlichen Engagements aufzuzeigen. Die Bundesregierung hat die Fördermittel für die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit (ohne Presse- und Öffentlichkeitsarbeit) auf 17,6 Mio. Euro im Jahr 2012 angehoben (1998: rund 2,2 Mio. Euro). Das BMZ setzt seine Informations- und Bildungsarbeit durch die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Angebote, die Zusammenarbeit mit den Ländern und Kommunen, über staatliche Programme und zu einem geringen Teil BMZ-eigene Maßnahmen um.

Daneben trägt das BMZ in den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit dazu bei, ein neues, zukunftsfähiges Verständnis von Lernen und Bildung als „Erwerb von Zukunftskompetenzen und Handlungsfähigkeit“ zu vermitteln. Bildung ist seit 2009 ein herausragender Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Die BMZ-Bildungsstrategie 2010 bis 2013 „Zehn Ziele für mehr Bildung“ gestaltet diesen Schwerpunkt aus.

Gründung der „Engagement Global“

Im Zuge der in dieser Legislaturperiode durchgeführten Strukturreform der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wurde Anfang 2012 mit der Gründung der „Engagement Global gGmbH“ in Bonn eine eigene Einrichtung für entwicklungspolitisches Engagement in Deutschland geschaffen. Hier wurden sowohl Programme der staatlichen Bildungsarbeit als auch die Förderung der zivilgesellschaftlichen Bildungsarbeit im Inland zusammengeführt. Entwicklungspolitische Bildungsarbeit wird als Teilbereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung verstanden, die damit zu einem zentralen Bestandteil der Arbeit einer eigenen Organisation wurde. Sie ist eine von zwei Säulen der inhaltlichen Unternehmensausrichtung und -strategie. BNE erhält dadurch größere Sichtbarkeit in der entwicklungspolitischen wie in der allgemein interessierten deutschen Öffentlichkeit. Darüber hinaus wurden weitere Programme mit anderen Themenschwerpunkten in der Engagement Global zusammengeführt.

Zielgruppen und Akteure entwicklungspolitischer Informations- und Bildungsarbeit in Deutschland

Im Mittelpunkt der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit stehen insbesondere Kinder und Jugendliche, Organisationen, Medien und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren z. B. von Netzwerken, Vereinen oder Kommunen. Ein besonderes Anliegen ist es, verstärkt neue Zielgruppen und Institutionen anzusprechen und zu motivieren, z. B. aus der Wirtschaft, aus Sportverbänden oder Seniorinnen und Senioren. Zudem werden Migrantinnen und Migranten aus Schwellen- und Entwicklungsländern und ihre Organisationen vermehrt für die Bildungsarbeit angesprochen, etwa durch Qualifizierungsangebote, Unterstützung von Netzwerken und Förderung der Zusammenarbeit mit Kommunen und Eine-Welt-Vereinen. Dadurch tragen Migrantinnen und Migranten zu einem differenzierten Bild ihrer Heimatländer in der deutschen Öffentlichkeit bei.

Förderung zivilgesellschaftlicher Akteure in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit

Zivilgesellschaftliche Organisationen sind wichtige Partner des BMZ in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit. Sie spiegeln die Vielfalt entwicklungspolitischen Engagements wider. Nichtregierungsorganisationen erreichen Menschen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld und schaffen Angebote zur Information, lebensnahe Lernorte und Engagementmöglichkeiten. Ein Großteil der finanziellen Mittel des BMZ für BNE wird daher zur Förderung dieser Akteursgruppe bereitgestellt: Aktionsgruppen und Initiativen erhalten über das Aktionsgruppenprogramm (AGP) die Möglichkeit eines niederschweligen Einstiegs in die entwicklungspolitische Bildungsarbeit, z. B. für Projektstage, Veranstaltungen und Aktionen. Das Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung (FEB) richtet sich an gemeinnützige private Träger, die umfangreichere Bildungsprojekte durchführen möchten. Sie sprechen einzelne Zielgruppen systematisch an und qualifizieren sie als kompetente Akteure in einer

globalisierten Welt. Dabei decken sie die gesamte Bandbreite von Nachhaltigkeitsthemen ab. Schließlich unterstützt das BMZ die bildungsspezifische Netzwerkarbeit der Zivilgesellschaft, ihre Qualifizierungs- und Fortbildungsangebote sowie Studien, die einzelne Themenkomplexe für die Inlandsarbeit erschließen.

Zusammenarbeit mit Kommunen

Die bereits 2001 gegründete „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ (SKEW) ist seit Anfang 2012 Teil der Engagement Global. Durch Information, Beratung, Qualifizierung und Vernetzung sowie durch innovative Projekte zur kommunalen Entwicklungspolitik stärkt und unterstützt sie das entwicklungspolitische Engagement in deutschen Kommunen und damit auch die dezentrale Bildungsarbeit in diesem Feld. Konkrete Beispiele sind der seit 10 Jahren etablierte Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ oder auch das „Host City Programm“ zum Erfahrungsaustausch zwischen deutschen und südafrikanischen bzw. brasilianischen Kommunen zur Vorbereitung auf die Fußballweltmeisterschaft. Mit dem aktuellen Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ fördert die SKEW Städtepartnerschaften darin, nachhaltige Entwicklung lokal und global zu stärken. Die SKEW hat innovative Ansätze der kommunalen Entwicklungspolitik weiterentwickelt sowie mit zahlreichen Fachveröffentlichungen und Fachkonferenzen dieses Themenfeld in der interessierten Öffentlichkeit bekannter gemacht und somit zur BNE auf kommunaler Ebene entscheidend beigetragen.

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Schulunterricht in Zusammenarbeit mit den Ländern

Die gute Zusammenarbeit mit der Kultusministerkonferenz (KMK) zur Integration des Lernbereichs globale Entwicklung in die schulische Bildung wurde fortgesetzt. Grundlage ist der von der KMK im Juni 2007 verabschiedete Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung, der vom BMZ und der KMK gemeinsam erarbeitet wurde. Er zielt darauf, schulische Bildung für globale Themen im Unterricht der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen fächerübergreifend zu verankern. Der Orientierungsrahmen dient als Grundlage für die Entwicklung von Lehrplänen, gibt konkrete Empfehlungen und stellt Materialien zur Verfügung. Darüber hinaus beschreibt er konkrete Vorhaben in der Aus- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern. Aufgrund eines Beschlusses der KMK von Mai 2011 wird der Orientierungsrahmen um die Fächer Deutsch, Geschichte, neue Fremdsprachen, Naturwissenschaften, Sport, Mathematik, Kunst und Musik in der Sekundarstufe I erweitert. Die Veröffentlichung des aktualisierten und erweiterten Orientierungsrahmens ist für 2014 vorgesehen. Außerdem unterstützt das BMZ seit 2009 die Umsetzung des Orientierungsrahmens in neun Ländern mit insgesamt elf Projekten zur didaktischen Umsetzung in Unterrichtsmodellen. Träger dieser Projekte sind Kultusministerien oder Landesinstitute. Übergeordnet werden sie von einer KMK/BMZ-Projektgruppe betreut, die bei Engagement

Global angesiedelt ist. Das Vorhaben ist als Maßnahme der UN-Dekade ausgezeichnet.

Das BMZ unterstützt darüber hinaus eine Reihe weiterer Aktivitäten zur Verankerung von BNE in Schulen unter dem Dach der Engagement Global:

Der entwicklungspolitische Schulwettbewerb „Eine Welt für alle – alle für eine Welt“ für alle Schulstufen vermittelt fächerübergreifend Verständnis für die „Eine Welt“. Im zweijährigen Rhythmus senden Schülergruppen ihre Arbeiten ein. Im Turnus 2011/2012 waren zum Thema „Was siehst Du, was ich nicht sehe: Perspektive wechseln!“ 32 000 Schülerinnen und Schüler beteiligt. Zusätzlich wurde ein Schulpreis eingeführt, auf den sich Schulen mit ihrem Schulprogramm und schulischen Aktivitäten bewerben können. Die Bewertung der Einsendungen erfolgt durch eine unabhängige Jury auf der Grundlage des Kompetenzmodells Globale Entwicklung im Rahmen von BNE. Dieses ist auch Grundlage für die breit genutzten Unterrichtsbegleitmaterialien, die für jede Wettbewerbsrunde erstellt werden. Das Vorhaben ist als Maßnahme der UN-Dekade ausgezeichnet.

Auf der Internetplattform „Ch@t der Welten“, die 2004 mit Unterstützung des BMZ eingerichtet wurde, können Schülerinnen und Schüler via Internet mit Gesprächspartnerinnen und -partnern in Lateinamerika, Afrika und Asien zu umwelt- und entwicklungspolitischen Themen virtuelle Begegnungen durchführen. Im direkten Kontakt mit Gleichaltrigen, aber auch mit Expertinnen und Experten setzen sie sich so mit Fragen nachhaltiger Entwicklung in unserer globalisierten Welt auseinander. Das Vorhaben ist als Maßnahme der UN-Dekade ausgezeichnet.

Das Programm Bildung trifft Entwicklung (BtE) unterstützt Pädagoginnen und Pädagogen durch die Vermittlung von Referentinnen und Referenten für Unterrichtsprojekte oder außerschulische Aktivitäten zu entwicklungspolitischen Themen. Die Referentinnen und Referenten haben selbst längere Zeit in Entwicklungsländern gelebt und gearbeitet und verfügen über Erfahrungen „aus erster Hand“. Darüber hinaus unterstützt das Programm auch die Integration von Themen globaler Entwicklung in den Schulunterricht, z. B. durch die Erstellung von Handreichungen. Durchgeführt wird das Programm durch Engagement Global in Kooperation mit vier regional aufgestellten entwicklungspolitischen NROs und dem Schulsenat Berlin.

Nicht zuletzt fördert das BMZ die Bereitstellung umfangreicher Materialsammlungen für den Unterricht durch die Zivilgesellschaft. Auf der Internetplattform der „Eine Welt im Internet-Konferenz“ zum globalen Lernen (www.globaleslernen.de) werden Materialien von nicht-staatlichen und staatlichen Organisationen gesammelt.

Förderung von Erfahrungslernen in Entwicklungs- und Schwellenländern

Persönliches Erleben kann Lernprozesse anstoßen und vertiefen. Deshalb fördert das BMZ verschiedene Programme, durch die junge Leute in Entwicklungs- und Schwellenländern persönliche Erfahrungen sammeln

können. Alle Programme befinden sich mittlerweile unter dem Dach der Engagement Global:

Das ENSA-Programm fördert Schulaustausche mit Entwicklungs- und Schwellenländern. Teilnahmevoraussetzung ist, dass die Schulen bereits Schulpartnerschaften etabliert haben. Die teilnehmenden Schulklassen aus Deutschland werden intensiv pädagogisch begleitet und bei der Vor- und Nachbereitung ihrer Reise unterstützt. Eine erste Verbleibstudie zeigt, dass so die Motivation zur Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung gestärkt werden konnte.

Das Programm „Arbeits- und Studienaufenthalte in Afrika, Asien und Amerika (ASA)“ ermöglicht seit über 50 Jahren Studierenden und jungen Berufstätigen, in entwicklungspolitischen Projekten in Afrika, Asien, Südosteuropa sowie Lateinamerika mitzuarbeiten. Pro Jahr stehen rund 250 Projektplätze zur Verfügung. Das Teilprogramm ASApreneurs vermittelt junge Leute in Projekte international tätiger Unternehmen, die sich mit Fragen nachhaltigen Wirtschaftens befassen. Eine aktuelle Evaluierung zeigt, dass das ASA-Programm insgesamt das Engagement für eine globale nachhaltige Entwicklung stärkt: Zwei Drittel der ehemaligen Teilnehmerinnen und Teilnehmer geben an, sich beruflich für Nachhaltigkeitsprojekte zu engagieren, entwicklungspolitische Themen in die Arbeit einzubringen oder beruflichen Kontakt zu Organisationen zu pflegen, die sich durch soziale und ökologische Verantwortlichkeit auszeichnen. Nebenberuflich und zumeist ehrenamtlich engagieren sich ASA-Alumni zu einem Drittel in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit.

Seit Anfang 2008 ermöglicht der entwicklungspolitische Freiwilligendienst „Weltwärts“ des BMZ jungen Menschen zwischen 18 und 28 Jahren einen 6- bis 24-monatigen Aufenthalt in einem Entwicklungsland. Im Jahr 2011 wurden rund 3 000 Freiwillige entsandt. Unter dem Motto „Lernen durch tatkräftiges Helfen“ fördert Weltwärts das Engagement für die „Eine Welt“. Neben Abiturientinnen und Abiturienten werden gezielt auch Haupt- und Realschülerinnen und -schüler mit Berufsausbildung angesprochen. Das Programm soll nachhaltig zur Bildungsarbeit im Inland im Sinne globalen Lernens beitragen. Weltwärts wird überwiegend durch das BMZ finanziert und von einer großen Zahl gemeinwohlorientierter Entsendeorganisationen zusammen mit deren Projektpartnern vor Ort durchgeführt. Die Freiwilligen werden von den Entsendeorganisationen sowohl fachlich als auch pädagogisch intensiv betreut. Ziel ist es auch, die zurückgekehrten Freiwilligen in die entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Inland einzubinden.

Wirtschaft, hoheitliche Institutionen, Medien

Das Weiterbildungsprogramm „Entwicklungspolitische Bildung in Deutschland (EBD)“ richtet sich an Akteure aus Wirtschaft, Staat und Medien; vermittelt wird Orientierungswissen über globale Zusammenhänge, Entwicklungs- und Transformationsländer. Ziel ist der Erwerb von Handlungskompetenz.

Informationsarbeit

Das BMZ informiert über Themen der nachhaltigen Entwicklung durch zahlreiche Publikationen, die sich an Fachleute oder die breite Öffentlichkeit richten. Zudem erwirbt das BMZ die nicht-gewerblichen Rechte an besonders gelungenen Filmen zur Situation in Entwicklungsländern, zu Eine-Welt-Themen und zur Entwicklungspolitik. Zu speziellen Themen wird teilweise die Produktion geeigneter Filme beauftragt. Bei der Auswahl und Beauftragung von Filmen wird großen Wert auf die Möglichkeiten des Einsatzes in der Bildungsarbeit und als didaktisches Begleitmaterial gelegt. Die Filme werden vervielfältigt und in den öffentlichen Verleih gegeben.

Das BMZ hat in den letzten Jahren mehrere Filme und interaktive Medien herausgegeben, die speziell für den Schulunterricht konzipiert sind und auf dem bereits genannten Orientierungsrahmen basieren. Beispiele sind die im Sommer 2011 herausgegebene interaktive DVD „An Boden verlieren...“ über die Problematik der Desertifikation sowie die im Jahr 2010 erstellten DVDs „Kerze, Kreide, Kuh – schreib mir, wie lernst Du?“ über eine Schulpartnerschaft zwischen einer deutschen und einer bangladeschischen Grundschule sowie „Weltwärts – Eine Dokumentation im Perspektivwechsel“ über den entwicklungspolitischen Freiwilligendienst des BMZ.

Internationale Zusammenarbeit

In seiner Bildungsförderung in Partnerländern der Entwicklungszusammenarbeit verfolgt das BMZ einen ganzheitlichen Ansatz und unterstützt sowohl Bildungssysteme als Ganzes als auch alle Bildungsbereiche und -formen – also formale, non-formale und informelle Bildung. Unter dem Leitbild des lebenslangen Lernens sind zentrale Querschnittsthemen inklusive Bildung, Bildungsqualität, Geschlechtergerechtigkeit, Dialog und Wirksamkeit. Die Zusagen für Entwicklungszusammenarbeit im Bildungssektor wurden kontinuierlich erhöht (2012 auf insgesamt 392 Mio. Euro); 2010 war Deutschland zweitgrößter bilateraler Geber weltweit für Bildung (ODA-Auszahlungen). Internationales Rahmenwerk für das Engagement im Bildungsbereich sind die VN-Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) und die internationalen Bildungsziele der Initiative „Education for All“.

Das Konzept BNE erhöht aus Sicht des BMZ durch die Vermittlung von Zukunftskompetenzen die Relevanz und damit Qualität von Bildung in den Partnerländern. Das BMZ fördert Bildung für nachhaltige Entwicklung in der schulischen Bildung in Partnerländern, z. B. durch die Integration in Lehrpläne und in die Ausbildung von Lehrkräften, in der beruflichen Bildung sowie in Hochschule und Wissenschaft, z. B. durch die Einführung nachhaltigkeitsrelevanter Studiengänge. Darüber hinaus unterstützt es Kooperationsländer in der Erarbeitung und Umsetzung nationaler Aktionspläne für BNE, z. B. in Armenien die Erarbeitung eines gemeinsamen Aktionsplans von Umwelt- und Erziehungsministerium zur Integration praktischer Umweltbildung in das Schulsystem.

In der Grundbildung fördert das BMZ beispielsweise Vorhaben der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zu-

sammenarbeit (GIZ) zu „Biodiversität als Unterrichtsfach an algerischen Koranschulen“ oder zu Integration von „Ökoeffizienz und Umweltmanagement an staatlichen Schulen“ in Peru. Die vom BMZ geförderte berufliche Bildung zielt primär auf die Entwicklung praxisorientierter, an die Bedarfe der Wirtschaft angepasster Berufsbildungssysteme. BNE wird hier primär im Kontext von „Green Economy – Green Jobs – Green Skills“ diskutiert. Investitionen in eine „grüne“ Wirtschaft und damit auch die berufliche Aus- und Fortbildung für entsprechende Qualifikationen erhalten wachsende Aufmerksamkeit in Kooperationsländern. So unterstützt das BMZ Südafrika mit einem neuen bilateralen Vorhaben darin, Arbeitskräfte gemäß den Anforderungen einer „grünen“ Wirtschaft auszubilden. Dazu werden „grüne“ Teilqualifikationen in existierende Ausbildungsprofile eingeführt, neue Ausbildungsprofile entwickelt und Technologiezentren bei der Einführung und Verbreitung „grüner“ Technologien in der Industrie unterstützt.

Auch die Hochschul- und Wissenschaftsförderung des BMZ trägt dazu bei, dass Prozesse nachhaltiger Entwicklung von Verantwortungseliten in den Partnerländern selbst ausgestaltet werden können. Um die Mobilität von Studenten und Akademikern zu erhöhen, werden Programme des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und der Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) finanziert. Auch globale Wissensnetzwerke für nachhaltige Entwicklung werden gefördert, z. B. das deutsch-brasilianische Hochschulkooperationsprogramm „Neue Partnerschaften“. Der DAAD führt dieses Projekt in Kooperation mit der GIZ durch, in dem brasilianische und deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gemeinsam an innovativen Lösungen in den Bereichen erneuerbare Energien und nachhaltige Nutzung des Tropenwaldes forschen.

Mit dem Ziel, dass sich internationale Zusammenarbeit und entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Deutschland gegenseitig befruchten und um die Umsetzung nationaler Aktionspläne zu BNE zu befördern, unterstützt das BMZ seit 2010 ein Pilotvorhaben mit den Schwellenländern Indien, Südafrika und Mexiko. Das Projekt unterstützt ein internationales Experten-Netzwerk aus staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen aus den drei Schwellenländern und Deutschland, das gemeinsame, länderübergreifende Konzepte und Strategien für eine globale Zukunftsfähigkeit entwickelt und verbreitet. Multiplikatoren aus dem Bildungsbereich werden fortgebildet, um die Verankerung des Themas in die nationalen Bildungssysteme zu befördern. Gleichzeitig werden junge Nachwuchskräfte aus den Partnerländern fortgebildet. Das Projekt kooperiert mit den bereits genannten Umsetzungsaktivitäten zum Orientierungsrahmen Globales Lernen der KMK und wird von der GIZ und Engagement Global gemeinsam durchgeführt. Das Vorhaben ist als Maßnahme der UN-Dekade ausgezeichnet.

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit auf europäischer Ebene

Das BMZ setzt sich auch auf europäischer Ebene für Bildung für nachhaltige Entwicklung ein. Die zentrale Plattform ist das Global Education Network Europe (GENE),

das 2001 auf Initiative des Europarates gegründet wurde. Das Netzwerk dient dem europäischen Erfahrungsaustausch und möchte die entwicklungspolitische Bildung europaweit weiterentwickeln. Die seit 2007 von der EU-Kommission jährlich veranstalteten European Development Days (EDD) sind inzwischen zu einer festen Einrichtung geworden. Seit 2010 werden sie in einem kleineren Format mit ca. 1 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern als Fachtagung abwechselnd in Brüssel und in einem EU-Mitgliedsstaat durchgeführt. Die EDD haben sich zu einer sehr effizienten Kontaktplattform für die Entwicklungszusammenarbeit entwickelt, die mit ihren aktuellen Themen und prominenten Teilnehmern aus der ganzen Welt entwicklungspolitische Themen ins Bewusstsein der europäischen Öffentlichkeit bringt.

4.15 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Nachhaltigkeitsbezogene Lernziele werden im Bereich der dualen beruflichen Ausbildung in allen Ausbildungsordnungen berücksichtigt, die das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) als Verordnunggeber im Einvernehmen mit dem BMBF erlässt. Alle überarbeiteten und neu geschaffenen gewerblich-technischen wie kaufmännisch-verwaltenden Ausbildungsberufe orientieren sich am Grundsatz ganzheitlicher Handlungszusammenhänge und enthalten mindestens die Berufsbildpositionen „Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit“ sowie „Umweltschutz“.

Darüber hinausgehende Kompetenzen werden in die fachbezogenen Inhalte aufgenommen, z. B. Sparsamkeit im Umgang mit Materialien, Ressourcen und Energien, regelmäßiges Kontrollieren und Warten. In den Umweltberufen und den Berufen der Chemie und Pharmazie wurden unter der Berufsbildposition „Betriebliche Maßnahmen zum verantwortlichen Handeln (Responsible Care)“ relevante Aspekte der nachhaltigen Entwicklung verankert. Aktuell wird z. B. beim Ausbildungsberuf Kfz-Mechatroniker ein neuer Schwerpunkt „System- und Hochvolttechnik“ eingeführt, um die Branche für die Herausforderungen der Elektromobilität zu rüsten.

4.16 Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen

Der Behindertenbeauftragte hält die Inklusion in der Bildung, also das gemeinsame Lernen von behinderten und nicht behinderten Schülerinnen und Schülern für ein zentrales Thema. Dies wird auch im Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung deutlich, der zur Umsetzung der UN Konvention über die Rechte behinderter Menschen beschlossen wurde. Danach setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass inklusives Lernen in Deutschland eine Selbstverständlichkeit wird. Auch wenn der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die in Regelschulen unterrichtet werden, an allen Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf inzwischen auf etwa 22 Prozent angestiegen ist, besteht Einigkeit, dass erhebliche Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Inklusion an den

Schulen weiter auszubauen. Der Erwerb von eigenverantwortlichen und nachhaltigen Handlungsoptionen von behinderten Menschen wird nicht in einem separierenden und ausgrenzenden Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitssystem gelingen, sondern bedarf soweit wie möglich einer Einbindung in das allgemeine Bildungssystem mit den erforderlichen Unterstützungen. Der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung macht durch Öffentlichkeitsarbeit, Broschüren für Eltern und die Verleihung des Jakob Muth Preises für gelungene Inklusion an Schulen darauf aufmerksam, wie das gemeinsame Lernen von behinderten und nicht behinderten Schülerinnen und Schülern gelingen kann. Dabei steht im Fokus, dass das gemeinsame Aufwachsen von Kindern mit und ohne Behinderung die Grundlage für den späteren Umgang miteinander ist und auf diese Weise Berührungspunkte etwa bei der Ausbildung und Beschäftigung vermieden werden können. Inklusive Bildung von Anfang an und damit das Kennenlernen menschlicher Vielfalt ist wesentlich für die Entwicklung des Einzelnen und für die Gesellschaft insgesamt.

Maßgeblich bestimmend für die berufliche und damit auch soziale Biografie jedes Einzelnen ist der gelungene Übergang von der Schule in die Berufs- und Arbeitswelt. Wo Hochschulausbildungen nicht möglich sind, bieten betriebsnahe Ausbildungen jungen Menschen mit Behinderung die besten Perspektiven. Daher ist ein aufeinander abgestimmtes und ineinandergreifendes Bildungs- und Ausbildungssystem für Menschen mit Behinderung besonders wichtig. Verzahnte Ausbildungen mit überwiegendem Praxisanteil oder modulare Ausbildungen sowie in jeglicher Hinsicht barrierefreie Berufsschulen bieten aus Sicht des Beauftragten die nachhaltigsten Bildungschancen.

Der Beauftragte trägt mit bewusstseinsbildenden Maßnahmen dazu bei, dieses Ziel zu erreichen. Aktuell zeigt eine „Landkarte der inklusiven Beispiele“ auch zahlreiche Beispiele im Bereich Bildung, die Tipps zur praktischen Umsetzung und zur Nachahmung geben. Weiterhin will der Beauftragte in einer deutschlandweiten Konferenzreihe mit einer Dokumentation vieler guter Beispiele und Informationen zu Fördermöglichkeiten Personalverantwortlichen von Unternehmen mögliche Vorurteile nehmen, die einer Ausbildung behinderter Menschen entgegenstehen.

4.17 Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien

Kulturelle Bildung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, die aus dem Selbstverständnis der Bundesrepublik als Kulturstaat erwächst. Der BKM fokussiert seine Aktivitäten wegen der Mitverantwortung des Bundes für die Schaffung eines Umfelds, in dem sich Kunst aller Sparten in einem kommunikativen Prozess entfalten kann, in erster Linie auf eine aktivierende Vermittlung von Kunst und Kultur. Das betrifft zunächst die dauerhaft geförderten Zuwendungsempfänger. Ein weiterer Handlungsschwerpunkt besteht in der Würdigung bundesweit modellhafter Vermittlungsprojekte durch den „BKM-Preis Kulturelle Bil-

„sowie in der Finanzierung entsprechender Projekte. Einen dritten Handlungsschwerpunkt bildet die Vernetzung der Akteure, insbesondere durch die vom BKM geförderte Stiftung Genshagen. Außerdem werden zielgerichtet Maßnahmen und Initiativen zur Stärkung der Medienkompetenz unterstützt. Das übergreifende Ziel der Aktivitäten des BKM besteht darin, gemeinsam mit den Ländern den Zugang zu kulturellen Angeboten unabhängig von finanzieller Lage und sozialer Herkunft zu erleichtern und die Aktivitäten im Bereich der kulturellen Bildung zu verstärken.

Alle vom BKM dauerhaft geförderten Kultureinrichtungen erfüllen ihren Satzungen entsprechend einen kulturellen Vermittlungsauftrag. Seit 2008 werden diese Einrichtungen in den jeweiligen Zuwendungsbescheiden aufgefordert, ihre vielfältigen Potenziale offensiv zu kommunizieren. Deshalb werden die Zuwendungen des Bundes mit dem Ziel einer aktiven kulturellen Vermittlungsarbeit verbunden. Menschen, die Angebote der öffentlichen Kultureinrichtungen bislang wenig oder gar nicht nutzen, ist ein besonderer Stellenwert einzuräumen.

Mit dem seit 2009 verliehenen „BKM-Preis Kulturelle Bildung“ wird die Vermittlungsarbeit von Kultureinrichtungen und bürgerschaftlichen Initiativen prämiert. Jedes Jahr werden drei innovative und bundesweit beispielhafte Projekte mit einem Preisgeld von insgesamt 60 000 Euro ausgezeichnet. Außerdem fördert der BKM seit 2010 deutschlandweit vorbildliche Projekte der kulturellen Bildung. Diese richten sich vor allem an Menschen, die bisher die Angebote der traditionellen Kultureinrichtungen kaum nutzen. Dafür werden jährlich insgesamt 1,5 Mio. Euro bereitgestellt.

Mit Unterstützung des BKM und in Kooperation mit den Ländern und Kommunen ist zudem 2012 in der Stiftung Genshagen ein Netzwerk kulturelle Bildung und Integration gegründet worden. Dessen Aufgabe ist der Transfer von Know-how, um sich wechselseitig über Strategien, Konzepte und Arbeitsansätze in den jeweiligen Institutionen informieren zu können. Kulturelle Integration und das Recht auf kulturelle Teilhabe bedingen einander. Teilhabe bildet nicht nur eine grundlegende Voraussetzung für den Zugang zu Kunst und Kultur, sie schafft auch die Basis für die aktive Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens. Noch bestehende migrationsspezifische Hürden wie unzureichende Sprachkenntnisse, kulturelle Barrieren sowie Diskriminierung und Vorurteile sollen gemeinsam mit allen relevanten Akteuren abgebaut werden.

Auch in der vom BKM geförderten Kulturstiftung des Bundes (KSB) ist die „Kunst der Vermittlung“ ein wichtiger programmatischer Schwerpunkt. Die Stiftung finanziert, entwickelt und unterstützt damit innovative Programme zur kulturellen Bildung mit bundesweiter Wirkung. Kulturagenten für kreative Schulen gibt es seit dem Schuljahr 2011/2012 an 138 Schulen in fünf Ländern. An den Schulen arbeiten „Agenten“ für die Kultur. Gemeinsam mit Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen und Schülern entwickeln sie ein kulturelles Programm und initiieren Kooperationen mit Kultureinrichtungen der Stadt. Der Tanzfonds Partner baut seit 2011

bundesweit langfristige Partnerschaften zwischen Schulen und Tanzinstitutionen und -compagnien auf. Schülerinnen und Schüler erarbeiten gemeinsam mit Tänzern und Choreografen eigene Produktionen.

Aktivierende Vermittlung ist aber auch mit der Aneignung von Kompetenzen im Bereich der elektronischen Medien sowie der intensiven Beschäftigung mit unserer Erinnerungskultur verbunden. Insbesondere im Bereich der Medienerziehung wurden in der laufenden Legislaturperiode mehrere innovative und nachhaltige Projekte intensiviert.

Die von der Bundesregierung mitinitiierte und über den BKM geförderte Gesellschaft „Vision Kino gGmbH – Netzwerk für Film- und Medienkompetenz“ unter Schirmherrschaft des Bundespräsidenten hat sich als Ziel gesetzt, als Teil der kulturellen Jugendbildung und im Rahmen einer übergreifenden Medienkompetenz insbesondere die Filmkompetenz von Kindern und Jugendlichen zu stärken und sie gleichzeitig für den Kulturort des Films, das Kino, zu sensibilisieren. Das erfolgreichste Angebot von „Vision Kino“ sind die bundesweiten, jährlich stattfindenden SchulKinoWochen. Über 750 Filmtheater nehmen an dem Angebot teil, bei dem Schulen ein vielfältiges Programm aus Filmen, unterrichtsbegleitenden Filmmaterialien und Fortbildungsmöglichkeiten angeboten wird. Seit 2006 konnte das Projekt über 3,5 Millionen Anmeldungen verzeichnen. Über 20 Prozent aller allgemeinbildenden Schulen nehmen das Angebot regelmäßig wahr. Mit dem alle zwei Jahre stattfindenden Kongress „Vision Kino: Film – Kompetenz – Bildung“ wird für die Akteure aus Bildung, Filmbranche und Politik ein weiteres Begegnungsforum geschaffen.

„Ein Netz für Kinder – fragFINN.de“ ist eine gemeinsame Initiative des BKM und des BMFSFJ mit Unternehmen und Einrichtungen des Jugendmedienschutzes. Um Kindern im Alter von 6 bis 12 Jahren die Chancen der neuen Medien zu eröffnen und sie gleichzeitig vor den Gefahren eines ungeschützten Surfens zu bewahren, wurde die von der Wirtschaft getragene Kindersuchmaschine www.fragFINN.de mit einem Angebot von mehr als 10 000 kindgerechten, von Medienpädagoginnen und -pädagogen ausgewählten Domains geschaffen. Hier können sich die jungen Nutzer in unterhaltsamer Weise informieren, in sicheren Chats miteinander kommunizieren und gleichzeitig durch selbstständiges Navigieren den Umgang mit dem Medium Internet gefahrlos erlernen.

Da es kaum wirtschaftlich tragfähige Geschäftsmodelle für kostenlose, kindgerechte Internetangebote gibt, stellt der BKM jährlich 1 Mio. Euro und das BMFSFJ 0,5 Mio. Euro zur Verfügung, um neue, qualitätsvolle Kinderangebote zu schaffen. In dieser Legislaturperiode wurden bisher 58 Internetprojekte mit insgesamt über 4 Mio. Euro unterstützt. Diese geförderten Kinder-Webseiten haben für ihre hohe Qualität bisher über 40 Auszeichnungen erhalten.

Mit der Deutschen Digitalen Bibliothek (DDB) sollen im Endausbau die Datenbanken von über 30 000 Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen (z. B. Bibliotheken, Archi-

ven, Museen, Mediatheken, Einrichtungen der Denkmalpflege, Forschungsinstitute) in Deutschland – mit Digitalisaten (digitalen Kopien und zugehörigen Metadaten) von medialen Objekten aller Art (z. B. Bücher, Handschriften, Archivgut, Bilder, Fotos, Filme, Audio- und Videomaterial, 3D-Objekte, wissenschaftliche Primärdaten wie Messergebnisse und Experimentierdaten) – vernetzt und über ein nationales Portal zugänglich gemacht werden, das wiederum in die Europäische Digitale Bibliothek (EDB) (www.europeana.eu) integriert ist. Dadurch entsteht eine öffentliche Kulturplattform wie eine wissenschaftliche Expertenplattform, die für vielfältigste Bildungszwecke jederzeit für jedermann online zur Verfügung steht. Am 28. November 2012 hat das Portal der DDB seinen Beta-Betrieb aufgenommen. Für das erste Halbjahr 2013 ist eine Ergänzung der DDB um ein Kinder- und Jugendportal geplant. Junge Nutzerinnen und Nutzer, bei denen die Nutzung von Online-Angeboten selbstverständlich geworden ist, erhalten dadurch neue Zugangsmöglichkeiten zu den Schätzen unserer Kultur. Die Aufnahme des Regelbetriebs soll bis Ende 2013 erfolgen.

Interaktive Medien übernehmen insbesondere für Kinder und Jugendliche zunehmend die Funktion eines Leitmediums und verzeichnen sprunghaft steigende Wachstumsraten. Sie können jedoch auch geeignet sein, deren Entwicklung zu beeinträchtigen oder gar zu gefährden. Richtig konzipiert und eingesetzt, tragen sie entscheidend zur Stärkung ihrer Medienkompetenz bei. Deshalb ist es notwendig, das Angebot qualitativ hochwertiger, pädagogisch und kulturell wertvoller Spiele zu fördern. Diesem Ziel dient der 2009 gemeinsam von BKM und Spielewirtschaft begründete, hälftig von ihnen finanzierte und einmal jährlich in einer Vielzahl von Einzelkategorien vergebene „Deutsche Computerspielpreis“. Dafür stellt der BKM ein jährliches Preisgeld in Höhe von bis zu 300 000 Euro bereit. Über die Vergabe des Preises entscheidet eine unabhängige Jury.

Die Nationale Initiative Printmedien (NIP) ist ein auf Anregung und unter Mitwirkung des BKM entstandener, auf Dauer angelegter Zusammenschluss von Politik, Verleger- und Journalistenverbänden, Pressegroßhändlern sowie diversen Einrichtungen der Leseförderung und der politischen Bildung. Partner dieser Initiative sind im Einzelnen neben dem BKM der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV), der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ), der Verband Deutscher Bahnhofsbuchhändler e. V., der Verband Deutscher Lokalzeitungen (VDL), der Bundesverband Presse-Grosso, der Deutsche Presserat, die Jugendpresse Deutschland (JPD), die Stiftung Presse-Grosso, der Deutsche Journalistenverband (DJV), die Deutsche Journalistenunion/ver.di (dju), die Stiftung Lesen und die Bundeszentrale für politische Bildung. Ziel der Initiative ist, nicht nur Kindern und Jugendlichen, sondern auch der breiten Öffentlichkeit die Bedeutung von Zeitungen und Zeitschriften für die Demokratie nahe zu bringen und den Wert von Medien- und Meinungsvielfalt zu vermitteln.

Die NIP führt jedes Jahr einen Schülerwettbewerb durch. Die eingereichten Arbeiten stehen unter einem jährlich wechselnden Generalthema und müssen einen Bezug zu Zeitungen oder Zeitschriften haben. Auf der Website des BKM wird dazu unter der Adresse www.nationale-initiative-printmedien.de eine Informationsplattform betrieben, die sich an alle interessierten Institutionen, Vereinigungen und Bürger, insbesondere aber an Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern richtet.

5 Aktivitäten der Länder

Im März 2010 haben die Hochschulrektorenkonferenz und die DUK eine gemeinsame Erklärung zur Hochschulbildung für nachhaltige Entwicklung öffentlich vorgestellt und damit ein wichtiges Signal für die Bedeutung des Themas Nachhaltigkeit auch in Hochschulen gesetzt. Im April 2010 organisierten die HRK, die DUK und die Universität Bremen eine gemeinsame Veranstaltung, in der die Umsetzung dieser Erklärung diskutiert wurde.

Die Umweltministerkonferenz der Länder hat sich im Juni 2012 explizit dafür ausgesprochen, „eine flächendeckende und dauerhafte Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung vor allem durch Integration in bestehende Strukturen anzustreben“⁶.

In den Jahren 2010 und 2011 übernahm der Schulausschuss die Aktualisierung und Erweiterung des Orientierungsrahmens für den Lernbereich „Globale Entwicklung“, der auch den Bildungsbereich „Globales Lernen“ beinhaltet. Der Orientierungsrahmen ist ein Ergebnis eines gemeinsamen Projekts der Kultusministerkonferenz und des BMZ (vgl. Kapitel 4.14), der im Juni 2007 erstmals veröffentlicht wurde.⁷ Im Rahmen des Projekts kooperierte der Schulbereich mit den staatlichen Fachpartnern des Entwicklungsbereichs sowie mit Fachleuten aus Erziehungswissenschaft, Fachdidaktik, Fachwissenschaften und Nichtregierungsorganisationen.

Zur Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schule hat die Kultusministerkonferenz zuletzt 2007 in ihrer gemeinsamen „Empfehlung der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) und der Deutschen UNESCO-Kommission zur „Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schule“ (Beschluss der KMK vom 15. Juni 2007)“ konkrete Hinweise formuliert. Vor dem Hintergrund des bevorstehenden Abschlusses der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ stellt sich die Frage, in wie weit die Zielsetzung der Verankerung insbesondere im schulischen Bereich erreicht wurde und in wie weit sich die strukturellen Bedingungen der Implementierung der BNE verändert haben. Auf der Grundlage eines Beschlus-

⁶ Umweltministerkonferenz (2012): Ergebnisprotokoll (http://www.umweltministerkonferenz.de/documents/Endgueltiges_Proto_koll_UMK_Schleswig1.pdf).

⁷ BMZ und KMK (2007): Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2007/2007_06_00_Orientierungsrahmen_Globale_Entwicklung.pdf).

ses des Schulausschusses vom 1./2. März 2012 hat die KMK eine Länderumfrage zur Zwischenbilanzierung der BNE und den Perspektiven nach Ende der UN-Dekade 2014 durchgeführt. Die Ergebnisse liegen mit dem Bericht der KMK „Zur Situation und zu Perspektiven der Bildung für nachhaltige Entwicklung“ vom 13. Dezember 2012 vor und sind auch als Beitrag für den Bericht der Bundesregierung erstellt worden. Die nachfolgenden Texte sind dem KMK-Bericht entnommen, wobei zunächst die wesentlichen Erkenntnisse zusammenfassend skizziert und im Anschluss die einzelnen Länderrückmeldungen dargestellt sind.

Zusammenfassende Anmerkungen zu den Länderrückmeldungen

Strukturelle Einbindung

BNE ist auf sehr unterschiedliche Art und Weise in die Struktur des jeweiligen Landes eingebunden. Auffallend ist, dass neben der Einbindung in bereits bestehende Strukturen und Projekte, zum Teil neue Strukturen etabliert wurden (z. B. Koordinierungsstellen, Arbeitskreise, Ansprechpartner in der Schulverwaltung und den Landesinstituten sowie regionale und schulstandortbezogene Fachberatungssysteme). Darüber hinaus wird deutlich, dass das Querschnittsthema in den Ländern vielfach ressortübergreifend bearbeitet wird und in einigen Ländern zunehmend als thematischer Schwerpunkt in die Nachhaltigkeitsstrategie eingebunden wurde. Des Weiteren wurden durch die Bildung von Netzwerken, Runden Tischen und BNE-Arbeitskreisen partizipative Aspekte der Beteiligung sowie der konkreten Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren berücksichtigt. Ergänzt werden diese Aktivitäten durch die Erstellung von Aktionsplänen sowie konkreter Implementierungsinitiativen im schulischen Bereich.

Bildungsplan und Kompetenzorientierung

Hinsichtlich der Verankerung der BNE sowie der damit verbundenen Kompetenzorientierung in den Lehrplänen bzw. Bildungsplänen kann festgestellt werden, dass BNE zwischenzeitlich in allen Ländern – explizit oder implizit – Eingang in die Lehrpläne bzw. Bildungspläne gefunden hat (z. B. Verankerung im Schulgesetz, als Leitidee bzw. als „roter Faden“, als zentraler Bildungs- und Erziehungsauftrag, in Präambeln und Leitlinien, in curricularen Vorgaben, in Fächern und Fächerverbänden sowie in Themen).

Kooperation

Die Bedeutung der BNE für eine verbesserte Kooperation innerhalb der Schule und insbesondere in der Zusammenarbeit mit außerschulischen Bildungsakteuren wurde von den Ländern als ein wichtiges Element hervorgehoben. Kooperationen finden dabei auf unterschiedlichen Ebenen statt (z. B. innerhalb der Schulverwaltung, mit anderen Ressorts, mit Bundesministerien, mit Hochschulen, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen). Daneben wurden in einigen Ländern Netzwerkstrukturen auf-

gebaut, die zu einer verbesserten Kooperation mit außerschulischen Bildungsakteuren geführt haben. Des Weiteren werden im Rahmen von Kampagnen, Initiativen, Projekten und Maßnahmen außerschulische Partner ganz bewusst eingebunden. Darüber hinaus wird aber auch deutlich, dass in erster Linie die Schulen selbst die Träger und Akteure bei diesen Kooperationen sind.

Lehrerausbildung

In der 1. Phase der Lehrerausbildung bestehen in einigen Ländern bereits unterschiedliche Ansätze bei der Integration von BNE in der Lehrerbildung (z. B. als Seminarthema, als Basiseinführung, als Kursangebot, in einzelnen Bereichen, in einzelnen Fächern, in Didaktiken unterschiedlicher Fächer, in Wahlmodulen und Zusatzqualifikationen). Dieses Bild zeigt sich auch in der 2. Phase der Lehrerausbildung (z. B. Verweis auf die Zulassungs- und Ausbildungsverordnung, Angebot einer Zusatzqualifikation, Querschnittsthema für alle Ausbildungsbereiche, Bestandteil von Pflicht- und Wahlmodulen, Verankerung in Rahmenplänen für Haupt- und Fachseminare, Fortbildungsangebote für Haupt- und Fachseminarleiter/innen).

Lehrerfortbildung

BNE ist zwischenzeitlich auf vielfältige Art und Weise in die Lehrerfortbildung der einzelnen Länder eingebunden (z. B. BNE-relevante Themenstellungen von Angeboten, durch die Einbindung von externen Partnern, im Rahmen von Unterstützungsangeboten wie z. B. Fachtagungen, Symposien, im Kontext von Schulinitiativen und der Durchführung von pädagogischen Tagen). Darüber hinaus finden in einigen Ländern Fortbildungen für Multiplikatoren statt, die ihrerseits regionale und schulinterne Fortbildungen anbieten.

Veränderung der finanziellen und der personellen Rahmenbedingungen

Die finanziellen Rahmenbedingungen sind in den meisten Ländern – mit wenigen Ausnahmen – im Wesentlichen unverändert geblieben, d. h. es werden beispielsweise bestehende Programme bzw. Projektfinanzierungen fortgeschrieben. Hinsichtlich der Finanzierung wird deutlich, dass die BNE aufgrund des Einsparungsdrucks im Rahmen der Haushaltskonsolidierung auch keinen Schonbereich darstellt. Des Weiteren wird darauf verwiesen, dass BNE in bestehende Aktivitäten eingebunden werden kann, so dass eine finanzielle Quantifizierung kaum möglich ist.

Hinsichtlich der personellen Rahmenbedingungen ist festzustellen, dass sich die Rahmenbedingungen in diesem Bereich deutlicher stärker und vor allem positiv verändert haben (z. B. Einrichtung einer Koordinierungsstelle, Einrichtung fester Arbeitsbereiche in Ressort, Einrichtung eines Beratungs- und Unterstützungssystems, Etablierung von Regionalberatern bzw. Fachberatern, Bereitstellung von Anrechnungstunden für Lehrkräfte).

Perspektiven 2015+/Handlungsbedarf/Planungen

BNE wird weiterhin als eine zentrale Aufgabe und Herausforderung verstanden, sodass die Perspektiven für die Zeit nach Abschluss der UN-Dekade durchweg positiv gesehen werden. Konkret bedeutet dies, dass die begonnenen Aktivitäten in den Ländern abgesichert, weiterentwickelt, ausgebaut und noch stärker strukturell verankert werden sollen.

Angesichts der Querschnittsthematik sind die Länder bei der Umsetzung der BNE in unterschiedlichen Handlungsfeldern aktiv. Die Form der Weiterentwicklung von BNE hängt im Wesentlichen von den Umsetzungsaktivitäten (Stichwort Kontinuität) in den jeweiligen Ländern ab.

Feststellen lässt sich, dass die Länder insbesondere in der strukturellen und institutionellen Verankerung der BNE im Bereich der Schulverwaltung, dem Bildungssystem, in den Lehr- und Bildungsplänen sowie im Rahmen einer ganzheitlichen Schulentwicklung im Kontext der nachhaltigen Entwicklung (Unterrichts- und Schulentwicklung) für eine Verstetigung und Weiterentwicklung des Bestehenden plädieren. Darüber hinaus spielt die Lehrerbildung und Lehrerfortbildung eine wichtige Rolle. Weiterhin werden die Bedeutung der Kooperation mit außerschulischen Partnern sowie die Qualifizierung und Zertifizierung von außerschulischen Bildungsakteuren als wichtige Handlungsfelder benannt. Darüber hinaus werden zentrale Themen (Ernährung, Konsum, Lebensstil, Gerechtigkeit, Ökonomie, Kompetenzorientierung) und konkrete bildungspolitische Anknüpfungspunkte (u. a. Ganztagschule, Übergang Schule – Beruf, Inklusion, Umgang mit bildungsfernen Schichten) explizit benannt.

Des Weiteren wurde u. a. von einigen Ländern die Entwicklung einer BNE-Gesamtstrategie gewünscht – ohne allerdings die Offenheit der unterschiedlichen thematischen Zugänge (z. B. Natur- und Umweltbildung, Globales Lernen) zu verlieren.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass BNE in den letzten Jahren von den Ländern als wichtiger Schwerpunkt anerkannt und auf sehr unterschiedliche und vielfältige Art und Weise umgesetzt wurde. Der landesspezifisch konstatierte Handlungsbedarf kann dabei als Ausgangspunkt für zukünftige Umsetzungsaktivitäten gesehen werden. Von allen Ländern wird BNE auch über das Ende der UN-Dekade hinaus, weiterhin als zentrale Aufgabe und

gesellschaftspolitische Herausforderung gesehen, die in ressortübergreifender Kooperation sowie unter Einbeziehung außerschulischer Bildungsakteure konsequent vorangetrieben werden sollte.

Rückmeldungen der einzelnen Länder

Grundlage der Rückmeldungen der Länder war der folgende Fragenkatalog. Im Anschluss daran sind die in tabellarischer Form aufbereiteten Rückmeldungen der Länder zu diesen Fragen dargestellt.

- 1.) Wie ist Bildung für nachhaltige Entwicklung in die Landesstruktur eingebunden?
- 2.) Wie ist die Bildung für nachhaltige Entwicklung und die damit verbundene Kompetenzorientierung in den Lehrplänen bzw. Bildungsplänen verankert?
- 3.a) Kann Bildung für nachhaltige Entwicklung einen Beitrag zur verbesserten Kooperation innerhalb der Schule und in der Zusammenarbeit mit außerschulischen Bildungsakteuren leisten?
- 3.b) In welcher Form?
- 4.a) Wurde Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Lehrerbildung (1. und 2. Phase) integriert?
- 4.b) In welcher Form?
- 5.a) Wird Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Lehrerfortbildung eingebunden?
- 5.b) In welcher Form?
- 6.a) Haben sich seit Beginn der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005-2014) die finanziellen, personellen und strukturellen Rahmenbedingungen zur Implementierung der Bildung für nachhaltige Entwicklung verändert?
- 6.b) In welcher Form?
- 7.a) Welche Perspektiven sehen Sie für Bildung für nachhaltige Entwicklung in Ihrem Land – insbesondere nach Ende der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005 bis 2014)?
- 7.b) Wo besteht weiterhin Handlungsbedarf?
- 7.c) Was ist geplant?

1. Wie ist Bildung für nachhaltige Entwicklung in die Landesstruktur eingebunden?	
BW	<p>Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist in Baden-Württemberg federführend im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport verankert. Im Rahmen einer Interministeriellen Arbeitsgruppe BNE findet eine ressortübergreifende Information und Abstimmung über BNE-relevante Aktivitäten statt. Aktuell sind in der IMA BNE das Staatsministerium (Entwicklungszusammenarbeit), das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft (Nachhaltigkeitsstrategie, Umweltbildung), das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz (Waldpädagogik, Lernort Bauernhof, Schulgarten, Ernährung und Verbraucherbildung), das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst sowie die Stiftung Naturschutzfonds (Naturschutzbildung) beim Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz eingebunden. Darüber hinaus spielt BNE im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes eine bedeutende Rolle. Im Rahmen der Neuausrichtung der Strategie (2012) wurde BNE für die kommenden Jahre als ein zentrales Schwerpunktthema benannt. In der zweiten Jahreshälfte soll für diesen Schwerpunktbereich ein Aktionsprogramm erarbeitet und in den darauffolgenden Jahren umgesetzt werden. In diesem Aktionsprogramm wird es um die Implementierung der BNE in schulischen und außerschulischen Einrichtungen sowie der Kooperation der Ressorts und der gesellschaftlichen Akteure gehen. Bereits seit 2006 existiert in Baden-Württemberg das Netzwerk Nachhaltigkeit lernen, in dem derzeit ca. 30 unterschiedliche staatliche und zivilgesellschaftliche Bildungsakteure auf sehr unterschiedliche Weise sehr konstruktiv zusammenarbeiten.</p>
BY	<p>Zur landesweiten Vernetzung besteht seit 2002 unter der Federführung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit der Arbeitskreis „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, der aus dem Umweltforum Bayern hervorgegangen ist. Beteiligt sind neben den einschlägigen Ministerien auch Verbände aus den Bereichen Bildung, Umwelt und Naturschutz, Eine Welt, sowie Vertreter der Wirtschaft, Hochschulen, der Gewerkschaften und der Kirchen. Ein Abbild der Aktivitäten und Pläne auf dem Gebiet der BNE bietet der bayerische Aktionsplan im Rahmen der UN-Dekade, einzusehen auf der Internetseite www.dekade-bayern.de.</p> <p>In diesem Zusammenhang ist auch der ressortübergreifende Arbeitskreis Entwicklungszusammenarbeit zu nennen. Federführend ist hier das Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie. Dieser Arbeitskreis arbeitet mit externen Organisationen wie z. B. dem „Eine Welt Netzwerk Bayern e. V.“ und Engagement global zusammen und fördert den Dialog und die Abstimmung zum Thema Entwicklungsarbeit innerhalb der beteiligten Ministerien.</p>
BE	<p><i>Berliner Senat</i></p> <p>Das Berliner Abgeordnetenhaus verabschiedete im Juni 2006 die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umweltschutz vom 17. Mai 2006 „Berliner Lokale Agenda 21 – Berlin zukunftsfähig gestalten“ mit sieben Handlungsfeldern. In dieser Empfehlung wurde die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung, gemäß der Agenda 21, des Beschlusses der Konferenz für Umwelt und Entwicklung von Rio 1992, der Erd-Charta und der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung als Leitbild für die Berliner Politik und Verwaltung beschlossen.</p> <p><i>Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft</i></p> <p>Bildung für nachhaltige Entwicklung (im Folgenden BNE) hat sich nach einer Projektphase und in Fortsetzung von Transfer 21 auf Landesebene als fester Aufgabenbereich etabliert.</p> <p>Klimaschutz wurde 2012 in dem Programm „Klimaschutz am Schulstandort“ für die nächsten Jahre festgeschrieben. Es werden Verträge mit Schulen über einen verbindlichen Klimaschutzplan geschlossen. Im Oktober 2012 erhielten 17 Berliner Klimaschulen das Gütesiegel „Berliner Klima Schule“. Mit dem Gütesiegel verbunden ist für die ausgezeichneten allgemein bildenden Schulen ein finanzieller Beitrag aus dem Schulanlagenanierungsprogramm.</p> <p>Zum Schuljahr 2012/2013 trat in Berlin nach dreijähriger Vorarbeit das Curriculum „Lernen in globalen Zusammenhängen im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung“ für die Klassen 5 bis 10 in Kraft. Zu dem Curriculum liegt eine Handreichung „Lernen in globalen Zusammenhängen“ vor sowie ein Fortbildungskonzept, um das Curriculum den Schulen praxisnah zu vermitteln.</p> <p>In den Rahmenlehrplänen der Grundschule, der Sekundarschule, des Gymnasiums und der berufsbildenden Schulen wird der Begriff „nachhaltige Entwicklung“ verwendet oder es gibt an BNE anschlussfähige Formulierungen.</p> <p>In den letzten Schuljahren gab eine deutliche Zunahme der Aufnahme von BNE ins Schulprogramm und in schulinterne Curricula.</p>

noch
BE

Eine ressortübergreifende BNE-Kooperation befindet sich nach einer vorbereitenden Planungs- und Beratungsphase in der Realisierung.

Netzwerke entstanden in Kooperation mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz (Gewässerpädagogisches Netzwerk, Klimaschutz-Bündnis, AG „Umsetzung der Berliner Strategie zur Biologischen Vielfalt“).

Das Projekt „Zukunft gestaltet Schule“ förderte zahlreiche kreative und innovative BNE – Projekte an Schulen:

Klimaschutz in Kooperation mit dem ATZE-Theater „Operation Erde – KEEP COOL“ und dem Theater Eukitea „Goodbye Nordpol“,

Nachhaltigkeit und kreatives Schreiben, „Klimawandel auf dem Prüfstand: Klimawissenschaftler diskutieren mit Schülern“, Klimafrühstück.

Es bestehen feste Vernetzungsstrukturen zu universitären Projekten und Fachbereichen:

An der FU werden jährlich nachhaltige Hochschultage durchgeführt und zweimal jährlich findet eine Schüleruniversität „Klimaschutz und Nachhaltigkeit“ statt.

Die Zertifizierung Umweltschule in Europa/Internationale Agenda 21-Schule befindet sich im zwölften Qualifizierungsjahr und ist Bestandteil der Schulkultur und wichtiger Motor der Weiterentwicklung für eine nachhaltige Entwicklung des Unterrichts und der Schule.

Es gibt feste Arbeitskreise zu BNE-Themen: Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Beruflichen Bildung (BABNE)

Arbeitskreis „BNE und Erzieherausbildung“

Arbeitskreis „Globales Lernen“

Arbeitskreis „BNE und Schulentwicklung“

Die Beratungsstelle für ökologische und kindgerechte Schulhofgestaltung „Grün macht Schule“ ist mit einem BNE-Programm fester Bestandteil des Angebots für Schulen.

In Kooperation mit dem Botanischen Garten wird die „Botanikschule“ und das BNE-Zentrum „Steglitz-Zehlendorf“ betrieben.

Planungsvorhaben:

Zusammen mit der Grünen Liga und „save the nature“ wird ein monatlicher Kinotag für Schulgruppen „BNE und Kino“ geplant.

Das Projekt der FU „Schließung von Kreisläufen durch Energie- und Stoffstrommanagement bei Nutzung der Terra-Preta-Technologie im Botanischen Garten im Hinblick auf Ressourceneffizienz und Klimaschutz – Modellprojekt Urban Farming (*TerraBoGa*)“ hat den Wunsch nach einer Kooperation zwischen „Schule“ und ihrem Projekt geäußert. Die Möglichkeiten einer Kooperation werden geprüft.

Etablierung des „green days“, des Berufsorientierungstags für grüne Berufe in Berlin.

Kunst und Nachhaltigkeit – Kooperation zwischen BNE und dem Projekt „Kulturagenten für kreative Schulen“.

„Unser Klima unser Leben“ – BNE und Inklusion.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz

Die vier dauerhaft geförderten städtischen Naturschutzstationen entwickelten ein BNE-Profil.

Die sechs städtischen Waldschulen arbeiten im Sinne der BNE und führen eine BNE-Evaluierung ihrer Arbeit durch.

Der bundesweite Aktionstag zu „Fuß zur Schule“ wird jährlich organisiert.

Senatsverwaltung Wirtschaft, Technologie und Forschung

Die Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit koordinierte Berliner Aktivitäten zur UN Dekade. Auf dem Weg zu einem Berliner Aktionsplan wurden verschiedene Veranstaltungen durchgeführt. Ein Aktionsplan wurde bisher nicht realisiert.

noch BE	<p>Die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit und damit das Globale Lernen bilden einen wichtigen Schwerpunkt der Arbeit der Landesstelle. Dies ist in den entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Berlin festgeschrieben. Der Beirat Entwicklungszusammenarbeit hat in einem Positionspapier des Globalen Lernens, Vorschläge für entwicklungspolitische Initiativen des Berliner Senats im Politikbereich Bildung und Schule ausgearbeitet.</p> <p>http://www.berlin.de/imperia/md/content/senatsverwaltungen/senwaf/wirtschaft/lez/glob_lernen.pdf?start&ts=1127682178&file=glob_lernen.pdf</p> <p><i>Bezirke</i></p> <p>In der regionalen Fortbildung gibt es Multiplikatoren, die für BNE und Klimaschutz zuständig sind.</p> <p>Die Bezirke unterhalten Gartenarbeitsschulen, deren Profile sich zunehmend in Richtung BNE entwickeln.</p> <p>Umweltämter schreiben jährlich Umweltpreise aus.</p> <p>Etlche Bezirksämter finanzieren Klimaschutzprogramme wie „Fifty/Fifty“ und „Köpfchen statt Kohle“.</p>
BB	<p>Das Land Brandenburg verfolgt das Ziel der eigenverantwortlichen Schule, so dass Schulen die Freiheit haben, eigene Schulentwicklungsschwerpunkte im Rahmen der Schulgesetze zu setzen. Im brandenburgischen Schulgesetz sind die Ziele und Grundsätze der Erziehung und Bildung aller Schulen des Landes festgeschrieben. Für den Kontext BNE gibt es dabei zahlreiche Bezugspunkte. BNE ist unter der Überschrift „Nachhaltige Entwicklung kommunizieren und eine nachhaltige Bildungslandschaft fördern“ darüber hinaus einer der fünf Schwerpunkte der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes, die derzeit im Rahmen eines breit angelegten gesellschaftlichen Dialogprozesses abgestimmt wird und Anfang 2013 verabschiedet werden soll. Auf der Basis des Nationalen Aktionsplans (NAP) wurde zudem im Mai 2011 ein Landesaktionsplan Nachhaltige Entwicklung erarbeitet, der kontinuierlich fortgeschrieben wird. Die Vernetzung mit den gesellschaftlichen Akteuren erfolgt im Feld BNE über den „Runden Tisch BNE“, der sich für das Land Brandenburg im Herbst 2011 konstituiert hat.</p>
HB	<p>Die Ressorts Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit (SBWG) und Senator für Umwelt, Bau, Verkehr (SUBV) stimmen sich in allen grundlegenden Fragen der BNE-Implementierung und -Förderung ab.</p> <p>Die Zuständigkeit für die schulische Implementierung liegt bei der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit im Referat 20, Qualitätsentwicklung und Standardsicherung. Im Landesinstitut für Schule (LIS) gibt es für die Bereiche Politische Bildung, Europa, BNE (überregionale Vertretung und Lehrerfortbildung) eine Ansprechpartnerin, eine weitere Stelle im Arbeitsbereich Schule-Wirtschaft für die Koordination der Arbeit der Bremer Schülerfirmen sowie des Projekts Nachhaltige Schülerfirmen.</p> <p>Mit der konkreten Unterstützung der BNE-Aktivitäten an den Schulen ist das Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung (biz) beauftragt worden (Vereinbarung ab 2009), das jährlich im Rahmen der Rechenschaftslegung über Maßnahmen und Erfolge berichtet.</p> <p>Die SBWG gewährt darüber hinaus jährliche Zuwendungen an außerschulische Bildungsträger (z. B. biz, „Grüne Schule“ im Science Center Botanika) für die Durchführung von BNE-Projekten mit schulischen Lerngruppen, die Bereitstellung von Informations- und Lernmaterialien sowie für die Durchführung von Beratungsgesprächen und Fortbildungen für Lehrkräfte. Die Zuwendungen beruhen auf Vereinbarungen mit den entsprechenden Trägern.</p> <p>Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr unterstützt seit 2007 die außerschulische Umweltbildung/BNE für Kinder und Jugendliche in Bremen durch Finanzierung einer Koordinierungsstelle „Umwelt Bildung Bremen“ bei der Bremer Umwelt Beratung e. V. und stellt Fördermittel für zzt. sechs stadtteilorientierte Umweltbildungseinrichtungen (Basisförderung) zur Verfügung. Die Koordinierungsstelle ist Mittlerin zwischen den Bremer Umweltbildungseinrichtungen und den Nutzungsgruppen; sie forciert die Vernetzung der Umweltbildner, fördert die Kooperation mit vorschulischen und schulischen Einrichtungen, entwickelt Fortbildungsangebote, beteiligt sich an der Entwicklung von Qualitätsstandards im Kontext der norddeutschen Länder (NUN-Initiative) und betreibt eine offensive PR- und Öffentlichkeitsarbeit. Seit 2010 werden im Ausschreibungsverfahren BNE-Projekte für die Zielgruppe Kinder/Jugendliche gefördert.</p>

HH	<p>In Hamburg leistet der Senat mit der im Mai 2005 gestarteten Initiative „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“ (HLN) einen eigenen Beitrag zur Unterstützung der UN-Dekade BNE (www.hamburg.de/nachhaltigkeitlernen). Federführung und Geschäftsstelle der Initiative sind in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt angesiedelt, in enger Zusammenarbeit mit der Senatskanzlei und der Behörde für Schule und Berufsbildung. Mit der Steuerung wurde eine behördenübergreifende Projektgruppe beauftragt. Die Umsetzung der Ziele erfolgt im Rahmen des Hamburger Aktionsplans (www.hamburg.de/nachhaltigkeitlernen/aktionsplan/) über Maßnahmen staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure und durch ressortbezogene Aktivitäten. Die Mitwirkung von Bildungsakteuren sowie von Bürgerinnen und Bürgern wird über den jährlichen Runden Tisch koordiniert. Die Arbeit der Initiative HLN erstreckt sich über eine große Vielfalt von Institutionen und Themen und wird mit programmatischen Schwerpunkten und gesellschaftspolitischen Entwicklungen in der Hansestadt verknüpft (z. B. Klimawandel und Klimaschutz).</p>
HE	<p>Zentrale Maßnahme der Bildung für nachhaltige Entwicklung in Hessen im Schulbereich ist das Landesprogramm „UmweltSchule: Lernen und Handeln für unsere Zukunft“, das gemeinsam getragen wird vom Hessischen Kultusministerium und vom Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Durch eine gemeinsame Landeskoordination werden alle Aktivitäten und Vorhaben koordiniert und mit der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes verbunden. In einem Flächenstaat müssen landesweite Vorhaben durch eine regionale Umsetzungsstruktur abgesichert werden. Hierzu wurde ein Netzwerk von regionalen Beratungs- und Kompetenzzentren geschaffen, die zumeist in kommunaler oder freier Trägerschaft die regionale Vernetzung der Schulen untereinander und mit weiteren Partnern organisieren und fördern. Mit ihrer fachlichen Kompetenz beraten sie darüber hinaus die Schulen bei der Entwicklung und Umsetzung eigener Projekte und langfristiger Unterrichtsvorhaben. Die Arbeit der regionalen Kompetenzzentren wird unterstützt durch Sachmittel und Teilabordnung einer Lehrkraft, die die Verbindung der Arbeit der Zentren mit aktuellen Entwicklungen im Schulbereich (Bildungsstandards, Kompetenzorientierung, Selbstständige Schule, schuleigene Curricula...) sicherstellt. Hier wurden vor allem die im Rahmen von Transfer 21 ausgebildeten zwölf Multiplikatorinnen und Multiplikatoren eingesetzt, zwei von ihnen auch zur landesweiten Fortbildung und Materialentwicklung. Weitergehende, auch aktuelle Informationen werden bereitgestellt unter www.umweltschule-hessen.de. Durch den Bildungs- und Erziehungsplan 0-10 wird in Hessen zudem der Primarbereich systematisch mit dem vorschulischen Bereich verbunden, hier wird ein mehrjähriges Programm zur Integration von BNE durchgeführt. Strukturell ist BNE in Hessen verbunden mit dem Programm Schule & Gesundheit, wodurch direkte Verbindungen zu den Themen Mobilitätsbildung, Ernährungs- und Verbraucherbildung und zu weiteren Bereichen gegeben sind.</p>
MV	<p>Strukturelle Regelungen zum Unterstützungssystem beschreibt die Verwaltungsvorschrift „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung an den Schulen“ vom 30. Mai 2008. Dort werden Ziele, und Methoden von BNE beschrieben. Dort ist festgelegt, dass es in allen 4 Schulamtsregionen je einen Regionalberater für nachhaltige Entwicklung gibt und an jeder Schule einen Schulberater für nachhaltige Entwicklung. Die Regionalberater für nachhaltige Entwicklung arbeiten eng zusammen mit der ANU. Die ANU hat ebenfalls je einen Berater je Schulamtsregion. Eine weitere Vernetzung der Zusammenarbeit von Ministerien, Ausbildungseinrichtungen und nicht staatlichen Organisationen ergibt sich durch die regelmäßig tagende Landesarbeitsgruppe „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“.</p>
NI	<p>Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) findet sich als Fachaufgabe in allen Stufen der Bildungsverwaltung in Niedersachsen wieder.</p> <p><i>Niedersächsisches Kultusministerium:</i></p> <p>Zuständigkeit: Referat 34, Sachgebiet Bildung für nachhaltige Entwicklung. Referat 23, Sachgebiet Globales Lernen, Interkulturelle Bildung.</p> <p>Für die Jahre 2009 bis 2013 hat das Kultusministerium eine Rahmenvereinbarung mit dem Verein BNE-Agentur Niedersachsen e. V. geschlossen. Ziel der Zusammenarbeit ist die Förderung der Verankerung von ökonomischen, ökologischen und soziokulturellen Teilperspektiven einer nachhaltigen Entwicklung in Niedersachsen.</p> <p><i>Niedersächsische Landeschulbehörde:</i></p> <p>In den vier Regionalabteilungen Braunschweig, Hannover, Lüneburg und Osnabrück arbeiten im schulfachlichen Dezernat 2 jeweils ein/e Fachberater/in BNE und ein/e Fachdezernent/in für den thematischen Schwerpunkt BNE.</p> <p>Dazu kommt ein Fachberater BNE für die berufsbildenden Schulen.</p>

noch NI	<p>Für bestimmte Projekte setzt das Land Niedersachsen Landeskoordinationen ein. U. a. für das Projekt „Umweltschule in Europa/Internationale Agenda 21 – Schule, für den Bereich der nachhaltigen Schülerfirmen und Schülergenossenschaften und für das Netzwerk der UNESCO-Projektschulen. Die Aktivitäten in diesen Netzwerken werden zusätzlich regional durch Lehrkräfte betreut.</p> <p>Zur Steuerung der landesweiten Aktivitäten im Bereich von BNE finden regelmäßig Dienstbesprechungen zwischen Kultusministerium und NLSchB sowie NLSchB und Koordinatoren und Fachberatern statt.</p> <p>Im Kultusministerium findet regelmäßig ein Arbeitskreis BNE mit Vertretern der Ministerien, NLSchB, Universitäten, Nichtregierungsorganisationen, Verbänden etc. zur Koordinierung der landesweiten Aktivitäten im Bereich BNE, der gegenseitigen Information und zur Unterstützung der Arbeit in der Norddeutschen Partnerschaft zur Unterstützung der UN-Dekade (NUN) statt.</p> <p><i>Schulträger/Schulen:</i></p> <p>Zur Beratung und Unterstützung der rund 3 200 niedersächsischen Schulen steht Personal sowohl im Ministerium als auch in der Landesschulbehörde zur Verfügung. Zusätzlich erhalten ca. 140 Lehrkräfte eine stundenweise Entlastung von ihrer Unterrichtsverpflichtung, um z. B. in den 17 regionalen Arbeitskreisen für die nachhaltigen Schülerfirmen, in den rund 40 anerkannten außerschulischen Lernstandorten BNE oder in anderen Projekten und Maßnahmen pädagogisch zu arbeiten.</p> <p>Im September 2012 beginnt eine Qualifizierungsmaßnahme für Lehrkräfte für den Bereich BNE.</p>
NW	<p>Unter Einbeziehung der für die einzelnen Bildungssektoren jeweils zuständigen Fachressorts wird bis 2014 eine landesweite Bildungsstrategie für nachhaltige Entwicklung, die alle Bildungsbereiche einschließt, erarbeitet. Diese Bildungsstrategie wird zu einer breiten Verankerung der BNE- Bildungsarbeit und zu deren systematischen Implementierung im Sinne des lebensbegleitenden Lernens in möglichst allen Bereichen des Bildungswesens in Nordrhein-Westfalen führen und damit zu einer Fortführung der BNE-Bildungsaktivitäten auch jenseits der UN-Dekade.</p> <p>In Nordrhein-Westfalen wurde 2006 ein eigener Aktionsplan „Zukunft Lernen“ zur Umsetzung der UN-Dekade aufgestellt, dessen Umsetzung sich heute insbesondere in einer Vielzahl von Einzelinitiativen, Maßnahmen und Projekten niederschlägt. In der Nachfolge zu diesem Aktionsplan und in Anknüpfung an die bisher auf Landesebene geleistete BNE-Arbeit werden diese Aktivitäten nun in eine übergreifende Strategie eingebunden und koordiniert, um einen breit angelegten Transfer zu ermöglichen. Dazu wurde 2010 gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren aus dem Bereich der BNE ein intensiver Dialogprozess durchgeführt, um die wesentlichen Handlungsbedarfe in den einzelnen Bildungsbereichen zu ermitteln und Leitprojekte für den verbleibenden Dekadezeitraum zu entwickeln.</p> <p>Ein zentraler Baustein der Landesregierung zur Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ im Schulbereich ist die Kampagne „Schule der Zukunft – Bildung für Nachhaltigkeit“, die gemeinsam vom Schulministerium und dem Umweltministerium getragen und von der Natur- und Umweltschutz-Akademie des Landes Nordrhein-Westfalen landesweit koordiniert wird. Die Kampagne unterstützt Schulen auf ihrem Weg zu einem zukunftsorientierten Schulleben im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung und trägt dazu bei, wirtschaftliche, ökologische und soziale Entwicklungen im Zusammenhang zu verstehen und fördert die Gestaltungskompetenzen von jungen Menschen. Ein neuer Schwerpunkt der Kampagne ist der Aufbau eines landesweiten Netzwerks unter Nutzung bestehender örtlicher Netzwerke von Schulen und außerschulischen Partnern. Des Weiteren werden im neuen Kampagnezeitraum 2012 bis 2015 insbesondere die aktuellen Zukunftsfragen in den Blick genommen. Dazu gehören beispielsweise: Klimaschutz, Energiewende, nachhaltiger Konsum und internationale Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt. Im Jahr 2012 wurden insgesamt 418 Schulen und Kindertagesstätten sowie 17 Netzwerke aus NRW ausgezeichnet. Dies ist eine Steigerung von ca. 83 Prozent zur vorherigen Kampagnephase 2006 bis 2008.</p>
RP	<p>Landesverfassung Rheinland-Pfalz (Artikel 33, Artikel 69)</p> <p>Landesnaturenschutzgesetz (LNatSchG)</p> <p>Landeswaldgesetz (LWaldG)</p> <p>Schulgesetz (SchulG, § 1)</p> <p>Landesverordnung über die Ausbildung und Zweite Staatsprüfung für das Lehramt an Grundschulen, an Realschulen plus, an Gymnasien, an berufsbildenden Schulen und an Förderschulen</p> <p>Curriculare Standards Bildungswissenschaften</p> <p>Lehrpläne und Rahmenlehrpläne verschiedener Fächer</p> <p>Erziehungsempfehlungen für Kindertagesstätten</p>

noch RP	<p>Nachhaltigkeitsstrategie/Agenda 21-Programm „Perspektiven für Rheinland-Pfalz“</p> <p>Eckpunktepapier des „Forum Umweltbildung Rheinland-Pfalz“</p> <p>Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung Rheinland-Pfalz</p> <p>Strukturelle Verortung der Bildung für nachhaltige Entwicklung</p> <p>Referentenstelle im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten (Gesamtkoordination, Förderung, Bund/Länder-Zusammenarbeit, grenzüberschreitende BNE)</p> <p>weitere fachorientierte Ansprechpartner im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten</p> <p>Ernährung: Ref. 76 und 77</p> <p>Wasser, Spielleitplanung: Ref. 31c</p> <p>Wald/Forsten: Ref 53b</p> <p>Landeszentrale für Umweltaufklärung</p> <p>Stiftung Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz</p> <p>andere Ressorts/Referate der Landesregierung, die sich an der BNE beteiligen:</p> <p>Zuständigkeit für BNE in Schulen → Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur, Ref. 9424C</p> <p>Zuständigkeit für Verbraucherschutz → Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Abteilung 7, Ref. 5722 und 5723</p> <p>Zuständigkeit für Energie, Klimaschutz und Klimawandel → Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung, Referat 8621</p> <p>Zuständigkeit für Abfall, Boden, Kreislaufwirtschaft → Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung, Abt. 5</p> <p>Zuständigkeit für Entwicklungszusammenarbeit → Ministerium des Innern für Sport und Infrastruktur, Ref. 315, 316</p> <p>Zuständigkeit Jugend, Kinder, Kita → Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen, Abt. 74 (Ref. 742, 744)</p> <p>Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ)</p> <p>Netzwerke:</p> <p>Forum Umweltbildung</p> <p>Regionale Netzwerke der BNE</p> <p>Grenzüberschreitendes BNE-Netzwerk der Großregion</p> <p>BNE-Netzwerk im Elementarbereich (Fachkräfte der Bildung für nachhaltige Entwicklung im Elementarbereich)</p> <p>Schulnetzwerke (Nökosch-Schulen, Schulpartnerschaften mit Ruanda, Gesundheitsschulen)</p> <p>Pädagogisches Landesinstituts (Lehrerfortbildung zur BNE, Homepage www.nachhaltigkeit.bildung.rlp.de, Materialien zur BNE)</p> <p>Pädagogisches Beratungssystem des Landes (Beraterinnen und Berater für BNE in Zusammenarbeit mit den Beratungsgruppen für Prävention und Gesundheitsförderung, Verkehrserziehung, ökonomische Bildung und Schulentwicklung)</p> <p>Bundesweite Modellprojekte</p> <p>Schulnahe Umwelterziehungseinrichtungen des Landes</p> <p>Netzwerk „Lernort Bauernhof“</p> <p>Programm „Kinderfreundliche Umwelt“, Spielleitplanung, Förderprogramm: naturnahe Erlebnis(spiel)räume</p> <p>Webseite: www.mulewf.rlp.de/ministerium/nachhaltigkeit/bildung-fuer-eine-nachhaltige-entwicklung</p> <p>Landeszentrale für Gesundheitsaufklärung</p> <p>Universität Koblenz-Landau, Fachbereich Ernährungs- und Verbraucherbildung</p>
------------	---

SL	<p>Saarländischer Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung</p> <p>Saarländisches Netzwerk BNE zur Verbesserung der thematischen und methodischen Zusammenarbeit mit dem Ziel, die Grundsätze nachhaltiger Bildung in ihrem Einfluss- und Gestaltungsbereich zu verankern, Beispiele guter Praxis zu initiieren, sich gegenseitig zu informieren und sich zu unterstützen und gemeinsame Projekte durchzuführen</p> <p>Stabsstelle „Nachhaltigkeit“ mit dem Auftrag, eine Nachhaltigkeitsstrategie für das Saarland zu entwickeln und umzusetzen und einen Nachhaltigkeitscheck für Vorhaben der Landesregierung zu entwickeln</p> <p>Koalitionsvertrag für die 15. Legislaturperiode des Landtags des Saarlandes (2012 bis 2017): Förderung der Bildung für nachhaltige Entwicklung</p> <p>Lehrpläne, Lehreraus- und -fortbildung (s. u.)</p> <p>Beratungsstelle „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ beim Landesinstitut für Pädagogik und Medien</p>
SN	<p>Im „Energie- und Klimaprogramm Sachsen“ vom 12. Oktober 2011 heißt es unter 6.2.4. „Forschung fördern, Bildung erweitern und Kooperation ausbauen“:</p> <p>„Die Sächsische Staatsregierung verankert die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) im vorschulischen, schulischen und außerschulischen Bereich sowie in der Berufs- und Hochschulbildung als Handlungsdimension, die Energie- und Klimafragen der Gegenwart und Zukunft ebenso berücksichtigt wie Themen der sozialen Gerechtigkeit, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, der ökologischen Nachhaltigkeit und der politischen Stabilität. Das ermöglicht den Kindern und Jugendlichen, aktiv an der Analyse und Bewertung von Entwicklungsprozessen teilzuhaben, sich an Kriterien der Nachhaltigkeit im eigenen Leben zu orientieren und nachhaltige Prozesse gemeinsam mit anderen lokal und global in Gang zu setzen. Dabei erwerben sie grundlegende Kompetenzen für eine entsprechende Gestaltung ihres Lebens, für die Mitwirkung in der Gesellschaft und die Mitverantwortung im globalen Rahmen.</p> <p>Fragen des Klimaschutzes und der Energieversorgung sind Grundlagen einer nachhaltigen Entwicklung. Deshalb soll das Thema Klima noch stärker als bisher in die Bildungsangebote an den Schulen integriert werden. Geeignete Maßnahmen (Materialien, Fortbildung, Lehrplanentwicklung etc.) sollen die Umsetzung wirksam unterstützen.“</p>
ST	<p>Es wurden folgende Gremien zur Durchführung der UN-Dekade BNE eingerichtet:</p> <p>ein „Runder Tisch“, an dem freie Bildungsträger und Nichtregierungsorganisationen, die sich im Bereich BNE engagieren, mitarbeiten. Akteure aus Wirtschaft, Bildung, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft sind in die Gestaltung der Dekade einbezogen, indem sie in Arbeitskreisen des „Runden Tisches“ zu verschiedenen Bildungsbereichen (Vorschule, Schule und außerschulische Bildung, Berufsbildung, Erwachsenenbildung) Erfahrungen austauschen, die Umsetzung von Maßnahmen unterstützen und Empfehlungen für die Umsetzung der Dekade in Sachsen-Anhalt unterbreiten und</p> <p>eine interministerielle Arbeitsgruppe „BNE“ (IMAG BNE), bestehend aus Vertretern des Kultusministeriums, des Ministeriums für Gesundheit und Soziales, des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit und des Landesverwaltungsamtes unter Federführung des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt.</p>
SH	<p>Seit Oktober 2004 besteht das BNE-Konzept der Landesregierung. Federführend ist das Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (MELUR). Seit Januar 2007 liegt zudem der Landesaktionsplan Schleswig-Holstein vor. Er beinhaltet Informationen zur UN-Dekade, Ziele, Umsetzungsmöglichkeiten für Maßnahmen und das Vorgehen in Schleswig-Holstein, Vorschläge für eigenes „nachhaltiges“ Verhalten, präsentiert ausgewählte best-practice-Beispiele, die Dekade-Projekte aus Schleswig-Holstein und die Liste der Maßnahmen zur BNE in den verschiedenen Bildungsbereichen (www.bne.schleswig-holstein.de).</p> <p>Darüber hinaus wurden folgende Strukturen geschaffen bzw. ausgebaut:</p> <p>die Initiative Zukunftsschule.SH, die u. a. ein Auszeichnungsverfahren für Schulen beinhaltet, die sich aktiv einer Bildung für nachhaltige Entwicklung verpflichtet sehen und sich in diesem Bereich vorbildlich engagieren</p> <p>Kreisfachberaterinnen und Kreisfachberater für Natur- und Umwelterziehung/BNE, die die Schulen in den genannten Themenbereichen beraten und unterstützen</p> <p>die „Norddeutsche Partnerschaft zur Unterstützung der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005-2014“ – NUN –, zu der Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein als Partner gehören – Bremen nimmt als Gast teil –</p>

<p>noch SH</p>	<p>Ein gemeinsam vom MELUR, dem Bildungsministerium und Verbänden und Organisationen der Umweltbildung und der developmentpolitischen Bildung getragenes Zertifizierungsverfahren für außerschulische Lernorte. Im Rahmen der NUN ist die Einführung eines NUN-Zertifizierungssystems für außerschulische Lernorte nach dem Vorbild Schleswig-Holsteins geplant.</p> <p>die Planung und Organisation der jährlichen BNE-Aktionstage durch eine Vorbereitungsgruppe bestehend aus Vertretungen der Ministerien und der o. g. Verbände und Organisationen</p> <p>eine Landes-Arbeitsgruppe von Nicht-Regierungs-Organisationen zu BNE</p> <p>regelmäßige Angebote zu BNE in den landeseigenen Umweltbildungseinrichtungen sowie über das Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein IQSH</p> <p>Gesprächskreise des Bildungszentrums für Natur, Umwelt und ländliche Räume</p>
<p>TH</p>	<p>Auf der Grundlage eines breiten, landesweiten Dialogprozesses wurde die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt und Ende 2011 von der Thüringer Landesregierung verabschiedet sowie vorgestellt. Ein Schwerpunkt darin ist „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.</p> <p>Dem voraus ging ein mehrjähriger Prozess, in den sich die Vielzahl von Akteuren nachhaltigen Handelns in Thüringen einbrachte. Bereits im Februar 2000 hatte die Thüringer Landesregierung die „10 Leitlinien zur Umsetzung der Agenda 21 in Thüringen“ beschlossen, welche die seit 1999 bestehenden ökologischen Leitlinien um ökonomische und soziokulturelle Aspekte der nachhaltigen Entwicklung erweiterten.</p> <p>Thüringen hatte sich damit frühzeitig das Ziel gesetzt, eine nachhaltige Entwicklung zu initiieren und dabei besonders den Grundgedanken des lokalen Handelns in globaler Verantwortung zu unterstützen. Die Leitlinien dienen insbesondere den Kommunen und Akteuren, die auf lokaler und regionaler Ebene für eine nachhaltige Entwicklung aktiv sind. Sie unterstützen sie sowohl inhaltlich als auch auf politischer Ebene.</p>

<p>2. Wie ist die Bildung für nachhaltige Entwicklung und die damit verbundene Kompetenzorientierung in den Lehrplänen bzw. Bildungsplänen verankert?</p>	
<p>BW</p>	<p>Mit den Bildungsplänen für die allgemein bildenden Schulen wurde in Baden-Württemberg bereits 2004 ein Paradigmenwechsel vom stoffzentrierten Fächerunterricht hin zu kompetenzorientierten Lernwelten eingeleitet. Interdisziplinär vernetztes und systemisches Lernen anhand praktischer Herausforderungen entspricht sowohl der beabsichtigten neuen Unterrichtskultur als auch den Ansätzen der BNE. In den Bildungsplänen wird der Begriff Kompetenz als „eine komplexe Fähigkeit, die sich aus (...) Wahrnehmen, Urteilen und Handelnkönnen zusammensetzt und darum notwendig das Verstehen der wichtigen Sachverhalte voraussetzt“. Wird dieses Verständnis mit der normativen Leitidee der Nachhaltigen Entwicklung verbunden, zeigen sich die Nähe und die Anknüpfungspunkte des – bestehenden – Bildungsplans zum Konzept einer BNE. Als ein zentrales Themen- und Aufgabenfeld der Schule wurde in den Bildungsplänen das Handlungsfeld „Umwelterziehung und Nachhaltigkeit“ eingebunden. Die aktuellen Bildungspläne bieten aufgrund ihrer Kompetenzorientierung und thematischen Offenheit bereits vielfältige Möglichkeiten, BNE in den Fächern und den Fächerverbänden zu unterrichten sowie im Schulcurriculum prominent zu verankern. Nachhaltigkeitsrelevante Themen finden sich in allen Fächern bzw. Fächerverbänden der einzelnen Schularten wieder (vgl. http://www.bne-kompass.de/download/download/). Mit dem Bildungsplan für die allgemein bildenden Schulen wurde bereits 2004 eine wichtige Grundlage gelegt, BNE verstärkt zu fördern und darauf bezogene Kompetenzen sowohl bei Lernenden wie bei Lehrenden zu stärken. In der aktuell begonnenen Bildungsplanrevision soll BNE als ein Leitprinzip verankert werden. Hierdurch soll eine weitere Schärfung des Nachhaltigkeitsgedankens im Bildungskontext erreicht werden.</p>
<p>BY</p>	<p>In den Lehrplänen aller bayerischen Schularten sind sowohl „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ als auch die damit verbundene Kompetenzorientierung ausdrücklich und umfangreich verankert.</p> <p>Darüber hinaus gibt es Richtlinien für die Umweltbildung, die für die bayerischen Schulen verbindlich sind. Hier heißt es u. a.:</p> <p><i>„Seit 1990 sind die Richtlinien für die Umwelterziehung an den bayerischen Schulen in Kraft. Durch die Agenda 21, die bei der Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro entwickelt und 2002 in Johannesburg bekräftigt wurde, erhielt die Umweltbildung eine neue Dimension: Leitziel ist eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development): „Die Bedürfnisse der Gegenwart sollen befriedigt werden, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht mehr befriedigen können.“</i></p>

noch BY	<p><i>(Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, 1987). Die Schätze der Natur, die vom Menschen oft einseitig ökonomisch genutzt werden, haben für sich einen eigenen Wert. Sie sind uns Menschen anvertraut, damit wir sie pflegen, sorgsam behandeln und vor Missbrauch und Zerstörung bewahren. Umweltbildung braucht deshalb wie jede Bildung eine ethische Fundierung und ist in einen gesamtgesellschaftlichen Prozess eingebettet, in dem die Schule eine wichtige Aufgabe zu übernehmen hat.</i>“ (vgl. auch www.km.bayern.de/download/699_19.pdf)</p> <p>Außerdem gilt der „Orientierungsrahmen für Globales Lernen“ als Richtlinie der bayerischen Bildungspolitik und als fächerübergreifendes Bildungs- und Erziehungsziel. Zu betonen ist, dass eine Auseinandersetzung mit den Zielen des Orientierungsrahmens bzw. mit „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ dabei in diversen Fächern bzw. Fächerverbänden erfolgt und auch als fachübergreifendes Bildungsziel bzw. Unterrichtsprinzip angelegt ist. So beinhaltet beispielsweise der Lehrplan für das Gymnasium für jede Jahrgangsstufe so genannte „Fächerverknüpfende und fächerübergreifende Unterrichtsvorhaben“, die relevante Themen aufgreifen. Da deren ausführliche Darstellung den Rahmen dieser Umfrage sprengen würde, sei an dieser Stelle lediglich auf eine detaillierte Aufstellung im Internet verwiesen (http://www.kompetenz-interkulturell.de/index.php?Seite=7140&), die Anknüpfungspunkte für einzelne Schularten nachweist und Lehrkräften damit die Umsetzung im Unterricht erleichtert.</p>
BE	<p>In allen Berliner Rahmenlehrplänen der Grundschulen, der Sekundarschulen, der Gymnasien und der berufsbildenden Schulen ist der Begriff „nachhaltige Entwicklung“ zu finden oder es gibt BNE anschlussfähige Formulierungen.</p> <p>In den vorangestellten Kapiteln „Bildung und Erziehung in ...“ bezogen auf die jeweilige Schulstufe korrespondieren viele Punkte mit dem Kompetenzbegriff, wie er von der OECD und im Rahmen der BNE formuliert wurde.</p> <p>Folgende Aussagen sind beispielhaft in den jeweiligen Rahmenplänen zu finden:</p> <p>Sekundarstufe I:</p> <p>interkulturelle Kompetenz – Toleranz gegenüber Minderheiten ganzheitliches Lernen – fächerübergreifendes Lernen – individuelles Lernen – exemplarisches Lernen vernetztes Denken und Handeln – Lernen für Schule, Beruf und Alltag Anknüpfen an Weltverstehen, Lernerfahrungen, Neigungen und Interessen der Schüler Verantwortung für sich, andere und die Erhaltung der Lebensgrundlagen übernehmen</p> <p>Grundschule:</p> <p>Auseinandersetzung mit Grundfragen des menschlichen Zusammenlebens und das Anbahnen von Wertorientierungen</p> <p>Fähigkeit und Bereitschaft zur Selbst- und Mitbestimmung sowie zum solidarischen Handeln in andere einfühlen, auf Argumente eingehen und Konflikte lösen vereinbarten Regeln, halten sich daran und tragen so Verantwortung für die gemeinsame Sache arbeiten selbstständig, planen eigene Handlungen und prüfen sie kritisch</p> <p>In den fachbezogenen Ausführungen der einzelnen Rahmenlehrpläne ist nachhaltiges Denken und Handeln immer wieder zentrales Thema des Unterrichts. Die Verankerungen werden hier exemplarisch für die Fächer Geografie und Biologie (Sek I und Sek II) genannt.</p> <p>Geografie:</p> <p>„Unter der Zielsetzung, die Erde durch eine nachhaltige und umweltbewusste Entwicklung zu bewahren, befassen sich die Schülerinnen und Schüler im Geografieunterricht besonders mit der Lösung lokaler, regionaler und globaler Probleme, sie erarbeiten exemplarisch Strategien der nachhaltigen Entwicklung, die sie ihrem eigenen Handeln und Engagement zugrunde legen können.“ Weitere Bezüge zu BNE finden sich u. a. im Hinblick auf den Klimawandel und die Globalisierung.</p> <p>Biologie:</p> <p>„Die Lernenden greifen im Biologieunterricht Fragestellungen auf Grundlage der Wertschätzung der Umwelt und unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit auf.“ Ein ausgewiesenes Themenfeld heißt „Ökologie und Nachhaltigkeit“, mit dem Schwerpunkt der Auseinandersetzung mit der nachhaltigen Entwicklung von Lebensräumen unter Beachtung ökonomischer, ökologischer und sozialer Faktoren.</p>

noch BE	<p>Curricularen Vorgaben für den Lernbereich „Lernen in globalen Zusammenhängen im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (Klassen 5 bis 10)</p> <p>Die Curricularen Vorgaben werden zum Schuljahr 2012/2013 in Kraft gesetzt.</p> <p>Schulinternen Curricula und Schulprogramme:</p> <p>BNE wird zunehmend verankert.</p>
BB	<p>In Zusammenarbeit mit dem Land Berlin ist im gemeinsamen Landesinstitut LISUM ein Vorschlag zur Verankerung von BNE auf der Grundlage des „Orientierungsrahmens für den Lernbereich globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung“ erarbeitet worden. Es ist vorgesehen, dieses Material in Form einer praxisanleitenden Handreichung zum kommenden Schuljahr 2012/2013 zu veröffentlichen und in einer Testregion zu implementieren. In Schulen, die sich intensiv mit Fragen von BNE in einer der genannten Formen auseinandersetzen, spiegelt sich die Thematik meist auch in den schulinternen Curricula und Schulprogrammen wider. Unterrichts- und auch Schulentwicklung werden dadurch entsprechend befördert und voran gebracht.</p> <p>Bei der in Brandenburg anstehenden umfassenden Überarbeitung und Neufassung der Rahmenlehrpläne für die Primarstufe und Sekundarstufe I, die bis zum Schuljahr 2015/2016 vorgesehen ist, soll BNE als zentrales Element sowie als fächerübergreifendes und -verbindendes Bildungsziel aufgenommen werden.</p>
HB	<p>Die Bildungs- bzw. Rahmenlehrpläne des Landes enthalten sowohl in der Primarstufe als auch in den Sekundarstufen I und II BNE-Themenbereiche bzw. entsprechende Standard- oder Kompetenzbeschreibungen – und zwar sowohl explizit als auch implizit (im Sinne von Anknüpfungsmöglichkeiten). BNE-Inhalte und die damit verbundene Kompetenzorientierung sind in erster Linie in folgenden Bildungsplänen verankert:</p> <p>Grundschule:</p> <p>Sachunterricht in den Lernfeldern „Natur“, „Europa und Welt“, „Arbeit, Wirtschaft und Konsum“ sowie „Region, Raum und Mobilität“</p> <p>Oberschule und Gymnasium (5 – 10):</p> <p>Fach Welt- und Umweltkunde (WUK) (5./6.Jg.): „Umgang mit Ressourcen“.</p> <p>Fach Gesellschaft und Politik:</p> <p>Themenbereiche: „Nutzung und Gestaltung der Umwelt“, „Klimawandel“, „Lebens- und Wirtschafts-räume“, „Wachsende Ungleichheit in der Einen Welt“, „Waren aus aller Welt“, „Ressourcen, Grenzen des Wachstums – Entwicklungsleitbild: Nachhaltigkeit“, „Globalisierung, Soziale Standards und internationaler Handel“, „Rohstoffe und ihre Bedeutung in internationalen Konflikten“.</p> <p>Fach Wirtschaft/Arbeit/Technik: „Haushalt und Konsum“:</p> <p>(kein Text?)</p> <p>Fach Naturwissenschaften (bzw. Biologie, Chemie, Physik):</p> <p>In nahezu allen Rahmenthemen für die Jahrgänge 5/6 und 7/8 (z. B. „Gesund bleiben“, „Energie der Sonne nutzen“, „Mit dem Wasser leben“, „Pflanzen und Tiere in ihrem Lebensraum“, „Atmung und Luftqualität“, „Kleidung – die zweite Haut“, – sowie in den Jahrgängen 9/10 in den Rahmenthemen „Zusammenhänge im Ökosystem“ (Biologie), „Energie und Umwelt“, „Stoffe aus Natur und Technik“ (Chemie) sowie „Energie“ (Physik).</p> <p>Gymnasiale Oberstufe/Qualifizierungsphase:</p> <p>In erster Linie in den Fächern Geografie, Biologie, Politik und Wirtschaftslehre (Themenbereiche u. a. „Stadt- und Wirtschaftsgeographie“, „Globalisierung und Weltwirtschaft“, „Tragfähigkeit und nachhaltige Entwicklung“, „Ökofaktoren“, „Internationale Wirtschaftsbeziehungen und Herausforderung für die Gestaltung der Globalisierung“).</p>
HH	<p>Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung ist als Grundorientierung für Unterricht und Erziehung in einer Vielzahl der Hamburger Bildungspläne (www.hamburg.de/bildungsplaene) verankert (z. B. in den Fächern Geographie, Politik/Gesellschaft/Wirtschaft und Biologie der Sekundarstufen). In der konsequent auf Kompetenzerwerb ausgerichteten neuen Bildungsplangeneration spielt der Erwerb von Kompetenzen im Sinne der Nachhaltigkeit gegenüber früheren Bildungsplänen eine erkennbar größere Rolle. Im Bildungsplan Sachunterricht der Grundschule wird explizit auf Bildung für nachhaltige Entwicklung und die mit ihr verbundenen zukunftsrelevanten Themen verwiesen. Das gilt in besonderem Maße auch für die Aufgabengebiete.</p>

noch HH	<p>Dabei handelt es sich um Bereiche des schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrags, die in der Regel mehrere Fächer und Lernbereiche zugleich betreffen. Sie sind hinsichtlich ihrer Kompetenzbereiche am KMK-„Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung“ orientiert und setzen diesen im Falle des Globalen Lernens in den Bildungsplänen für die verschiedenen Schulstufen konsequent um. Im Bildungsplan „Aufgabengebiete“ für die gymnasiale Oberstufe heißt es: „Aufgabengebiete leisten einen wesentlichen Beitrag zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Das gilt insbesondere für Umwelterziehung, Globales Lernen, Interkulturelle Erziehung, Gesundheitsförderung und Verkehrserziehung.“</p>
HE	<p>BNE ist als zentrale Bildungs- und Erziehungsaufgabe im Hessischen Schulgesetz festgeschrieben: „(2) Die Schulen sollen die Schülerinnen und Schüler befähigen, in Anerkennung der Wertordnung des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes Hessen [...] die Auswirkungen des eigenen und gesellschaftlichen Handelns auf die natürlichen Lebensgrundlagen zu erkennen und die Notwendigkeit einzusehen, diese Lebensgrundlagen für die folgenden Generationen zu erhalten, um der gemeinsamen Verantwortung dafür gerecht werden zu können, [...]“ (§ 2 Absatz 2 Ziffer 8 HSchG in der Fassung vom 14. Juni 2005, zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. November 2011). Parallel zur Novellierung des Schulgesetzes wurden auch neue Kerncurricula für alle Fächer in Kraft gesetzt. Hier werden die Kompetenzen der BNE in einigen der Bildungsstandards direkt angesprochen, in anderen gibt es Anknüpfungsbereiche. Die Schulen sind jetzt aufgefordert in einem langjährigen Prozess diese Kerncurricula in schuleigene Curricula umzusetzen. Bei diesem Prozess kommt der Einbindung von Fachpartnern und der regionalen Anbindung eine besondere Bedeutung zu. Die bereits genannten regionalen Kompetenzzentren werden die Schulen hierbei intensiv beraten und unterstützen. Die Arbeit der Schulen wird weiterhin unterschützt durch eine Handreichung zur übergeordneten Bildungs- und Erziehungsaufgabe BNE, die zurzeit in Vorbereitung ist. Hier sollen insbesondere gelungene Beispiele der Umsetzung in den Schulen und thematische Bezüge und Anknüpfungsbereiche aufbereitet werden und damit für alle Schulen des Landes verfügbar sein. Durch die Einbindung der BNE in die Qualifizierung neuer Schulleiterinnen und -leiter soll die Integration der Kompetenzorientierung der BNE im Schulmanagement verankert werden.</p>
MV	<p>Die Basis bilden die Paragraphen 3 und 5 des Schulgesetzes. Unter Paragraph 5 wird Bildung für nachhaltige Entwicklung neben der Förderung des Verständnisses von wirtschaftlichen und ökologischen Zusammenhängen und der interkulturellen Erziehung genannt.</p> <p>Unter Paragraph 3 werden Lernziele genauer definiert. Dort heißt es unter anderem: Die Schülerinnen und Schüler sollen in der Schule insbesondere lernen, ... soziale und politische Mitverantwortung zu übernehmen sowie sich zusammenschließen, um gemeinsame Interessen wahrzunehmen, die eigene Meinung zu vertreten und die Meinung anderer zu respektieren, die grundlegenden Normen des Grundgesetzes zu verstehen und für ihre Wahrung sowie für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einzutreten, Verständnis für die Eigenart und das Existenzrecht anderer Völker, für die Gleichheit und das Lebensrecht aller Menschen zu entwickeln, mit der Natur und Umwelt verantwortungsvoll umzugehen, für die Gleichstellung von Frauen und Männern einzutreten und Verständnis für wirtschaftliche und ökologische Zusammenhänge zu entwickeln. Hieraus leitet sich die Kompetenzorientierung für die einzelnen Fächer ab. Darüber hinaus gibt es eine Verwaltungsvorschrift „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ aus dem Jahre 2008. Demnach verfolgt Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) als zentrales Ziel den Erwerb von Gestaltungskompetenz bei den Schülerinnen und Schülern.</p>
NI	<p>Die Lehrplan-Kommissionen sind über BNE informiert und haben auch den Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung erhalten.</p> <p>Seit mehreren Jahren wird bei jedem neu erarbeiteten Kerncurriculum in dem Bildungsbeitrag des jeweiligen Faches und/oder in den Kompetenzformulierungen auf BNE hingewiesen.</p> <p>Als Beispiel hier ein Ausschnitt für das Fach Erdkunde:</p> <p>„Das Fach Erdkunde leistet wesentliche Beiträge zu fachübergreifenden und fächerverbindenden Bildungsaufgaben. Im Folgenden werden nur diejenigen hervorgehoben, die für das Fach eine besonders herausragende Bedeutung haben:</p> <p>Umweltbildung Bildung für nachhaltige Entwicklung Entwicklungspolitische Bildung Interkulturelles Lernen Globales Lernen</p> <p>Das Fach Erdkunde leistet einen besonderen Beitrag zur Gestaltungskompetenz im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung. Mit Gestaltungskompetenz wird die Fähigkeit bezeichnet, Wissen über nachhaltige Entwicklung anzuwenden und Probleme nicht nachhaltiger Entwicklung erkennen zu können.</p>

no ch NI	<p>Dazu ziehen Schülerinnen und Schüler aus Gegenwartsanalysen und Zukunftsstudien Schlussfolgerungen über ökologische, ökonomische und soziale Entwicklungen und wissen um deren wechselseitige Abhängigkeiten. Sie verstehen und treffen darauf basierende Entscheidungen und können sie individuell und gemeinschaftlich sowie auch politisch umsetzen.</p> <p>Weitere curriculare Vorgaben gibt es z. B. auch im Profil Wirtschaft für Realschulen.</p> <p>Niedersächsische Kerncurricula finden sich unter der Adresse: http://db2.nibis.de/1db/cuvo/ausgabe/index.php?mat1=9</p>
NW	<p>Bildung für nachhaltige Entwicklung ist mehr als nur eine Wissensvermittlung. Ein wesentliches Moment ist der Erwerb der Gestaltungskompetenz; also der Fähigkeit, ökologische, ökonomische und soziale Entwicklungen in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit zu beurteilen und darauf basierende Entscheidungen treffen, verstehen und umsetzen zu können. Bei der strategischen Ausrichtung ist die Bildung für nachhaltige Entwicklung daher nicht als zusätzliche Aufgabe oder weiterer Themenschwerpunkt in den Lehrplänen zu verstehen, sondern integrativ als Bestandteil der allgemeinen Bildung zu begreifen und einzulösen. Mithilfe des sogenannten Lehrplannavigators können Lehrkräfte zukünftig geeignete fachbezogene Materialien mit unmittelbarem Lehrplanbezug als Anknüpfungspunkt u. a. für die BNE online abrufen. Zudem wird derzeit ein „Referenzrahmen Schulqualität“ erarbeitet, der auch Bestandteile der BNE als Zielsetzung beinhalten wird.</p>
RP	<p>Im Elementarbereich ist BNE in den Bildungs- und Erziehungsempfehlungen für Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz im Bildungsbereich „Naturerfahrung – Ökologie“ explizit als Thema aufgegriffen. Aber auch in anderen Kapiteln der Empfehlungen sind Bestandteile der BNE enthalten. Auch in den Empfehlungen zur Qualität der Erziehung, Bildung und Betreuung in Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz finden sich Elemente von BNE.</p> <p>Die Verankerung der BNE in den Lehrplänen ist an den jeweiligen Unterrichtsfächern und Schulstufen orientiert.</p> <p>Im Primarbereich wurde im Zuge der umfassenden Lehrplanrevision für diese Stufe ab 2002 die BNE im Grundsatzteil und besonders im Lernbereich „Sachunterricht“ verankert. Im Grundsatzteil wird der Schwerpunkt auf die Anschlussfähigkeit und Anwendungsfähigkeit des zu erwerbenden Wissens gelegt. Qualifikationen wie anwendungsfähiges Wissen, Lernkompetenz, soziale Kompetenzen und Wertorientierungen wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Als Erfahrungsbereiche werden Natur, Arbeit und Technik, Gesellschaft, Raum, Zeit, Körper und Gesundheit benannt. Das Leistungsprofil für den Lernbereich „Sachunterricht“ sieht vor, dass die Kinder am Ende ihrer Grundschulzeit an der Bildung für nachhaltige Entwicklung orientierte Kompetenzen aufweisen. Zur Entwicklung dieser Kompetenzen weist der Teilrahmenplan die Erfahrungsbereiche „Natürliche Phänomene und Gegebenheiten – Perspektive Natur“, „Ich und andere – Perspektive Gesellschaft“, „Bebaute und gestaltete Umwelt – Perspektive Technik“ und „Umgebung erkunden und gestalten – Perspektive Raum“ aus.</p> <p>Auch die Lehrpläne und Rahmenlehrpläne für die Sekundarstufe I orientieren sich an der Anschlussfähigkeit und Anwendungsfähigkeit des zu erwerbenden Wissens. Die Lehrplanrevision in den gesellschaftswissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Fächern sowie für den katholischen Religionsunterricht ist noch nicht abgeschlossen. Diesen Fächern kommt eine besondere Aufgabe bei der Verankerung der BNE zu. Die jeweiligen Lehrplankommissionen prüfen, wie die in den Orientierungsrahmen BNE und Globales Lernen vorgestellten Kompetenzkonzepte aufgegriffen und für die konkrete Unterrichtssituation an rheinland-pfälzischen Schulen umgesetzt werden können. Desweiteren wird die Umsetzung von BNE durch fachübergreifendes Lernen in den einzelnen Unterrichtsfächern geprüft. Im Rahmenlehrplan Mathematik wird die BNE durch die Wahl geeigneter inner- und außermathematischer Problemen umgesetzt, an Hand derer BNE-betreffende Fragestellungen behandelt werden können.</p> <p>Im Bereich der beruflichen Bildung wird in Entsprechung zum Orientierungsrahmen BNE die BNE in den berufsbezogenen Fächern BWL, VWL und Technik umgesetzt. Insbesondere die Entwicklung von Lernsituationen und Projekten zur Förderung der Handlungskompetenz sind geeignet, um Aspekte der Bildung für nachhaltige Entwicklung zu behandeln und somit die Schülerinnen und Schüler für diese Fragestellung zu sensibilisieren und entsprechende Kompetenzen zu fördern. Für die weiteren Lehrplanrevisionen im Bereich der beruflichen Bildung ist vorgesehen, das Konzept der „Gestaltungskompetenz“ auch ausdrücklich aufzugreifen.</p> <p>In der Mainzer Studienstufe ist die BNE insbesondere in den Lehrplänen für die Fächer Biologie und Chemie und in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern verankert.</p>

SL	<p>Allgemeinbildende Schulen:</p> <p>Lehrpläne aller Schulformen, insbesondere der Fächer Erdkunde, Sozialkunde/Politik, Religion/Ethik, Biologie, Chemie, Physik, Naturwissenschaften</p> <p>Berufliche Schulen:</p> <p>in allen KMK-Rahmenlehrplänen der Ausbildungsberufe</p> <p>in allen neueren Lehrplänen der Vollzeitschulen im technischen und sozialpflegerischen Bereich; darüber hinaus ist die Verankerung bei der künftigen Lehrplanarbeit in allen Bereichen vorgesehen</p>
SN	<p>In der Beschreibung allgemeiner Ziele der weiterführenden Schulformen Mittelschule und Gymnasium wird die Aufgabe herausgehoben, junge Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben vorzubereiten. Dabei wird sowohl die Verwirklichung der eigenen Persönlichkeit als auch die Wahrnehmung sozialer Verantwortung in den Mittelpunkt des Bildungs- und Erziehungsprozesses gestellt. Der Erwerb des dafür nötigen intelligenten und anwendungsfähigen Wissens sowie der Lern-, Methoden- und Sozialkompetenz wird hierbei stets mit einer Werteorientierung verknüpft. Speziell werden dabei der verantwortungsvolle Umgang mit den Ressourcen sowie die Übernahme von Verantwortung für die Gesellschaft als wichtige Werteorientierung aufgeführt.</p> <p>Auch wenn diese Werte, die auf das Grundprinzip der Nachhaltigkeit hinauslaufen, als grundlegender Imperativ für alle schulischen Aktivitäten formuliert sind, nehmen sich die Fächer Geographie und Biologie spezifischen Fragen der Nachhaltigkeit besonders an.</p> <p>Während beispielsweise das Fach Geographie den verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt und den natürlichen Ressourcen als explizites, übergeordnetes Ziel des Faches ausweist und damit nahelegt, dass die einzigartige Lebensgrundlage als verletzlich betrachtet werden muss, konzentriert sich das Fach Biologie auf gestaltende und oft zerstörende Eingriffe des Menschen in die Lebenswelt und regt so die Schüler zu tiefgreifenden ethischen Fragen an. Dies gilt besonders bezüglich globaler Probleme, der Ökologie, Genetik und Biotechnik.</p> <p>Darüber hinaus stellen Fragen der Nachhaltigkeit explizite Themen von Lerneinheiten der genannten Fächer dar. Beispielgebend seien für das Gymnasium aus dem Lehrplan für Geographie der Jahrgangsstufe 12 der Lernbereich 2 genannt: Anwenden der fragengeleiteten Raumanalyse zur Beurteilung ausgewählter Nutzungsformen im Hinblick auf ihre Nachhaltigkeit in drei vorgegebenen Landschaftszonen bzw. der Wahlpflichtbereich 4: Einblick gewinnen in Tragfähigkeitsuntersuchungen der Erde – Nachhaltigkeit.</p> <p>Neben dem Fachunterricht und dem fachübergreifenden Arbeiten als durchgängiges Unterrichtsprinzip stellt der fächerverbindende Unterricht ein Instrument dar, Themen zu behandeln, die von einzelnen Fächern nicht oder nur teilweise erfasst werden können. Es ist Aufgabe jeder Schule, zur Realisierung des fächerverbindenden Unterrichts eine Konzeption zu entwickeln. Hierbei sind durch die Lehrpläne neben anderen als mögliche thematische Schwerpunkte die Bereiche Verkehr, Umwelt und Eine Welt vorgegeben.</p>
ST	<p>BNE ist als „Ganzes“ in den Rahmenrichtlinien/Lehrplänen verankert.</p> <p>Die verbindlichen Themen und Inhalte zur ökologischen Bildung/BNE sind in den Lehrplänen/RRL der einzelnen Schulformen berücksichtigt.</p> <p>Sie sind Bestandteil des Lehrplans Sachunterricht der Grundschule, der Lehrpläne/RRL der naturwissenschaftlich ausgerichteten Fächer sowie der Fächern Geographie und Ethik der Sekundarschulen und Gymnasien. Darüber hinaus werden fächerübergreifenden Themen empfohlen, die in den Schulen oftmals in Form von Projekten bearbeitet werden.</p> <p>Ergänzend zu den RRL/Lehrplänen wurden Handreichungen für Lehrkräfte entwickelt. Es liegen vor:</p> <p>„Ökologische Bildung. Richtlinien, Grundsätze und Anregungen für die Schulpraxis“. 2. überarbeitete Auflage 1995</p> <p>„Ökologische Projekte. Erfahrungen und Anregungen aus einem Modellversuch in Sachsen-Anhalt“</p> <p>„Müllvermeidung – nachwachsende Rohstoffe. Eine Initiative des Kultusministeriums in den Schulen Sachsen-Anhalts. Anregungen für die Schulpraxis“</p> <p>„Nachhaltige Entwicklung. Schulische Umweltgespräche in Sachsen-Anhalt. Eine Dokumentation mit Anregungen für die Schulpraxis“</p> <p>„Öko-Schulen in Sachsen-Anhalt. Außerschulische Lernorte für die Ökologische Bildung. Grundsätze und Anregungen für die Praxis“</p>

SH	Die Lehrpläne des Landes Schleswig-Holstein beschreiben über die Kernprobleme die Fragestellungen der Bildung für nachhaltige Entwicklung und haben damit im Lehrplan die höchste formale Verbindlichkeit. Die Themen zur Bildung für nachhaltige Entwicklung sind handlungsbezogene Lernfelder für den fächerübergreifenden Unterricht, der sich in die Vorgaben der Lehrpläne fügt und in denen sich die Anforderungen der Bildungsstandards Naturwissenschaften vertiefen lassen. Maßgeblich für den Lernplan ist hierbei die Kompetenzorientierung.
TH	<p>Thüringer Lehrpläne basieren auf einem ganzheitlichen Kompetenzansatz. Entsprechend sind in den weiterentwickelten Lehrplänen zentrale Kompetenzen als Regelstandard formuliert.</p> <p>In den Leitgedanken zu den Thüringer Lehrplänen ist BNE explizit aufgeführt („...Zahlreiche Fragestellungen und Inhalte erfordern aufgrund ihrer Komplexität fächerübergreifendes Arbeiten. Dadurch wird auch der Bezug zur Bildung für nachhaltige Entwicklung im Zusammenhang mit ökonomischer Leistungsfähigkeit, ökologischer Verträglichkeit, Lebenskultur und sozialer Gerechtigkeit ermöglicht ... und ... Dabei sind Schlüsselthemen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung, wie</p> <p>Umgang mit Ressourcen, Klimaschutz, Konsum- und Lebensstile, kulturelle Vielfalt, natürliche Lebensgrundlagen und Menschenrechte angemessen zu integrieren...“).</p> <p>In den weiterentwickelten Lehrplänen ist BNE fächerspezifisch integriert.</p>

3.a Kann Bildung für nachhaltige Entwicklung einen Beitrag zur verbesserten Kooperation innerhalb der Schule und in der Zusammenarbeit mit außerschulischen Bildungsakteuren leisten?

BW	<p>Da der Gedanke der Kooperation im Konzept der BNE ein zentrales Rolle spielt, kann bzw. sollte BNE zu einer verbesserten Kooperation innerhalb der Schule und in der Zusammenarbeit mit außerschulischen Bildungsakteuren führen. Inwieweit dies tatsächlich seit Beginn der UN-Dekade realisiert werden konnte, kann aktuell nicht verifiziert werden, da hierüber kein Datenmaterial vorliegt. In einer Untersuchung der PH Freiburg zur „Bildung für nachhaltige Entwicklung an weiterführenden Schulen in Baden-Württemberg“ aus dem Schuljahr 2006/2007 wurde festgestellt, dass bei allen behandelten BNE-Themen die internen Kooperationen häufiger stattgefunden haben, als die externen Kooperationen. Externe Kooperationen erfolgten in den meisten Fällen einmalig oder sporadisch. Lediglich 16 Prozent aller Kooperationen fanden regelmäßig und über einen längeren Zeitraum statt. Anhand dieser Zahlen wird deutlich, dass im Kontext der BNE Modelle für langfristige Kooperationen mit externen Partnern entwickelt und gefördert werden sollten. Das Ziel sollte sein, von einmaligen „Events“ und Veranstaltungen zu einer kontinuierlichen Zusammenarbeit der Schulen mit außerschulischen Partnern zu gelangen. Die Häufigkeit und Intensität der Kooperationen mit NGO, Vereinen, Unternehmen aus der freien Wirtschaft und kirchlichen Einrichtungen könnte noch gesteigert werden. Zugleich sollten „Qualitätskriterien“ für entsprechende Kooperationspartner bzw. Maßnahmen zur Qualitätssicherung für entsprechende Kooperationen entwickelt werden. In den letzten Jahren wurden Anstrengungen unternommen, die Inanspruchnahme von Kooperationsangeboten zu erhöhen sowie den Qualitätsstandard der Angebote in Kontext der bestehenden Bildungspläne zu sichern. In diesem Kontext wird u. a. auf die Online-Datenbank für außerschulische Angebote im Bereich BNE in Baden-Württemberg (www.bne-kompass-bw.de) hingewiesen. Hier werden den Lehrkräften vielfältige Medien, E-Learning-Angebote, Projekte, Lernorte und Referent/innen von außerschulischen Bildungspartnern zur Verfügung gestellt, die mit konkretem Bildungsplanbezug einen Beitrag zur Umsetzung der BNE leisten können. Ein weiteres Angebot ist die Internetplattform www.lob-bw.de. Das Portal zum Lernort Bauernhof stellt eine Kommunikationsplattform dar, um flächendeckend Bildungsk Kooperationen zwischen Schulen und Betrieben der Landwirtschaft und des Gartenbaus in Baden-Württemberg auszubauen und die aktiven Bildungsakteure besser zu vernetzen.</p>
----	--

BY	Ja, da vor allem in den W- und P-Seminaren der gymnasialen Oberstufe die Zusammenarbeit mit externen Partnern eine feste Vorgabe ist, arbeiten zahlreiche Lehrkräfte und Schulen bei BNE-relevanten Projekten eng mit entsprechenden Experten zusammen bzw. laden diese in den Unterricht ein.
BE	<p>BNE hat die Netzwerkbildung erfolgreich forciert. Den Anstoß für die Entwicklung des heute umfangreichen BNE-Netzwerks gab das gemeinsame BNE- Multiplikatorenprogramm im Rahmen von Transfer-21 von 2005 bis 2007 für Lehrer und außerschulisch Tätige.</p> <p>Neben den Kooperationen innerhalb der Senatsschulverwaltung und mit anderen Senatsverwaltungen und Bundesministerien wurde ein dichtes Netzwerk mit zahlreichen Akteuren geknüpft:</p> <p>Universitäten (FU, Institut Futur, Schüleruniversität für Klimaschutz und Nachhaltigkeit, PIK Projekt „aufgeheizt“, HU, INKA BB)</p> <p>NROs (WWF, BUND, Grüne Liga, Oxfam, KATE, Berlin21, UfU, Stiftung Naturschutz)</p> <p>Wirtschaft (GASAG, GESOBAU, ALBA, BSR)</p> <p>Kultur (Gripstheater, ATZE Theater, Engagement Global, EPIZ)</p> <p>Ein Netzwerk innerhalb des globalen Lernens bestand bereits. Es wurde quantitativ und qualitativ weiterentwickelt und ist mit dem BNE-Netzwerk verbunden. Die Handreichung „Globales Lernen an Berliner Schulen“ zu Angeboten von außerschulischen Partnern wurde 2011 herausgegeben.</p>
BB	BNE setzt eine Auseinandersetzung mit Zukunftsfragen voraus. Deren hohe Komplexität und Vernetzung erfordern, diese Fragen über den Blickwinkel des einzelnen Faches hinaus zu untersuchen. BNE hat somit nicht nur Auswirkungen auf die Unterrichtsorganisation, sondern auch auf Schulorganisation. Eine wesentliche Etappe des Prozesses, BNE auf Landesebene zu verankern, ist deshalb die Vernetzung außerschulischer gesellschaftlicher Akteure der BNE sowohl untereinander als auch mit Schulen.
HB	Grundsätzlich ja. Die fächerübergreifende Kooperation und die Zusammenarbeit mit außerschulischen Akteuren gelingen am besten im Rahmen von Projekten. Die Einbeziehung und Kooperation mit außerschulischen und nichtstaatlichen Bildungseinrichtungen bedeutet einen Zuwachs an Kompetenzen und Zugängen.
HH	Ja. Bildung für nachhaltige Entwicklung bietet sich als Kristallisationspunkt für übergreifende Unterrichtskonzepte bei der Entwicklung schulinterner Curricula an. Es ist einer der schulischen Bereiche mit den intensivsten Kontakten zu außerschulischen Bildungsakteuren. Netzwerke wie die Hamburger Bildungsagenda für nachhaltige Entwicklung (HHBA) haben seit Jahren diese Kooperationen gefördert und zur Stärkung der BNE beigetragen (www.hamburger-bildungsagenda.de).
HE	BNE erfordert eine systematische Kooperation nahezu aller Fächer innerhalb der Schule, jede Disziplin muss darüber nachdenken, welchen Beitrag sie zum Gesamtkonzept der Förderung von Gestaltungskompetenz in der Schule auch im eigenen Fach leisten kann. Insbesondere bei der Verbindung und der entsprechenden Berücksichtigung der Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung ist die Zusammenarbeit mit externen Fachpartnern von großer Bedeutung. Sie können helfen sicherzustellen, dass die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen, aber auch die gesellschaftlich-kulturellen Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung im Unterricht und im Schulalltag verankert werden. Ein weiterer zentraler Aspekt der Bildung für nachhaltige Entwicklung ist der Perspektivenwechsel. Schülerinnen und Schüler müssen in der Schule die Betrachtung von Problemen und deren Lösung aus verschiedenen Perspektiven kennen und umsetzen lernen. Hier können Partner aus sozialen Projekten, Umweltbildungszentren, aber auch Einrichtungen und Initiativen aus der Entwicklungszusammenarbeit und des Globalen Lernens die Arbeit der Schulen unterstützen. Die Kooperation mit global operierenden Unternehmen kann ebenso helfen eine weltoffene Perspektive zu entwickeln. Der auch international diskutierte Ansatz der ganzheitlichen Schulentwicklung mit dem Fokus auf nachhaltige Entwicklung (whole school approach for ESD) kann einen wichtigen Beitrag zur schulinternen Verbindung unterschiedlicher Zugänge und Arbeitsbereiche leisten (Schulpartnerschaften, Ressourcensparprojekte, Nutzung von außerschulischen Lernorten, Sozialprojekte ...).
MV	Ja, Bildung für nachhaltige Entwicklung leistet in Mecklenburg-Vorpommern einen wichtigen Beitrag zur verbesserten Kooperation innerhalb der Schule und in der Zusammenarbeit mit außerschulischen Bildungsakteuren.

NI	Ja. BNE in der Schule wird als ganzheitliche Aufgabe verstanden. Sowohl der Unterricht als auch das Schulprofil und das Schulleben werden mit allen Akteuren einbezogen. Der Gedanke der Partizipation bindet alle Akteure intensiver in das Unterrichtsgeschehen und in das Schulleben ein. Das fächerübergreifende und Fächer verbindende Lernen erhöht die schulinterne Kooperation. Das flächendeckende Vorhandensein von außerschulischen Bildungsakteuren mit ihrem vielfältigen, an den Kerncurricula orientierten Angebot erhöht ebenfalls die Zusammenarbeit mit Schulen.
NW	Ja, siehe Kampagne „Schule der Zukunft – Bildung für Nachhaltigkeit“ sowie das BLK-Fortbildungsmodul „BNE im Ganztag“ für alle an Ganztagsschulen tätigen Personen und außerschulische Partner. Das Modul wurde von der Serviceagentur „Ganztätig lernen in NRW“, der Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW und der Vernetzungsstelle Schulverpflegung NRW entwickelt und im Sommer 2012 unter http://ganztags-blk.de/ganztags-box/cms/front_content.php?idcat=121 veröffentlicht. Der Ganztag fördert insbesondere die verbindliche Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern.
RP	Aufgrund der fächerübergreifenden und ganzheitlichen Anlage der BNE und aufgrund der erforderlichen Einbeziehung außerschulischer Akteure zur Umsetzung von BNE (z. B. von Eltern/Großeltern als Experten im Unterricht, gemeinsame Projekte mit außerschulischen Partnern wie Kitas, Forstämtern, Vereinen, Partnern aus der Wirtschaft etc.) ist diese Frage für alle Schulstufen und Schularten in Rheinland-Pfalz zu bejahen. Grundsätzlich gehören der Ausbau und die Intensivierung der Kooperation zu einer lebensweltorientierten Pädagogik, die formale, non-formale und informelle Bildung als gleichrangig betrachtet, zu den Herausforderungen, der sich die moderne Schule stellen muss und die damit die Öffnung von Schule und die Kooperation mit außerschulischen Partnern erforderlich macht.
SL	Ja.
SN	In ihrem Schulprogramm setzt sich jede Schule Prioritäten für die gemeinsame Arbeit von Lehrern, Schülern und Eltern und schafft sich somit einen verlässlichen Bezugsrahmen, der der Schule ein eigenes Profil verleiht und eine transparente Rechenschaftslegung des Erreichten möglich macht. Dabei liegt die pädagogische Verantwortung für diese Schwerpunktsetzung bei der jeweiligen Schulleitung und wird in der Regel im Einvernehmen mit den am Schulleben Beteiligten erarbeitet. Entwicklungsrichtungen bzw. Empfehlungen werden für Inhalte der Schulprogramme von der Schuladministration nicht vorgegeben. Da im Rahmen der UN-Dekade BNE das Thema Nachhaltigkeit und globale Vernetzung eine zunehmende Wertschätzung erfährt, zeigen Einzelbeispiele, wie das Gymnasium Bürgerwiese in Dresden oder die Förderschule Elstertrebnitz, dass Inhalte der BNE in Schulprogramme Eingang finden.
ST	Ja.
SH	Ja.
TH	Ja.

3.b In welcher Form?	
BW	s. 3.a
BY	BNE ist gesellschaftlich mit einer Vielzahl von Nichtregierungsorganisationen (NGO) verknüpft, die sich z. B. in Feldern wie Umweltpolitik, Globalisierung oder Entwicklungszusammenarbeit engagieren und in diesem Zusammenhang auch in der Bildungsarbeit aktiv sind. Diese Themen bieten einen idealen Anknüpfungspunkt, mit NGOs Kontakt aufzunehmen und zu kooperieren. Dies kann z. B. durch die Einladung von Experten in den Unterricht und/oder im Rahmen des Besuchs außerschulischer Lernorte (z. B. Nationalparks) geschehen. In Ergänzung zu diesen NGO-Kontakten bietet sich im Rahmen der Vermittlung von BNE auch die Kooperation mit staatlichen und halbstaatlichen außerschulischen Bildungsträgern an. Dazu gehören z. B. Organisationen, wie „Engagement global“ oder die Deutsche Umweltstiftung (um nur zwei Beispiele zu nennen), die für Schulen wertvolle beratende aber auch teilweise finanzielle Hilfe bei der Konzeption und Umsetzung von BNE-Projekten leisten.

noch BY	<p>Auch das bayerische „Europa-Portal – Demokratieerziehung an Schulen in Bayern“ (siehe: http://www.bayern-in-europa.de) setzt relevante Akzente, z. B. in den Bereichen „Unterricht“, „Wettbewerbe“ und „Fortbildung“.</p> <p>Eine schulinterne Abstimmung und Zusammenarbeit wird vor allem durch fächer- und jahrgangsstufenübergreifende Maßnahmen (Projektunterricht bzw. W-/P-Seminare) sicher gestellt. Die UNESCO-Projektschulen können zudem als lebendiges Beispiel dafür dienen, dass BNE auch in schulartübergreifenden Projekten bayernweit umgesetzt wird (z. B. während der UNESCO-Projekttag oder dem UNESCO-Jugendforum). Best-practice-Beispiele sollen im Rahmen eines UNESCO-Modellschulprojekts zukünftig auch Schulen, die dem Netzwerk nicht angehören, über das Internet zugänglich gemacht werden.</p> <p>Derzeit läuft ein Modellversuch zur besseren Kooperation Schule-Umweltstation, bei dem staatliche Lehrkräfte mit je einer halben Stelle an eine Umweltstation abgeordnet sind.</p>
BE	<p>Beispiele:</p> <p>Schüleruniversität „Klimaschutz und Umweltschutz“ an der FU – Finanzielle Beteiligung, Beratung, Werbung, gemeinsame Planungen der Workshops und Lehrerfortbildungen</p> <p>PIK – Projekt aufgeheizt: Finanzielle Unterstützung, Beratung, Planungen, Kontakte zu Schulen, Besuche der Workshops</p> <p>Referentenvermittlung: Referenten werden an Schulen und in Lehrerfortbildungen vermittelt, die Schulbesuche gemeinsam reflektiert und weiterentwickelt</p> <p>Humboldt Universität, INKA BB – gemeinsame Tagungen, Beratungen, Austausch</p> <p>Freie Universität – Nachhaltige Hochschultage: Das Programm wird auch für Oberstufenschüler geöffnet, gemeinsame Beratung</p> <p>ATZE Theater – Klimaschutztheater wird an BNE-Schulen vermittelt, gemeinsamer Austausch und Beratung, finanzielle Beteiligung</p> <p>Oxfam – Ein Besuch von „Klimazeugen“ aus Ländern des Südens wurde gemeinsam geplant, Schulen gesucht und die Veranstaltungsergebnisse veröffentlicht</p> <p>Rat für nachhaltige Entwicklung, ALBA und GESOBAU – Fest auf dem Alexanderplatz am Tag der Nachhaltigkeit: Beratung, Planung, gezielte Schulansprachen, Jury, Auswertung</p> <p>SenatsverwaltungStadtUm, BUND Berlin und GASAG – Gemeinsamer Wettbewerb „Berliner Klimaschulen“, gemeinsame Auslobung, Finanzierung, Steuerung, Fortbildungsangebote, Weiterentwicklung</p> <p>Senatsverwaltung StadtUm, Ökowerk, Panke-Netzwerk, NABU, Jugendclub Mühle, Grüne Liga, zahlreiche Schulen u. a. Schulen</p> <p>Gewässerpädagogisches Netzwerk: Tagungen, Workshops, Materialangebote (Wasserkoffer) usw.</p> <p>OSZ Dienstleistungen und Bürowirtschaft, Unternehmensgrün und Praktiker aus verschiedenen Unternehmen – Projekt „Nachhaltigkeitsqualifikation“ in der dreijährigen OBF (Bürokaufleute und Kaufleute für Bürokommunikation), bereits im 3. Jahr</p> <p>BUND Jugend, CO2-Online, OSZ – Gemeinsame Fortbildung „Unterrichten und Kochen mit dem Klimakochbuch“</p> <p>BMU – Beratung und Werbung für den wöchentlichen Lehrerservice http://www.bmu.de/bildungsservice/aktuell/6807.php</p>
BB	<p>Fächerübergreifende und fachverbindende Organisationsformen des Unterrichts werden im Kontext von BNE in zunehmendem Maße neben reinem Fachunterricht relevant. Dieser Prozess führt zu einer verstärkten Kooperation innerhalb der Schule und ebenfalls zu einer Öffnung von Schule und damit einer verstärkten Kooperation mit außerschulischen Bildungsakteuren. Die alljährlich stattfindenden Brandenburger Entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationstage (BREBIT) spiegeln Vielfalt und Intensität der Kooperation von Schulen und außerschulischen Bildungsakteuren.</p>

noch BB	Eine wesentliche Rolle kommt dabei den im Beratungs- und Unterstützungssystem für Schule (BUSS) tätigen Beraterinnen und Beratern für BNE zu. Insoweit ist BNE geeignet, ein zentrales Bindeglied sowohl innerhalb der Schule als auch zwischen Schule und außerschulischen Partnern zu sein. Ein Rahmen für die Zusammenarbeit bildet auf Landesebene der Landesaktionsplan BNE, der in partizipativer Form mit den außerschulischen Bildungsakteuren kontinuierlich fortgeschrieben wird.
HB	<p>Um die Kooperation innerhalb der Schule und mit außerschulischen Akteuren zu verbessern, sind in Bremen mit Unterstützung des Bildungs- und des Umweltressorts (SBWG, SUBV) Netzwerkstrukturen aufgebaut worden. Aus Anlass der UN-Dekade ist in Bremen das „BNE-Netz Bremen“ eingerichtet worden.</p> <p>(1) Im „BNE-Netz Bremen“ haben sich Bildungsakteure aus unterschiedlichen Bereichen zu einem informellen Netz zusammengeschlossen, um Impulse für BNE-Projekte zu geben und dabei die Kompetenzen und Potenziale unterschiedlicher Akteure zu nutzen. Beteiligt sind Vertreterinnen und Vertretern der senatorischen Behörden aus den Bereichen Bildung und Entwicklungszusammenarbeit, des Landesinstituts für Schule (LIS) und des Lehrerfortbildungsinstituts Bremerhaven (LFI), der Universität Bremen (Fachbereich Erziehungs- und Bildungswissenschaften), der Volkshochschule Bremen sowie die Koordinationsstelle „Umwelt Bildung Bremen“ der Bremer Umwelt Beratung, das Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung (biz) und das Programm „3/4-Plus – Clevere Energie- und Wassernutzung an Bremer und Bremerhavener Schulen“ (ein 2008 ausgezeichnetes Dekade-Projekt).</p> <p>(2) Darüber hinaus ist die Koordinierungsstelle „Umwelt Bildung Bremen“ vom Umweltressort beauftragt, Umwelt- und BNE-Projekte in den Stadtteilen zu fördern und ein Kommunikations- und Kooperationsnetz der verschiedenen Akteure zu entwickeln und zu pflegen. Schulen und außerschulische Einrichtungen nutzen dazu die Internetseite www.umweltbildung-bremen.de, die eine Zusammenstellung von Veranstaltungen und Angeboten sowie Informationen zu Fachthemen und Fördermöglichkeiten enthält. Regelmäßige Netzwerktreffen und zwei-monatliche elektronische Infobriefe stützen die Kooperation.</p>
HH	<p>Schulintern durch:</p> <p>Schwerpunktsetzungen zur BNE; Vernetzung von fachunterrichtlichen Schwerpunkten mit sonstigen schulischen Aktivitäten (z. B. Projektpartnerschaften, Schülerfirmen)</p> <p>In der Zusammenarbeit mit außerschulischen Bildungsakteuren durch:</p> <p>Gemeinsame Entwicklung von Qualitätskriterien für BNE-Angebote</p> <p>Qualifizierung und Weiterbildung von BNE-Anbietern</p> <p>Kontaktförderung (u. a. durch eine Empfehlungsliste zu BNE-Angeboten für Schulen)</p> <p>Entwicklung und Erprobung von BNE-Bildungsmaterialien/Unterrichtseinheiten</p>
HE	<p>Die systematische Zusammenarbeit mit externen Partnern ist im Hessischen Schulgesetz als eine Aufgabe der Schulen festgeschrieben, insbesondere die Schulleitungen sollen diese Kooperation fördern. Durch das neue Schulgesetz werden Schulen in die Lage versetzt, vertragliche Vereinbarungen mit externen Partnern zu schließen und hierfür auch Haushaltsmittel zu verwenden. Eine wichtige Voraussetzung für gelungene Kooperationen ist auch, dass die externen Partner die Bedürfnisse und die innere Struktur von Schulen kennen, um ihre Angebote entsprechend ausrichten zu können. Hierzu führt die Landeskoordination verstärkt Kooperationsgespräche mit entsprechenden Verbänden und öffnet darüber hinaus Fachgespräche über Kompetenzorientierung und Schulentwicklung für diesen Bereich, eigene Veranstaltungen für diesen Kreis runden das Angebot ab. Auf der anderen Seite müssen die Schulen über die entsprechenden Angebote der externen Partner informiert werden. Hierzu wurde z. B. für den Bereich des Globalen Lernens in Hessen Ende 2011 eine umfassende Broschüre mit der Übersicht aller Angebote erstellt.</p> <p>Die selbstständige Schule muss darin unterstützt werden, gute von schlechten Angeboten zu unterscheiden und das für sie passende Angebot auszuwählen. Hierzu haben die Ministerien für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, das Hessische Sozialministerium und das Hessische Kultusministerium in enger Zusammenarbeit mit Fachpartnern und -organisationen ein Label „Geprüftes BNE-Angebot Hessen“ entwickelt. Dieses Instrument lehnt sich an die entsprechenden Instrumente aus der BNE-Arbeit in anderen Bundesländern an und soll im Laufe des Jahres 2012 angeboten und umgesetzt werden. Die entsprechend zertifizierten Anbieter sollen auf den entsprechenden Websites in Hessen präsentiert werden.</p>

MV	<p>Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern arbeiten zusammen in der Landesarbeitsgruppe „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“. Die Federführung liegt beim Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur M-V. Die Arbeitsgruppe ist vernetzt mit verschiedenen nichtstaatlichen Organisationen, wie die Arbeitsgemeinschaft Natur und Umwelt oder das Eine-Welt Landesnetzwerk, die bezüglich der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung aktiv arbeiten.</p>
NI	<p>Stichwortartig folgen nun Beispiele, bei denen das Land Niedersachsen gemeinsam mit anderen Partnern den Themenbereich BNE in andere Zusammenhänge bringt.</p> <p>Versuch eines ganzheitlichen Ansatzes von Bildung für nachhaltige Entwicklung in niedersächsischen Schullandheimen.</p> <p>Projekt „Umweltschule in Europa/Internationale Agenda 21-Schule</p> <p>In Niedersachsen sind aktuell 353 Schulen aller Schulformen an dem Projekt beteiligt. Die teilnehmenden Schulen müssen zwei Handlungsfelder aus den Bereichen Mensch und Klima, Biologische Vielfalt, Abfall, Wasser, Mobilität, Globales Lernen, Internationales, Natur, Nachhaltiges Wirtschaften, Fairer Handel, Partizipation, Gesundheit innerhalb von zwei Jahren bearbeiten.</p> <p>In jedem der 12 Handlungsfelder ist eine Vielzahl von Themenstellungen enthalten. Der BNE- Bezug ergibt sich aus dem gewählten Thema und wird von vielen teilnehmenden Schulen darüber hinaus deutlich hervorgehoben. Die Handlungsfelder beziehen sich auf die Kerncurricula von Schulen aller Schulformen und beziehen durch einen fächerübergreifenden, handlungsorientierten Ansatz fast alle Unterrichtsfächer ein.</p> <p>www.umweltschule.niedersachsen.de</p> <p>Nachhaltige Schülerfirmen (NaSch)</p> <p>In Niedersachsen gibt es ca. 400 nachhaltige Schülerfirmen in Schulen aller Schulformen, die in 17 Arbeitskreisen betreut werden. Die Arbeitskreise werden von ausgebildeten Regionalkoordinatoren organisiert. In diesem Bereich ist eine Lehrkraft für die Landeskoordination verantwortlich. Innerhalb der nachhaltigen Schülerfirmen sind über 50 Firmen in der Rechtsform einer Genossenschaft organisiert. Dazu existiert eine Kooperation mit dem Genossenschaftsverband. Regelmäßig finden regionale Schülerfirmenmessen statt. www.schuelergenossenschaften.de; www.nasch21.de</p> <p>Transparenz schaffen – von der Ladentheke bis zum Erzeuger</p> <p>Ein Kooperations- und Bildungsprojekt für Niedersachsen und Bremen. In Niedersachsen und Bremen gestalten regionale Bildungsträger aus der Umweltbildung und der Landwirtschaft vielfältige Erkundungen zu Anbau und Verarbeitung von Lebensmitteln, direkt vor Ort zum Beispiel auf Bauernhöfen oder beim Besuch von Betrieben der Lebensmittelwirtschaft.</p> <p>Ziel des Projektes ist es, Verbraucher und Landwirte zueinander zu bringen und bspw. Landfrauen, Weiterverarbeiter und Gastronomen als Experten mit einzubeziehen. Das Projekt will eine Grundlage für den gut informierten Verbraucher schaffen. Kinder und junge Erwachsene lernen, wie und wo Lebensmittel entstehen. Niedersächsische Schulen gewinnen durch dieses Projekt die Möglichkeit, Schülerinnen und Schüler handlungsorientiert mit der Thematik vertraut zu machen.</p> <p>www.transparenz-schaffen.de</p> <p>Außerschulische Lernorte im Bereich BNE</p> <p>Seit Beginn der 90er Jahre entstand in Niedersachsen ein Netzwerk außerschulischer Umweltlernstandorte. Es handelt sich um Einrichtungen in unterschiedlicher Trägerschaft, die vom Land als „Regionale Umweltbildungszentren (RUZ)“ förmlich anerkannt werden. Mit der Zeit haben sich die Arbeit und die Angebote erweitert. Die RUZ beziehen heute alle Bereiche einer Bildung für nachhaltige Entwicklung ein. Die Lernstandorte haben sich zwischenzeitlich zu BNE-Kompetenzzentren erweitert und führen heute den Namen Außerschulischer Lernstandort BNE. Zurzeit sind 40 Lernstandorte vom Kultusministerium anerkannt und mit Lehrerstunden für die pädagogische Arbeit ausgestattet.</p> <p>Weitere Kooperationen mit Lernorten</p> <p>Im Rahmen der Kooperation mit den Niedersächsischen Landesforsten entstand für die 10 in Niedersachsen existierenden Waldpädagogikzentren ein an BNE ausgerichtetes Angebot für Schulen. Zudem gibt es ein Waldpädagogikzertifikat.</p> <p>Eine konzeptionelle Zusammenarbeit im Bereich BNE entsteht zurzeit mit dem Verband Niedersächsischer Schullandheime. Erste Kontakte gibt es zum Landesverband des Deutschen Jugendherbergswerkes. In die konzeptionelle Arbeit im Bereich BNE bezieht das Kultusministerium weiterhin z. B. die Biosphärenhäuser, die Wattenmeerhäuser, die Nationalparkhäuser ein.</p>

NW	<p>Im Rahmen der Kampagne „Schule der Zukunft – Bildung für Nachhaltigkeit“ findet eine verstärkte Kooperation der Schulen mit außerschulischen Partnern und der Zusammenarbeit in Netzwerken statt. Alle Institutionen, Einrichtungen, Firmen und Verbände, die im Themenfeld Nachhaltigkeit aktiv sind und mit Schulen zusammenarbeiten möchten, haben die Möglichkeit, sich als offizieller Partner der Kampagne eintragen zu lassen und sich den Schulen auf der Homepage der Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW in Form eines sogenannten „Partner-Steckbriefs“ mit ihren jeweiligen Angeboten vorzustellen.</p> <p>Der Erfolg des Ganztags in NRW beruht auf dem Engagement einer Verantwortungsgemeinschaft von Land, Kommunen und Zivilgesellschaft, insbesondere von außerschulischen Trägern aus Jugendhilfe, Kultur und Sport. Einmalig in der Bundesrepublik ist das sogenannte Trägermodell in NRW, das eine systematische und verbindliche Kooperation mit außerschulischen Partnern aus den verschiedenen Bildungsbereichen ermöglicht (die Anstellungsträgerschaft für außerschulisches Personal liegt bei der Kommune oder beim freien Träger, die Zusammenarbeit wird über Kooperationsverträge geregelt).</p>
RP	<p>Der fachübergreifende, fächerübergreifende und fächerverbindende Ansatz der BNE erfordert die Zusammenarbeit verschiedener Fachkonferenzen und initialisiert damit die Kooperation innerhalb der Schule und die Förderung von Teamstrukturen und Projektorientierung. So ist die BNE ein Ansatzpunkt für elterliches Engagement in Schulen, bei dem diese sich für nachhaltige Maßnahmen in ihrem Umfeld engagieren und in Gemeinschaft mit anderen Eltern und der Schule im Interesse ihrer Kinder gemeinsam erzieherisch handeln. Insbesondere an Schulen mit einem nachhaltigen Profil ist zu beobachten, dass sich auch die Schülervertretung nicht nur für nachhaltige Maßnahmen engagiert, sondern dass das Nachhaltigkeitsprinzip werteorientierende und identitätsbildende Funktion hat.</p> <p>Eine vertraglich geregelte, institutionalisierte und bewährte Form der Zusammenarbeit mit außerschulischen Bildungsakteuren findet in Rheinland-Pfalz z. B. im Zusammenhang mit den Angeboten an Ganztagschulen statt.</p> <p>Die Kooperationspartner für Ganztagschulen haben nun nicht nur die gleiche Zielgruppe wie die der für BNE. Auch ihre Funktionen und Aufgaben weisen in die gleiche Richtung: Herstellung von Chancengleichheit unabhängig von Herkunft und Geschlecht, Förderung gesellschaftlicher Integration, Unterstützung junger Menschen in ihrer Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.</p> <p>Von daher stehen die Weiterentwicklung von BNE, der Ausbau von Ganztagschulen und die Intensivierung von Kooperationen mit außerschulischen Partnern in einer fruchtbaren Wechselbeziehung.</p> <p>Als Signal für den Aufbruch zu diesen Kooperationen von außerschulischen Partnern und der Schule gilt der rheinland-pfälzische Ministerratsbeschluss vom 4. September 2001. Damit wurde das Ausbauprogramm für neue Ganztagschulen beschlossen, das aufgrund seines Erfolgs schon in der dritten Legislaturperiode fortgeführt wird. Als dauerhafte Kooperationspartner haben sich derzeit 26 überregional vertretene Organisationen und Verbände herausgestellt, mit denen das Bildungsministerium so genannte Rahmenvereinbarungen abgeschlossen hat, innerhalb derer die inhaltliche und personelle Zusammenarbeit für alle Schulen in gleicher Weise vorgegeben ist. Zu den Partnern gehören die Kirchen, der Landessportbund mit den Sportvereinen, die Musikschulen im Landesverband, Chöre, Orchester im Landesmusikrat, die Handwerkskammer, die Landwirtschaftskammer mit dem Landfrauenverband, die Architektenkammer, die Wohlfahrtsverbände in der LIGA, der Internationale Bund, der Schriftstellerverband, der Verband Bildender Künstler, der BUND, die Sparkassen und Volksbanken, die Feuerwehr u. a.</p>
SL	<p>Beispiele:</p> <p>Erweiterung und Vertiefung der Unterrichtsinhalte durch Einbindung externer Experten</p> <p>fächerverbindende Projekte</p> <p>schülerzentrierte Unterrichtsmethoden insbesondere an außerschulischen Lernorten</p> <p>Stärkung des kontextorientierten Lernens</p> <p>Schulleiterfortbildung/Schulentwicklung</p> <p>Qualitätsentwicklung</p>
SN	<p>Im Rahmen von fächerverbindendem Unterricht, der Einbeziehung von außerschulischen Lernorten sowie durch Kooperation mit außerschulischen Einrichtungen öffnen sich Schulen für Themen der nachhaltigen Entwicklung. Dabei liegt der Aufbau von Kooperationsbeziehungen im Verantwortungsbereich der Schulleitung der betreffenden Schulen und ist Inhalt der jeweiligen Schulkonferenz.</p>

ST	Ein sehr großer Anteil der Projekte und Maßnahmen findet im Rahmen der Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern statt. Der „Runde Tisch“ und die jährlich stattfindenden Aktionswochen (7-Tage-Zukunft) dienen dem Erfahrungsaustausch, dem Kennenlernen und der Entwicklung von Strategien und konkreten Vorhaben zwischen außerschulischen Partnern und den Schulen.
SH	Maßnahmen und Projekte für (Bildung für) nachhaltige Entwicklung zeichnen sich durch Ganzheitlichkeit, Praxisorientierung und Partizipation aus und bemühen sich darum, möglichst vielfältige ökonomische, ökologische und kulturelle Fragestellungen zu berücksichtigen. BNE wendet aktivierende Lernmethoden an, geht auf die Lebenswelt der Lernenden ein und fördert deren eigenverantwortliches Handeln und Kooperationsfähigkeit. Die Kooperation zwischen Schulen und außerschulischen Bildungspartnern sowie der Aufbau entsprechender Netzwerke, u. a. durch die unter Ziffer 1 genannten Strukturen, kommen hierbei eine besondere Rolle zu.
TH	<p>Beispiel: Thüringer Bildungsmodell – Neue Lernkultur in Kommunen (kurz: nelecom)</p> <p>Mit dem Thüringer Bildungsmodell – Neue Lernkultur in Kommunen (kurz: nelecom) wird das Entwicklungsvorhaben „Eigenverantwortliche Schule“ um die Dimension „Kommune“ erweitert. Ein wesentliches Motiv ist die Gestaltung von kommunalen Sozialräumen als entwicklungsfördernde Lern-Landschaften, die als Kerne regionaler Identität und Heimat-Verbundenheit fungieren. Das organisatorische Zentrum in den Kommunen stellt im <i>nelecom-Ansatz</i> eine „Gemeinwesen-Werkstatt“ dar. Sie ermöglicht ein systematisches Zusammenwirken aller bestehenden Netzwerke (wie Bündnisse für Familie, Aktivitäten der Wirtschaft, der Verbände und Vereine, der Volkshochschulen, Senioren etc.) und richtet sich auf eine gemeinsame Verantwortungsübernahme für die positive Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.</p> <p>Beispiel: Umweltschule in Europa/Internationale Agenda 21-Schule</p> <p>Beispiel: nachhaltig wirtschaftende Schülerfirmen</p>

4.a Wurde Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Lehrerausbildung (1. und 2. Phase) integriert?	
BW	Nach wie vor ist die Berücksichtigung von BNE im Rahmen der Lehrerinnen- und Lehrerbildung eher vom individuellen Engagement einzelner Dozentinnen und Dozenten abhängig. Eine strukturelle Einbindung in die Hochschul- und Seminausbildung ist derzeit noch nicht gegeben. In diesem Zusammenhang wurde im Jahr 2010 im Rahmen des Nachhaltigkeitsstrategieprozesses des Landes Baden-Württemberg das Projekt „Lernen über den Tag hinaus – Bildung für eine zukunftsfähige Welt“ initiiert, das u. a. auch den Bereich der Lehrerausbildung in den Fokus genommen hat.
BY	Prüfungsrelevante Aspekte von Bildung für nachhaltige Entwicklung wurden in Bayern in allen Phasen der Lehrerausbildung verankert. Dies betrifft neben den einschlägigen Fächern aus dem natur- und gesellschaftswissenschaftlichen Bereich die Fachdidaktiken aller Fächer sowie das erziehungswissenschaftliche Studium in allen Lehrämtern.
BE	In der 1. Phase gibt es noch keine verbindliche Integration, in der 2. Phase wird BNE im Modul „Erziehen und Innovieren“ angeboten.
BB	Ja, s. u.
HB	Ja, BNE ist inzwischen sowohl im Lehramtsstudium als auch im Referendariat in die fachwissenschaftlichen bzw. fachdidaktischen Curricula einzelner Fächer integriert worden.
HH	<p>In der 1. Phase der Lehrerausbildung gibt es noch keine strukturierten Ansätze zur Integration von BNE.</p> <p>In der 2. Phase gibt seit 2 Jahren am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung eine jährliche Veranstaltung mit Fachseminaren der Referendarausbildung, die praxisbezogen auf die Erstellung eigener BNE-Unterrichtsvorhaben und die Begegnung mit außerschulischen BNE-Akteuren ausgerichtet ist. Sie hat bei Lehramtsanwärtern/innen großes Interesse gefunden und soll 2012 ausgeweitet und verbindlicher gestaltet werden.</p>

HE	BNE ist in die Module der Lehrerbildung integriert. Dies betrifft sowohl die erste als auch die zweite Phase der Lehrerbildung. Zum Austausch von Erfahrungen und zur Entwicklung von neuen Konzepten und Angeboten führt das Amt für Lehrerbildung in Kooperation mit den Zentren für Lehrerbildung der Universitäten Fachtagungen durch, zuletzt im Jahre 2010; die nächste Tagung findet im Juni 2012 in Kooperation mit Partnern aus Wirtschaft und Gesellschaft statt.
MV	Bildung für nachhaltige Entwicklung ist in einigen Bereichen der 1. und 2. Phase Bestandteil der Lehrerausbildung in Mecklenburg-Vorpommern.
NI	In der ersten Phase der Lehrerausbildung wird BNE z. B. an den Universitäten in Lüneburg, Oldenburg, Hildesheim und Hannover integriert. In der zweiten Phase der Lehrerausbildung bieten einige Studienseminare bereits Zusatzqualifikationen an.
NW	Die Ausgestaltung der Lehrerausbildung unterliegt in Nordrhein-Westfalen dem Lehrerausbildungsgesetz (LABG). Sie orientiert sich an den bildungswissenschaftlichen und fachwissenschaftlichen Standards der KMK. BNE ist als Querschnittsaufgabe nicht nur über die Kernlehrpläne, sondern auch im Hinblick auf die Vermittlung der erforderlichen Kompetenzen und die sich am Erziehungs- und Bildungsauftrag von Schule orientierenden Handlungsfelder Bestandteil der zweiten Lehrerausbildungsphase.
RP	Ja.
SL	Ja.
SN	Dazu liegen keine Aussagen vor.
ST	Ja.
SH	1. Phase: Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit den beiden Universitäten Kiel und Flensburg, insbesondere mit den Instituten für Didaktik der Geographie zu Fragen der Globalen Entwicklung. 2. Phase: Keine expliziten Veranstaltungen.
TH	Ja.

4.b In welcher Form?

BW	Im Rahmen des o. g. Projektes wurde am 16. Februar 2012 – mit finanzieller Unterstützung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst sowie finanzieller Mittel der Nachhaltigkeitsstrategie – ein Hochschulnetzwerk BNE ins Leben gerufen. Durch den Aufbau dieses Netzwerkes soll ein Beitrag geleistet werden, das Themenfeld BNE verstärkt im Hochschulkontext zu verankern. Im BNE-Hochschulnetzwerk sind Vertreterinnen und Vertreter aller Hochschulen zur Mitarbeit eingeladen. Aufgrund der besonderen Struktur der Lehrerbildung in Baden-Württemberg gibt es Fachdidaktiken nur an den Pädagogischen Hochschulen (PH) und nicht an den Universitäten. An den Universitäten wird die Fachdidaktik für die gymnasiale Lehrerinnen- und Lehrerausbildung über Lehraufträge und von Vertreterinnen und Vertretern der Studienseminare geleistet. Daher ist zu erwarten, dass zu Beginn in diesem Netzwerk die PHen impulsgebend sein werden. Aktuell wurde an der PH Ludwigsburg die Geschäftsstelle des Netzwerkes eingerichtet. Darüber hinaus werden derzeit im Rahmen des o. g. Projektes von einer Konzeptgruppe aus Vertretern der Seminare und der Schule BNE-Module sowie eine BNE-Qualifizierungsreihe erarbeitet, mit der ab 2013 Multiplikatoren im Bereich der 2. Phase der Lehrerausbildung (Seminare) und der Schule qualifiziert werden sollen. In den Modulen werden die folgenden BNE-Aspekte thematisiert: (1) Globale Herausforderungen unseres individuellen und gesellschaftlichen Lebens, (2) Nachhaltige Entwicklung, (3) Leitbilder und Beispiele des Wandels, (4) Bildung für Nachhaltige Entwicklung – Begriff, Merkmale, Aufgaben, (5) Kompetenzorientierung, (6) Nachhaltige Entwicklung und Schule, (7) Umgang mit Komplexität, (8) Kooperationsmöglichkeiten. Mit der Netzworkebildung im Bereich der Hochschule sowie der geplanten BNE-Qualifizierung im Bereich der Seminare und Schule soll ein Beitrag insbesondere zur strukturellen Implementierung der BNE geleistet werden.
----	---

BY	<p>Vgl. dazu beispielsweise die im Kerncurriculum für das erziehungswissenschaftliche Studium u. a. aufgeführten Anforderungen „Kompetenzentwicklung über die Lebensspanne“, „Werte und Normen und Reflexion selbstbestimmten Urteilens und Handelns“, „Werteerziehung in der pluralen Gesellschaft“ oder die in der Lehramtsprüfungsordnung I festgelegten inhaltlichen Prüfungsanforderungen für das Unterrichtsfach Ethik: „Bedingungen menschlichen Handelns im Licht von Natur-, Human-, Sozial- und Technikwissenschaften, darauf aufbauend zentrale Probleme angewandter Ethik in zwei der folgenden Bereiche: a) Bioethik und Medizinethik, b) Wirtschaftsethik, c) Umweltethik/Technikethik, d) Medien- und Informationsethik“.</p> <p>Für die 2. Phase der Lehrerbildung (Vorbereitungsdienst) sei exemplarisch auf die Zulassungs- und Ausbildungsordnung für das Lehramt an Gymnasien (ZALG) verwiesen. Diese enthält für die fachspezifische Ausbildung die Verpflichtung, dass „der Beitrag eines jeden Fachs zu den fächerübergreifenden Bildungs- und Erziehungsaufgaben, wie z. B. zur Umwelterziehung, zur politischen Bildung, zur Medienbildung, zur Methodenkompetenz und zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen, [...] zu verdeutlichen“ sei. Besondere Unterrichtsinhalte wie „Umwelterziehung“ sowie „ökonomische und soziologische Grundprobleme der Gesellschaft“ sind darüber hinaus verpflichtend als Gegenstände der allgemeinen Ausbildung in den Fächern Pädagogik, Psychologie, Schulrecht und Schulkunde sowie Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung festgeschrieben.</p>
BE	<p>1. Phase</p> <p>In der Zukunft wird es Veränderungen der Studieninhalte geben. Die Einbeziehung von BNE wird überlegt.</p> <p>2. Phase</p> <p>Nach einer Reform der 2. Phase in eine modularisierte Ausbildung wurde innerhalb des Moduls „Erziehen und Innovieren“ im dazugehörigen Pflichtbaustein „Wertevermittlung“ der Wahlbaustein „Globales Lernen“ mit BNE-Inhalten entwickelt. (siehe Handbuch Vorbereitungsdienst, 2011 http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-bildung/lehrer_werden/vorbereitungsdienst/handbuch_vorbereitungsdienst.pdf).</p> <p>Die Fachseminarleiter wurden auf einer Veranstaltung der Senatsschulverwaltung 2011 über BNE-Konzepte informiert, mit der Empfehlung BNE in den Fachseminaren verstärkt einzubinden.</p>
BB	<p>Nach der „Empfehlung der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) und der Deutschen UNESCO-Kommission (DUK) vom 15. Juni 2007 zur „Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schule“ sind drei Unterrichts- und Organisationsprinzipien für den erforderlichen Kompetenzerwerb im Bereich der BNE von entscheidender Bedeutung: Vermittlung interdisziplinären Wissens, Gestaltung eines partizipativen Lernens und die Etablierung innovativer Strukturen in der Schule. Alle drei Prinzipien finden sich in den o. g. Beschlüssen der KMK zur Lehrerbildung (Standards und inhaltliche Anforderungen in der Lehrerbildung) in unterschiedlichen Professionsbezügen, nicht nur im Zusammenhang mit BNE, wieder und sind deshalb auch curricularer Bestandteil des Lehramtsstudiums an der Universität Potsdam.</p> <p>Für die 2. Phase der Lehrerausbildung gilt:</p> <p>Grundgedanken zur BNE wurden in allen Rahmenplänen für Haupt- und Fachseminare verankert und werden in die seminaristische Ausbildung integriert.</p> <p>Haupt- und Fachseminarleiterinnen wurden zur Bildung für nachhaltige Entwicklung fortgebildet.</p> <p>Der erste Fortbildungsbaustein wurde 2007 in Zusammenarbeit mit der AG Transfer 21 in Form einer Pilotveranstaltung durchgeführt.</p> <p>Schwerpunkte der zweiten Fortbildung waren 2010 konkrete Inhalte und Methoden der Bildung für nachhaltige Entwicklung, Beispiele aus allen Schulstufen und Klärung grundlegender Fragen für die Lehrerausbildung.</p> <p>Durchführung eines KMK-BMZ Projektes.</p> <p>Im Rahmen eines KMK-BMZ-Projektes (2010/2011) wurden zwei Unterrichtsmodelle zum „Orientierungsrahmen für den Lernbereich globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung“ entwickelt, unter dem Thema: „Vielfalt erleben – spielend voneinander lernen: El Sistema in Brandenburg“ – <i>Ein Beitrag zur Entwicklung globalen Denkens und nachhaltigen Handelns</i> (Details zu den beiden erarbeiteten Unterrichtsmodellen unter http://www.bildung-brandenburg.de/el_sistema/).</p>

noch BB	<p>Die Dokumentationen der Unterrichtsmodelle sind in Schule und in der Lehrerbildung einsetzbar:</p> <p>für das Bekanntmachen mit dem Orientierungsrahmen, dem in ihm dargestellten Kompetenzmodell, Kompetenzbereichen und Kernkompetenzen,</p> <p>als Beispiele für gelungene Projektarbeit mit ihren Chancen für die Bildung und Erziehung auch sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler,</p> <p>als Beispiele für konkrete Unterrichtsmodelle mit Schwerpunktsetzung auf das Fach Musik, in denen bei Schülerinnen und Schülern fachübergreifend und z. T. fächerverbindend zukunftsfähige Kompetenzen wie z. B. Weltoffenheit, Sprachkenntnisse, Verständnis fremder Kulturen und Mobilitätsfähigkeit angebahnt werden können.</p>
HB	<p>Im Rahmen der Studiengänge der Universität Bremen mit Lehramtsorientierung ist „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ im fachwissenschaftlichen Curriculum des Studienfachs „Interdisziplinäre Sachbildung/Sachunterricht“ (Elementar- und Grundschulpädagogik) und in den fachdidaktischen Curricula der Naturwissenschaften verankert.</p> <p>So gehört z. B. das Modul „Scientific Literacy und Nachhaltige Entwicklung“ zum Kerncurriculum des Masterstudiums (M. Ed.) im Fach Sachbildung/Sachunterricht.</p> <p>Zudem ist BNE in allen Didaktiken der Naturwissenschaften, insbesondere Chemie und Biologie, ein wichtiger Forschungsschwerpunkt, zu dem nicht nur universitäre Lehrveranstaltungen, sondern auch Kooperationsprojekte mit Schulen (z. B. Oberstufenprofile „Nachhaltige Chemie“ und „Nachhaltige Technologie“) und Fortbildungen für Lehrkräfte angeboten werden. Lehramtsstudierende haben zudem die Möglichkeit, ein schulbezogenes Forschungspraktikum zu Fragestellungen der nachhaltigen Entwicklung durchzuführen und entsprechende Masterarbeiten zu schreiben.</p> <p>Referendarinnen und Referendare arbeiten im Rahmen der Ausbildungsseminare in Fächern und Lernbereichen wie Sachunterricht, Naturwissenschaften (Biologie, Chemie, Physik) und Gesellschaft und Politik (z. B. Geografie), in denen BNE-Themen und entsprechende Anforderungen (Kompetenzen) in den jeweiligen Kerncurricula für die Ausbildung verankert sind.</p> <p>Die Nationalen Bildungsstandards für Naturwissenschaften und die Bremer Bildungspläne weisen das Leitbild der Nachhaltigkeit insbesondere im Kompetenzbereich „Bewerten“ aus. Es liegen Materialien zu der Thematik vor, die auch regelmäßig eingesetzt werden.</p> <p>Das Landesinstitut für Schule Bremen (zuständig für den Vorbereitungsdienst) hat im Rahmen einer EMAS-Zertifizierung eine Umwelterklärung abgegeben, die weiter wirkt im Leitbild des Instituts und in Fragen des Arbeits-, Brand- und Umweltschutzes. Die dort festgehaltenen Handlungsprinzipien werden mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie den Referendarinnen und Referendaren regelmäßig kommuniziert.</p>
HH	s. 4 a
HE	<p>Die erste Phase der Lehrerbildung wird in Hessen an fünf Universitäten für alle Lehrämter durchgeführt. Die Zentren für Lehrerbildung, die erziehungswissenschaftlichen Institute und die fachdidaktischen Lehrstühle haben entsprechende Elemente in die Lehre eingebaut. Die Universität Kassel hat BNE im Bereich der Politischen Bildung und vor allem im Bereich der Biologiedidaktik eingebunden, die Universität Marburg macht verstärkt Angebote in den Erziehungswissenschaften, Gießen setzt einen Schwerpunkt im Lehr-Lernlabor für die Naturwissenschaften, Frankfurt integriert den Schwerpunkt Globale Entwicklung bei den Erziehungswissenschaften, (BNE im Bereich Geografie), Darmstadt hat einen eigenen Schwerpunkt nachhaltige Entwicklung für alle Studierenden und einen weiteren Schwerpunkt BNE in der Naturwissenschaftsdidaktik. Diese genannten Beispiele geben aber nicht die gesamte, von den Universitäten selbst verantwortete Praxis wieder. In der zweiten Phase der Lehrerbildung ist BNE sowohl in die unmittelbar fachbezogenen als auch in fachübergreifende Module integriert. Darüber hinaus wird BNE auch häufiger im Modul „Schule entwickeln und gestalten“ praxisbezogen zum Gegenstand. Hier stehen dann unterschiedliche Zugänge und Arbeitsfelder im Vordergrund: Schulpartnerschaften, Biotope, Schülerfirmen und weitere.</p>
MV	<p>In einem Kooperationsprojekt zwischen Universität Rostock und Arbeitsgemeinschaft Natur und Umweltbildung Mecklenburg-Vorpommern wurde mehrfach ein Hauptseminar mit dem Thema „Zukunftsfähige Schule – BNE in den Unterricht integrieren“ angeboten. Außerdem waren an dem Projekt das Ökohaus Rostock e. V. und ein BNE-Regionalberater BNE beteiligt. Ziel des Seminars war es, von Anfang an interdisziplinär und fachübergreifend BNE-Unterrichtsmodule zu planen und die Zusammenarbeit mit außerschulischen Bildungspartnern im Rahmen von Bildung für nachhaltige Entwicklung zu motivieren. Zielgruppe des Hauptseminars waren Studenten und Studentinnen des Lehramtes verschiedener Schultypen und Fachrich-</p>

noch MV	<p>tungen. Handlungskompetenz in Bezug auf Bildung für nachhaltige Entwicklung bedeutet Lehramtsstudenten und -Studentinnen zu befähigen, eigenständig Module zu konzipieren, diese didaktisch in Bezug auf den Rahmenplan, Ziele und Methoden reflektieren und durchführen zu können.</p> <p>Die Integration von BNE in die Referendarausbildung erfolgte im Rahmen der Fachseminare.</p>
NI	<p>1. Phase: Als Seminarthema, als Basiseinführung oder als Kurse.</p> <p>2. Phase: Als Zusatzqualifikation an den Standorten der Studienseminare Lüneburg, Wolfsburg und Braunschweig.</p>
NW	Siehe Frage 4a.
RP	<p>Erste Ausbildungsphase (Studium):</p> <p>Im Fach Bildungswissenschaften für alle Lehramtsstudierenden als „Querschnittsthema“.</p> <p>In den Curricularen Standards für die Fächer Biologie, Chemie, Physik, Wirtschaft sowie Wirtschaft und Arbeit.</p> <p>Rechtlich verortet in der Landesverordnung über die Anerkennung von Hochschulprüfungen lehramtsbezogener Bachelor- und Masterstudiengänge als Erste Staatsprüfung für Lehrämter.</p> <p>Zweite Ausbildungsphase (Vorbereitungsdienst):</p> <p>Für alle Ausbildungsbereiche als Querschnittsthema.</p> <p>Rechtlich verortet in der Landesverordnung über die Ausbildung und Zweite Staatsprüfung für das Lehramt an Grundschulen, an Realschulen plus, an Gymnasien, an berufsbildenden Schulen und an Förderschulen.</p>
SL	<p>Allgemeinbildende Schulen:</p> <p>1. Phase: Wahlmodule im interdisziplinären Studiengang „Nachhaltige Entwicklung“ mit der Möglichkeit des Zertifikatserwerbs „Nachhaltigkeitswissenschaft“</p> <p>2. Phase: Wahlpflichtmodul „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ im Rahmen des Allgemeinen Seminars</p> <p>Berufliche Schulen:</p> <p>2. Phase: didaktische-methodische Umsetzung der jeweiligen Lehrpläne im Rahmen der Seminararbeit</p>
SN	---
ST	Wahlpflichtangebote im Rahmen des Referendariats.
SH	1. Phase: Beteiligung der Studenten an Projekten, Vorstellung von BNE-Schulen in den Seminaren
TH	<p>Beispiele</p> <p>Grundschule:</p> <p>Bildung für Nachhaltigkeit gilt als zukunftsweisendes Konzept der Schule und ist ihr modernstes Aufgabenfeld.</p> <p>Ausgehend von den Aussagen der weiterentwickelten Thüringer Lehrpläne (Leitgedanken zu den Thüringer Lehrplänen für die Grundschule, Fachlehrplan Schulgarten) sowie des Bildungsplanes für Kinder bis 10 Jahre nimmt das Thema Nachhaltigkeit in der Ausbildung im Fach Schulgarten eine zentrale und bedeutende Rolle ein und findet deshalb in vielen Fachseminaren Anwendung.</p> <p>Im Rahmen der Lehrplanarbeit des Heimat- und Sachkundeunterrichtes werden folgende Inhalte thematisiert:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Gesunde Lebensführung und Ernährung – Aufbau eines verbraucherkritischen Verhaltens – Sensibilisierung für Umweltphänomene und Umweltprobleme <p>Regelschule:</p> <p>In der Ausbildung der Lehramtsanwärter des Lehramtes an Regelschulen wird nachhaltige Entwicklung in den Fachseminaren Biologie/MINT und Chemie thematisiert.</p> <p>Gymnasium:</p> <p>Im Fachseminar Geografie wird berücksichtigt:</p> <ul style="list-style-type: none"> – global denken und lokal handeln – schonender Umgang mit Ressourcen – Verantwortung der westlichen Industriestaaten für das Klima

5.a Wird Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Lehrerfortbildung eingebunden?	
BW	BNE hat vielfältiger Weise Eingang in die Fortbildung der Lehrkräfte gefunden. Nachhaltigkeitsrelevante Themen sind regelmäßig Gegenstand von Fachfortbildungen für Lehrkräfte. Darüber hinaus werden die Jahresthemen der UN-Dekade BNE regelmäßig zum Anlass genommen, Lehrkräften vielfältige Anregungen zur konkreten themenspezifischen (z. B. Geld, Stadt, Ernährung usw.) Umsetzung anzubieten. Diese Angebote werden durch exemplarische Handreichungen für Lehrkräfte sowie schülerorientierten Themenheften sowie begleitenden Fortbildungsangeboten ergänzt, die in den letzten Jahren in enger Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Ministerien und der Stiftung Naturschutzfonds erarbeitet und durchgeführt worden sind. Darüber hinaus sollen über den Aufbau eines BNE-Multiplikatorensystems zukünftig weiter Impulse gesetzt werden.
BY	Ja.
BE	BNE ist in vielfältiger Form Bestandteil der Lehrerfortbildungen.
BB	Ja, dies erfolgt durch das Landesinstitut für Schule und Medien (LISUM), aber auch durch verschiedene regionale und überregionale Kooperationspartner.
HB	Ja, durch regelmäßige Angebote verschiedener Träger, die von der Bildungsbehörde (SBWG) oder dem Umwelt-Ressort (SUBV) entsprechend gefördert werden (über Zuwendungen).
HH	BNE ist in der Lehrerfortbildung am Landesinstitut Hamburg ein Leitthema für verschiedene Beratungsfelder. In den Fächern ist es vor allem im Bereich der Naturwissenschaften und in Gesellschaftsfächern wie Geographie, Politik/Gesellschaft/Wirtschaft verankert. In den Aufgabengebieten Globales Lernen, Umwelterziehung, Interkulturelle Erziehung, Verkehrserziehung und Gesundheitsförderung ist BNE Schwerpunktthema. Verschiedene BNE-Angebote sind auf Schulentwicklung ausgerichtet. Eine besondere Rolle spielt dabei das Projekt „Klimaschutz an Schulen“ (www.li.hamburg.de).
HE	Die Lehrerfortbildung ist in Hessen organisiert in landesweiten Veranstaltungen, die mehr konzeptionell und an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ausgerichtet sind, und regionale Veranstaltungen und Angebote, die sich direkt an Lehrerinnen und Lehrer richten. Im Bereich BNE werden die landesweiten Veranstaltungen von der Landeskoordination, der Naturschutzakademie und dem Entwicklungspolitischen Landesnetzwerk (EPN) angeboten, ergänzt durch weitere Angebote von Anbietern aus Wirtschaft und Gesellschaft. Darüber hinaus bieten auch Fachbehörden der Landesverwaltung – Hessenforst, Landesbetrieb Landwirtschaft, Landesanstalt für Umwelt – entsprechende Fortbildungen an. Alle Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer müssen akkreditiert werden beim Institut für Qualitätsentwicklung.
MV	Ja, Bildung für nachhaltige Entwicklung ist Bestandteil der Lehrerfortbildung in Mecklenburg-Vorpommern.
NI	Ja. Lehrerfortbildung wird zum Beispiel in den außerschulischen Lernstandorten BNE angeboten. Eine Basisqualifikation BNE für Lehrkräfte ist im Aufbau. In Niedersachsen ist die regionale Lehrerfortbildung in Kompetenzzentren an verschiedenen Universitäten neu aufgestellt worden. Dort sollen dann auch Angebote zu BNE stattfinden.
NW	Die Natur- und Umweltschutz-Akademie des Landes NRW bietet für alle an der Kampagne „Schule der Zukunft – Bildung für Nachhaltigkeit“ beteiligte Schulen begleitende Fortbildungen zur BNE an. BNE ist auch Bestandteil der Fortbildungen der Kompetenzteams, z. B. in den sogenannten „MINT-Fächern“. Auf der Grundlage eines gemeinsamen Verständnisses von Unterrichtsqualität und individueller Förderung vermitteln die 53 Kompetenzteams in NRW u. a. den Lehrerinnen und Lehrern eines Faches schülerorientierte Lernmethoden und begleiten die Unterrichtsentwicklung.
RP	Die für Lehrerfort- und -weiterbildung zuständige staatliche Einrichtung ist das Pädagogische Landesinstitut Rheinland-Pfalz (PL RLP). Das PL RLP ist eine dem MBWVK unmittelbar nachgeordnete Behörde. Im PL RLP sind drei Referenten für die Konzeption, Organisation und Durchführung von BNE-Fortbildungsveranstaltungen zuständig, wobei in die BNE zunehmend Teilbereiche weiterer Querschnittsthemen wie Verkehrserziehung/Mobilitätserziehung, Verbraucherbildung, Gesundheitsförderung, Demokratieverziehung und Ökonomische Bildung integriert werden. Zusammenarbeit findet außerdem mit den Referentinnen und Referenten der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer, der Naturwissenschaften und dem Referat Grundschule statt.

n o c h RP	BNE-Fortbildungen mit Bezug zu Religion werden am PL nicht angeboten, da diese Arbeit von den beiden Fortbildungsinstituten der evangelischen (EFWI) und katholischen (ILF) Kirche geleistet wird. Im Elementarbereich existiert ein großes Fortbildungsprogramm für Erzieherinnen und Erzieher des Landes, innerhalb dessen auch zahlreiche Fortbildungen zum Thema BNE durchgeführt wurden.
SL	Ja.
SN	Im Fortbildungskatalog des Sächsischen Bildungsinstitutes (SBI) befindet sich ein breites Angebot von Veranstaltungen mit Inhalten zum genannten Themenbereich.
ST	Zur Thematik „Verankerung von BNE in Bildungskonzepten bzw. in der Schulprogrammarbeit“ fanden im Land Sachsen-Anhalt umfangreiche Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte, Pädagogische Mitarbeiterinnen, Mitglieder von Steuergruppen und Schulleitungsmitglieder statt. Fortbildungen direkt in den Schulen dienen der Fortschreibung der Schulprogramme.
SH	Ja.
TH	Ja.

5.b In welcher Form?	
BW	s. 5.a
BY	Sowohl im Rahmen der zentralen Lehrerfortbildung (an der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen/Donau, kurz: „ALP Dillingen“) als auch der regionalen und schulinternen Lehrerfortbildung werden entsprechende Aspekte thematisiert. Hierzu sind beispielsweise die Lehrgänge der ALP Dillingen „82/362 Bausteine Umweltbildung“, „82/361 Herausforderungen für die nationale Politik in einer globalisierten Welt“, „82/414A Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie“ u. v. m zu nennen. In diesem Rahmen wird auch den Schulkoordinatoren der UNESCO-Projektschulen die Möglichkeit gegeben, sich zu BNE-bezogenen Themen fortzubilden (vgl. 5. bis 7. Oktober 2011, Lehrgang 81/238A). Für 2012 ist für diesen Kreis eine Auseinandersetzung mit dem Thema „Ökosystem Wald“ geplant. Zudem fand eine Fachtagung für die Schulleitungen der UNESCO-Projektschulen am 20. März 2012 im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus statt.
BE	In vielen Berliner Bezirken gibt es BNE-Multiplikatoren, die Fortbildungsangebote (Ökologischer Fußabdruck, BNE und Schulentwicklung, Klimaschutz, Unterrichten mit dem Klimakochbuch des BUND usw.) machen. Zum neuen Curriculum „Globales Lernen“ werden Fortbildungen und Tagungen angeboten. Die Botanische Schule bietet jährlich mehrere BNE-Fortbildungen an. Das Landesinstitut für Schule und Medien bietet einige Fortbildungen für Multiplikatoren an. Zum Klimaschutz finden jährlich eine Tagung und zwei Konferenzen für Klimaschutzmultiplikatoren statt, die ihrerseits in den Bezirken Regionalkonferenzen für Klimaschutz einberufen können. Seit 2010 werden eine ganztägige Tagung für ca. 150 Lehrer und außerschulische Partner in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung Berlin und anderen Partnern durchgeführt. Bisherige Themen: „Zukunftsfähiges Deutschland“, „Stadt der Zukunft“. „BNE und Ernährung“ ist für 2012 in Planung. In Zusammenhang mit den Dekadejahresthemen und der Auszeichnung „Umweltschule in Europa/Internationale Agenda 21-Schule“ werden Fortbildungen und Tagungen für BNE-Schulen angeboten. In Kooperation mit der FU werden jährlich zwei Lehrerfortbildungsstagen anlässlich der Schüleruni „Klimaschutz und Nachhaltigkeit“ angeboten. Verschiedene außerschulische Organisationen (z. B. WWF, BUND, EPIZ, Engagement global, KATE, UfU) bieten Fortbildungen an, die auch über das Netzwerk „BNE in Berlin“ kommuniziert werden. In Kooperation mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz werden innerhalb der Netzwerktreffen „Gewässerpädagogisches Netzwerk“ Fortbildungen geplant und durchgeführt. In der Botanikschule werden zahlreiche Veranstaltungen, teilweise zusammen mit dem Botanischen Garten und bewusst in Kooperation mit dem globalen Lernen, zu BNE-Themen angeboten.

BB	<p>Die BNE-spezifischen Fortbildungen von Beratern im Beratungs- und Unterstützungssystem (BUSS; s. u. 3.b) des Landesinstitut für Schule und Medien umfassen drei Bereiche:</p> <p>a) Im Bereich der Führungskräftefortbildungen ist BNE ein bevorzugtes Thema bei der Profilbildung und Schulprogramm-Arbeit von Schulen.</p> <p>b) Im Bereich der Schul- und Organisationsentwicklung wird einerseits im Rahmen der Qualitätsentwicklung das Thema der Profilbildung aufgegriffen, aber andererseits auch Fragen der Unterrichtsgestaltung und -organisation zur Gewährleistung von fachübergreifendem und fächerverbindendem Unterricht. Diese Fragen finden sich ebenfalls in Fortbildungen im Ganztagsbereich explizit wieder.</p> <p>c) Die Einbindung der BNE-Thematik in die fachspezifischen, auf Unterrichtsentwicklung ausgerichteten Fortbildungen findet regelmäßig und geplant statt.</p> <p>Querverbindungen dieser drei Aspekte sind gewollt und angestrebt.</p> <p>Die Fortbildungen von im BUSS-System Tätigen kommen auch der Beratung von Schulen im Rahmen von BNE zugute.</p>
HB	<p>Über Projektzuwendungen bieten u. a. folgende Träger Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte an:</p> <p>Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung (biz) (Themenbeispiele: „Fairer Handel im Unterricht“, „Planspiel UNEP, Internationale Umweltpolitik hautnah erleben“, „Tourismus mit Zukunft – Nachhaltiger Tourismus in beruflicher Aus- und Fortbildung“, „Made in? Made by? Auf den Spuren unserer Kleidung“).</p> <p>„Umwelt Bildung Bremen“: regelmäßige Fortbildungen und Seminare für schulische und außerschulische Teilnehmer/innen (Themenbeispiele: „Bildung für nachhaltige Entwicklung – Theorie und Praxis“, „Methodik und Didaktik der Umweltbildung“); Lehrerfortbildungen sind häufig auch Bestandteil in den geförderten Projekten.</p> <p>„Grüne Schule/Grünes Science Center Botanika“: 10 bis 15 Fortbildungen und Seminare für Lehrkräfte im Jahr (Themenschwerpunkt: Biodiversität).</p> <p>Die Universität Bremen entwickelt und erprobt derzeit in Zusammenarbeit mit außerschulischen Institutionen (z. B. Grünes Science Center Botanika) und Schulen im Rahmen des EU- Projekts INQUIRE neue Fortbildungseinheiten zum forschenden Lernen an außerschulischen Lernorten.</p> <p>Daneben werden schulinterne Fortbildungsveranstaltungen zu unterschiedlichen BNE-Themen und -Methoden durchgeführt.</p>
HH	<p>Es finden fächerübergreifende BNE-Veranstaltungen in den Beratungsfeldern Globales Lernen und Umwelterziehung aber auch zu einzelnen Fächern und weiteren Aufgabengebieten statt. So werden z. B. neu entwickelte Unterrichtsmodule der Reihe „Globales Lernen“ vorgestellt und bei der Erprobung begleitet. Neben gezielter Beratung und Abrufangeboten gibt es terminierte Fortbildungsangebote zu Inhalten wie Konsum, Migration, Energie, Mobilität, Interkulturelles Kompetenztraining, Ernährung, Abfallvermeidung und -trennung. Daneben spielen größere Tagungen und Veranstaltungen des Landesinstituts für die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer und die Stärkung der BNE in den Schulen eine wichtige Rolle, z. B. die Tagung „Fit in Umwelt und Nachhaltigkeit“, die Messe des Zentrums für Schulbiologie und Umwelt (ZSU) zum Thema Artenvielfalt oder die Fachtagung Aufgabengebiete, auf der Schulen erfolgreiche BNE-Unterrichtsvorhaben vorstellen.</p>
HE	<p>Die Landeskoordination BNE führt landesweite Fachtagungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der regionalen Kompetenzzentren und die externen Partner zu jährlichen Schwerpunktthemen der BNE durch. In diesem und in den nächsten beiden Jahren werden zusätzlich besondere Fachgespräche zur Kompetenzorientierung und der thematischen Umsetzung im Feld der BNE präsentiert. Ein weiterer Schwerpunkt ist eine Fortbildungsreihe zum neu eingeführten Qualitätssiegel BNE in Hessen für Anbieter und Berater. An die Naturschutzakademie Hessen (NAH) sind zwei Lehrkräfte teilabgeordnet, diese führen landesweite Fortbildungen zur Kompetenzorientierung in der BNE mit dem Schwerpunkt der Entwicklung themenbezogener Umsetzungen für möglichst viele Fächer durch. Daneben bietet die NAH fachbezogene Fortbildungen zu allen Themenfeldern der BNE an, dies auch in Kooperation mit weiteren Partnern der Umweltverwaltung und der Verbände.</p>

noch HE	Die regionalen Kompetenzzentren BNE offerieren Fortbildungen zu allen Themenfeldern der BNE für Lehrerinnen und Lehrer ihrer Regionen und auch schulinterne Fortbildungen für ganze Kollegien und Fachgruppen. In ihrer regionalen Lotsenfunktion für BNE beziehen die Zentren dabei auch die Kommunen und Fachpartner aus den Regionen mit ein. Ergänzt werden diese Angebote durch weitere Fortbildungen in Kooperation mit Engagment Global gGmbH, vormals inwent. Hessenforst hat an seinen unterschiedlichen Standorten ein umfassendes Angebot zur Waldpädagogik, das zunehmend am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung und an der BNE ausgerichtet wird. Auf Landesebene bietet Hessenforst eine umfassende Qualifizierung Waldpädagogik im Kontext der BNE an. Der Landesverband der ANU-Hessen führt eine berufs begleitende Fort- und Weiterbildung BNE durch, die auch für Lehrerinnen und Lehrer akkreditiert ist.
MV	In der Regel werden die Lehrerfortbildungen zum Aufgabengebiet Bildung für nachhaltige Entwicklung auf regionaler Ebene durchgeführt. Entsprechend Verwaltungsvorschrift „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ gibt es in jeder der 4 Schulamtsregionen einen BNE-Regionalberater. Auf dieser Ebene werden die regionalen Veranstaltungen organisiert. Darüber hinaus findet jährlich eine landesweite BNE-Tagung statt.
NI	Fortbildungen, Fachtagungen, Austausch an Lernstandorten.
NW	Siehe Frage 5a.
RP	Die Fortbildungsangebote für Lehrkräfte umfassen: Landesweite ein- und zweitägige Veranstaltungen Regionale ein- und halbtägige Veranstaltungen Schulinterne Veranstaltungen (Studientage) Neben den PL-Referenten steht zur Durchführung dieser Veranstaltungen ein Team aus acht BNE-Beratern und BNE-Beraterinnen zur Verfügung. Diese Lehrkräfte verfügen für ihre Beratungs- und Fortbildungstätigkeit über einen unterrichtsfreien Tag pro Woche. Sie betreuen ein BNE-Schulnetzwerk mit 80 Schulen und beziehen dieses in die Fortbildungsangebote mit ein. Ebenfalls wird das Netzwerk der 80 sogenannten SchUR-Stationen (Schulnahe Umwelterziehungseinrichtungen in Rheinland-Pfalz) in die Fortbildung einbezogen. Diese Stationen sind vom Bildungsministerium als außerschulische Lernorte anerkannt und werden überwiegend von Verbänden und Kommunen getragen. In Absprache mit dem Pädagogischen Landesinstitut RLP und mit Unterstützung des Berater-Teams entwickeln diese Einrichtungen ebenfalls Fortbildungsangebote. Wesentliche Stützen für die rheinland-pfälzische BNE-Fortbildung sind die zahlreichen Kooperationen mit außerschulischen Partnern, wie z. B. Natur- und Umweltverbänden, Landesforsten, landwirtschaftlichen Dienststellen und Betrieben und mit BNE-affinen Unternehmen. Im Elementarbereich können innerhalb des Curriculums für Erzieherinnen und Erzieher Landesgelder zur Durchführung von Fortbildungen zu BNE beantragt werden.
SL	Die zentrale Fortbildungseinrichtung „Landesinstitut für Pädagogik und Medien“ verfügt über eine Beratungsstelle „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“. Zentrale Aufgabe der Beratungsstelle ist die Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer bei der Umsetzung von BNE im Unterricht und der schulischen Arbeit. Arbeitsschwerpunkte: Durchführung von Lehrerfortbildungen (v. a. Zertifikatskurs zur Ausbildung von BNE Multiplikator(inn)en, offizielles Projekt der Weltdekade 2009/2010 und 2012/2013) Durchführung von Pädagogischen Tagen und Netzwerktreffen Sammlung und Ausleihe von Materialien Beratung bei der Integration von BNE in Schulentwicklungsprozesse Vermittlung von Kooperationspartnern

noch TH	<p>Auf regionale Ebene gibt es Fortbildungskataloge der Staatlichen Schulämter. Hier bieten auch die drei in Schulen arbeitenden BNE-Multiplikatoren und Multiplikatorinnen regelmäßige Veranstaltungen an.</p> <p>Zahlreiche Vereine, Institutionen, Bildungsträger unterstützen die Lehrer und Lehrerinnen durch unterschiedliche Angebote.</p>
------------	---

6.a Haben sich seit Beginn der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005 bis 2014) die finanziellen, personellen und strukturellen Rahmenbedingungen zur Implementierung der Bildung für nachhaltige Entwicklung verändert?	
BW	Mit Beginn der UN-Dekade BNE haben sich die Rahmenbedingungen für die Implementierung der BNE in Baden-Württemberg zunehmend verbessert.
BY	Ja.
BE	Da es in Berlin zurzeit noch keine behördenübergreifende, zentrale BNE-Struktur gibt, lässt sich diese Frage gesamtstädtisch nicht beantworten, sondern nur bezogen auf die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft.
BB	Die finanziellen, personellen und strukturellen Rahmenbedingungen zur Implementierung der Bildung für nachhaltige Entwicklung sind im Land Brandenburg im Wesentlichen unverändert geblieben. Neu ausgerichtet wurde das Beratungs- und Unterstützungssystem für Schulen (BUSS; s. Frage 3.a), indem zukünftig themenspezifische Beratungen stärker mit Beratungen zu Schulentwicklungen verbunden werden. Diese Vorgehensweise ermöglicht und fördert auch den Übergang von einer allein projektorientierten Behandlung von BNE-Themen hin zu einer systemisch integrierten Einbindung des umfassenden Grundsatzes der Nachhaltigkeit in Schule. Kritisch ist, dass der besonderen Bedeutung von BNE zum Trotz notwendige Einsparungen auch vor diesem Bereich nicht haltmachen.
HB	<p>Es sind zusätzliche Fördermittel bereitgestellt worden, um die BNE-Implementierung in Schulen und Stadtteilen zu unterstützen.</p> <p>Zudem sind Verbesserungen in den Bereichen Institutionalisierung von Kommunikations- und Kooperationsstrukturen (Vernetzung der verschiedenen Akteure) erreicht worden (vgl. 3.b).</p> <p>Außerdem konnten BNE-Themen und entsprechende Anforderungen (Kompetenzen) in allen Schulformen in Bildungsplänen und in den Curricula einiger Studienfächer in den Lehramtsstudiengängen verankert werden (vgl. 4.b).</p>
HH	Im Wesentlichen nicht, wobei die entwickelten Strukturen zur Stärkung der BNE nicht von den notwendigen Sparansätzen in künftigen Haushalten ausgenommen werden. Die Initiative Hamburg lernt Nachhaltigkeit (HLN) wird überwiegend durch die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) finanziert. Es gibt einen eigenen Haushaltstitel HLN, der in seiner Höhe auch für die kommenden Jahre bis 2014 voraussichtlich gleich bleiben wird. Die Geschäftsstelle HLN in der BSU ist mit einer Teilzeitkraft besetzt. Weitere Behörden beteiligen sich durch projektbezogene Finanzierung. Hier sei insbesondere das von der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) und der BSU finanzierte Projekt „Klimaschutz an Schulen“ genannt, das aber wohl nach dreijähriger Laufzeit 2013 beendet wird. Die Förderung zivilgesellschaftlicher BNE-Angebote für Schulen durch die BSB ist angehoben worden, entspricht aber nach Einschätzung der Antragsteller nicht der noch stärker wachsenden Nachfrage.
HE	Das Land Hessen war beteiligt am Programm Transfer 21. Die vom Land dort eingebrachten Landesmittel stehen auch weiterhin für die Arbeit im Rahmen der BNE zur Verfügung, die aufgebaute Struktur konnte gefestigt und institutionell abgesichert werden. Durch die sukzessive Einbindung von zurzeit 10 regionalen Kompetenzzentren für BNE und die entsprechende Beschäftigung der ausgebildeten Multiplikatorinnen und Multiplikatoren an diesen Zentren konnten die aufgebauten Kompetenzen abgesichert und langfristig für die Schulen in Hessen verfügbar gemacht werden. Durch die parallele Entwicklung einer eigenen Nachhaltigkeitsstrategie für Hessen und die im Jahre 2010 erfolgte Verbindung mit den Aktivitäten zur BNE im Rahmen der UN-Dekade werden jetzt auch weitere Gruppen erreicht. So konnte die BNE in die Einführung des Bildungs- und Erziehungsplanes 0-10 von Anfang an einbezogen werden, Projekte zur nachhaltigen Beschaffung, zur CO ₂ -neutralen Landesverwaltung sowie die Vorhaben des Jugendbeirates der Nachhaltigkeits-

noch HE	strategie konnten mit den Vorhaben zur BNE verknüpft werden. Die Zusammenführung unterschiedlicher Zugänge zur BNE aus den Bereichen Umweltbildung, Globales Lernen, aber auch Mobilitätsbildung, Ernährungs- und Verbraucherbildung und der Gesundheitsförderung insgesamt wird zu einer verstärkten Wahrnehmung der BNE im Bundesland Hessen führen, das eingeführte Qualitätslabel wird dabei die Qualität und die Vergleichbarkeit der Angebote sicherstellen.
MV	Die personellen Rahmenbedingungen zur Implementierung der Bildung für nachhaltige Entwicklung haben sich verbessert. Bei den darüber hinaus gehenden finanziellen Rahmenbedingungen gab es keine substanzielle Veränderung.
NI	Ja.
NW	Ja.
RP	Die der BNE namentlich zugeordneten finanziellen und personellen Rahmenbedingungen in Rheinland-Pfalz haben sich während der UN-Dekade nicht grundsätzlich verändert. Aus dem Wesen von BNE als gesellschaftlicher Querschnittsaufgabe und als schulischem Querschnittsthema ergibt sich allerdings, dass diese Aussage zum Umfang der finanziellen und personellen Rahmenbedingungen und deren Entwicklung nur bedingt Auskunft über die tatsächlichen finanziellen und personellen Rahmenbedingungen gibt. Um nur zwei Beispiele zu nennen: der Ausbau von Ganztagschulen ist ausgesprochen förderlich für die BNE und Maßnahmen zur Gesundheitsförderung, die einem nachhaltigen Konzept folgen, wirken im Hinblick auf das Nachhaltigkeitsprinzip unmittelbar bildend. Daher sind die in diesen Projekten zur Verfügung stehenden finanziellen und personellen Ressourcen mit zu berücksichtigen. Die strukturelle Verankerung ist fortgesetzt worden.
SL	Ja.
SN	Besondere Funktionsstellen für BNE sind nicht ausgewiesen, jedoch gibt es in Referat 45 des SMK seit 2010 einen Ansprechpartner für BNE, der auch Mitglied des Nationalen Runden Tisches „BNE“ ist. Finanzielle und personelle Mittel für BNE an sächsischen Schulen sind nicht gesondert ausgewiesen.
ST	Ja.
SH	Die personellen und strukturellen Rahmenbedingungen sind weitgehend unverändert, wobei sich die notwendigen Einsparvorgaben für die öffentlichen Haushalte, insbesondere im Hinblick auf die zur Verfügung stehenden finanziellen Möglichkeiten, auch auf den Bereich BNE ausgewirkt haben. Allerdings konnten u. a. mit der Initiative Zukunftsschule.SH sowie dem Zertifizierungssystem für außerschulische Lernorte verlässliche Strukturen geschaffen werden.
TH	Ja.

6.b In welcher Form?

BW	Im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport wurde zu Beginn der UN-Dekade eine Koordinierungsstelle BNE eingerichtet, die aktuell zu einem Projektbüro BNE ausgebaut werden soll. Hierdurch soll die Bedeutung und der Querschnittscharakter des Handlungsfeldes nochmals verdeutlicht werden. Darüber hinaus ist es im Kontext der Nachhaltigkeitsstrategie in den einzelnen Ressorts zur Benennung eines Beauftragten für Nachhaltigkeit gekommen, der für die interne und externe Kommunikation des Themenbereichs verantwortlich ist und als Ansprechpartner im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes fungiert. Die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes hat einen wesentlichen Beitrag geleistet, BNE noch stärker in den Fokus von ressortspezifischen Umsetzungsaktivitäten zu rücken. In diesem Kontext wurden von den Ressorts zu den unterschiedlichsten Themenschwerpunkten eine Vielzahl von Bildungsprojekten durchgeführt (z. B. Aktionsplan BNE – Einbindung der Zivilgesellschaft; Lernort Bauernhof – Leitbild, Qualifizierung, Vernetzung; Nachhaltiger Konsum – Schulprojekt, Wettbewerb, Schwerpunkt Erwachsenenbildung; Wissen und Nachhaltigkeit – Internetportal; Lernen über den Tag hinaus – Bildung für eine zukunftsfähige Welt – Hochschulnetzwerk, Modulentwicklung, Qualifizierung, Aufbau eines Multiplikatorensystems, SMV-Aktivitäten; Rendezvous mit der Zukunft – Hochschule; Unsere Bäche und Flüsse – Lebensadern Baden-Württembergs – Außerschulische Bildungsangebote). Darüber hinaus wurde und werden über die Jugendinitiative
----	--

noch BW	<p>der Nachhaltigkeitsstrategie weitere wichtige Impulse gesetzt (z. B. Aufbau des Internetportals www.wir-ernten-was-wir-saen.de, Jugendworkshops und -foren usw.). Im Kontext der UN-Dekade BNE sowie der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes wurden in den letzten Jahren von den unterschiedlichen Ressorts für die Umsetzung von Bildungsaktivitäten erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt. Die flankierenden Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Dekade und der Nachhaltigkeitsstrategie erfolgen jedoch im Wesentlichen im Rahmen der Priorisierung, der zur Verfügung stehenden Mittel in den einzelnen Ressorts. Die ressortbezogenen Umsetzungsaktivitäten waren in den zurückliegenden Jahren schwerpunktmäßig projektorientiert. Beispielsweise unterstützt das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft im Rahmen eines Förderprogramms Bildungsprojekte, die zur aktiven Gestaltung einer ökologisch verträglichen, wirtschaftlich leistungsfähigen und sozial gerechten, globalen Entwicklung befähigen. Die Bildungsaktivitäten können sich an verschiedene Zielgruppen wie etwa Kinder und Jugendliche, Senioren oder Migranten wenden und im schulischen und außerschulischen Bereich angesiedelt sein. Darüber hinaus besteht seit Beginn der UN-Dekade BNE bei der Stiftung Naturschutzfonds die Fördermöglichkeit im Bereich BNE.</p>
BY	<p>Durch die Vielfalt der Maßnahmen (siehe auch oben), z. B. die Einrichtung entsprechender Internet-Portale, die Ausweitung der Aktivitäten in diesem Bereich und die Akzentuierung des Themenkomplexes in den Lehrplänen, kann eine deutliche Veränderung, d. h. Verbesserung der Implementierung der Bildung für nachhaltige Entwicklung festgestellt werden. Die intensiviertere Auseinandersetzung mit den Zielen der UN-Dekade hat zusätzlich dazu geführt, dass die schon vorhandenen finanziellen Mittel noch zielgerichteter eingesetzt werden konnten. Aktuell zeigt sich dies z. B. durch die Förderung der Erweiterung des Orientierungsrahmens, bei dem bayerische Lehrkräfte aktiv mitwirken und personellen Maßnahmen zur Koordinierung von BNE im schulischen Bereich am Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB).</p>
BE	<p>Innerhalb der Senatsschulverwaltung wurde aus den besonderen Projektbedingungen von BLK-21 und Transfer-21 heraus ein fester Arbeitsbereich „BNE“ geschaffen, der aktuell mit 55 000 Euro finanziert wird. Hinzu kommt eine finanzielle Unterstützung durch einen Partner für die Auszeichnung Umweltschule in Europa/Internationale Agenda 21-Schule.</p> <p>Das Programm „Klimaschutz am Schulstandort“ ist mit 400 000 Euro pro Jahr ausgestattet, zuzüglich 73 000 Euro der Partner eines dazugehörigen Klimawettbewerbs.</p>
BB	s. Antwort zu 6.a
HB	<p>Die entwickelten Netzwerk- und Kooperationsstrukturen sind unter Punkt 3.b dargestellt.</p> <p>Das Bildungs- und das Umwelt-Ressort haben zusätzliche Fördermittel für BNE bereitgestellt.</p> <p>Mit der „Grünen Schule/Grünes Science Center Botanika“ ist nach aufwändigem Umbau im Rhododendronpark Bremen ein botanisches Umweltbildungszentrum eröffnet worden (Frühjahr 2011), das zu den Themenschwerpunkten Pflanzenwelten und Biodiversität stark nachgefragte Angebote zum forschenden Lernen und zur Projektarbeit für Lerngruppen aus Kitas, Schulen, Hochschulen vorhält.</p> <p>Gefördert werden (über Vereinbarungen mit den Trägern) auch weitere Einrichtungen, die explizit BNE-Projekte für schulische Lerngruppen sowie Beratung und Lernmaterialien anbieten (z. B. BNE-Koordinationsstelle im Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung, Flor Atrium der Bremer Gartenfreunde, ULE-Umweltlernwerkstatt, Ökologiestation Bremen).</p> <p>Über das Umwelt-Ressort wurde eine neue Struktur der Förderung entwickelt (Koordinierungsstelle außerhalb der Verwaltung, Basisförderung außerschulischer BNE-Träger und BNE-Projektförderung). Eine Fachjury entscheidet über Förderanträge; Ausschreibung und Organisation der Förderungen erfolgt über die Umwelt Bildung Bremen (Vereinbarung).</p> <p>Eingeleitet wurde auch eine konzeptionelle Weiterentwicklung des Bremer Netzwerks der Schülerfirmen durch das Projekt „Nachhaltige Schülerfirmen“ (ab 2009), das vom Landesinstitut LIS koordiniert wird.</p>
HH	s. 6.a
HE	Siehe hierzu 6a.
MV	<p>Seit 2008 gibt es die schon genannte „Verwaltungsvorschrift Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Demnach gibt es vier Regionalberater für BNE. Diese Lehrer erhalten Anrechnungsstunden für ihre Tätigkeit. Entsprechend dieser Verwaltungsvorschrift ist an jeder Schule auch ein BNE-Schulberater zu bestellen. Hierfür gibt es keine Anrechnungsstunden. Im Bildungsministerium ist der Bereich BNE durch einen Referenten verankert. Die finanzielle Ausstattung des Bereiches BNE beschränkt sich neben den Personalkosten auf Mittel zur Durchführung der Landestagung.</p>

NI	<p>z. B.:</p> <p>Bestellung von Fachdezernenten BNE, BNE-Fachberatern und Fachberaterinnen, Landeskoordinator NaSch, Regionalkoordinatoren NaSch</p> <p>BNE-Schul-Materialien und Handreichungen</p> <p>Anrechnungsstunden für Lehrkräfte</p>
NW	<p>Es wurde eine BnE-Agentur in Düsseldorf eingerichtet. Sie ist die Nachfolgeeinrichtung der bisherigen Geschäftsstelle des „Forums Aktion Zukunft Lernen“, die bis Ende 2011 bei der Stiftung Umwelt und Entwicklung (SUE) angesiedelt war. Die BnE-Agentur konstituiert sich als Arbeitsstelle in Form einer Arbeitsgemeinschaft der zuständigen Ministerien (Ministerium für Schule und Weiterbildung, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz und Ministerium für Ministerium für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien) und der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW (SUE). Sie wird von den beteiligten Partnern gemeinsam finanziert. Die Arbeitsgemeinschaft kann um andere staatliche oder zivilgesellschaftliche Akteure erweitert werden.</p>
RP	<p>BNE wird im Hinblick auf verschiedene Zielgruppen (Schule, Erwachsenenbildung, Elementarbereich,...) und in unterschiedlichen Inhaltsbereichen und Strukturen umgesetzt. Im Laufe der UN-Dekade fand eine Ausrichtung auf weitere Zielgruppen statt.</p> <p>Im schulischen Bereich wurde im Laufe der UN-Dekade mit einer stärkeren Profilierung der Inhaltsbereiche der BNE begonnen. Damit war es auch möglich, auf gesellschaftliche Entwicklungen zu reagieren und für den Einsatz der zur Verfügung stehenden finanziellen und personellen Ressourcen unterschiedliche Schwerpunkte zu setzen und die Profilierung der Inhaltsbereiche zu unterstützen. Aktuell wird im schulischen Bereich in Umsetzung eines Landtagsbeschlusses verstärkt der Bereich Verbraucherbildung in den Blick genommen.</p> <p>Ein stärkeres Engagement der NGO's, insbesondere im Bereich des Globalen Lernens/Eine Welt ist zu verzeichnen.</p> <p>Ehrenamtliches Engagement (z. B. von Senioren) ist gestärkt.</p> <p>Netzwerkstrukturen haben sich verbessert, neue wurden etabliert (Regionale Netzwerke, Netzwerk der Elementarpädagogen, Grenzüberschreitendes Netzwerk, Netzwerk Lernort Bauernhof).</p> <p>Neue und bessere Qualifikationsmöglichkeiten im außerschulischen Bereich (Qualifikation zum Forstpädagogen/zur Forstpädagogin, Qualifikation zum Elementarpädagogen, Ausbildung ZNL, Qualifikationen zum Bauernhofpädagogen/zur Bauernhofpädagogin) wurden durchgeführt.</p>
SL	<p>Beispiele:</p> <p>Einrichtung einer Beratungsstelle BNE zur Beratung und Fortbildung von Lehrkräften</p> <p>Verstärkte Berücksichtigung der Aspekte Ökonomie (Fairer Handel, Schülerfirmen, Seminarfachmaterialien) und Ernährung (Schulapfel, Gesunde Verpflegung)</p> <p>Vernetzung der schulischen und außerschulischen Akteure im Bereich BNW und Globale Entwicklung</p> <p>Förderung von Projekten und Initiativen im Bereich der (freiwilligen) Ganztagschule</p>
SN	---
ST	Seit 2011 stehen keine Bundesmittel mehr zur Finanzierung von Projekten zur Verfügung.
SH	s. Antwort zu 6a
TH	<p>14 Mitglieder aus unterschiedlichen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Bereichen wurden 2009 in den Beirat zur Nachhaltigen Entwicklung in Thüringen berufen (seit 2011 – zweite Berufenungsperiode). Der Beirat begleitet und berät weiterhin die Landesregierung zum Thema Nachhaltigkeit. Der Beirat greift spezielle Themen aus der Zivilgesellschaft unter dem Aspekt nachhaltiger Entwicklung in Thüringen auf und führt die begonnene Vernetzung der nichtstaatlichen Partner kontinuierlich fort.</p> <p>Im Bereich Schule arbeitet seit 2008 eine BNE-Landeskoordinatorin am Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (TMBWK), an Thüringer Schulen sind drei Lehrer und Lehrerinnen als ausgebildete BNE-Multiplikatoren und Mutiplikatorinnen eingesetzt.</p>

noch TH	<p>Eine Koordinationsstelle UN-Dekade Thüringen im akuTh e. V. koordiniert gemeinsam mit dem Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz und dem TMBWK die Umsetzung im Land. Das Nachhaltigkeitszentrum Thüringen dient der Umsetzung der lokalen Agenda 21 und der Bildung für nachhaltige Entwicklung vor Ort.</p> <p>BNE-Projekte werden über verschiedene Richtlinien gefördert, im Bereich Schule z. B. über die Richtlinie zur Förderung von unterrichtsbegleitenden und außerunterrichtlichen schulischen Maßnahmen an Thüringer Schulen.</p>
------------	---

7.a Welche Perspektiven sehen Sie für Bildung für nachhaltige Entwicklung in Ihrem Land – insbesondere nach Ende der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005 bis 2014)?	
BW	s. 7.b und 7.c
BY	<p>Bereits 2008 wurden vom Bayerischen Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung Perspektiven für eine verbesserte Berücksichtigung des Themas „Eine Welt“ in der schulischen Ausbildung vorgelegt, die u. a. Dimensionen der thematischen Weiterentwicklung des Themas „Eine Welt“ aufzeigt. Diverse dort angeregte Maßnahmen wurden bzw. werden umgesetzt, so beispielsweise in den neuen P- und W-Seminaren der gymnasialen Oberstufe oder im Rahmen der EU-Programme für Lebenslanges Lernen (COMENIUS und LEONARDO DA VINCI).</p> <p>Davon unbenommen bleibt natürlich eine weiterhin sinnvolle und zielführende Intensivierung aller genannten Maßnahmen. Aufgrund der übergeordneten Bedeutung der Thematik „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ werden die Vorhaben in Bayern auch unabhängig von einer Ausweisung als UN-Dekade fortgeführt, wenn nicht sogar ausgebaut. Fragestellungen wie globale Umweltprobleme (z. B. Klimawandel), Energiepolitik (z. B. regenerative Energie) oder Globalisierung (z. B. fairer Handel) haben in den letzten Jahren im gesellschaftlichen Diskurs deutlich an Relevanz gewonnen. Dies wird sich auch in der bildungspolitischen Diskussion, in den Lehrplänen und nicht zuletzt in den Interessen der Schülerinnen und Schüler niederschlagen. Aus dieser gestiegenen und weiter steigenden gesellschaftlichen und politischen Bedeutung von BNE wird sich auch der verstärkte Wunsch auf die staatlichen und nicht-staatlichen Bildungsmittler ableiten, den Themenkreis von Bildung für nachhaltige Entwicklung und globalem Lernen in den bildungspolitischen Rahmenbedingungen und nicht zuletzt in der gelebten schulischen Praxis noch stärker zu verankern.</p> <p>Die Bedeutung der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) wurde von Seiten des Bayerischen Kultusministeriums bereits lange vor Ausrufung der Weltdekade erkannt und die BNE daher seit vielen Jahren intensiv unterstützt. Bereits 1990 wurden die „Richtlinien für die Umweltbildung an den bayerischen Schulen“ erstellt. Diese wurden 2003 im Sinne der BNE aktualisiert. Auch nach 2014 wird BNE an den bayerischen Schulen ihren hohen Stellenwert behalten und angesichts der von der bayerischen Staatsregierung beschlossenen Einzelstrategien wie Biodiversitätsstrategie, Klimapakt, Nachhaltigkeitsstrategie, Energiewende etc. unerlässlicher Bestandteil der Schulpraxis bleiben.</p>
BE	<p>Angesichts des Bedeutungsaufschwungs nachhaltiger Entwicklungen in verschiedenen Senatsverwaltungen, bei wichtigen Wirtschaftsunternehmen in Berlin in Richtung „Green Economie“ (z. B. ALBA, GESOBAU, GASAG), an Universitäten (Hochschultage, Projekte, Studiengänge) und in Schulen (BNE-Schwerpunkte in mehreren Oberstufenzentren (Büro und Dienstleistung, Erzieher, Holz, Gastgewerbe usw.) wird BNE zunehmend in Schulprogrammen und schulinternen Curricula verankert.</p> <p>Die curricularen Vorgaben für den Lernbereich „Lernen in globalen Zusammenhängen im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (ab 2012/13, Klassen 5 bis 10) werden zusammen mit einer Handreichung und umfangreichen Lehrerfortbildungen in vielen Schulen den Unterricht zu BNE-Inhalten hinführen. Besonders bemerkbar erscheinen sich die Vernetzungen zwischen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft und vielen außerschulischen BNE-Akteuren zu machen, die zunehmend Kooperation, Beratung und Abstimmung suchen. Auch die engere Zusammenarbeit mit den Universitäten wird sich innovativ positiv auswirken. Die Zertifizierung „Umweltschule in Europa/Internationale Agenda 21-Schule“ und das Programm „Klimaschutz am Schulstandort“ fördern die Weiterentwicklung der BNE-Schulen in besonderem Maße.</p> <p>Ein wichtiger Schritt wird die erfolgreiche ressortübergreifende Arbeit „BNE“ sein, um BNE zielgerichtet und öffentlichkeitswirksam zu fördern.</p>

BB	<p>Bildung für nachhaltige Entwicklung orientiert sich am Erhalt von Zukunftsfähigkeit: Dies ist kein Prozess, der mit Ende der UN-Dekade für beendet erklärt werden kann, sondern über diese hinaus Gültigkeit hat. BNE ist und bleibt eine Aufgabe und Herausforderung, die sich durch ein großes Maß an Komplexität auszeichnet und die Fähigkeit verlangt, weg von der Betrachtung von Einzelphänomenen und hin zu vernetztem Denken zu gelangen. In welcher Weise BNE namentlich im Land Brandenburg auch für die Zukunft Relevanz erlangen kann bzw. erhalten bleibt, hängt auch davon ab, wie sich die demografischen Rahmenbedingungen zur Entwicklung des Landes verändern werden und inwieweit für die Menschen die Gestaltung des Landes als partizipativer Prozess erkennbar wird.</p>
HB	<p>Ziel ist es, die Förderung der Netzwerkbildung zwischen den Schulen und außerschulischen Partnern weiterzuentwickeln und dabei den konzeptionell bereits gut entwickelten Ansatz der Integration der Bereiche Umweltbildung und Globales Lernen zu festigen.</p> <p>Von besonderer Bedeutung ist die Anbindung der BNE-Aktivitäten an den Schulreformprozess im Land Bremen und an die Schul- und Unterrichtsentwicklung der einzelnen Schulen: Anknüpfungspunkte sind z. B. der Ausbau der Ganztagsangebote und die Entwicklung von inhaltlichen Konzepten für ganztägiges Lernen oder (neu zu erstellende) schulische Konzepte zur Berufsorientierung. Perspektiven bietet zudem der neue dreijährige Bildungsgang Werkschule, in dem Jugendliche – insbesondere aus sog. bildungsfernen Familien – über projektorientiertes und berufsbezogenes Lernen einen Schulabschluss erreichen. Die Schwerpunkte in den Bereichen Hauswirtschaft, Ernährung, Gartenbau, Verpackungen usw. bieten Anknüpfungsmöglichkeiten.</p>
HH	<p>Die bisherige Arbeit der Initiative ist erfolgreich verlaufen. Erfolgreich bedeutet, dass die Leitidee der Nachhaltigkeit durch eine Vielzahl von Akteuren und Aktivitäten in allen Bildungsbereichen deutlich gestärkt wurde, von einer gesicherten strukturellen Verankerung in den meisten dieser Bereiche aber noch nicht die Rede sein kann. Die Ergebnisse sollen zum Ende der UN-Dekade BNE im Jahr 2014 auf einer größeren Veranstaltung präsentiert und diskutiert werden. Die Initiative HLN wird in ihrem Abschlussbericht an den Senat 2014 ihre Vorschläge unterbreiten, wie mit den aufgebauten Strukturen weiter zu verfahren ist. Viel wird davon abhängen, inwieweit die bis 2014 zugesicherten finanziellen und personellen Ressourcen auch danach noch zur Verfügung stehen.</p>
HE	<p>Fortführung der etablierten Angebote in den aufgebauten Strukturen. Hierzu wurden vertragliche Vereinbarungen sowohl zwischen den beteiligten Ministerien als auch mit den regionalen Kompetenzzentren getroffen. Der Aufbau und die Etablierung des Qualitätslabels „Geprüftes BNE-Angebot Hessen“ soll dabei langfristig die Qualität des Angebotes für Schulen und Erwachsenenbildung sichern und weiterentwickeln. Wichtig bleibt aber dabei, dass es für die Schulen unterschiedliche Zugänge zur BNE gibt, die es zu einem Gesamtkonzept schulischer Schwerpunktsetzung zu verbinden gilt. Insbesondere der geplante langjährige Prozess der Entwicklung und Umsetzung von schuleigenen Curricula kann und muss für die stärkere und dauerhafte Verankerung der Bildung für nachhaltige Entwicklung genutzt werden. Die Zusammenarbeit verschiedener Partner von Schulen mit den Schulen spielt hier eine zentrale Rolle und soll entsprechend gefördert und weiterentwickelt werden.</p> <p>Verstärkung der Aufbereitung von gelungenen Beispielen guter Praxis und Verfügbarmachung für die Arbeit der Schulen.</p>
MV	<p>Nach jetzigem Stand werden die laufenden Aktivitäten auch über das Jahr 2014 hinaus fortgesetzt.</p>
NI	<p>Bis 2014 soll erreicht werden, dass BNE in den Schulen ein fester inhaltlicher Bestandteil insbesondere des Schullebens ist. Die vorhandenen Ansätze in der Lehrerbildung sollten ausgebaut und die Angebote im Bereich der Lehrerfortbildung vielfältiger werden. Die Ressourcen für den Beratungs- und Unterstützungsapparat für den Bildungssektor sollten zumindest erhalten bleiben.</p> <p>Sollte die Implementierung von BNE bis 2014 entsprechend weit vorangeschritten sein, sind die Perspektiven für BNE auch nach Ende der UN-Dekade in Niedersachsen gut.</p>
NW	<p>Transferprozess: von Projekten in die Obligatorik, u. a. über den sich in Vorbereitung befindenden Referenzrahmen „Schulqualität“ und den Lehrplannavigator</p> <p>Entwicklung einer landesweiten Bildungsstrategie für nachhaltige Entwicklung (vgl. Frage 1)</p> <p>Dauerhafte Fortführung der Kampagne „Schule der Zukunft – Bildung für Nachhaltigkeit“</p> <p>Dauerhafte Fortführung der BnE-Agentur</p> <p>Umsetzung mehrerer konkreter Leitprojekte bis Ende 2014, z. B.:</p>

noch NW	<p>Auf Basis einer Bestandsaufnahme vorhandener Ansätze der Klimabildung soll Klimaschutz als Bildungsziel in den einzelnen Bildungsbereichen gemeinsam mit Bildungsakteuren und Bildungsanbietern sowie Förderern und Partnern zielgruppengerecht verstärkt und deutlicher profiliert werden</p> <p>BNE im schulischen Unterricht, insbesondere durch Verankerung in den Kernlehrplänen sowie die Aufnahme von Alltagskompetenzen, beispielsweise im Hinblick auf Verbraucherbildung, nachhaltigen Konsum, Ernährungsbildung und Finanzkompetenz, in die geplante Rahmung der Kernlehrpläne</p> <p>Die aktive Einbindung weiterer Akteure der Bildungsarbeit und die Beteiligung der jeweils fachlich zuständigen Landesressorts unter Berücksichtigung ihrer politischen Verantwortlichkeitsbereiche, Zielsetzungen und Handlungsansätze</p> <p>Die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und staatlichen Akteuren ist vorgesehen</p>
RP	<p>Rheinland-Pfalz wird auch nach Ende der UN-Dekade im Engagement zur Verankerung der BNE nicht nachlassen und die erforderlichen finanziellen und personellen Rahmenbedingungen bereitstellen.</p> <p>Die strukturelle Verankerung der Bildung für nachhaltige Entwicklung in allen Bildungsbereichen muss auf der Basis des Erreichten weiter ausgebaut werden.</p> <p>Die Landeszentrale für Umweltaufklärung wird auch zukünftig zentrale Themen der BNE besetzen.</p> <p>Während im außerschulischen Bereich die öffentliche Sichtbarkeit intensiver und breiter angelegt werden sollte, muss im schulischen Bereich die weitere inhaltliche Profilierung und Verankerung in den schulischen Strukturen fortgesetzt werden.</p> <p>Das angedachte Weltaktionsprogramm kann im Anschluss an die UN-Dekade in ausgezeichneter Weise die öffentliche Sichtbarkeit unterstützen und zur Umsetzung der Ergebnisse von Rio+20 beitragen.</p> <p>Eine Fortführung des Austauschs zwischen Bund und Ländern innerhalb der jeweiligen Bildungsbereiche würde die Arbeit im Land unterstützen; ebenso der landesinterne Austausch zwischen den in der BNE tätigen Akteuren.</p>
SL	<p>Erweiterung und Verstetigung der Maßnahmen.</p>
SN	<p>Im Zuge der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, die noch bis 2014 läuft und von der UNESCO begleitet wird, sind Fragen der Umweltbildung ebenso auf der Tagesordnung wie die der Entwicklungspolitik und der ökonomischen Bildung. Drei sächsische Mitglieder des nationalen Runden Tisches für BNE berichten jährlich über den aktuellen Stand und begleiten die bundesweite Arbeit der deutschen UNESCO-Kommission.</p> <p>Das Nationalkomitee und der Runde Tisch für BNE tagen im November 2012 auf Einladung des Herrn Ministerpräsidenten in Dresden. Einer vom Sächsischen Staatsministerium für Kultus (SMK) koordinierten Vorbereitungsgruppe gehören Mitglieder dreier Ministerien und des Netzwerkes Umweltbildung ebenso an wie des Entwicklungspolitischen Netzwerkes Sachsen, des Leibniz-Institutes für ökologische Raumentwicklung, des Sächsischen Bildungsinstitutes oder der Servicestelle „Ganztägig lernen“. In dieser Gruppe wird u. a. diskutiert, welchen Stellenwert BNE perspektivisch in der sächsischen Bildungslandschaft haben kann.</p> <p>Vom 09.11. bis 17.11.2012 richtet sich der sachsenweite Aktionszeitraum unter dem Motto „Früchte gibt’s später – Bildung für nachhaltige Entwicklung“ mit über 50 Angeboten an Bürger/innen und Multiplikator/innen. Akteure und aktive Institutionen aus Sachsen haben somit die Chance, ihre Kompetenzen darzustellen, neue Mitstreiter zu aktivieren bzw. zu qualifizieren und strategische Netzwerke zu initiieren. Ob beispielsweise Fortbildungen, Vernissagen, Messen, Diskussionsrunden, Preisverleihungen, Schulbesuche oder Fachtage – im Aktionszeitraum werden die positiven Erfahrungen und Erkenntnisse im Kontext der BNE sichtbar.</p>
ST	<p>Aufgrund eines Landtagsbeschlusses hat die Landesregierung ein ressortübergreifendes Konzept zur BNE erarbeitet und Anfang 2009 in den Ausschüssen des Landtags vorgestellt, das aufbauend auf Aussagen zur gegenwärtigen Situation der BNE und zum Stand der Weiterentwicklung der Umweltbildung im Sinne des Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung in Sachsen-Anhalt Maßnahmen mit langfristigen Zielstellungen, um verantwortungsbewusstes Verhalten und Handeln im Kindergarten, in der Schule und Berufsbildung sowie während des Studiums und darüber hinaus zu fördern und die dafür notwendigen Kompetenzen zu vermitteln, darstellt.</p>

n o c h ST	Zur Umsetzung des Konzeptes wurde durch die IMAG BNE unter Beteiligung des „Runden Tisches“ ein Maßnahmenprogramm erarbeitet, das mit der Fortschreibung in den neuen Aktionsplan „Nachhaltigkeit lernen in Sachsen-Anhalt“ aufgenommen wurde. Die Akteure des „Runden Tisches“ verfolgen das Ziel, den Aktionsplan fortzuschreiben.
SH	Es wird angestrebt, die aufgebauten Strukturen (s. hierzu unter Ziffer 1) zu sichern, fortzuführen und weiter zu entwickeln. Dabei wird der Vernetzung der unterschiedlichen Partner auch zukünftig eine besondere Bedeutung zukommen.
TH	Die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie wird auch nach Ende der UN-Dekade als Handlungsprogramm genutzt, um den Thüringer Beitrag zu leisten, die Welt ein Stück zu verändern – und nachhaltig zu gestalten.

7.b Wo besteht weiterhin Handlungsbedarf?	
BW	Insbesondere unter strukturellen Gesichtspunkten ist es notwendig, BNE noch stärker in den Strukturen des Bildungssystems des Landes zu verankern. Wie bereits erwähnt, plant Baden-Württemberg BNE als Leitprinzip in den Bildungsplänen, im Leitbild aller Bildungseinrichtungen und in der Ausbildung aller Pädagoginnen und Pädagogen stärker zu verankern. Darüber hinaus besteht weiterhin ein umfassender Informations- und Fortbildungsbedarf sowohl im Bereich der Lehrerbildung, als auch im Bereich der Lehrerfortbildung. Trotz guter Ansätze sollte ein größeres Augenmerk auf die Kooperation von Schule und außerschulischen Bildungspartnern im Kontext der BNE gelegt werden. Darüber hinaus wäre es für die Implementierung der BNE zielführend, wenn die unterschiedlichen Ressortaktivitäten im Bildungsbereich (Natur- und Umweltbildung, Globales Lernen, Verbraucherbildung usw.) noch effizienter genutzt würden. Hierzu konnte ein ressortübergreifendes Gesamtkonzept BNE beitragen. Weitere Handlungsfelder sowie der entsprechende Handlungsbedarf wurde für Baden-Württemberg im Aktionsplan 2009 „Zukunft gestalten – Bildung für nachhaltige Entwicklung“ sowie einem Gutachten des Nachhaltigkeitsbeirates der Landesregierung „Zukunft gestalten – Nachhaltigkeit lernen/Bildung für Nachhaltige Entwicklung als Aufgabe für das Land Baden-Württemberg“ umfangreich dokumentiert.
BY	Es ist sicherlich sinnvoll, den Themenkreis Bildung für nachhaltige Entwicklung als fächerübergreifende Bildungs- und Erziehungsziele in den bayerischen Richtlinien und Lehrplänen auch weiterhin mit Projekten wie den oben dargestellten zu fördern und somit eine noch stärkere Umsetzung von BNE in der Bildung sicher zu stellen.
BE	Zu den folgenden Punkten eins bis zehn sind die entsprechenden, konkreten Planungen unter 7c zu finden. Ausbau der neu entstandenen behördenübergreifenden Kooperation Weiterentwicklung der Kooperationen mit Universitäten und anderen außerschulischen Partnern Ausbau des Konzepts „Nachhaltige Schülerfirmen“ Sicherung der erreichten BNE-Strukturen in der Senatsschulverwaltung Weiterentwicklung des Projekts „Nachhaltigkeitsqualifikation“ an Oberstufenzentren Weiterentwicklung des Programms „Klimaschutz am Schulstandort“, Bedeutungszunahme einer nachhaltigen Schulbewirtschaftung aus wirtschaftlichen, Ressourcen und Klima schonenden und pädagogischen Gründen Weiterentwicklung des BNE-Lernens im Kiez Flächendeckende Implementierung des Curriculums „Globales Lernen“ Zunehmende Berufsorientierung in Schule und Ausbildung in Hinblick auf „Grüne Berufe“, Weiterentwicklung des Bereichs „Duales Lernen und nachhaltige Berufe“ in Sekundarschulen Verbesserte Lernangebote zu BNE – Themen für Schüler mit Migrationshintergrund

BB	<p>Weiterhin Handlungsbedarf besteht in der BNE unter anderem in der Jugendbildung. In der Breite ist BNE noch nicht in der Jugendbildung angekommen. Einzelne Träger bzw. Jugendbildungsstätten bieten zwar Veranstaltungen, vor allem zu Teilbereichen der BNE, an. Von einem mainstreaming-Prozess kann jedoch noch nicht gesprochen werden. Als wichtigste pressure-groups auf diesem Gebiet sind die NGO aus dem Umwelt- und Eine-Welt-Bereich zu nennen, die mit speziellen Seminaren zu Teilmengen der BNE Bildungsangebote für Jugendliche und junge Erwachsene vorhalten. Insgesamt wird es erforderlich sein, die unterschiedlichen Dimensionen von Nachhaltigkeit (Soziales, Ökonomie, Ökologie und Politik) stärker in das Bewusstsein zu rücken.</p>
HB	<p>Möglichkeiten der Verknüpfung von BNE-Themen (bzw. der Konzeption der „Gestaltungskompetenz“) mit schulischen Differenzierungskonzepten oder mit Konzepten der Sprachförderung sollten geprüft, vorhandene Konzepte und Erfahrungen ausgetauscht werden. Das gilt auch für die Frage, ob sich BNE sinnvoll und zielführend mit der Entwicklung der Schulen zu „inkluisiven Schulen“ und mit entsprechenden Maßnahmen der individuellen Förderung verbinden lässt. Zugunsten einer intensiveren Zusammenarbeit sollten unterschiedliche Formen der institutionalisierten Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischen Partner entwickelt und erprobt werden.</p>
HH	<p>Auf den Bereich Schule bezogen besteht Handlungsbedarf hinsichtlich der Unterrichtsentwicklung und curricularen Verankerung, z. B. der Umsetzung des KMK-„Orientierungsrahmens Globale Entwicklung im Rahmen einer BNE“. Schulen benötigen dafür i. d. R. Unterstützung, die z. T. auch durch die im KMK-Schulausschuss beschlossene praxisnahe Weiterentwicklung des Orientierungsrahmens erwartet wird. Die geplante Erweiterung auf Kernfächer, wie Deutsch, Mathematik, Neuere Sprachen sowie Geschichte, Kunst, Musik und Sport verbindet sich mit der Hoffnung, dass die bisherige Engführung von BNE auf einige naturwissenschaftliche und gesellschaftswissenschaftliche Fächer überwunden wird.</p>
HE	<p>Zusammenführung der unterschiedlichen Zugänge zu einem Gesamtkonzept ohne die Offenheit dieser Zugänge zu verlieren, insbesondere auch um niedrigschwellige Einstiege zu ermöglichen und diese mit den Schulen gemeinsam zu einer schulischen Schwerpunktsetzung weiterzuentwickeln (Whole school approach for sustainable development).</p> <p>Entwicklung und Verbreitung von Handreichungen für die Umsetzung der Kompetenzorientierung im Rahmen der BNE.</p> <p>Zusammenführung und Verbindung unterschiedlicher Bildungsformen der schulischen und außerschulischen Bildung in Richtung eines tragfähigen Konzepts für lebenslanges Lernen. Verstärkte Implementierung der BNE in den Ganztagsbereich der Schulen unter Einbeziehung externer Fachpartner. Sicherstellung der qualifizierten Beratung und Unterstützung durch kontinuierliche Aus- und Weiterbildung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für BNE im schulischen und außerschulischen Bereich.</p>
MV	<p>Ein Schwerpunkt der Arbeit wird darin gesehen, die Unterstützung der Schulen und eine weitere Qualifizierung der Schulen zum Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung weiter zu entwickeln.</p>
NI	<p>Intensivierung der Zusammenarbeit aller Akteure</p> <p>Verankerung von BNE in den Schulprogrammen</p> <p>Qualifizierung von Lehrkräften</p> <p>Partizipationsprozesse in Schule stärken</p> <p>Einbeziehung von außerschulischen Partnern (z. B. NRO)</p> <p>Bereiche gesunde Ernährung und nachhaltiger Konsum</p> <p>Bereich frühkindliche Bildung</p> <p>Übergang Schule – Beruf</p> <p>Inklusion und BNE</p>
NW	<p>Im Bereich der außerschulischen Umweltbildung ist neben der Einleitung eines Qualitätsentwicklungsprozesses mittelfristig auch die strukturelle Absicherung von Einrichtungen bzw. außerschulischen Lernorten erforderlich. Zu diesem Zweck ist neben der Einführung eines BNE- Gütesiegels auf der Basis eines freiwilligen Zertifizierungsprozesses für außerschulische Umweltbildungseinrichtungen auch eine Untersuchung der Rahmenbedingungen und Finanzierungswege vorgesehen, die zu einer strukturellen Absicherung eines landesweiten Netzes von außerschulischen Einrichtungen führen.</p>

RP	<p>Im außerschulischen Bereich sollte die öffentliche Sichtbarkeit der BNE intensiver und breiter angelegt werden.</p> <p>Bei verschiedenen Projekten muss noch der Schritt vom Projekt zum Programm vollzogen werden.</p> <p>Es sind mehr Qualifizierungs- und Zertifizierungsmöglichkeiten für außerschulische BNE-Akteure notwendig (Qualifizierung, Zertifizierung, Revalidierung für außerschulische Lernorte).</p> <p>Das Thema Konsum/Lebensstile/Gerechtigkeit, insbesondere Nahrung/Ernährung muss stärker und dauerhaft in den Blick genommen werden.</p> <p>Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Elementarpädagogik ist noch stärker auszubauen.</p> <p>Bildung für nachhaltige Entwicklung muss stärker für bildungsferne Gruppen verfügbar gemacht werden.</p> <p>Im schulischen Bereich muss die weitere inhaltliche Profilierung und Verankerung in den schulischen Strukturen fortgesetzt werden (Lehrplanarbeit, Lehrerbildung, ...).</p>
SL	<p>Weitere Integration in die Lehrpläne (Gestaltungskompetenz als Querschnittsaufgabe)</p> <p>Stärkere Berücksichtigung des Aspektes „Ökonomie“</p> <p>Stärkere Berücksichtigung von Nachhaltigkeit bei der Schulentwicklung</p>
SN	Handlungsbedarf besteht hinsichtlich einer kontinuierlichen Vernetzung der Akteure staatlicher und nicht-staatlicher Institutionen, einer regelmäßigen Öffentlichkeitsarbeit, einer strukturell unteretzten Qualifizierung sowie der Bereitstellung von Ressourcen für projektorientiertes Agieren im Bildungsbereich.
ST	<p>Die stärkere Vernetzung von Maßnahmen und Aktivitäten ist bei knapper werdenden Ressourcen dringend notwendig.</p> <p>Dies zeigt sich insbesondere in den parallel angelegten Initiativen von Bund und Ländern. Zu erwähnen sind die Themen Klimawandel, Klimaschutz, Biodiversität, Globales Lernen, Nachhaltigkeitsstrategien oder Verbraucherschutz. Den Schulen ist auf der Grundlage eines fächerübergreifenden Unterrichts und der ganzheitlichen Betrachtung der Themen das inflationäre nebeneinander von Themen der BNE schwer zu vermitteln.</p>
SH	Die Bemühungen um eine strukturelle und verbindliche Verankerung des BNE-Gedankens in alle Bildungsbereiche ist auch weiterhin ein wichtiges Anliegen. Darüber hinaus gilt es, den Kooperationsgedanken zwischen den beteiligten Institutionen und Partnern zu fördern.
TH	<p>Angestrebt wird eine feste institutionelle Verankerung in einzelnen Bereichen.</p> <p>Einzelne BNE-Projekte sind zweifelsfrei gut, Zielsetzung ist – weg von vielen kleinen Projekten hin zu einer Verstetigung der BNE im Schulalltag (BNE soll gelebt werden).</p>

7.c Was ist geplant?	
BW	<p>Die Umsetzung der UN-Dekade BNE sowie des Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung soll in Baden-Württemberg auch über das Ende der Dekade im Jahr 2014 weiter aktiv vorangetrieben werden. Wie bereits dargestellt, soll BNE als Leitprinzip in den Bildungsplänen, im Leitbild aller Bildungseinrichtungen und in der Ausbildung aller Pädagoginnen und Pädagogen verankert werden. Darüber hinaus wird in der zweiten Jahreshälfte im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes ein Aktionsprogramm zum Themenschwerpunkt BNE erarbeitet. In diesem Aktionsprogramm wird es um die Implementierung der BNE in schulischen und außerschulischen Einrichtungen sowie der Kooperation der Ressorts und der gesellschaftlichen Akteure gehen, das in den folgenden Jahren aktiv umgesetzt werden soll.</p>
BY	<p>Aktuell wird – wie bereits erwähnt – der bisherige Orientierungsrahmen für globale Entwicklung mit einem zusätzlichen Fächerkanon erweitert. In diesen Prozess bringt sich Bayern aktiv mit ein.</p> <p>Parallel dazu wird die Thematik BNE im Rahmen der aktuellen Entwicklung der aufeinander abgestimmten bayerischen Lehrpläne für alle Schularten („LehrplanPlus“) verbindlich als überfachliches Bildungs- und Erziehungsziel vorgegeben und fest in der Kompetenzvermittlung der einzelnen Fächer verankert.</p>

noch BY	Zudem laufen erste Gespräche über eine mögliche Erweiterung der vom Bayerischen Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung bereits erarbeiteten online-Materialien mit vielfältigen Anregungen für Lehrkräfte zu BNE-Projektarbeit („KMK-BMZ-Projekt zur Umsetzung des Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung“; http://www.kompetenzinterkulturell.de/index.php?Seite=7139&PHPSESSID=217d79df41469f48f3991b885cf049ab).
BE	<p>Erarbeitung eines behördenübergreifenden Handlungsprogramms (Zeitraumen 2012/13)</p> <p>Herbst 2012 Abstimmung mit Verbänden in Kooperation mit dem BMU, um Unterrichtsmaterialien und Lehrerfortbildung zielgerichtet anbieten zu können</p> <p>Weiterentwicklung „Nachhaltige Schülerfirmen“ mit Hilfe ausgebildete Multiplikatoren</p> <p>Fortsetzung und Ausbau bewährter Maßnahmen (Umweltschule in Europa, Angebote für Netzwerkschulen, Tagungen usw.)</p> <p>Weiterentwicklung und Übertragung auf andere Oberstufenzentren. Abstimmung mit NGOs, Weiterentwicklung der BNE- und Klimaschulen, Bedeutung von nachhaltiger Bewirtschaftung als Unterrichtsbaustein</p> <p>Evaluation der ersten Erfahrungen mit Klimaschutzplänen und Klimaschutzverträgen mit einzelnen Schulen</p> <p>Zusammenstellung von Best-Practice-Projekten</p> <p>Handreichungen und Materialien gehen an die Schulen, Fortbildungen werden in den Bezirken durchgeführt</p> <p>Zu diesem Punkt besteht noch keine konkrete Planung.</p> <p>Zu diesem Punkt besteht noch keine konkrete Planung.</p>
BB	Der Nachhaltigkeitsbeirat des Landes Brandenburg hat angeregt, Jugendliche stärker als bisher an der Perspektivdiskussion über ein nachhaltiges Brandenburg zu beteiligen. Mit dem Landesjugendring ist geplant, die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg von Jugendlichen/jungen Erwachsenen begleiten zu lassen. Zu diesem Zweck soll es voraussichtlich im Herbst 2012 eine erste Auftaktveranstaltung für ein zukünftiges „Jugendforum Nachhaltigkeit“ geben. Hier wird auch BNE als Vermittlungsinstrument einen wichtigen Platz einnehmen. Mit dem Landesjugendring werden zudem weitere Schritte unternommen, um das Thema der Nachhaltigkeit und der BNE in der Jugendverbands- und in der Jugendbildungsarbeit stärker als bisher zu verankern.
HB	Geplant sind vor allem eine Verstärkung der entwickelten Koordinations- und Förderstrukturen sowie die Prüfung und Entwicklung der unter 7.a genannten Perspektiven.
HH	s. 7.a-b
HE	<p>Verbreitung und Etablierung des Qualitätssiegels „Geprüftes BNE-Angebot Hessen“. Durchführung einer begleitenden Fortbildungsreihe.</p> <p>Auswertung der Erfahrungen der Mitarbeit in einem internationalen Expertennetzwerk BNE (Deutschland, Indien, Mexiko und Südafrika) und Einbindung dieser Erfahrungen insbesondere im Bereich des Perspektivenwechsels, der internationalen Schulpartnerschaften für BNE und des Ansatzes der ganzheitlichen Schulentwicklung im Feld der nachhaltigen Entwicklung (Whole school approach for ESD).</p> <p>Evaluation der Ergebnisse der Unterstützungsstruktur, gegebenenfalls Anpassung und insgesamt Verfestigung der Strukturen.</p> <p>Ausbau der Themenwebsite zu einem Themenportal mit umfassenden Angeboten und Materialien, hier sollen dann auch alle zertifizierten Anbieter mit ihren Angeboten vorgestellt werden.</p>
MV	Für den Wahlpflichtbereich gibt es einen Rahmenplan „Gestaltung einer zukunftsfähigen Welt“. Dieser Plan ist bislang auf verschiedene BNE-relevante Themen ausgerichtet. Dieser Rahmenplan wird zurzeit überarbeitet. Es ist beabsichtigt die BNE-Themen noch stärker mit Themen der Verbraucherbildung zu vernetzen.
NI	<p>z. B.:</p> <p>Qualifizierung von Lehrkräften</p> <p>Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit</p> <p>Kooperationen mit anderen Bildungsanbietern (z. B. Schullandheime, Jugendherbergen, Biosphärenreservate, Landesforsten)</p>

noch NI	Zusammenarbeit der Länder im Rahmen der NUN Einführung norddeutscher Klimasiegel für Schulen (NUN) Fachtagungen
NW	Vgl. Fragen 1 und 7a, b.
RP	Projekt: Bildung für nachhaltige Entwicklung in Jugendzentren, Überarbeitung der Webangebote, Gewinnung weiterer Partner zur Gestaltung des Globalen Lernens im schulischen Bereich, Weiterentwicklung der Verkehrserziehung in Richtung Nachhaltiger Mobilitätserziehung, Zusammenarbeit mit Fachberatungen und bestehenden Netzwerken im Elementarbereich.
SL	Erweiterung und Verstetigung der Maßnahmen, insbesondere durch: weitere Integration in die Lehrpläne (Gestaltungskompetenz als Querschnittsaufgabe) stärkere Berücksichtigung des Aspektes „Ökonomie“ stärkere Berücksichtigung von Nachhaltigkeit bei der Schulentwicklung
SN	In Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Bildungsvereinen und -institutionen wird an einer Umsetzung des „Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung“ gearbeitet, der 2009 vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und der InWEnt-Internationale Weiterbildung und Entwicklung GmbH veröffentlicht wurde. Angedacht ist eine Fortbildungsreihe für sächsische Lehrer, die sich mit den im Orientierungsrahmen beschriebenen Themenbereichen und Kompetenzstufen befassen wird.
ST	Das Kultusministerium unterstützt die Zusammenarbeit durch Förderung von Projekten über die „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für bildungsbezogene Projekte und Angebote“, RdErl. des MK vom 1. August 2007/geändert mit RdErl. vom 15. Mai 2011. Seit 2010 werden die sieben Öko-Schulen des Landes als außerschulische Lernorte stärker auf die Bildung für nachhaltige Entwicklung ausgerichtet, um so den neuen Lehrplananforderungen gerecht zu werden. Dazu wird im Zeitraum März 2011 bis Dezember 2012 eine modulare Weiterbildung für die Lehrkräfte an den Öko-Schulen zur Qualifizierung zu Multiplikatoren für Bildung für nachhaltige Entwicklung durchgeführt. Im Schuljahr 2011/12 startete das Projekt „Vernetztes Gewässermonitoring der Öko-Schulen in Sachsen-Anhalt“. Ziel des Projekts ist die Bestimmung von Umweltfaktoren, Erfassung von Organismen verschiedener Gewässerökosysteme und die Darstellung der Ergebnisse auf einer Lernplattform. Im Rahmen des Projekts werden die Öko-Schulen mit neuer Technik (PC, Wasseranalytik, Untersuchungskoffer) ausgestattet. Zur Thematik „Verankerung von BNE in Bildungskonzepten bzw. in der Schulprogrammarbeit“ fanden im Land Sachsen-Anhalt umfangreiche Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte, Pädagogische Mitarbeiterinnen, Mitglieder von Steuergruppen und Schulleitungsmitglieder statt. Fortbildungen direkt in den Schulen dienen der Fortschreibung der Schulprogramme. Das Land Sachsen-Anhalt entwickelt eine Handreichung für Lehrkräfte an Berufsbildenden Schulen zur Implementierung von Themen der BNE in die Lehrpläne sowie zur methodischen Umsetzung im Unterricht. Über die Mitgliedschaft in der bundesweiten AG Bildung des „Runden Tisches“ beteiligt sich Sachsen-Anhalt an der Entwicklung bundesweiter BNE-Bildungskonzepte.
SH	Wichtiges Ziel sind die Sicherung, Fortführung und Weiterentwicklung der geschaffenen BNE-Strukturen.
TH	Umsetzung der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie mit einem Schwerpunkt „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ Arbeit an den dazugehörigen Startprojekten – Projekt zum Schwerpunkt „Bildung für nachhaltige Entwicklung“: Entwicklung inklusiver und innovativer Lernumgebungen (Inklusion in der Bildung im Prozess des lebenslangen Lernens von der frühkindlichen Entwicklung bis zur Erwachsenenbildung, betroffen sind alle staatlichen Institutionen und die Einrichtungen in kommunaler und freier Trägerschaft, ebenso Initiativen, Verbände, Körperschaften sowie aller an Bildung und Lernen Beteiligten) Die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie wird alle vier Jahre fortgeschrieben

